FREIHEIT UND RECHT

Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 18 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — 4. Februar 2007

ROLAND BOHLINGER

STEUERVERWEIGERUNG

– DAS WIDERSTANDSRECHT DES UNTERDRÜCKTEN VOLKES –

» STEUERZAHLUNGEN an die Staatsführung der „BRD" sind als BEIHILFE zugunsten einer rechtswidrigen bis verbrecherischen Tätigkeit einer nach geltendem Recht verbotenen Vereinigung anzusehen. Diese Vereinigung hat den Staat weitgehend usurpiert. Die Richtung ihrer Tätigkeit führt zur Auflösung bis Zerstörung des Deutschen Volkes, seiner Kultur, Freiheit, Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Steuerzahlungen sind daher von jedermann zu verweigern. Die Verweigerung ist Wahrnehmung des Notwehrrechts. Und sie fällt unter die Widerstandspflicht gegenüber einem Unrechts-Regime.«

»Wer die Erhaltung, freie Entfaltung, Kultur, Rechtsstaatlichkeit und sittliche Gestaltung der Wirtschaft des Deutschen Volkes und eine nichtimperialistische, auf Verständigung und Gleichberechtigung fußende Rechts- und Friedensordnung zwischen den Völkern will, muß der Staatsführung der „BRD" die Unterstützung verweigern. «



INSTITUT FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

INHALTSÜBERSICHT

Verantwortlich: Roland Bohlinger. Rechte bei: *Institut für ganzheitliche Forschung.* Inhaber: Roland Bohlinger.
Druck: Eigendruck. Ort: FREIE REPUBLIK UHLENHOF. Anschrift: 25884 Viöl/Nordfriesland, Postfach 1

Vorwort

Grundsätzliche Steuerverweigerung darf nur aus *grundlegenden rechtlichen, politischen und weltanschaulichen* Erwägungen heraus erfolgen. Das kann letztlich nur auf dem Boden einer Weltanschauung geschehen, die den Sinn des Lebens im Streben nach dem Göttlichen und daher nach moralischer Vervollkommnung im Bereich des Guten, Wahren und Schönen sieht, und die im Einklang mit den Erkenntnissen der Naturwissenschaften, der Geschichtswissenschaften und der Psychologie steht. Darauf bin ich näher eingegangen in meinem Gutachten über die Philosophie von Mathilde Ludendorff.[1]

Daraus leite ich ab, daß es die Pflicht jedes mündigen Bürgers ist, folgenden Prinzipien zu dienen:

- der Erhaltung des Volkes als ethnische Gemeinschaft sowie der Erhaltung und Höherentwicklung seiner Sprache und seiner Heimat,
- in enger Verbindung mit einer sittlich orientierten[2] religiösen,
- kulturellen
- und wirtschaftlichen Entfaltung des Gemeinwesens
- im Rahmen einer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen,
- die Würde, das Leben, die geistige Freiheit und die seelische, genetische und körperliche Unversehrtheit jedes Einzelnen schützenden,
- nichtimperialistischen,
- nichtrassistischen,
- ökologisch orientierten Grundordnung
- auf dem Boden eines Strebens nach einer allgemeingültigen Freiheits-, Rechts- und Friedensordnung in und zwischen der Völkern.

Für mich führt das zu dem Schluß, daß **grundsätzliche** Steuerverweigerung nur eine **Notwehrmaßnahme** sein darf. Und zwar eine Notwehrmaßnahme **gegen ein Verstricken der Führung des Gemeinwesens in Denk- und Verhaltensweisen, die so elementar rechtswidrig sind, daß sie die Grundlagen des Gemeinwesens ernsthaft infragestellen oder gar zerstören.** Das bedeutet zugleich, daß Steuerverweigerung nicht **gegen** das Gemeinwesen gerichtet sein darf. Sie hat **das Gemeinwesen nicht zu verneinen, sondern zu bejahen. Die Verweigerung hat aus dem Bewußtsein und Wollen heraus zu geschehen, das Dasein und die positive Entwicklung des Gemeinwesens zu fördern. Und zwar grundsätzlich,** nämlich dadurch, daß die Verweigerung **ausschließlich für eine positiv gerichtete, rechtgemäße, den oben genannten Grundsätzen verpflichtete Politik eintritt.**

Egoistische Beweggründe, auch nicht nebensächliche, dürfen hier also keine richtungsgebende Rolle spielen.

Andererseits bedeutet unter den derzeitigen Verhältnissen in der sog. BRD, daß

> **jede Steuerzahlung stets eine Beteiligung darstellt an der Finanzierung und damit an der Realisierung der in wesentlichen Bereichen weitgehend rechtswidrigen, auf Auflösung des Deutschen Volkes und dessen Kultur zielende Richtung der vorherrschenden Politik.**

Daß diese Behauptung zutrifft, wird in dem folgenden Schriftsatz an das Finanzamt Nordfriesland und in verschiedenen ergänzenden, anschließend zu veröffentlichenden Beweisführungen eingehend dargelegt.

Daraus ergibt sich als Konsequenz zweierlei:

Ist meine Behauptung richtig, und davon bin ich aufgrund der großen Fülle unwiderlegbarer Beweise überzeugt, nämlich, daß die Politik der in der BRD maßgebenden Kreise häufig rechtswidrig

---

[1] Roland Bohlinger: *Gutachten zur Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben.* Viöl 2001, 3. Auflage.

[2] Näheres hierzu u.a. in früheren Ausgaben von FREIHEIT UND RECHT, vor allem in Heft 2, 5, 6-7 sowie im zweiten Teil dieses Heftes.

ist, ja, daß sie zur schrittweisen Auflösung und dadurch letztlich zur Beseitigung des Deutschen Volkes sowie zur Existenzgefährdung vieler anderer Völker führt, dann ist es sittlich geboten, dieser Politik wirksam entgegenzutreten. Dies geschieht u.a. durch grundsätzliche Steuerverweigerung. Grundsätzliche Steuerverweigerung ist die uneingeschränkte Verweigerung jeder Beteiligung an der Mitfinanzierung der rechtswidrig tätigen, im Sinne des Artikels 9 Absatz 2 des sog. Grundgesetzes verbotenen Vereinigung.

Zugleich ergibt sich daraus, daß jede Zwangsmaßnahme von staatlicher oder anderer Seite gegen eine derart ausgerichtete Steuerverweigerung nicht nur dem Schutz der rechtswidrigen Richtung in der vorherrschenden Politik dient, sondern auch der Erzwingung einer Beihilfe zu rechtswidrigem Verhalten, also der Erzwingung einer Beteiligung an den Verbrechen, beziehungsweise einer Beteiligung an einer nichtigen, verfassungs- und strafgesetzwidrigen Vereinigung im Sinne des Art. 9 Absatz 2 Grundgesetz.

Legen wir Hand an!

Mit herzlichem Gruß

R. Bohlinger

Roland Bohlinger

Nicht jeder ist in der Lage, Steuerverweigerung zu betreiben, aber jeder ist in der Lage, die hier vorgelegte Schrift zu verbreiten.

Wenn Sie mit dem Inhalt der Schrift nicht ganz einig gehen: Verfassen Sie eine eigene Schrift! Aber handeln Sie! Steuerverweigerung ist die wirksamste Form des Handelns. Und Aufklärung die wirksamste Form zur Veränderung des öffentlichen Bewußtseins. Tragen Sie in jeder möglichen Form dazu bei, Widerstand zu erzeugen! Jeder Widerstand ist gerechtfertigt, wenn er auf sittlich unantastbare Weise erfolgt! Näheres dazu in diesem Heft.

Staffelpreise:

1 Ex. 16 Euro; 5 Ex. 30 Euro; 10 Ex. 50 Euro; 20 Ex. 85 Euro; 50 Ex. 190 Euro; 100 Ex. 350 Euro.

Spenden helfen, die wissenschaftliche Arbeit im Dienst der weiteren Aufklärung zu unterstützen.

ROLAND BOHLINGER

FREIE REPUBLIK UHLENHOF Postanschrift in BRD: 25884 Viöl, Postfach 1 Ruf: 04843-1049 Fax: 04843-1087

ROLAND BOHLINGER – Post: D-25884 Viöl, Postfach 1

An die Verantwortlichen des Finanzamts Nordfriesland
Außenstelle Husum 4/601
Postfach 1230
25802 Husum

8.10.2006
2.2.2007 (ergänzte Fassung)

Betrifft: Ihr jüngster Steuerbescheid, Steuernummer 17 119 00183

Es erstaunt mich, daß Sie an mich einen Steuerbescheid senden, obendrein wieder einmal einen sachlich und rechtlich grob fehlerhaften. Ich dachte, Sie hätten dazugelernt. Aber da habe ich wohl falsch gedacht. Sie lieben eben mir gegenüber noch immer den Wahrheits- und Rechtsbruch.

Als Bürger der unabhängigen *Freien Republik Uhlenhof* unterliege ich nicht der Staatsgewalt der sog. *Bundesrepublik Deutschland.* Auch wenn es Ihnen schwerfällt: nehmen Sie das endlich zur Kenntnis! Sie haben das im Jahr 2000 selbst anerkannt. Und zwar dadurch, daß Sie meiner **Unabhängigkeitserklärung**, die ich Ihnen zugestellt hatte, **nicht widersprachen.** Auch der Kreis Nordfriesland und andere Organe der sog. BRD verhielten sich so, als ich ihnen die Unabhängigkeitserklärung vorlegte, etwa das *Landesamt für soziale Dienste*. Dieses stellte daraufhin sogar zwei Bußgeldverfahren ein. **In Rechtsfragen gilt: Wer nicht widerspricht, erkennt an.**

Doch selbst, wenn dem nicht so wäre, dann wäre ich jedenfalls nicht bereit, Steuern an die Finanzbürokratie der sog. BRD abzuführen. Denn die Führung dieses Staates veruntreut Steuergelder in ganz erheblichem Umfang oder sie verwendet, was noch weitaus schlimmer ist, **sie vor allem zur Finanzierung von Verbrechen am Deutschen Volk und anderen Völkern. Das werde ich nachfolgend eindeutig und unwiderlegbar beweisen.** Das heißt: Falls ich der Staatsgewalt der sog. „BRD" unterworfen wäre, was nicht der Fall ist, **würde ich mich weigern, Steuern zu bezahlen**, einfach, weil ich **nicht an der Finanzierung von Verbrechen beteiligt** sein will. Das heißt zugleich, daß **jede Maßnahme**, mit der ich gezwungen werden soll, irgendwelche Steuerforderungen Ihres Amtes zu bezahlen, den **Tatbestand des rechtswidrigen Zwanges erfüllt, nämlich der Erzwingung einer aktiven Beteiligung an Verbrechen durch deren Mitfinanzierung. Und das ist rechtlich nichtig!**

Heute wird den Deutschen immer wieder vorgehalten, zu den tatsächlichen und den nicht tatsächlichen Verbrechen im Dritten Reich geschwiegen zu haben, sich nicht gewehrt zu haben, sich direkt oder indirekt beteiligt zu haben. Ich sehe mich heute in einer begrenzt vergleichbaren Lage, da die Führung der sog. „BRD" fortlaufend schwere bis schwerste Verbrechen begeht, Verbrechen, die teilweise jene des Dritten Reiches noch weit übertreffen. Dagegen ist Widerstand rechtens, ja sogar Pflicht. Selbst nach dem Grundgesetz der sog. „BRD"!

Heute wird der gewaltsame Widerstand des Kreises um Staufenberg gefeiert und als Vorbild hingestellt. Ich lehne jedoch Mord ab. Heuchelei aber auch. Und das Feiern von Staufenberg ist meistens Gutseins-Heuchelei derer, die *ihre* Verbrechen mit dem Pulverdampf und lauten Kampfgeschrei gegen die Verbrechen der *anderen* tarnen.

Ich sehe aber für den Fall, daß von mir Steuerzahlungen verlangt werden, in der Verweigerung jeder Zahlung eine angemessene, konstruktive Form des Widerstands. Und ich betone nochmals ausdrücklich, daß ich mich zur Beteiligung an der Finanzierung der Verbrechen auch nicht durch Zwangsmaßnahmen oder den üblichen Staatsterror zwingen lasse.

Roland Bohlinger

A. ZUR ERINNERUNG

1. Sie erinnern sich vielleicht. An Ihre alten Ruhmestaten gegen mich in den Jahren 1989-2000?

Ach ja, liebe Leute, ich denke, Sie erinnern sich. Das war doch eine gar zu nette Geschichte. Und der Glanz dieser Geschichte, leuchtet er nicht noch immer in Ihrem Gesicht? Wie ein Feuermal?

Sie hatten eine *Einkommensteuerprüfung einfach erfunden.* Das ist bereits wert, daß man daran erinnert. Noch viel bedeutsamer, geradezu tollkühn, war Ihr *Bescheid.* In diesem hatten Sie die vielfache Nutzung zweier Kontokorrentkredite – also Kredite von Banken! – in Höhe von insgesamt 35.000 DM auf insgesamt etwa 595.000 DM in zwei Jahren zusammenaddiert, diesen *Kredit*umsatz als „Einnahmen", die *Kredit*rückzahlungen an die Banken als „Privatentnahmen" gewertet und jede Nutzung der Kredite mit 14% MWSt. belastet. Dadurch kam es bei einem Gesamtumsatz im Rahmen des Kontokorrentkredit-Verkehrs in Höhe der erwähnten rund 595.000 DM, bezogen auf die Kreditbasissumme von 35.000 DM, zu etwa 238% MWSt. oder etwa 83.300 DM! Obendrein erfanden Sie in noch tollkühnerer Weise einen dementsprechenden Gewinn, auf den Sie dann den Höchstsatz der Einkommensteuer anwandten – alles auf der Basis von Null Waren-Umsatz und Null Einnahmen-Umsatz. Und das alles bezog sich auf die Jahre 1987/88, wo mein tatsächlicher Waren-Umsatz besonders niedrig lag, wenn ich mich recht erinnere, lag er unter 500.000 DM im Jahr. Denn damals war ich kaum mit Verlagsgeschäften, *hauptsächlich mit zahlreichen atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren* im eigenen Namen und im Namen von *zeitweise fast tausend weiteren Klägern* beschäftigt. Daher hatte ich betrieblich hohe *Verluste* und nicht Gewinne, dazu kamen damals 7 Kinder und zwei Stiefkinder und eine Lebengefährtin, die zu versorgen waren, ich konnte nur mithilfe finanzieller Unterstützung durch Freunde, d.h. von Spenden und Darlehen, und nicht von Überschüssen oder gar von versteuerbaren Gewinnen überleben! Wahrlich, Ihre Steuer-Erfindungen, an denen Sie trotz vieler Einsprüche etwa 7 Jahre lang stur, wider jede Vernunft und Redlichkeit, mit von mir dann eindeutig nachgewiesener krimineller Energie und Vorsätzlichkeit festhielten, sie waren eine tolle Glanzleistung Ihres Hauses! Ein Musterbeispiel für finanzbehördliche Heuschrecken- und Ausrottungstätigkeit. Ja, ich sollte wirtschaftlich und damit politisch *ausgerottet* werden. Ich sollte für meine Prozesse gegen Atomanlagen und für meine regimekritische Publizistik *vernichtet* werden. Ein Mitarbeiter Ihres Hauses gestand gegenüber einem Dritten: *„Wir hatten den Auftrag, Herrn Bohlinger wirtschaftlich zu erledigen."* Jemanden *erledigen*, heißt *liquidieren*, heißt *ausrotten*, heißt *vernichten*. Sie reduzierten zwar nach meiner Beschwerde die 14 % MWSt. auf den halben, den Verlagen zustehenden Satz. Ansonsten bestanden Sie auf Bezahlung Ihrer Steuer-Erfindungen und zwar während eines Zeitraums von 7 Jahren, bis Ihnen das Finanzgericht die Angelegenheit um die Ohren schlug! Dabei hatte Ihnen das Finanzgericht gleich zu Anfang ein Vollstreckungs**verbot** erteilt. Das brachte Sie aber nicht zum Nachdenken oder gar Einlenken. Denn Sie hatten ja den Befehl von oben und aus der Loge, mich *„zu erledigen"*. Das heißt, Sie hatten den Auftrag, *Ihre* Macht zu einem *Verbrechen mir gegenüber* zu benutzen. Aber Ihre ehrenwerten Auftraggeber hatten mich unterschätzt.

Aber damit ist noch lange nicht alles berichtet! Die Entgegennahme einer von mir verfaßten und von meinem Steuerberater vorgelegten, fast 450 Seiten umfassenden Akte, die minutiös die Haltlosigkeit der Behauptungen Ihrer Behörde bewies, nämlich, daß es sich bei den Krediten *nicht* um versteuerbare Einnahmen handle, dieses Beweismaterial lehnte Ihr damaliger Amtsvorsteher mit der bemerkenswerten, aber unzulässigen Begründung ab, diese Akte werde das Finanzamt *nicht* prüfen, die Prüfung solle das Finanz*gericht* vornehmen (das heißt, irgendwann später, nachdem ich durch Vollstreckungsmaßnahmen aufgrund erfundener riesiger Forderungen des Finanzamts längst erfolgreich *„wirtschaftlich erledigt"* (siehe obiges Zitat) und eine Wiederherstellung des Zerstörten unmöglich gewesen wäre ...). Doch das Heuschrecken-Verfahren Ihres edlen Hauses führte nicht zum erstrebten Ziel. Ich erwirkte ein *Vollstreckungsverbot*. Das half zwar nur kurze Zeit. Denn Sie *umgingen* das Verbot: Sie buchten Zahlungen, die von mir für laufende *berechtigte* Steuerforderungen bestimmt worden waren, *unberechtigt* und *entgegen* meinen Anweisungen und obendrein

heimlich auf Ihr *Steuererfindungs-Konto*. Und nachdem auf dem Erfindungs-Konto die Schwindelforderungen mehr als ausgeglichen waren, schritten Sie zu einer neuen Vollstreckung, indem Sie nun behaupteten, ich hätte die Steuerforderungen der letzten Jahre nicht bezahlt. Als ich dann diesen neuen betrügerischen Vollstreckungsversuch abermals vereiteln konnte, pfändeten Sie das Konto meiner Tochter Briga-Friederike. Doch ich erzwang die Aufhebung der Pfändung. Daraufhin versuchten Sie, meinen umfangreichen Bücherbestand zu pfänden, um ihn zu verramschen. Ich wies aber Ihren Vollstreckungsbeamten darauf hin, wenn er meine Bücher pfände, müßte er sie anschließend verkaufen. Doch damit mache er sich möglicherweise der *Beihilfe zur Volksverhetzung* schuldig. Denn ich stünde im *Verfassungsschutzbericht* und hätte in den letzten Jahren weit über hundert Ermittlungsverfahren und zahlreiche, vielleicht über zwei dutzend Hausdurchsuchungen wegen Volksverhetzung hinter mir. Ihr Amt fragte daraufhin beim Amtsgericht Husum an. Und da trat Ihnen ein Richter mit dem schönen Namen *Freiesleben* entgegen und untersagte die Bücherpfändung, und zwar wegen der Gefahr der Beihilfe zur Volksverhetzung. So ein Pech! Auch amtliche, mit wirtschaftlicher Vernichtungsgewalt ausgestattete Heuschrecken sind zuweilen nicht allmächtig.

Übrigens, damit das hier nicht vergessen wird: Ich hatte Ihnen vielleicht ein dutzend Mal vorgehalten, daß Sie gegen mich ein *Steuerstrafverfahren* einleiten müßten, wenn Sie *tatsächlich* der Auffassung seien, die Sie beharrlich vortrugen, nämlich, daß es sich bei den Kreditgewährungen der Banken an mich um „Einnahmen" und bei den Kreditrückzahlungen an die Banken um „Privatentnahmen" handle, und daß hierbei Einkommensteuer und Mehrwertsteuer anfalle. Sie leiteten jedoch kein solches Strafverfahren ein, obwohl Sie, *wenn Ihre Auffassung zuträfe, das nach Ihren Vorschriften zwingend hätten tun müssen.* Dadurch, daß Sie das *trotz vielfacher Aufforderung* von meiner Seite nicht taten, *bewiesen Sie unwiderlegbar, daß Sie vorsätzlich die Steuererfindung betrieben,* um mich *„wirtschaftlich zu erledigen",* wie das ein Angehöriger Ihres Hauses nannte. *Vorsätzlich!* Wie das strafrechtlich zu beurteilen ist, bedarf wohl keiner Erörterung.

Nach verschiedenen weiteren terroristischen Aktivitäten Ihrerseits, die ich hier nicht alle aufzählen will, wurde schließlich das Finanzgericht in Kiel, nach etwa 7 Jahren Streit, am *gleichen* Tag tätig, als Ihr damaliger Amtsvorsteher *in Pension* ging. Am gleichen Tag! Was für ein seltsamer Zufall! (Möglicherweise hatte zu dieser „Beschleunigung" des Verfahrens meine Mitteilung in der Vollstreckungsstelle Ihres Hauses beigetragen, daß, wenn meine Verfolgung nicht bald ein Ende habe, ich mit der ganzen Familie, also 2 Erwachsenen und 9 Kindern, vor Ihrem Amt eine Demonstration in völlig nacktem Zustand veranstalten würde, nachdem ich zuvor eine Postwurfsendung über Ihre Verbrechen in Husum und Umgebung durchgeführt und zu der Demonstration nicht nur die Bürger, sondern auch die Presse und das Fernsehen eingeladen hätte.) Im übrigen: an jenem Freitag begann das Gerichtsverfahren nicht nur ohne den in seinen unverdienten Ruhestand gegangenen hohen Herrn Ihres Hauses, sondern mit der Frage des Gerichtsvorsitzenden an die beiden anwesenden Vertreter Ihrer Behörde: *„Ich hoffe, daß Sie den Unsinn, den Sie da bisher verzapft haben, nicht auch noch in meinem Gerichtssaal vertreten!"* Die beiden Beamten verneinten. Sapperlot! Woher plötzlich diese Einsicht? Der Chef war weg, und nun war das Verfahren vor dem Finanzgericht flugs, in weniger als einer Minute, mit einer *totalen Niederlage* zuende? Ein Wunder! Nachdem man zuvor rund 7 Jahre ständig und wespenfleißig Terror praktiziert hatte! So viel Terror, daß meine Lebensgefährtin viermal in die Nervenklinik kam und schwere bleibende Schäden davontrug! Für diese Folgen Ihrer Verbrechen haben Sie ihr gegenüber noch nicht einmal Ihr Bedauern ausgedrückt!

Unter dem Eindruck der totalen Niederlage vor dem Finanzgericht sagten Sie mir anschließend einen Schadenersatz in Höhe von 90.000 DM zu. Das war an sich viel zu wenig. Trotzdem – *es war nur ein neuer Betrug*. Sie bezahlten *nie diesen Schadenersatz!* Sie wollten ihn auch von *vornherein* nicht bezahlen. Sie verbanden nämlich mit dieser Zusage die Bedingung: gezahlt werde, wenn ich *künftig* meine Steuern pünktlich entrichte. Was heißt *künftig*? Künftig heißt: *nirgendwann*, heißt: *Zahlungszusage ohne jede Zahlungsfrist.* Damit war zugleich kundgetan, daß man von vorn-

herein die Zahlung nie erbringen werde. Sie wurde ja dann auch nie erbracht, auch nicht mit den Steuerforderungen gegen mich verrechnet. *Also erfolgte die Zusage von vornherein in der Absicht, sich nicht daran zu halten.* Und schließlich: Welche Steuern sollten das denn sein? Etwa Ihre Steuer*erfindungen*? Denn Sie führten nicht, wie vom Finanzgericht verlangt, die einstigen Steuererfindungen und die darauf erhobenen Gebühren und Zinsen allesamt auf Null zurück. Vielmehr ließen sie diese zu einem erheblichen Teil, meist in versteckter Form, weiter bestehen. Sie setzten mithin die alte Betrugs- und Vernichtungstätigkeit fort, garniert mit weiteren Gebühren, Nachgebühren und Nachgebühren auf die Nachgebühren, Zinsen, Zinsen auf die Zinsen und so weiter und so fort. Sie bildeten richtige Forderungskatarakte, schließlich, wenn ich mich recht entsinne, lieferten Sie über 60 Seiten Zahlendickicht, zwei- oder dreispaltig je Seite, genau weiß ich das nicht mehr, in winziger Schrift, etwa 80 Forderungsposten je Spalte, ohne jede Transparenz, ohne jeden Nachweis ihrer Berechtigung und ohne jemals meine Zahlungen entsprechend gegenzurechnen oder daneben zu stellen. Damit war eine Überprüfung Ihres Dickichts unmöglich. Diese Methode, Forderungen undurchschaubar „aufzulisten", stellte eine völlige Mißachtung Ihrer gesetzlich normierten Pflicht dar, die Berechtigung Ihrer Forderungen aufzuzeigen. Sie ignorierten also nach wie vor Recht, Gesetz, Tatsachen, logische Vernunft und nun auch zum zweiten Mal einen Richterspruch. Zugleich erfüllten Sie mit der Bedingung, die an die Schadenersatzzusage geknüpft war, den Tatbestand der Erpressung. Denn Schadenersatz ist Schadenersatz, er ist Ausgleich für einen verursachten Schaden. Er muß unabhängig von irgendwelchen anderen Leistungen bezahlt werden. Und so wurde erneut klar, daß Sie unter „fremder Befehlsgewalt" standen, vermutlich seitens der politischen Führung und der hinter ihr stehenden überstaatlichen Kreise, vielleicht aus Rache wegen der rund 40 Prozesse gegen Atomanlagen, die ursprünglich unter der Leitung von Walther Soyka, dann, nachdem dieser aufgab, ab 1981 unter meiner Leitung als *Kläger* und *Prozeßbevollmächtigter* für zeitweise fast tausend weitere Kläger geführt worden waren und die, laut Stoltenberg gegenüber der Presse, bereits 1980 zu *„rund 50 Milliarden DM Investitionsstau"* geführt hatten. Ein Jahr später erklärte er gegenüber der Presse, inzwischen seien es 60 Milliarden. Das war natürlich ärgerlich. Höchst ärgerlich. Aber wer war dafür verantwortlich? Diejenigen, die für das Recht auf Leben, genetische und körperliche Unversehrtheit eintraten, oder jene, die dieses Recht verletzten, ja, mit Füßen traten? Im übrigen war das erst der Anfang. Wir kosteten wohl weit über hundert Milliarden. 1976 waren in der festen Planung: 175 Atom"kraftwerke" und 7 Wiederaufbereitungsanlagen. Von den Atom"kraftwerken" wurde nicht einmal ein Fünftel gebaut, von den hundert- bis tausendfach schlimmeren Wiederaufarbeitungsanlagen überhaupt keine, vielleicht wegen unseres Gesprächs mit Herrn von Bennigsen-Förder, dem Chef der VEBA. Dieser legte nämlich den entscheidenden Hebel um. Bald darauf starb er, ob durch Krankheit oder „zur rechten Zeit", wie der Logenausdruck lautet, weiß ich nicht. Natürlich hatten wir das nicht allein bewirkt, es gab ja noch andere Gerichtsverfahren, kritische wissenschaftliche Veröffentlichungen, Demonstrationen, politische und wirtschaftliche Gegenkräfte u.a.m. Und zum größten Verdruß unserer „Anständigen" kam obendrein noch meine umfassende systemkritische Publizistik! Das war natürlich zu viel. *Das mußte unbedingt beendet werden!* Aber es gelang nicht. Fünf Mordanschläge hatten keinen Erfolg. Auch nicht der Versuch, 1987 das Verlagsgebäude mithilfe einer Benzingasexplosion in die Luft zu sprengen, während ich mich darin aufhielt zusammen mit einem meiner Söhne (der dann später in einer Eliteeinheit der Bundeswehr und dann in einem Bundeswehrkrankenhaus kaputtgemacht wurde). Ich vereitelte den Versuch, weil ich die Terroristen noch rechtzeitig bemerkte, als sie gerade den Zünder anbrachten. Ebensowenig gelang der Giftmordanschlag von 1994. Dank ausgezeichneter ärztlicher Hilfe hatte dieser Anschlag nur begrenzten Erfolg, ich habe allerdings unter dessen Folgen heute noch zu leiden. Dazu kamen mehrere Brandanschläge durch einen Geisteskranken, der angeblich keine politischen Absichten hatte, etwa fünfzig Hausdurchsuchungen, hunderte von Ermittlungsverfahren, fast zwei dutzend Kontokündigungen und vieles andere mehr.

Als Sie dann mit Ihren Versuchen, mich wirtschaftlich zu erledigen, keinen Erfolg hatten, veranlaßten Sie das *Gewerbeverbot* gegen mich. Bei einem regimekritischen Verleger und einem Schrift-

steller, der seine Veröffentlichungen selbst verlegt – selbst verlegen muß, da keinem Verlag das Risiko zugemutet werden kann, meine Veröffentlichungen zu verlegen – kam das einem Berufsverbot gleich. Das aber kann nach Art. 19 GG. nur das Bundesverfassungsgericht aussprechen. Dementsprechend wurde das Verbot weder von Ihnen noch vom Gewerbeamt jemals begründet. Sie konnten das auch nicht begründen, nicht nur wegen Art. 19 GG., sondern auch deswegen, weil dann die Machenschaften Ihres Amtes unweigerlich im Prozeß zur Sprache gekommen wären. Also wurde einfach nur behauptet, ich sei *unzuverlässig*, das aber *ohne* Begründung. Das Gewerbeamt verhielt sich genau so. Und das angerufene Verwaltungsgericht schritt nicht dagegen ein. Sie fanden eben immer wieder Komplizen und niemand unter ihnen diskutierte, daß *Sie* eigentlich „unzuverlässig" waren, nicht ich, daß *Sie* es nicht zuletzt waren, die durch Ihre Machenschaften meine angebliche Unzuverlässigkeit herbeiführten, u. a. im Zusammenwirken mit Leuten in meinem Betrieb, die vom BND und einer anderen Stelle den Auftrag hatten, meine Geschäftsunterlagen auszuspähen und zu chaotisieren. Mehr noch, *Sie* waren es, die *rechtsbrecherisch, voll Lug und Trug*, gegen mich vorgingen. *Sie hätten ein Betätigungsverbot verdient!* Nicht ich! Nun, daraufhin verweigerte ich jede weitere Zahlung an Ihre Behörde. Sie forderten über 280.000 DM von mir, davon war zwar der größte Teil nur auf Betrug aufgebaut. Aber ich bezahlte keinen Pfennig. Stattdessen leitete ich 4 Feststellungsverfahren gegen Sie ein. Diese hätten Ihnen vielleicht den verdienten Garaus gemacht. Doch dann rief mich ein Richter vom Finanzgericht an und bat mich, von den Feststellungsverfahren Abstand zu nehmen. Die Verfahren hätten möglicherweise ein Stück Staat erschüttert, nein, leicht erschüttert, vielleicht auch gar nicht. Was kann diesen immer tiefer in Korruption, Rechts- und Volksfeindlichkeit versinkenden Staat der Sieger von 1945 auch erschüttern! Aber der Richter erklärte mir, daß die Forderungen Ihres Amtes gegen mich noch nicht einmal rechtskräftig seien – d. h. die Rechtskraft war von Ihnen auch noch vorgetäuscht worden! Was für ein widerwärtiger Alligatorensumpf! Und deshalb war man – so der Richter – beim Finanzgericht zur Auffassung gelangt, daß die Feststellungsverfahren keinen Erfolg haben würden. Ich war mir natürlich darüber klar, daß dieser Richter von der Loge oder irgendeiner anderen hochedlen Einrichtung vorgeschoben worden war, um mich zum Zurückziehen der Feststellungsverfahren zu veranlassen. Als mir dann noch erklärt worden war, daß das Finanzamt meine Akte in die hinterste Ecke verbringen und nicht mehr hervorholen würde, gab ich nach, weil mir einerseits klar war, daß ich diese Feststellungsverfahren jederzeit neu veranlassen konnte, und andererseits, daß dieses Vorgehen für beide Seiten die einzige Art der Streitlösung war. So war es dann ja auch.

Vor allem aber war es mir wichtiger, was ich dann tat: Ich verkündete im Sommer 2000 die Gründung der FREIEN REPUBLIK UHLENHOF, als von der BRD *unabhängiges Gebiet des 1871 wiedergegründeten Deutschen Reiches*. Die Mitteilung über diese Gründung erhielten Sie und der Kreis Nordfriesland mit einem im Wesentlichen gleichlautenden Schreiben vom 23.8.2000. Weder von Ihnen noch von anderer Seite wurde dieser Mitteilung, die als **Unabhängigkeitserklärung** zu verstehen war, jemals widersprochen. Wer nicht widerspricht, erkennt an. Sie hat inzwischen Bestandskraft.

Alle die vorstehend nur in aller Kürze erwähnten Machenschaften, *neben denen viele weitere stehen, die hier nicht erwähnt wurden*, führten nicht zu einer Strafverfolgung gegen Ihr Amt, obwohl das Ermittlungsverfahren von mir bereits in Gang gesetzt war. Weil meine Lebensgefährtin wegen dieser Machenschaften schwer nervenkrank geworden war und mehrfach für längere Zeit in die Klinik mußte, teilte ich der Staatsanwaltschaft mit, daß ich die Sache *vorläufig für ruhend erkläre*.

2. Ihr jetziger Steuerbescheid fußt auf keiner korrekten Steuerprüfung. Ich wurde nicht einmal um Stellungnahme vor Abgabe Ihrer Steuerfestsetzung gebeten. Stattdessen heißt es in Ihrer Stellungnahme zu meinem Einspruch in der üblichen Terminatorsprache der Finanzbürokratie:

   „Ich mache Sie vorsorglich darauf aufmerksam, daß durch Ihren Rechtsbehelf die Vollziehung des Verwaltungsaktes nicht gehemmt wird. Insbesondere bleiben die in dem angefochtenen Steuerbescheid angegebenen Fälligkeitstermine unverändert bestehen."

Mit solcher Argumentation hebeln Sie bei Bedarf, also z. B. in meinem Fall, *jeden Rechtsschutz vor der Exterminierung* aus. Um es zu konkretisieren:

- Sie berücksichtigten in Ihrem Steuerbescheid keine Freibeträge für unterhaltsberechtigte Kinder,
- Sie berücksichtigten nicht die Tatsache, daß einer meiner Söhne durch eigenes Verschulden und durch Maßnahmen, mit denen man eigentlich den Vater treffen wollte, darunter Folterung zur Erzwingung einer Aussage, seelisch krank gemacht wurde und dann in einer psychiatrischen Anstalt von Gewalttätern mehrfach schwer mißhandelt und mißbraucht wurde. Nachdem er freikam, gab es weitere Verfolgungsmaßnahmen, die ich hier nicht darstellen will. In der Psychiatrie hat man auch versucht, ihn einer klassischen Gehirnwäsche zu unterziehen, um ihn gegen mich zu programmieren, wie das z.B. Sargant in dem von mir veröffentlichten Buch *Die Seelenwäscher* eingehend beschrieben hat und ich in dem von mir herausgegebenen Buch *Die geheime Verführung.* Die Gehirnwäsche war zeitweise erfolgreich. Um meinen Sohn wieder gesund zu bekommen, hatte ich sehr viel zu tun, auch finanziell.
- Sie berücksichtigten auch nicht, daß meine durch Ihren Terror krank gemachte Lebensgefährtin, die inzwischen wieder halbwegs gesund wurde, von mir unterhalten werden muß.
- Sie berücksichtigten auch nicht, daß ich mir aus finanziellen Gründen seit 1991 keine Sozialversicherung leisten konnte, jedoch kerngesund war bis zu dem Anschlag mit vier verschiedenen Nervengiften im Jahre 1994, die verschiedene Organe und meine Nerven erheblich schädigten, weshalb ich seitdem hohe Ausgaben für Medikamente und Arztbesuche habe.
- Insbesondere aber ist von Ihnen nicht folgende Tatsache berücksichtigt worden: Ihr Bescheid fußt auf Honorarzahlungen an mich, die weitgehend aus Zuwendungen (Spenden) von Freunden an mich auf Konten meines Sohnes stammten. Solche Zuwendungen sind steuerfrei bis zu einer Größenordnung, die nie erreicht wurde. Doch sie wurden vom Finanzamt Schleswig nicht als *treuhänderisch* von meinem Sohn zu verwaltende und *mir* gehörende Gelder gewertet, sondern als Einnahmen meines Sohnes, **mit 42% Einkommensteuer** und anscheinend zusätzlich, da als Einnahme gewertet, mit MWSt. belastet. Und Sie haben dem die Krone aufgesetzt, indem sie darauf **nochmals Einkommensteuer** erhoben, wobei Sie obendrein so taten, als stammten die Zuwendungen **aus einem einzigen Jahr, nämlich 2002**, während es in Wirklichkeit drei Jahre waren! Hätten Sie den Zahlungszeitraum korrekt berücksichtigt, **müßte ich überhaupt keine Steuern bezahlen.** So aber führte das Vorgehen Ihres Amtes zu einer **neuerlichen Steuererfindung** (nämlich unzulässige Versteuerung *treuhänderisch* zu verwaltender Spenden *an mich* bei meinem Sohn) und **Steueraddierung** (ungerechtfertigte Versteuerung bei meinem Sohn und dann nochmalige Versteuerung bei mir) in Höhe von ingesamt bis zu über 70%. Wenn man dazu noch die übrigen von mir zu zahlenden Steuern, z. B. Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Benzinsteuer und sonstige Verbrauchssteuern einschließlich Mehrwertsteuer rechnet, dann dürfte die Besteuerung in meinem Fall teilweise sogar **über 100%** liegen! Kein Wunder, daß ich finanziell noch nicht einmal in der Lage bin, die notwendigsten Reparaturen in dem von mir bewohnten Haus vorzunehmen (defekte Heizung, Schimmel im Haus, z. T. weggefaulte Fußböden, zusammengebrochene Küche, schadhaftes Dach u.v.a.m.).

  Und darin sind noch nicht einmal *Sozialversicherungsbeiträge* enthalten. Aber diese kann ich schon seit fast 15 Jahren nicht bezahlen. Deshalb bin ich seitdem nicht krankenversichert. Und trotz 8 eigenen Kindern und 4 Stiefkindern erhalte ich nur eine Rente von etwa 380 Euro. Großartig, nicht? Migranten, die nichts für unser Gemeinwesen geleistet haben, erhalten da sehr viel mehr. **Und dann dringt hier gestern einer Ihrer Gerichtsvollzieher ohne Erlaubnis in unsere unabhängige Republik ein, um hier Ihre Steuererfindung zu kassieren. Ich habe die Zahlung verweigert. Daraufhin wollte er pfänden. Das untersagte ich ihm** (ich besitze nichts Pfändbares, aber vielleicht wollte er verfaulende Dielenbretter mitnehmen oder meine Erkrankung aufgrund des Giftanschlags von 1994 – der von Leuten stammte, mit denen Sie natürlich nichts zu tun haben, die aber wie Sie Mitwirkende bei der Verfolgung meiner Person und meiner Gesin-

nung sind) **Daraufhin drohte er mit massivem Polizeieinsatz, wenn ich nicht gehorche. Als ob mich das beeindrucken würde!**

Der Gerichtsvollzieher – was für ein obskures Gericht vollzieht er eigentlich? Ihres! – ging dann allerdings, als ich ihm empfahl, erst einmal diesen Schriftsatz an Sie abzuwarten ...

B. DIE GRÜNDE FÜR MEINE GEHORSAMSVERWEIGERUNG:

Feststellung der fehlenden Legitimation des Finanzamts.
Verweigerung der Beteiligung meiner Person an Verbrechen der Führung der sog. BRD gegen das Leben, den Bestand, die Freiheit, die Selbstbestimmung, die Kultur, die rechtsstaatliche Organisation des Deutschen Volkes, gegen den Frieden und gegen den Gedanken der Völkerverständigung
durch Beteiligung an deren Finanzierung

1. **Erster Verweigerungsgrund:** Sie besitzen zum Erlaß eines Steuerbescheids gegen mich **überhaupt keine Legitimation.**

1.1. Ich bin Bürger der FREIEN REPUBLIK UHLENHOF.

1.2. Als solcher bin ich zugleich Bürger des 1871 gegründeten DEUTSCHEN REICHES.

1.3. Das DEUTSCHE REICH ist bekanntlich 1945 nicht untergegangen. Das hat das BVerfG der sog. BRD erstmals 1973 zugegeben und festgestellt.

1.4. Ich wurde im Jahre 1937 im DEUTSCHEN REICH als Sohn Deutscher Eltern geboren. Ich besitze daher kraft dem damals geltenden *ius sanguinis* die Staatsbürgerschaft des DEUTSCHEN REICHES. Diese Staatsbürgerschaft ist mir niemals aberkannt worden. Sie ist auch nicht durch meinen zeitweiligen Aufenthalt in der sog. BRD (von 1948 bis 2000, dem Jahr der Gründung der FREIEN REPUBLIK UHLENHOF) durch eine andere Staatsbürgerschaft abgelöst worden. In meinem von der sog. BRD ausgestellten Personalausweis steht über meine „Staatsangehörigkeit" zwar *„Deutsch"* aber nicht „BRD". „Deutsch" ist jedoch keine Bezeichnung für eine bestimmte „Staatsangehörigkeit", sondern ausschließlich eine Angabe über die Volkszugehörigkeit. Damit zeigt bereits der Personalausweis der sog. BRD ein schizophrenes beziehungsweise systemtypisch-verlogenes Rechtsverständnis in Bezug auf die staatsrechtliche Identifizierung meiner Person (und vieler anderer Deutscher).

1.5. Daraus folgt, die sog. BRD besitzt keine Hoheitsgewalt mir gegenüber.

2. **Zweiter Verweigerungsgrund:** Die sog. BRD ist **kein souveräner Rechtsstaat im völker- und staatsrechtlichen Sinne.**

2.1. Es ist klar, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die Siegermächte ein *Instrument zur Normierung ihrer Besatzungspolitik* brauchten. Sie schufen hierfür vor allem das sog. „Grundgesetz". Es war *ihr* Gesetz, nicht *unseres*. Und die Tatsache, daß es heute noch gilt, 61 Jahre nach dem Sieg der Gegner Deutschlands, statt durch eine vom Deutschen Volk geschaffene und angenommene Verfassung ersetzt zu werden, das ist ein *völkerrechtlich unzulässiger* Zustand. Und wenn die „Siegermächte" und ihre Vasallen auch ständig betonen, sie selbst seien die „Anständigen" und der Rest der Deutschen die Unanständigen, so ändert das nichts an der Wirklichkeit. Zugleich ist dieser Zustand *menschenunwürdig, antidemokratisch, antirechtsstaatlich.* Was sonst! Er wird aber erst ein Ende finden, wenn ihm das Deutsche Volk in freier Entscheidung ein Ende setzt,

und zwar durch Schaffung einer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen, nichtimperialistischen Verfassung. Das heißt: solange das nicht geschieht, haben die Deutschen auf ihrem Staatsgebiet einen

verfassungslosen Zustand

mit einer Ordnung staatlicher Gewalt, die ganz offiziell von den drei „westlichen Siegermächten" geschaffen worden ist, und zwar vor allem in Form des sog. Grundgesetzes. Und da **Besatzungsmacht fast immer imperialistische Macht, fast immer Fremdherrschaft** darstellt und **nie** eine Herrschaft sein kann, die nachträglich von einem rechts- und freiheitsliebenden, selbstbewußten und auf seine Ehre achtenden Volk durch eine selbst gestaltete und gewählte Verfassung legitimiert werden könnte. Darum verkörpert **die Legitimierung der Machtausübung** in der sog. BRD **logischerweise eine mehr oder weniger imperialistische,** und nicht etwa eine freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche. Das heißt: sie ist wohl kaum **Rechtsausübung im Namen des Deutschen Volkes,** sondern viel eher **Ausübung einer imperialistischen Fremdherrschaft.**

Diese Argumentation ist eine rechtslogische. Die weitere Prüfung wird zeigen, daß diese Logik dem gesamten „System BRD" innewohnt, daß sie „systemimmanent" im wahrsten Sinne dieses Wortes ist.

Übrigens vertrat auch Prof. Dr. Carlo Schmid, einer der führenden Väter des sog. Grundgesetzes, im Wesentlichen meine hier vorgetragene Auffassung. Siehe seine Rede, abgedruckt in *Der parlamentarische Rat 1948-1949,* Akten und Protokolle, Band 9, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Harald Boldt-Verlag im R. Oldenbourg-Verlag, München 1996, S. 20 ff., Auszug im Anhang, entnommen aus: Justiz-Opfer Initiative Clausthal, *Betrogen im IV. Reich im Namen des Volkes!,* herausgegeben von Dr. Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing. Jürgen-Michael Wenzel, Virtueller Internet Verlag, Clausthal, 7. Aufl. 2006, S. P 05 2 ff.

3. **Dritter Verweigerungsgrund:** Die als **Befreiung**, nämlich als „Beendigung des Besatzungsregimes" vereinbarte **vollständige Fremdsteuerung und Knebelung Deutschlands**

3.1. Am 21.2.1995 schrieb ich an das *Bundesministerium der Justiz.* Darin bat ich um Auskunft, ob Artikel 2 des *Überleitungsvertrages* von 1952/1954 noch gelte. Eine Antwort erhielt ich am 16.3.1995, unter dem Geschäftszeichen IV B 4-9161 II-48 0188/95, unterzeichnet mit „Oehler". Die Antwort bestätigte meine Auffassung, daß der genannte Artikel noch gilt. Man war sogar so freundlich und übersandte mir noch Kopien des *Überleitungsvertrages* von 1952/1954 und der *Vereinbarung* vom 8.10.1990, die in die gleiche Richtung ging. Die Kopien waren Ablichtungen aus dem *Bundesgesetzblatt.* **Die Unterlagen sind abgelichtet im Anhang zu diesem Schriftsatz.**

Worum ging es?

Der Vorgang erhellt wie ein Blitz in der Nacht die politische Lage Deutschlands nach 1945. Zugleich zeigt er, welches **imperialistische Streben** hier am Werk war und ist.

Gemeinhin wird *behauptet,* das „Besatzungsregime" der drei westlichen Siegermächte sei in der *Bundesrepublik Deutschland* 1954 im Wesentlichen beendet worden. Zum Beweis wird auf den sogenannten *Überleitungsvertrag* von 1952/1954 verwiesen. Dieser Vertrag trägt die Bezeichnung:

> **Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)**

Diese merkwürdige bandwurmartige Vertragsbezeichnung müßte eigentlich gleich mißtrauisch machen. Entnommen ist sie dem *Bundesgesetzblatt*[1]. Damit niemand die nachfolgend behan-

[1] *Bundesgesetzblatt,* Nr. 8, Tag der Ausgabe: Bonn, den 31. März 1955, S. 405.

delten Tatsachen leugnen oder verharmlosen kann, habe ich im Anhang die in Frage kommenden Kopien aus dem *Bundesgesetzblatt* wiedergegeben.

Eingangs heißt es in dem Vertrag:

„Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik sind wie folgt übereingekommen: [...]

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den in dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind [...] *dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden. “*

Diese Vertragsbestimmung segelt, wie schon betont, offiziell unter der Flagge **„Beendigung des Besatzungsregimes** in der Bundesrepublik Deutschland“[2]. So steht es unzweifelhaft da. Und in der Folgezeit war auch immer diese Flagge gezeigt worden. Doch die soeben zitierten Bestimmungen zeigen, daß die mit dem „Vertrag“ angeblich vollzogene **Befreiung Deutschlands von weiterer Besatzung** geprägt ist von Ausnahmebestimmungen und Winkelzügen. Ist also die gezeigte Flagge eine falsche Flagge? Sie als „Piratenflagge“ zu bezeichnen, wäre aber falsch. Das Wesen der Führungsschichten der Siegermächte ist u.a. gekennzeichnet durch die Anwendung von *Cant*, wie die Briten das nennen. Und was ist *Cant*?

3.2. *Cant* ist laut *Duden-Fremdwörterbuch* von 2005: *„a) heuchlerische Sprache, Scheinheiligkeit; b) Rotwelsch“*. Es ist die **geschickte, bei Bedarf heuchlerische Sprache, Argumentation und Handlungsweise, durch die mehr oder weniger unzulässige bis verbrecherische Ziele und Taten als Ausfluß von *Anständigkeit* oder gar als *Göttliches Werk* verpackt und *mit seriöser Gestik* ganz offen, als läge gar nichts Bedenkliches oder gar Kriminelles vor, durch die Kontrolle getragen, also nicht heimlich geschmuggelt wird.** *Cant* ist angewandte Psychologie. Er baut darauf, daß die meisten den schönen Schein für die Wirklichkeit halten (oder halten möchten) und geschliffene Argumentation mit Redlichkeit verwechseln. Er will nicht grober Betrug sein, sondern die Kunst der eleganten Vortäuschung und Auslegung, die am liebsten das Wort und den Vertrag als heimlichen, abgeleugneten Dolch benutzt. In den USA lernen Menschen, wenn sie in der Öffentlichkeit lächeln sollen, *um sich oder eine Ware erfolgreich zu verkaufen,* nicht etwa, sich herzlich und ehrlich dem Anderen zuzuwenden, sondern den Mund mit geschlossenen Zähnen so zu öffnen, als wollte man „Cheese“ sagen. Man trainiert das sogar in Schulen und in gesonderten Kursen. Ist das nicht rührend? Oh, es ist wunderbar rührend! Die Nation der *cheerleaders*, der *gumboys*, des *Maschinengewehr Gottes*[3], oder der Rechtfertigung der Indianerausrottung und Negerversklavung, der Exterminierung von Deutschen, Japanern, Koreanern, Vietnamesen, Philippinos, Afghanen, Serben, Irakern etc., diese Nation *übt* sich im Lächeln. Wirklich großartig. Nichts geht eben über den *american way of sneer*[4].

„Cheese“ heißt übrigens auf Deutsch „Käse“. Welche versteckte Ironie![5]

---

[2] Siehe die soeben zitierte Vertragsbezeichnung.

[3] Spitzname des Predigers Billy Graham.

[4] *Sneer*: Hohnlächeln (engl.).

[5] Als ich vor 13 Jahren in den USA meine Forschungen am *Union Hebrew College* in Cincinnati betrieb, sozusagen als Kundschafter im eigenen Auftrag, um die Echtheit bestimmter Dokumente und Äußerungen in Büchern und Zeitschriften zu prüfen, traf ich einen jüdischen Theologiestudenten aus Argentinien, der zeitweise in Freiburg studiert hat-

Jede Anwendung von *Cant* hat natürlich Gründe. Im vorliegenden Fall geht es um Folgendes: Ein Besatzungsregime darf nach dem Völkerrecht nicht zeitlich unbegrenzt aufrecht erhalten werden. Innerhalb einer bestimmten Frist verfällt dieses Recht. Und für freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratien, welche die Siegermächte laut ihren überall gezeigten Reklametafeln sein wollen, wäre es durchaus kontraproduktiv, den früheren Kriegsgegner zeitlich unbegrenzt besetzt zu halten. Denn alles was ein westlich-abendländischer Demokratiegläubiger, ob Frömmler oder nicht, so anstellt, wenn es um *Andere* geht, hat entweder als „gottwohlgefälliges Werk" zu gelten, oder als „Kampf für Freiheit und Demokratie", für „Recht und Ordnung", „Menschenrechte", „freie Wahlen". Und stets geht es gegen das „Böse", gegen „Terrorismus", „Diktatur", „Schurkenstaaten". Die *pia fraus,* die fromme Lüge, ist konstituierend, ohne sie kann ein Rechtgläubiger = Rechtsschein-Anbeter nicht leben.

Was macht man daher im vorliegenden Fall, unter dem Banner der Gutmenschen, damit man das Ungute als gut ausgeben kann, ja, mehr noch: sich so richtig in der Pose des Befreiers zeigen kann, während man in Wirklichkeit die Knebelung eines Volkes veranstaltet?

Man schließt einen Vertrag. Mit dem Vertrag wird der alte Zustand ausdrücklich aufgehoben. Dann nimmt man einen gutmenschlichen Werbespruch: man nennt den Vertrag *„Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik".* Schön. Doch zugleich führt man den alten Zustand wieder ein. Aber nicht hintenherum, sondern vorneherum, das wirkt überzeugender, denn durch diese Sichtführung kommt der Betrachter zu der Meinung, er werde auf offene Weise ja wohl nicht irregeführt, sondern er verstehe nur den Vorgang nicht richtig, sei etwas begriffsstutzig, denn es heißt ja, der Vertrag *beende* den Besatzungszustand. Das muß doch stimmen! Und damit dieser *cant* auch im diplomatischen Ernstfall wirkt, muß die Fortsetzung des Kerns des Besatzungszustands nicht nur frech als seine „Beendigung" auftreten, sondern ein juristisches „Als ob", eine Fiktion, als Mittel dazugeschaltet werden. Dies wird dadurch erreicht, daß der Vertragspartner nicht mehr als **Objekt der Besatzung, also unfrei** auftritt, sondern **frei, als Subjekt, freigeworden im Zuge der vorgeblichen Beendigung des Besatzungsregimes. Das ist freilich alles reine Fiktion. Aber die Juristen, vor allem jene unter den Diplomaten, arbeiten oft mit Fiktionen.** Sie haben dafür sogar eine hilfreiche Ideologie, es ist die „Als-ob-Philosophie" des jüdisch-freimaurerischen Philosophen Vaihinger[6].

---

te. Er hatte erfahren, daß ich aus Deutschland kam. Er ging auf mich zu und drückte seine Freude darüber aus, einem Deutschen aus Deutschland zu begegnen. Das machte mich natürlich stutzig und ich fragte ihn nach dem Grund. Zu meiner Überraschung sagte er: *„Die Deutschen sind so ehrlich!"* Da fragte ich ihn, worauf er diese Ansicht stütze. Er antwortete, sinngemäß wiedergegeben: *Wenn die Deutschen lächeln, sei das Lächeln ehrlich. In Deutschland werde Freundlichkeit nicht geheuchelt. Hier in den USA sei das anders, da werde man angestrahlt, wenn man etwas kaufen wolle, aber das wäre meist Heuchelei, denn das Strahlen verschwinde häufig sofort, wenn man sein Interesse woanders hinwende.* Nun, Ähnliches erlebte ich oft in den USA. Aber nicht nur. Und ganz so ehrlich geht es im heutigen Deutschland auch nicht (mehr) zu. In dieser Hinsicht haben viele „dazugelernt". Vor allem in „unserer" „Führungsschicht" und im „Show"geschäft.

[6] Im *Internationalen Freimaurer-Lexikon* der beiden Freimaurer Eugen Lennhoff und Oskar Posner, Wien 1932, Nachdruck 1975, steht: *„Als-ob-Philosophie, von Vaihinger eingeleitete Richtung des positivistischen Idealismus* [na, R.B.] [...] *A. ist im Grunde Fiktionalismus. Fiktionen (s.d.) sind* ***b e w u ß t f a l s c h e , aber z w e c k m ä ß i g e Einbildungen, die wohl kein wirkliches Erkennen zur Folge haben, aber die Berechnung der Wirklichkeit ermöglichen.*** [Blanker Unsinn. Eine Rechnung mit falschen Rechengrößen, die obendrein Einbildungen sind und dann auch noch zweckmäßige, damit kann niemals die Wirklichkeit erfaßt oder gar „berechnet" werden. Im Grunde geht es hier um die Rechtfertigung von Wahn, der „zweckmäßig" ist, nämlich bestimmte Zwecke bedient. Darum heißt es auch nachher noch, diese Lehre stünde der Freimaurerei nahe. Ich hatte in meiner Veröffentlichung *Ist die Freimaurerei eine nach Art. 9 II GG verbotene Vereinigung?*, nachgewiesen, daß es sich bei der Freimaurerei um einen autoritär-hierarchisch aufgebauten, imperialistischen und kriminellen Zielen dienenden Geheimbund handelt. Für so einen Bund ist Vaihingers „Philosophie" famos. Sie ist die Philosophie des *als-ob-guten Bösen*, des imperialistischen und kriminellen Gaunertums, das *„bewußt falsche, aber zweckmäßige Einbildungen"* benötigt, die *„kein wirkliches Erkennen"* , also **bewußte Irreführung = Betrug** erlauben, aber als politisch zweckmäßige *„Berechnung der Wirklichkeit"* verwertet werden können. R.B.] *Unsere Vorstellungswelt ist voller Fiktionen* [...] [Das ist ja gerade das Schlimme! Und wer ist dafür verantwortlich? R.B.] *Ideale sind praktische Fiktionen: in sich widerspruchsvolle* [nur bei falschen Idealen, R.B.] *und mit der Wirklichkeit im Widerspruch stehende Begriffsbildungen* [häufig bei Irren, „Show"stellern und heutigen Politikern



Als-ob-Philosophie, von Vaihinger eingeleitete Richtung des positivistischen Idealismus (s. d.), die Tatsachen und Ideale gleicherweise gelten läßt. A. ist im Grunde Fiktionalismus. Fiktionen (s. d.) sind bewußt falsche, aber zweckmäßige Einbildungen, die wohl kein wirkliches Erkennen zur Folge haben, aber die Berechnung der Wirklichkeit ermöglichen. Unsere Vorstellungswelt ist voller Fiktionen: Kategorien, Allgemeinbegriffe, mathematische und physische Begriffe (Kraft, Materie, Linie, Punkt, das Unendlich-Kleine), der kategorische Imperativ, religiöse Ideen, der Freiheitsbegriff usw. Die Kausalität ist eine analogische Fiktion. Auch Naturgesetze sind fiktiv, bloße Ausdrücke für die Gleichförmigkeit von Tatsachen. Ideale sind praktische Fiktionen: In sich widerspruchsvolle und mit der Wirklichkeit im Widerspruch stehende Begriffsbildungen, „die aber einen ungeheuren weltüberwindenden Wert haben". In der Wirklichkeit gibt es nur eine unabänderliche Zeitfolge von gleichzeitigen und aufeinanderfolgenden Empfindungen. Alles weitere ist eine willkürliche Konstruktion. Die Fiktionen, fiktiven Urteile, werden in Sätzen ausgedrückt, in denen „als ob" als Partikel dient, und die ein „vorliegendes Etwas mit den Konsequenzen aus einem unwirklichen und unmöglichen Fall gleichsetzt", für praktische Zwecke einen Vergleich mit etwas Imaginärem vornimmt. Die A. unterscheidet zwischen Hypothese, Fiktion und Dogma. Erstere kann verifiziert werden und wird dadurch zu einem Dogma, d. h. zu einer als objektiv angenommenen Vorstellung. Fiktionen können hingegen niemals verifiziert, sondern nur durch praktische Leistungen gerechtfertigt werden. Kant bezeichnete bereits Gott, Freiheit, Unsterblichkeit usw. als „Als-ob"-Begriffe, ohne jedoch den Standpunkt des Fiktionalismus ganz durchgeführt zu haben. Die A. übte eine tiefgehende Wirkung auf das neuzeitliche Denken aus und steht den Auffassungen der Freimaurerei in mancher Hinsicht nahe. Sie zeigt uns die Gleichwertigkeit aller Gebiete des Seelenlebens, in dem sie mit dem unbegründeten, naiven Positivismus (s. d.) aufräumt und die Fiktivität des Denkens und Wissens auf allen Gebieten nachweist. Sie liefert uns dadurch die Grundlage, Glauben und Wissen gleicherweise zu achten. Diese Lehre charakterisiert auch das Verhalten der Freimaurerei hinsichtlich der religiösen und politischen Wahrheiten, die gleichwertig, da alle nur „Als-ob"-Wahrheiten sind, praktisch wertvoll, ohne daß wir in der Lage wären, über ihre Stichhaltigkeit und Beweisbarkeit weitere Feststellungen zu machen. Die freimaurerische Auffassung legt in der Religion auf das sittliche Moment das Hauptgewicht, beachtet nicht die Unterschiede hinsichtlich der metaphysischen Fragen und besagt dadurch im Grunde, daß ihrer Ansicht nach die religiösen Ideen und Begriffe Fiktionen sind, deren Zweck es ist, den Menschen zum sittlichen Handeln zu veranlassen. „Religiös sind wir, wenn wir so handeln, als ob die Sittlichkeitsgebote Gottes Gebote wären". (Heinichen, „Die Grundgedanken der Freimaurerei im Lichte der Philosophie".) Im Sinne der A. wäre vielleicht auch eine für die ganze Freimaurerei gültige Formulierung des Gottesbegriffes möglich (s. Religion). Auch der Glaube an den Fortschritt (s. d.), an die Verwirklichung des Humanitätsideales (s. d.) und das Postulat der sittlichen Freiheit sind im Grunde Fiktionen. Die Freimaurerei verhält sich, „als ob" sie wahr wären. Sie setzt sie aus praktischen Gründen voraus, ohne über ihre Wahrheit im absoluten Sinne etwas behaupten zu wollen. Sie verlangt von ihren Anhängern auch in diesem Sinne kein Glaubensbekenntnis, lehnt Dogmen, die niemals verifizierbar sind, ab. Im Lichte der A. ist die Freimaurerei eine Bewegung, die sich damit begnügt, ihre Grundprinzipien als Fiktionen zu betrachten, ohne sie willkürlich in Dogmen verwandeln zu wollen, wie dies die Religionen und politischen Bewegungen tun.

---

anzutreffen], *„die aber einen ungeheuren weltüberwindenden Wert haben"* [nur wahnkranke Spinner und Imperialisten wollen die Welt „überwinden" und das auch noch mit „bewußt falschen, aber zweckmäßigen Einbildungen". Grauenhaft. R.B.] [...] *Die A. übte eine tiefgehende Wirkung auf das neuzeitliche Denken aus und steht den Auffassungen der Freimaurerei in mancher Hinsicht nahe* [...] *Diese Lehre charakterisiert auch das Verhalten der Freimaurerei hinsichtlich der religiösen und politischen Wahrheiten, die gleichwertig, da alle nur „Als-ob"-Wahrheiten sind* [also *„bewußt falsche, aber zweckmäßige Einbildungen"*, s. oben. R.B.] [...]" Eigentlich verdient diese grauenhaft-verkommene Art von „Philosophie" in Bezug auf ihre politische und sonstige Auswirkung. eine noch etwas eingehendere Untersuchung. Aber kann man eine solche Untersuchung irgendeinem geistig gesunden Menschen zumuten? Ich meine, nein.

3.3. Jedenfalls, in der *fiktiven Rolle* des freien Subjekts, kann er einen Vertrag schließen, der als völkerrechtlich gültig *auslegbar* ist. Denn nach seiner öffentlich deklarierten Befreiung, genannt „Beendigung des Besatzungsregimes", ist er natürlich imstande, selbständig einer vertraglichen Bindung an die Bündnispartner zuzustimmen. Daß die Bindung in Wirklichkeit eine völlige Knebelung darstellt, das ist unerheblich. Denn als befreites Subjekt hat er selbstverständlich das Recht, eigenverantwortlich jeder Art von Vertrag zuzustimmen, auch einem unredlichen oder gar widersinnigen. Daher heißt der Vorgang auch ganz schlicht nur „Vereinbarung". Wie sanft! Geradezu lieb. Der Tiger hat seine Krallen zurückgezogen, schnurrt und macht *Cheese.* Und schon ist die Welt wieder in Ordnung. Was macht es schon, daß es eigentlich eine Welt der Lüge ist? Und, seien wir ehrlich, hatte das angeblich freie Subjekt eine wirkliche Wahl? *Ja klar,* sagt der Fiktionalist und blickt fromm auf sein geknebeltes Opfer, das er *„bewußt falsch"*[7] für ein *befreites, demokratisch-rechtsstaatliches Wesen* ausgibt. Und der Realist sagt: *Ja klar, aber nur mit freimaurerischem Winkel und Zirkel und nur in dem Sinne, daß er sich für ein paar Vergünstigungen in die – fiktive – Wahrheitswelt integrieren darf. Aber das ist doch was! Mitmachen in der Wahrheits-Bruderschaft ist alles! Mitmachen macht frei!* Doch was sagt der Idealist und Moralist? *Gar nichts.* Er wendet sich ab mit Grausen. Und erinnert sich daran, daß der französische Staatschef vorher, als die Deutschen die Wiedervereinigung vollziehen wollten, mit *Krieg* gedroht hatte. Ja, so ist das: die Mitglieder der Bruderschaft dürfen ungestraft mit Krieg drohen. Ihn auch machen. Doch, falls Deutsche das täten, regnete es Pech, Schwefel – und fromme christliche Worte oder andere bonbonfarben lackierte Heuchel-Fäkalien.

Eigentlich müßte jetzt von der genannten „Vereinbarung" vom 27./28. September 1990 vor allem der Vorspann und die Texte unter Ziffer 1, 2, 3, 4a und die Schlußbemerkungen zitiert werden. Diese Texte zeigen aber nur wieder den gleichen *cant*, der in der ganzen Angelegenheit zum Ausdruck kommt. Für den, der das auch noch nachlesen will, habe ich die genannten Passagen aus dem *Bundesgesetzblatt* Nr. 42, S. 1386 ff. ab S. 37 abgelichtet[8]. Zitiert sei hier nur, was unter Ziffer 3 steht:

„3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft: [...] *Artikel 2 Absatz 1."*

3.4. Dieser hier genannte Artikel 2 Absatz 1 ist die ominöse Bestimmung, um die sich eigentlich alles dreht. Sie bildet den **Würgegalgen.** Sie enthält die von mir als **Unterwerfungsvereinbarung** bezeichnete Bestimmung, aus der sich die **Tatsache der völligen Knechtung** ergibt. Es heißt dort in feinstem Winkeladvokaten-Welsch:

„Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, ***sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft,*** *ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften be-*

---

[7] Siehe die Definition in der vorigen Fußnote: *„Fiktionen sind* ***b e w u ß t f a l s c h e,*** ***aber zweckmäßige Einbildungen, die wohl kein wirkliches Erkennen zur Folge haben, aber die Berechnung der Wirklichkeit ermöglichen.*** *"*

[8] Noch etwas am Rande: Die „Vereinbarung" vom 27./28. September 1990 erschien im *Bundesgesetzblatt* am 9. November 1990, dem Jahrestag des Beginns der November-Revolution 1918 und des Zusammenbruchs des Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg, d.h. dem Sieg von Volks- und Landesverrat im Zusammenhang mit dem Sieg des sogenannten *Dolchstoßes*, der inzwischen keiner gewesen sein will. Der 9. November ist auch der Jahrestag des Scheiterns des sog. Hitler-Ludendorff-Putsches im Jahre 1923, der sich gegen die weitere Demontage Deutschlands durch Weimar und den römisch-katholisch gelenkten Separatismus im Rheinland und in Süddeutschland richtete. Er ist weiterhin der Jahrestag der sog. Kristallnacht am 9. November 1938, einer antijüdischen und aufgrund des Zieles der Drahtzieher auch antideutschen Aktion, deren Hintergründe hier jetzt nicht behandelt werden sollen. Als die Bundesregierung dann den Feiertag aus Anlaß der Wiedervereinigung festlegen wollte, wählte sie zunächst den 9. November. Das war meiner Erinnerung nach der Tag der Grenzöffnung. Dagegen protestierte die jüdische Führung und es wurde das Datum 3.10. gewählt. Das Datum 9.11. tritt in der Geschichte noch öfters auf. Einige meinen, das Datum hätte eine (jüdisch-)kabbalistische Geheimbedeutung.

gründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen ***unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen*** *wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.“* [9]

Und damit niemand sagen kann, das wäre nicht völlig real, ist die Ablichtung dieses Textes aus dem *Bundesgesetzblatt* im Anhang zu Abschnitt B wiedergegeben. Und damit niemand sagen kann, das Ganze sei überholt, ist dort auch das Schreiben des Ministeriums in Ablichtung wiedergegeben. In diesem Schreiben heißt es ausdrücklich:

„Der Überleitungsvertrag ist – mit Ausnahme weniger Bestimmungen – durch eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 27./28. September 1990 außer Kraft gesetzt worden. ***Zu den Bestimmungen, die in Kraft geblieben sind, gehört Artikel 2 Absatz 1 des Überleitungsvertrages.“*** [10]

3.5. Also, es ist **nicht zu leugnen:** Die **Staatsführung der BRD hat mit den westlichen Siegermächten** – die hier ganz *soft,* mit eingezogenen Krallen, nur noch die *Drei Mächte* heißen – **vereinbart,** daß ***„alle Rechte und Verpflichtungen“*** **der Besatzungsbehörden**, die auf jeglichem Gebiet staatlicher Gewalt (also in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung) *„begründet oder festgestellt worden sind“,* ***„in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft“*** *„bleiben“,* gleichgültig, ob sie *„in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften* [z.B. wären da das *Völkerrecht,* das *Grundgesetz* oder eine künftige Verfassung zu nennen] *begründet oder festgestellt worden sind“.* Obendrein sollen diese Maßnahmen die **Grundlage** aller ***„künftigen*** *gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen“* bilden – also **aller Maßnahmen** des Staates „BRD“ einschließlich der Schaffung einer eigenen Verfassung. Das aber bedeutet:

Nach wie vor soll die gesamte Tätigkeit der „BRD“ auf der von den Besatzungsregierungen, also von den Feindmächten geschaffenen Grundlage und Zielsetzung fortgeführt werden (*„bleiben in jeder Hinsicht ... in Kraft“*). Und das gilt für alle *„künftigen“* staatlichen *„Maßnahmen“*, also ohne zeitliche Begrenzung. Sozusagen für immer und ewig.

Aber das Ganze erfolgt jetzt offiziell nicht nach Besatzungsrecht, sondern, wie es ausdrücklich heißt: *„nach deutschem Recht“.*

Das heißt: das Besatzungsrecht, das ja *„in jeder Hinsicht ... in Kraft“* bleiben soll, blieb völlig unverändert, es wurde lediglich zu „deutschem“ Recht umgewidmet, umetikettiert, vermasket – und verewigt. Das heißt, in seinem Besatzungsregime-Charakter, seinem Fremdherrschafts-Wesen wurde es ausdrücklich um keinen Deut geändert oder beschnitten (*„bleiben in jeder Hinsicht in Kraft“*). Das heißt, aus der Totalitären Giftflasche mit dem Etikett: „Totale Niederwerfung Deutschlands“[11], „Bedingungslose Kapitulation“[12], „Entmachtung“, „Ausraubung“, „Umvolkung“ und „Liquidierung des deutschen Wesens

---

[9] Siehe *Bundesgesetzblatt,* Jahrgang 1955, Teil II, Nr. 8 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 31. März 1955, S. 407.

[10] Der Brief des Justizministeriums der „BRD“ an mich und die wichtigsten Passagen aus der *Vereinbarung* vom 27./28. September 1990 sind faksimiliert wiedergegeben in meinem *Informations- und Dokumentationsdienst,* 1995/5, Dk. 0675, in *Freiheit und Recht,* Viöl, Juni 2001, S. 24 ff. und als Faksimile im Anhang (hier auf S. /////////).

[11] *Direktive an den Oberstkommandierenden der Okkupationstruppen der Vereinigten Staaten in Deutschland, betreffend die Militärregierung in Deutschland* [ICS 1067/6 - 26. April 1945], 1. Teil, Abschnitt 2a: *„Die Rechte, Vollmachten und der Rechtscharakter (status) der Militärregierung in Deutschland sind auf der bedingungslosen Kapitulation oder der totalen Niederlage Deutschlands aufgebaut... Hauptziele der Militärregierung in Deutschland ...*

4 b) Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt werden, sondern als eine besiegte feindliche Nation. Ihr Ziel ist ... die Besetzung Deutschlands zur Erzielung gewisser wichtiger alliierter Interessen ...“ (zit. aus: Gustav Stolper, *Die Deutsche Wirklichkeit - Ein kritischer Beitrag zum künftigen Frieden Europas,* Viöl 2005, S. 309-311.

[12] Siehe vorige Fußnote.

und teilweise auch der Vertreter desselben“[13] **wird durch Umetikettierung eine mit Lähm- und Rauschmitteln versetzte und wohlschmeckend gemachte Saftflasche mit der Aufschrift: „Souveräner freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat“. Fein, sehr fein. Edelste Oxford-Destille.**

Aber – wer zweifelt und wer sein Zweifeln für Denken hält, der lese mehrfach und ganz genau, also Wort für Wort, den Text der „Vereinbarung“. Auf das Etikett kommt es nicht an! Aber auf den Inhalt! **Der Inhalt ist eine totale Fortsetzung der Knebelung** („*bleiben in jeder Hinsicht in Kraft*“) **in Gestalt der uneingeschränkten Weitergeltung** ***„aller Rechte und Verpflichtungen,*** *die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen* ***der Besatzungsbehörden*** *oder auf Grund solcher Maßnahmen* ***begründet oder festgestellt*** *worden sind“.* **Ja, damit handelt es sich hier sogar nicht nur um eine totale Fortgeltung, sondern um eine totalitäre! Was sonst!! Am besten kommt der totalitäre Charakter in der Bestimmung** (frömmlerisch: „Vereinbarung“!) **zum Ausdruck, daß** ***„alle Rechte und Verpflichtungen“*** **– alle! alle! – die von den „Besatzungsbehörden“ auf allen Gebieten staatlicher Gewalt** ***„begründet oder festgestellt worden sind“ „in jeder Hinsicht ... in Kraft“*** **bleiben** ***„ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind.“*** **, das heißt, egal, nein: scheißegal, ob sie mit den Normen des Völkerrechts, den Normen einer freiheitlich-demokratischen Rechtsstaatlichlichkeit oder anderen Rechtsnormen in „Übereinstimmung“ stehen. Das ist eine klassische Form von Totalitarismus. Ach, Ihr lieben Anständigen, dieses Geschenk an das Deutsche Volk ist nicht einmal in rosarotes Bonbonpapier verpackt. Wo Ihr doch immer so rosarotverlogen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit redet. Wie verschrumpelt und erbärmlich ist doch Euer Gott! Nichts als ein Reklameschwindel, ein Popanz.**

Im übrigen: es dürfte natürlich nicht bei allen „Verantwortlichen“ ganz freiwillig zu dieser „Vereinbarung“ gekommen sein. Man drohte der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Regelung der sog. Wiedervereinigung und den dazu angeblich nötigen internationalen Verträgen = Unterwerfungs„vereinbarungen“ sogar mit Krieg![14] **Ja, manchmal, wenn es zu heiß wird, muß man die Maske der Anständigkeit abnehmen. Und was erscheint dahinter? Es erscheint die Fratze der Lüge und Gewalt. Erscheint Satan. Ja, ja, Ihr Anständigen: Satan! Er hat es Euch angetan, an IHN habt Ihr Euch verkauft!**

Von Souveränität oder Selbstbestimmung des Deutschen Volkes wird hier nirgendwo gesprochen. Warum nicht? Wohl aber von der ewigen Fortdauer der Fremdbestimmung überall dort, wo die Siegermächte bereits ihr Interesse an eigener Herrschaft gezeigt, normiert und durchgesetzt haben.

4. **Vierter Verweigerungsgrund:** Das **Bestehen zweier Staaten** auf Deutschem Volks- und Reichsboden.

Neben diesem tatsächlichen, rechtlich fixierten Zustand existiert ein zweiter Zustand. Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich 1973 in einem Urteil erklärt, das *Deutsche Reich* bestehe völkerrechtlich fort, ihm fehlten nur die Regierungsorgane. Das heißt, es bestehen – anderes ist logisch nicht denkbar – auf Deutschem Volksboden **zwei** Staaten. Der **eine** Staat ist das **Deutsche Reich,** der **andere** Staat, der nur auf *einem Teil des Deutschen Volksbodens* besteht, ist ein **von den Siegermächten geschaffener, strukturierter und gemäß „Vereinbarung“ gehorchender**

[13] Siehe u.a. Stolper, a.a.O. und andere kritische Veröffentlichungen.

[14] Siehe dazu den Bericht im ID.

Staat. Und um es nicht zu vergessen: auf *weiteren noch anderen Teilen* des Deutschen Volks- und Reichsbodens herrschen *andere* Staaten (z.B. Polen, Tschechien, Rußland, Frankreich, Belgien, Italien). Daher haben die Deutschen auch keinen Friedensvertrag. Denn zur Schließung eines Friedensvertrags *fehlt es an einer zuständigen Regierung des Deutschen Reiches.* Die sog. „BRD“ hingegen kann keinen Friedensvertrag schließen. Denn sie hat ja keinen Krieg geführt. Und zur Zeit des Krieges bestand sie auch noch nicht. Obendrein ist die sog. BRD staats- und volksräumlich nicht deckungsgleich mit dem Deutschen Reich. Und schließlich ist sie völker- und staatsrechtlich ein *Nullum,* da ihr das Volk nicht in freiem Willensentscheid die Weihe einer Verfassung und damit eine vom Souverän verliehene rechtlich normierte Existenz gegeben hat.

Dieser **abnorme** „doppelstaatliche“ Zustand ist zweifellos nicht von den Deutschen als Volk und in freiem Entschluß, sondern gegen den Willen des Volkes von **feindlichen Staaten** geschaffen worden, natürlich unter Mitarbeit fügsamer, vielfach auch konditionierter, manchmal zum Gehorsam gezwungener oder gar gekaufter deutscher Politiker. Doch der durch „Vereinbarung“ geschaffene **Rechtsschein** hilft nicht. Rechtsschein ist nicht Recht. Er ist *Schein, Monopoly-Spielgeld.* Oder auch ein *Fetzen Papier.* Oder *Absprache unter Mitgliedern ehrenwerter Gesellschaften.* Ja, was sonst? Trotz der Unterschrift von Als-ob-Deutschen, die in führender Position stehen und vorgeblich in deutschem Namen auftraten und -treten, ist der doppelstaatliche Zustand **als solcher** von vornherein **völkerrechtswidrig,** mehr noch: **rechtlich unmöglich. U n m ö g l i c h .** Zudem ist es **Tatsache,** daß es die oben zitierte **„Vereinbarung“** gibt, die ich **„Unterwerfungserklärung“** nenne, so wie es eine **Tatsache** ist, daß diese „Vereinbarung“ einen **fremdherrschaftlichen Totalitarismus** „als-ob-vertraglich“ festschreibt. Wobei diese „Vereinbarung“ **von der Führung des einen Staates,** der sog. BRD, **aufrechterhalten** wird **unter dem Druck** der Vormachtstellung der westalliierten Vertragspartner, die dem Deutschen Reich feindlich gegenüberstehen, insbesondere unter dem Druck der Drohung mit atomarer Vernichtung[15]. Das verkörpert einen **klassischen Nichtigkeitsgrund.** Das heißt, die „Vereinbarung“ besitzt **von Anfang an keine Rechtskraft.** Und selbst dann, wenn dem nicht so wäre, so vermöchte diese „Vereinbarung“ das Deutsche Reich und mit ihm das Deutsche Volk nicht zu binden. Einfach lächerlich, dieses Verhalten unserer Papierfetzenhändler. Denn das Deutsche Reich und das Deutsche Volk leben seit 1945 im Zustand eines *Interregnums*[16]. Darüber kann alles Gerede über Souveränität und Selbstbestimmung und alle Vertragsschließerei nicht hinweghelfen. **Im Grunde sind sie alle Usurpatoren: Die Sieger von 1945 und ihre als-ob-deutschen Vasallen.** Usurpatoren setzen kein Recht, sie setzen an die Stelle von Recht selbstherrliche Gewalt. Soweit sie etwas **im Namen des Deutschen Volkes** regelten und regeln, ist bereits die Berufung auf „im Namen des Volkes“ nichts als **Usurpation,** nichtlegitimierte Herrschaft, Klopapier. Was sonst! Davon ganz abgesehen, sind die Regelungen im Wesentlichen *gegen* das Deutsche Reich und Volk gerichtet und aus diesem Grund bereits **nichtig und völkerrechtswidrig.** Den Zustand der Nichtigkeit, der Abwe-

---

[15] Man betrachte doch nur das Gebaren dieser imperialistischen Edelmenschenstaaten, das sie gegenüber kleinen Staaten an den Tag legen, die ihnen nicht oder zeitweise nicht gehorchen wollten, z.B. Irak, Serbien, Iran, Philippinen, Pakistan. Der Irak, der nicht einmal Atomwaffen besaß, wurde zweimal wegen des angeblichen Besitzes oder Anstrebens von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen zusammengebombt. Durch die Bombendemokratie und das anschließende Medikamenten- und Lebensmittelembargo wurden mindestens 12 % der Bevölkerung getötet und ein noch höherer Prozentsatz krank gemacht. Das Gleiche hat man jetzt mit dem Iran vor. Und selbst, wenn der Iran nach Atomwaffen strebt: mit welchem Recht verbieten die „Atommächte“ anderen Staaten Atomwaffen? **Sie wollen die Einzigen sein, die atomaren Massenmord betreiben dürfen? Ja, was denn sonst!** Wenn sie wirklich gegen den Besitz und Einsatz von Atomwaffen sind, warum streben sie nicht weltweit nach einer Beseitigung dieser Waffen? Stattdessen strebt vor allem die oberste *Heuchel- und Meuchelmacht* ganz offen, wie man in ihrer Presse nachlesen kann, nach einem Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran. Israel, vor allem wegen des sog. Holocaust gegründet, hat sogar vor der iranischen Küste drei mit *Atomraketen* bestückte U-Boote stehen, die ihnen ihre seligen Knechte, die Berliner Als-ob-Deutschen sogar schenken durften, *Holocaustierungs-Boote,* die monatelang unter Wasser fahren können und als unaufspürbar gelten; gerade das Richtige für Massenmordaktionen nach alttestamentarischer Tradition.

[16] Lat., bedeutet *Zwischenherrschaft,* wird gern als Bezeichnung für die sog. „kaiserlose Zeit“ in Deutschland von 1254-1273 benutzt.

senheit von Recht, kann erst dann durch irgendwelche Rechtsförmigkeit abgelöst werden, **wenn das Deutsche Volk wirklich souverän wurde und souverän entscheiden kann.**

5. **Fünfter Verweigerungsgrund:** Ein Staat ohne Verfassung.

Wir berührten bereits dieses Thema.

Die BRD-Führung **will keine freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratische Verfassung.**

In Artikel 146 des Grundgesetzes heißt es:

> *„Dieses Grundgesetz, das nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. "*

Aus dieser gesetzlichen Bestimmung ergibt sich einmal: das Grundgesetz gilt „nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk". **Doch weder die Einheit noch die Freiheit Deutschlands können bisher als vollendet gelten.** Deutschland, was ist das? Ein festgefrorener geographischer Begriff? Oder nicht eher ein Begriff für Gebiete, in denen die Deutschen als Mehrheit leben? Deutsche leben mehrheitlich nicht nur in der sogenannten BRD. Deutsche leben mehrheitlich auch außerhalb dieses Staates, z. B. in Österreich, in der Schweiz, in Südtirol und an anderen Orten, die nicht zur BRD gehören. Folglich gilt das Grundgesetz nicht für das gesamte Deutsche Volk, sondern nur für Teile desselben. Nun, das kann als offenkundige Tatsache bezeichnet werden. Was aber ist mit der „Freiheit Deutschlands"? Wie wir aufgrund unserer bisherigen Ausführungen folgern können, gibt es diese nicht auf dem Gebiet der sog. BRD, auch nicht auf anderen Gebieten, wo Teile des Deutschen Volkes leben – ausgenommen auf dem Gebiet der FREIEN REPUBLIK UHLENHOF. Einer der führenden „Väter des Grundgesetzes", Professor Dr. Carlo Schmid, hat geäußert, die BRD sei lediglich die *„Organisationsform einer Modalität von Fremdherrschaft. "* (siehe die Auszüge aus der Rede im Anhang, S. 40 f.). Sie ist das nicht nur laut Carlo Schmid, sondern auch kraft eigener Definition und nach zwischenstaatlicher „Vereinbarung", wie wir dargelegt haben. Mit anderen Worten: **vollendet ist weder die Einheit noch die Freiheit Deutschlands. Das gilt es erst noch zu vollenden!**

Noch wichtiger als diese Schlußfolgerung ist jedoch die Tatsache, daß der **Akt der Verfassungsgebung durch das Deutsche Volk bisher nicht einmal versucht wurde!!** Wie wir bereits feststellten, ist das *Bonner Grundgesetz* keine vom Volk beschlossene Verfassung, sondern die **von den Besatzungsmächten geschaffene rechtliche Grundlage der „BRD", auf der, laut oben zitierter „Vereinbarung" mit den „Drei Mächten", die rechtsetzenden, rechtsprechenden und administrativen Maßnahmen der Besatzungsmächte nach wie vor und uneingeschränkt als normierende Grundlage aller staatlichen Gewalt in der „BRD" gelten.** Dieser Zustand ist völkerrechtswidrig. Denn es ist völkerrechtlich unzulässig, eine *Besatzungsherrschaft* oder die *Fiktion* (im Sinne einer „bewußt falschen Einbildung"[17]) einer *Nicht*-Besatzungsherrschaft – nämlich die Fiktion einer auf eigener Verfassung fußenden Souveränität der Deutschen – über inzwischen rund 61 Jahre hinweg aufrecht zu erhalten. Zugleich ist dieser Zustand *antidemokratisch* und *antirechtsstaatlich*. Was sonst!! Dieser Zustand wird erst ein Ende finden, wenn das Deutsche Volk ihm „in freier Entscheidung" das Ende setzt, und zwar durch Schaffung einer *wirklich* und nicht *fiktiv* freiheitlich-rechtstaatlich-demokratischen, antiimperialistischen Verfassung. Solange das nicht geschieht, haben die Deutschen auf ihrem Territorium keinen *verfassungsgegründeten,* sondern einen *verfassungslosen* Zustand. Und zwar mit einer Ordnung staatlicher Gewalt auf jener Grundlage, die von den „Drei Mächten" geschaffen worden ist, nämlich auf der Grundlage des *Grundgesetzes* und den von denselben Mächten gesetzten und von der

---

[17] Siehe die Anmerkung 6.

Regierung der „BRD“ vertraglich anerkannten Normen auf rechtsetzendem, rechtsprechendem und administrativem Gebiet.[18] Mit anderen Worten: Die „BRD“ ist ein von den Besatzungsmächten geschaffener und normierter – und somit *fremder (fremdbestimmter), auf totalitären Vereinbarungen fußender* Staat auf Deutschem Volks- und Reichsboden. **Und da sich eine Demokratie, vor allem eine freiheitlich-rechtsstaatliche und antiimperialistische Demokratie, über eine vom Volk in freier Abstimmung gewählte Verfassung definiert, fehlt es der sog. BRD auch ganz offenkundig an der Voraussetzung für eine demokratische, freiheitlich-rechtsstaatliche, antiimperialistische Verfaßtheit.**

Da das offenkundig ist, ergibt sich aus den bisherigen Feststellungen aber auch, daß die in der sog. BRD herrschenden Kräfte kein Interesse an einer wirklich freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen und antiimperialistischen Verfassung haben können. Es ist auch nirgendwo erkennbar, daß diese Kräfte eine solche Verfassung anstreben oder auch nur diskutieren, hingegen gibt es eine Fülle von Tatsachen, die alle das gleiche Ziel verraten, nämlich die Einlieferung des Deutschen Volkes und Staates in eine internationalistische und imperialistische Zwangsanstalt.

Dessen ungeachtet soll nicht bestritten werden, daß die sog. BRD über verschiedene *Elemente* einer demokratischen, freiheitlich-rechtsstaatlichen, antiimperialistischen Verfaßtheit verfügt und daß jeder, dem eine solche Verfaßtheit am Herzen liegt, alles tun muß, diese Elemente zu stärken und zu mehren.

Wandlung zum Guten geschieht nicht durch Umsturz oder Revolution, sondern durch weltanschaulichen, genetischen, kulturellen, moralischen und rechtlichen Wandel zum Besseren, Höheren, durch Vorbild, Aufklärung über die Feinde einer solchen Verfaßtheit, Mobilisierung des Freiheits-, Rechts- und Selbsterhaltungswillens.

Auch und gerade dann, wenn die vorhandenen positiven Elemente vielleicht der Täuschung dienen sollen oder ehemals dienen sollten.

6. **Sechster Verweigerungsgrund:** Die Farce mit der **EU-Verfassung.**

Eigentlich wissen es alle: Man hat uns eine zusätzliche Zwangsjacke verpaßt, die sogenannte EU-Verfassung.

Jedes Volk bekundet seine

- Souveränität, Selbstregierung und demokratische Verfaßtheit
- durch die Entwicklung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung,
- in der alle größeren Gruppen, Parteien, Stände, Körperschaften eines Volkes vertreten sind,
- die verschiedene Verfassungsentwürfe erarbeitet,
- diese in aller Öffentlichkeit vorstellt und diskutiert,
- bis eine oder mehrere ausgereifte Fassungen vorliegen,
- über die dann das ganze Volk in freier und geheimer Abstimmung entscheidet.

Nichts von alledem geschah bei der Durchsetzung der sogenannten EU-Verfassung. Verzeihung, es war keine Durchsetzung. Es war eine Installierung: **die Installierung einer Fremdsteuerungseinheit.** Das EU-Implantat wurde in oligarchischem Dunkelmunkel ausgeheckt. Es gab keine verfassungsgebende öffentliche Nationalversammlung, keine öffentliche Erarbeitung von Verfassungsentwürfen, keine öffentliche Diskussion über Inhalte. Der Bundestag der sog. BRD, den man wohl besser als Bundes*nacht* bezeichnet, stimmte der Dunkelmunkel-Verfassung zu, ohne vorher über deren Inhalt viel zu diskutieren oder Abänderungen durchzusetzen. Ja, der Gipfel der Unverfrorenheit war, daß viele der Abgeordneten den größten Teil der Fremdsteuerungsein-

[18] Siehe die bisherigen Ausführungen zu diesem Thema.

heit, über die sie abstimmen sollten, nicht einmal kannten![19] Und um das Verbrechen vollzumachen, wurde dem Deutschen Volk keinerlei Gelegenheit gegeben, über die Fremdsteuerungseinheit wenigstens abzustimmen. Sie wurde ihm einfach in den Nacken geschossen. Peng! Keine Diskussion! Kein Recht auf Gegenwehr! Kein Recht auf Zustimmung! Nicht einmal das Recht auf Rechtsschein! Ein Putsch von oben. Nach dem nationalistischen Putsch von oben im Januar 1933 nun der internationalistische Putsch von oben im Jahre 2005. Und der angebliche Souverän, das Deutsche Volk, von seinen „Volksvertretern" genagelt auf das Schächtkreuz[20]. Und dann zugeschissen. Der Grund ist klar: Die Presse meldete nach der „Annahme" der EU-Steuerungseinheit, was die Oligarchie schon vorher durch eigene Umfragen gewußt hatte, nämlich, daß über 90 % der Deutschen gegen diese „Verfassung" gestimmt hätten, hätte man ihnen die Möglichkeit zur Abstimmung gegeben[21]. Freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie? Nein. „Bundestag" und „Bundesregierung" haben sie abermals als eine *Als-ob-Demokratie* vorgeführt, als eine „Fiktion" = *„bewußt falsche aber zweckmäßige Einbildung, die kein wirkliches Erkennen zur Folge hat, aber die Berechnung* [und Steuerung] *der Wirklichkeit ermöglicht"* (siehe Fußnote 6).

Oh, Ihr lieben Deutschen. Ihr seht und seht doch nicht. Die neue Diktatur steht nicht vor uns, sie steht längst unter uns. Eigentlich stand sie spätestens seit 1918 und 1933 unter uns. Ihr leugnet nur den Wolf, feige, weil seine schönen Worte angenehmer sind als die unbequeme Wahrheit. Doch bald wird es nicht mehr bei schönen Worten und bösen Taten bleiben. Ein ungeheures Unwetter wirft längst die ersten Schatten über die Sonne.

Wir brauchen hier also gar nicht über den Inhalt dieser EU-Verfassung irgendwelche Untersuchungen anzustellen. **Das Ganze ist ein unverschämter Gewaltakt. Purer Faschismus mit Bolschewismus im brüderlichen Gefolge – man denke nur an den ungeheuerlichen *Europäischen Haftbefehl*, der nicht überall, immerhin aber in der BRD vom Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht wurde. Klar, es geht unserer Oligarchie vor allem darum, unter der Vorspiegelung demokratischer Fiktivität gewisse Elemente der Steuerung zum Zweck der Unterjochung und Auflösung leichter durchsetzbar, „justiziabel" zu machen, der Rest ist leeres Verfassungsgeschwätz.** Als-ob-Verfassungsgeschwätz. **Da die sog. EU-Verfassung aber ohne Zustimmung**

---

19 BILD, 2.6.2005 und andere Zeitungen an diesem Tage.

20 Eine *antischeinheilige* Anmerkung, so am Rande, zum Thema „demokratisches Wählen" im *Land des Schächtkreuzes*: Der Wähler, sonst oft *Spaß-, Spiel- und Rauschgesellschafter*, geht bei einer Wahl mal nicht ins *Spaß-, Spiel- und Rausch-*, sondern ins *Wahllokal* und dort in eine *Wahlzelle*. In Zellen hält man gewöhnlich Gefangene. Befindet man sich in der Zelle, beschriftet man einen *Wahlzettel*. Das Wort *Zettel* ist abgeleitet aus althochdeutsch *zet(t)en* = ausstreuen, verstreuen. *Verzetten* bedeutet *nutzlos ausstreuen*. Auf dem Zettel macht man, gemäß dem Sprachgebrauch, ein *Kreuz*. Kreuze stehen im allgemeinen *auf Gräbern Verstorbener*. Oder sie hängen im Krankenhaus überm Krankenbett, das manchmal zum *Totenbett* wird. Mancher schlägt auch ein Kreuz, wenn er dem *Gottseibeiuns* (oder einem *Politiker* oder *Finanzbeamten*) begegnet. Beim Wählen macht man allerdings *Schrägkreuze*. Das *Schrägkreuz* entspricht dem *Schächtkreuz* der *Andreasloge* in der *Freimaurerei*, welches in der freimaurerischen Symbolik das *Ausbluten des Opfers bis zu seinem Opfertod* symbolisiert (s. E. Ludendorff, *Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse*, Pähl 1957, S. 113, mit Abb. des *„Halsordens des Logenmeisters der Andreaslogen"* in Gestalt eines freimaurerischen Schächtkreuzes mit einem darauf genageltem lebenden Menschen, mit dem Christenkreuz auf der Brust, auf der Rückseite befindet sich das *„kabbalistische Jehovah-Siegel mit der hebräischen Jehovah-Inschrift"*). Nach dem Ankreuzen *gibt* der Wähler seinen Stimmzettel und damit seine *Stimme ab*. Das heißt, seine Stimme ist dann für einige Zeit *weg*, da *abgegeben*. Dementsprechend heißt es, daß der Wahlzettel in die *Wahlurne* gelangt. *Urne* ist das Gefäß, das den *Rest eines Menschen nach seiner Verbrennung* enthält, seine *Asche*. Und schließlich: der Vorgang des Wählens heißt *Urnengang*. Das ist der Gang des Volkes zu seiner *Veraschung*.

21 BILD, 3.6.2005, meldete, daß eine Umfrage unter 400 000 BILD-Lesern ergeben hatte, daß 96,9% der Deutschen gegen die Annahme der EU-Verfassung gestimmt hätten, hätte man ihnen die Möglichkeit dazu gegeben. Also so verblödet, wie immer behauptet wird, sind die meisten Deutschen doch nicht. Sie sind vor allem gefangen, sind geistige und politische „Kriegsgefangene". Die Deutschen sind weniger das „Tätervolk", sondern das „Opfervolk". Und die Wahlergebnisse bei den letzten Wahlen sind vermutlich auch noch gefälscht. Es ist doch einfach nicht denkbar, daß der größte Teil des Volkes immer wieder seine eigenen Metzger wählt. Ich denke, die Metzger wissen das und reagieren deshalb so aggressiv auf die NPD. Obwohl diese doch kaum etwa anderes ist, als eine Regierungsagentur, im Sinne von Macchiavelli, der in seinem Buch *Der Staat* dem Fürsten empfiehlt, seine eigene Opposition zu leiten. Siehe dazu auch die nächste Anmerkung.

des Volkes inthronisiert, bzw. als Steuerungseinheit dem Volk gewaltsam implantiert wurde, ist sie ein Ausdruck von nichtlegitimierter totalitärer Fremdherrschaft und daher nichtig. Und sie ist erst recht nichtig, weil das Volk offensichtlich in weit überwiegender Mehrheit gegen die Annahme der EU-Verfassung ist. Darüber hinaus besteht nicht nur Nichtigkeit, was eigentlich schon vollauf genügt, doch nach Artikel 20 GG ist damit auch das Widerstandsrecht aktiviert.

In einem Europa der Zukunft, einem Europa *nicht fiktiv*, sondern *wirklich freier, rechtsstaatlich-demokratisch verfaßter* Volks-Republiken oder Vaterländer, werden die Verantwortlichen **wegen Hochverrats und Beteiligung an einer als-ob-demokratischen fremdbestimmten Diktatur ins Gefängnis und das Fremdsteuerungs-Implantat auf den Müllhaufen wandern.**[22] Auch die Vollstrecker vor Ort werden zur Verantwortung gezogen werden. Vor allem Finanzbeamte als Zwingherren, die im Auftrag der eigentlichen *Macht*haber das sich *ohnmächtig* fühlende Volk zwingen, die Verbrechen an ihm, selbst zu finanzieren.

7. **Siebter Verweigerungsgrund:** Definiert sich die Bundesrepublik selbst als **Feindstaat gegen das Deutsche Volk und Reich?**

Die „BRD" ist Mitglied der *Vereinten Nationen*. Die *Vereinten Nationen* sind gegründet worden als Staatenbund der Alliierten **gegen** ihre **„Feindstaaten"**, also gegen Deutschland, Japan und deren Verbündete. Deshalb enthält deren Satzung als **zentrales „sinnstiftendes" Element** eine Bestimmung, die sich gegen diese „Feindstaaten" richtet, die sog. **„Feindstaatenklausel"**. Die „BRD" hat mit ihrem Eintritt in die UNO die gültige Satzung der UNO, somit auch die „Feindstaatenklausel", unterzeichnet. Sie hat sich nicht öffentlich gegen diese Klausel verwahrt oder gar deren Abschaffung verlangt oder betrieben. Daraus folgt, daß sich die Führung der „BRD" damit offen bekennt, als Verbündeter der *Feinde* des „Deutschen Volkes und Reiches" aufzutreten. Und da das Volk dieses Reiches, das Deutsche, immer noch existiert und es als einzig zuständiger Souverän weder das Reich noch sich selbst ausdrücklich abgeschafft hat, folgt daraus, daß der Staat „BRD" nicht nur als Modalität eines „fremdbestimmten Staates" anzusehen ist, sondern mehr noch als ein auf einem Teil des Bodens des Deutschen Volkes bestehender, gegen das Deutsche Volk und dessen Reich gerichteter **Feindstaat.** Auch aus dieser Sicht besteht keine wirkliche Souveränität des Deutschen Volkes und Reiches, sondern eine **unter feindlicher Ausrichtung stehende „Fremdherrschaft", die sich nur als Eigenherrschaft ausgibt, um so das Volk über die Vorenthaltung der elementarsten und völkerrechtlich anerkannten Volks-, Freiheits- und Staatsrechte hinwegzutäuschen.** Das ist keine rechtsformalistische Überinterpretation. Viele politische Erscheinungen in der „BRD" rechtfertigen diese Interpretation, wie sich aus den bisherigen Ausführungen und vor allem aus den nachfolgenden ergibt.

Es wäre jetzt eigentlich angebracht, auch noch den Charakter der EU zu untersuchen, insbesondere nach Maastricht. Schon vor über 10 Jahren schrieb ich von der *„neofaschistischen Führerdiktatur in Brüssel"*. Doch eine solche Untersuchung würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen. Nur so viel sei festgehalten: Nach 1945 wurde Deutschland vollständig und systematisch unter Fremdsteuerung gestellt. Nicht so sehr die übrigen Staaten in Europa. Das wird jetzt durch Maastricht, Brüssel, die EU-Verfassung u.a.m. geändert. Zwar unterlagen alle Staaten und Völker Europas in gewissem Umfang schon seit mehr als einem Jahrtausend bestimmten fremdsteuernden Kräften, nämlich durch die christliche Fremdlehre und die damit verbundenen christlichen Kirchen, durch den Mosaismus, die Freimaurerei und ähnliche Geheimbünde, durch den Feudalismus und den daraus sich entwickelnden Kapitalismus, durch die Herrschaft von Zinseszins, Bodenwucher, autoritär-hierarchische Staatsordnungen und die in dieses System integrierten Schulen, Hochschulen und Massenmedien.

---

[22] Das ist vielen aus unserer Oligarchie längst bewußt. Allein in den letzten Monaten haben sich nach Aussagen einer Insiderin, die meine Veröffentlichungen liest, zahlreiche deutsche Parlamentarier, es war von etwa 180 die Rede, Besitz auf Mallorca und in Ost-Kanada gekauft, wobei einige äußerten, sie rechneten damit, daß die derzeitige Legislaturperiode in der „BRD" voraussichtlich die letzte sei. Verlassen die Ratten das sinkende Schiff?

8. **Achter Verweigerungsgrund:** Das Deutsche Volk hat **in allen zentralen Dingen nichts zu sagen.**

8.1. Dem Deutschen Volk wurde in allen zentralen Angelegenheiten die Mitentscheidung verweigert. Ich zähle die *wichtigsten* Fälle auf, nur die wichtigsten, denn alle Fälle würden ein ganzes Buch füllen:

- Vorenthaltung des Rechts auf Volksentscheide *gegen* den Willen des Volkes,
- Abtretung von großen Gebieten deutschen Landes *ohne* Befragung des Volkes,
- Abschaffung der eigenen Währung *ohne* Befragung des Volkes,
- Unterordnung der eigenen Streitkräfte unter fremden Oberbefehl *ohne* Befragung des Volkes,
- fast unbegrenzte Einwanderungsmöglichkeit für Nichtdeutsche *ohne* Befragung des Volkes,
- fast unbegrenzte Einbürgerung von Nichtdeutschen samt dem Recht auf fast unbegrenzten Familiennachzug *ohne* Befragung des Volkes,
- fast unbegrenzte Sozialfürsorge für Nichtdeutsche auf Kosten und *ohne* Befragung des Volkes,
- Freigabe der Abtreibung *ohne* Befragung des Volkes,
- Freizügiges Verschenken von Volkseigentum an fremde Staaten, darunter Kredite, auf deren Rückzahlung verzichtet wurde, kostenlose oder stark verbilligte Waffenlieferungen an Israel und andere Staaten, 20 Milliarden Unterstützungszahlung für den Golfkrieg I, Verschleuderung von mitteldeutschem Volkseigentum in Höhe von etwa 2.500 Mrd. DM durch die *Treuhand* an meistens ausländische und oft jüdische Konzerne, Verschleuderung von anderem Volkseigentum an ausländische Firmen, vor allem an betrügerische Hedge-Fonds (z. B. Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Eigentumswohnungen, Bundespost (teilweise), Produktionsstätten von hochqualifiziertem Militärmaterial usw. usf.) – *ohne* Befragung des Volkes,
- Abschließen der Verträge von Maastricht usw. *ohne* Befragung des Volkes,
- Einführung der EU-Verfassung *ohne* Befragung des Volkes,
- „Vereinbarung“ (Unterwerfungserklärung) zur Fortsetzung der Knebelung Deutschlands durch die *Drei Mächte* vom 28. September 1990 (siehe oben) *ohne* Befragung des Volkes,
- Einführung der Rechtschreibreform *ohne* Befragung des Volkes,
- Mißachtung des Volksentscheids in Schleswig-Holstein, der die Rechtscheibreform verwarf, *ohne* Befragung des Volkes,
- ständige Steuererhöhungen *ohne* Befragung des Volkes,
- Überfremdung an tausenden von Schulen, mit der Folge, daß darunter die Bildung für die deutschen Kinder immer stärker leidet (Folge: die Pisa-Lüge), auch das *ohne* Befragung des Volkes,
- Vervielfachung der Kriminalität durch Ausländer *ohne* Befragung des Volkes,
- Einschränkung der Geistesfreiheit und Verhetzung des Volkes mithilfe des § 130 StGB *ohne* Befragung des Volkes (siehe meine Veröffentlichung: *Das Ende der Verschwörung gegen Deutschland,* Viöl 2006),
- Finanzielle und sonstige Unterstützung volksfeindlicher Bestrebungen und Gruppen *ohne* Befragung des Volkes,
- Betrieb von Atomanlagen und anderen volksvergiftenden Fabriken *ohne* Befragung des Volkes,
- beträchtliche Einschränkung der Zeugungsfähigkeit durch die massive Umweltvergiftung im Land *ohne* Befragung des Volkes.

Diesen Feststellungen entspricht auch die sonstige politische Realität:

8.2. **Die politische Führung der „BRD“ betrieb jahrzehntelang eine Verteidigungspolitik in Zusammenarbeit mit den westlichen Siegermächten, die im Ernstfall Deutschland und umliegende Teile Europas weitgehend hätte verwüsten können**[23]. Sie nahm also – in fremdem Auftrag oder aufgrund von Erpressung – inkauf, daß hierdurch die im Zweiten Weltkrieg stattgefundenen Kriegsverbrechen noch weit hätten übertrumpft werden können. Eingehender Nachweis erfolgt in einem späteren Schriftsatz.

8.3. Die Führung der „BRD“ ist damit befaßt, die Bundeswehr teilweise zu einer „Kriseneingreiftruppe“ umzugestalten, die mitwirken soll, wie beim Kosovokrieg, **im Auftrag imperialistischer Kräfte andere Völker oder Staaten zu „befreien“ oder zu „befrieden“, das heißt: zu unterjochen.** Eingehender Nachweis erfolgt in einem späteren Schriftsatz.

8.4. **Die politische Führung der „BRD“ schädigt mit ihrer Atomenergiepolitik das Leben und die Gesundheit von jedermann im eigenen Volk und in umwohnenden Völkern und sie setzt ganz Mitteleuropa dem Risiko einer schweren Atomkatastrophe, sei es im Frieden oder Krieg, mit Millionen Toten und noch mehr Geschädigten aus.** Sie stellt damit die Verhältnisse unter Hitler in den Schatten[24]. Eingehender Nachweis erfolgt in einem späteren Schriftsatz.

8.5. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat in dem von mir geführten Verfahren gegen den Reaktor Obrigheim als **geltendes BRD-Recht** erkannt, daß es **k e i n e K l a g e b e f u g n i s gebe gegen die genetische Schädigung vieler oder aller Bundesbürger durch Atomanlagen.** [25]

Im Vorwort zur Veröffentlichung der Prozeßdokumentation steht:

> *„Am 2.11.1982 entschied dann der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, daß die vom Prozeßführer* [Roland Bohlinger] *vorgelegte, auf den neuesten Stand der genetischen Wissenschaft gestützte, umfangreiche und mit zahlreichen Beweisanträgen versehene Argumentation „unerheblich“ sei – obwohl ihr Ergebnis darin bestand, daß der Prozeßführer selbst, seine Nachkommen und die gesamte Bevölkerung genetisch geschädigt würde, falls es zu einer künstlichen Strahlenbelastung in jener Höhe komme, wie sie nach § 45 StrlSchV. maximal zulässig ist. Zur Begründung behauptete das Gericht: Wenn der Prozeßführer mit dem Ergebnis seiner Argumentation recht hätte, würde das bedeuten, „daß jeder Bewohner der Bundesrepublik Deutschland – also jedermann klagebefugt“ sei. Das wiederum würde bedeuten, daß dann eine allgemeine und keine „besondere Rechtsbetroffenheit“ vorliege. Eine solche allgemeine Rechtsbetroffenheit* [müßte heißen: Unrechtsbetroffenheit! R.B.] *sei jedoch als „Restrisiko ... von jedermann hinzunehmen“ und die Klage daher unzulässig. Damit war aber nichts anderes gesagt als:* ***Gleichgültig,*** *ob die vom Prozeßführer vorgetragene Einschätzung des Ausmaßes der Gefahren und Schäden* ***richtig ist oder nicht, rechtlich spielt das keine Rolle,*** *denn es gibt* ***keine Klagebefugnis gegen die genetische Schädigung der gesamten Bevölkerung*** [aus der ja als Folgen der Schädigung häufig Krankheiten, Mißbildungen und Tod folgen]. *Das wiederum heißt aber,* ***daß die Schädigung des gesamten deutschen Volkes aufgrund erteilter Schädigungsermächtigungen auf dem Rechtsweg nicht angreifbar, p r a k t i s c h a l s o z u l ä s s i g*** *ist. Da sich das Bundesverwaltungsgericht anschließend weigerte, die Revision zuzulassen, wurde diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg 'rechtskräftig.'“*

---

[23] Nachweise siehe bei: Roland Bohlinger: *Im Kriegsfall Ausrottung der Deutschen? Die Tendenz der Bonner Verteidigungspolitik bis zum Fall der Mauer;* Roland Bohlinger: *Antiimperialistische Sprengsätze in der Holocaust-Debatte;* Roland Bohlinger: *Spitzbubengeschichten;* alle Viöl. Geplant war der massive Einsatz von Atomwaffen.

[24] Siehe dazu die zahlreichen von mir als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für insgesamt fast eintausend weitere Kläger geführten Prozesse gegen zahlreiche Atomanlagen, die Dokumentationen hierüber und sonstige von mir zum Thema verfaßten Veröffentlichungen sowie die dort genannte Literatur anderer Autoren.

[25] Roland Bohlinger, *Der Obrigheim-Prozeß,* Struckum 1984. Urteil vom 2.11.1982, Az. 10 S 2451/80.

Ich wiederhole: Die „rechtskräftige" Klärung stellte fest, daß nach der geltenden Rechtslage der „BRD" die **genetische Schädigung des ganzen Deutschen Volkes** – und damit die aus den Schädigungen folgenden Krankheiten, Mißbildungen, Todesfälle bis hin zur möglicherweise weitgehenden Auslöschung durch einen Super-GAU oder durch überbordende Genschädenvervielfachung – mit **Rechtsmitteln nicht angreifbar und somit rechtlich zulässig** sind, **was als offene Kriegserklärung eines Feindstaates, der „BRD", gegen die genetische Unversehrtheit und folglich das Leben und die Gesundheit des gesamten Deutschen Volkes einzustufen ist.** Mit anderen Worten: auch an dieser Stelle erweist sich das politische System der „BRD" als ein **System, das rechtsfeindlich, rassistisch und exterminatorisch gepolt ist.**

Das totale Schädigungs- und Tötungs"recht" unserer Machthaber ist aber nicht nur eine offene, aus totalitärer, von Deutschenhaß erfüllter Gesinnung rührende Kriegserklärung gegen die biologischen Grundlagen und das Leben und die Unversehrtheit des Deutschen Volkes. Es ist damit der Analogieschluß zulässig: Es gibt nach dem Willen des Gesetzgebers in der „BRD" kein Rechtsmittel gegen ein neues „Auschwitz" – Auschwitz als Symbol für ein bestimmtes Verhalten der Staatsführung, nicht als historische Tatsache genommen, denn diese ist umstritten – **falls sich ein neues Auschwitz gegen Deutsche richten sollte.** Ich sage: Rechtsmittel. Das Geschehen an sich, nämlich Völkermord, würde sich natürlich in anderer Form äußern, als in einer Wiederholung von Auschwitz, **gleichgültig, wie Auschwitz gewesen ist. Damit ist zugleich klar, bis wohin die Grenze der „Anständigkeit" und „Demokratie" der heute Herrschenden reicht: GANZ OFFEN INS ABSOLUTE BÖSE.**

8.6. Nicht viel besser ist eine andere gerichtliche Bestätigung des exterminatorischen Staatscharakters:

Danach gehört die im Kriegsfall erfolgende Zerstörung eines gegen kriegerische Maßnahmen ungeschützten Atomspaltwerks zum *Restrisiko*, das dem Volk vom Gesetzgeber auferlegt wurde. Die Forderung nach vorbeugenden Maßnahmen sei abzulehnen. Das heißt: Massensterben ist ein vom Gesetzgeber dem Deutschen Volk auferlegtes Restrisiko, das durch bauliche Schutzmaßnahmen nicht abgewehrt zu werden braucht.[26]

---

[26] Seefahrtoberlehrer Harm Menkens stellte beim Verwaltungsgericht Schleswig am 13. März 1980 (Az. 10 D 10/80) gegen die Wiederinbetriebnahme des Atomspaltwerks Brunsbüttel einen Eilantrag, in dem es u. a. heißt:

„Da sich die internationale Lage immer mehr zuspitzt, besteht für die Bundesrepublik Deutschland in zunehmendem Maße die Gefahr, wegen ihrer Bündnispolitik durch die USA in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt zu werden.

*Sollte es hierbei – ohne in einen Atomkrieg zu eskalieren – zum Abwurf herkömmlicher Sprengbomben kommen, könnte das gesamte nukleare Potential des Kernkraftwerkes Brunsbüttel freigesetzt werden, das nach einjähriger Betriebszeit etwa das Eintausendfache der Hiroshimabombe beträgt. Da die politische Situation heute eine andere ist als zur Zeit der ersten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brunsbüttel, so **daß die Möglichkeit der Zerstörung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel durch kriegerische Einwirkungen nicht mehr mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann**, wird beantragt, das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht möge – der Unterzeichner glaubt davon ausgehen zu können, daß die Herren Verwaltungsrichter der X. Kammer von einem so hohen Verantwortungsbewußtsein für das Leben und die Gesundheit der norddeutschen Bevölkerung durchdrungen sind, daß sie diesen Anträgen stattgeben werden – wie folgt beschließen:*

1. Unabhängig vom Ausgang der Klage- und Eilverfahren gegen das Kernkraftwerk Brunsbüttel darf das Kernkraftwerk Brunsbüttel bis auf weiteres nicht wieder in Betrieb genommen werden.

2. Dem Schleswig-Holsteinischen Sozialminister wird aufgegeben, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, durch die auch im Falle des Abwurfs herkömmlicher Bomben eine Freisetzung des nuklearen Potentials des Kernkraftwerkes Brunsbüttel bei kriegerischen Auseinandersetzungen ausgeschlossen ist.

3. Die Kosten des Verfahrens trägt die Beigeladene zu 1).

Zur Begründung werden der erkennenden Kammer überreicht:

8.7. Die politische Führung verzichtete auf eines der wichtigsten Rechte des Volkes, auf die **Währungshoheit.**

8.8. Die politische Führung der „BRD“ gestattete und förderte in Mitteldeutschland die oftmals **wirtschaftsimperialistisch und volksfeindlich ausgerichteten Machenschaften der *Treuhand*,** Machenschaften, die, in ihrer Gesamtheit betrachtet, wohl alle bislang im Wirtschaftsbereich in Mitteleuropa vorgefallenen Korruptionen und Raubzüge weit in den Schatten stellt.[27] Eingehender Nachweis erfolgt in einem späteren Schriftsatz.

8.9. Die politische Führung der „BRD“ hat mit ihrer sonstigen Wirtschaftspolitik die **machtpolitische und wirtschaftliche Lage der Hochfinanz und der Konzerne ständig verbessert, aber die der arbeitenden Teile des Volkes immer mehr verschlechtert.** Sie hat damit auch hier die Volks- und Rechtsfeindlichkeit der Politik im Vorgängerstaat übertrumpft.[28] Eingehender Nachweis erfolgt in einem späteren Schriftsatz.

8.10. Die politische Führung der „BRD“ hat vor allem **durch Gestattung von Zinswucher, Boden-, Währungs- und Aktienspekulation zugelassen, daß jährlich hunderte bis vielleicht tausend Milliarden Euro *asozial* umverteilt werden, d.h. als weitgehend arbeitsloses Einkommen die Opfer solchen Wuchers und solcher Spekulation ausbeuten, die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher macht, die Arbeitsplatzvernichtung und damit die Arbeitslosigkeit immer mehr steigert, zugleich die Staatsverschuldung immer mehr voran-**

1. Die Broschüre 'Atomkrieg 1979/80?', die der Unterzeichner im Mai des Jahres 1979 an sämtliche Bundestagsabgeordneten geschickt hatte.

2. 'I. Mit Hilfe der Kernwaffen zur Diktatur - Geheimer C.F.R. Plan für 'begrenzten' Kernwaffen-Krieg und - Terrorismus",

'II. Der C.F.R. Krieg- und Terrorplan'; veröffentlicht von der HUGIN-Gesellschaft für Politisch-Philosophische Studien e. V.; redigiert von C.O.D.E. (vgl. dort S. 7)

3. Kopie meines Briefes vom 31. 12. 1979, der an ca. 680 Kläger gegen Kernkraftwerke verschickt wurde.

Es wird gebeten, den Inhalt der unter Nr. 1 bis 3 genannten Schriften vollständig als vorgetragen zu betrachten. “

Die X. Kammer des VwG Schleswig wies am 19.3.1980 den Antrag von Harm Menkens ab. Sie erklärte u. a.:

*„Zu den Kontrollaufgaben und Kontrollrechten der Verwaltungsgerichte im Rahmen atomrechtlicher Verfahren gehört es nicht, zu prüfen, ob den Bürgern das Restrisiko auferlegt werden darf, das ihnen u. a. auch durch die friedliche Nutzung der Kernenergie dadurch aufgebürdet wird, daß bei kriegerischen Auseinandersetzungen Kernkraftwerke besonderes Angriffsziel eines Gegners sein könnten ... Bereits durch den Erlaß des AtG, zu dessen Zeitpunkt die Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufgrund von kriegerischen Eingriffen bereits bekannt waren, **hat der Bundesgesetzgeber zu erkennen gegeben, daß er das insoweit für die Bürger vorhandene Gefahrenpotential hinnehmen wollte.** Dies hat er ferner auch dadurch zu erkennen gegeben, daß er im Laufe der sich ausweitenden Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung das AtG nicht geändert hat. Dem Bürger ist damit auferlegt, das Risiko zu tragen, das sich dadurch ergibt, daß bei einem kriegerischen Angriff der Gegner ein Kernkraftwerk zerstören und damit die Gefährdung der Bevölkerung durch ionisierende Strahlen herbeiführen könnte ...*

*Die Maßnahmen, zu deren Herbeiführung die Antragsgegner aufgrund des Antrags verpflichtet werden sollen ..., wären Maßnahmen zur Vorbeugung gegenüber den Gefahren eines Krieges. Im vorausgegangenen Abschnitt ... ist bereits dargelegt worden, daß es nicht Aufgabe der Verwaltungsgerichte ist, die Risiken abzuwägen, die sich aus der Koppelung von technischer Nutzung der Kernenegie zur Stromerzeugung und Kriegsgefahr im Einzelfalle ergeben können. Gerade daß in einem Kernkraftwerk ein nukleares Potential vorhanden ist, das durch Fremdeinwirkung, – nicht nur durch kriegerische Eingriffe, sondern z. B. auch durch Fehlbedienung oder Sabotage, – zu rechtswidrigen Zwecken zum Nachteil der Bevölkerung in der Umgebung benutzt werden könnte, **gehört zu den Restrisiken der Kernenergie,** die auszuschließen die Verwaltungsgerichte nicht in der Lage sind. “* (Urteilbgr.S. 4/5)

Wenn gegenüber einem ungeheuren Gefährdungspotential ausreichend vorbeugende Schutzmaßnahmen nicht ergriffen werden, und zwar trotz umfangreichen Bürgerprotestes weder von der Regierung noch von den Betreibern, und wenn solche Maßnahmen auch nicht gesetzlich vorgesehen und gerichtlich durchsetzbar sind, dann haben wir es hier eindeutig mit einer **grob fahrlässigen bis vorsätzlichen Gefährdung zu tun, d.h.: Massensterben ist das vom Gesetzgeber „auferlegte“ und von der Regierung und vom Gericht hingenommene sogenannte 'Restrisiko'“.**

[27] Siehe u. a.: E. Mullins/R. Bohlinger, *Die Bankierverschwörung*, Struckum 1984; E. Beißwenger, *Freie, sittlich gestaltete Wirtschaft*, Struckum 1985; Reiner Bischoff, *Entmachtung der Hochfinanz,* Süderbrarup 2002, 2. Aufl.

[28] Siehe die vorige Anmerkung.

treibt, das Ausmaß der Staatsverschuldung durch wachsenden Ausverkauf von Staats-, das heißt Volkseigentum, durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, Leistungsverkürzungen u. a. m. verschleiert und trotzdem immer mehr einem Staatsbankrott entgegentreibt und im gleichen Zuge sämtliche materiellen und geistigen Werte der Herrschaft und Entwertung durch den Mammon ausliefern[29]. Eine derartige Finanz- und Wirtschaftsentwicklung wirkt **genozidal.** Sie allein rechtfertigt bereits eine totale Steuerverweigerung! Was denn sonst!! Im übrigen: Ein eingehender Nachweis mit wahrhaft erschreckenden Verbrechen gegenüber dem Deutschen Volk wird in einem späteren Schriftsatz vorgelegt.

8.11. **Die politische Führung der „BRD" hat durch die von ihr gepflegte Ausländerpolitik den Staatshaushalt mit Ausgaben für soziale Hilfen, Infrastrukturmaßnahmen, Verwaltungs- und Gerichtskosten, Kriminalitätskosten und Zinseszinskosten für die Ausgaben in Höhe von inzwischen weit über 100 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich belastet.** Und da diese Belastungen nicht durch Leistungen der Immigranten ausgeglichen, sondern den Schulden der „BRD" mit Zins- und Zinseszins Jahr für Jahr dazugeschlagen werden, dürfte allein dieser **Anteil am gesamten Schuldenberg der „BRD", vorsichtig geschätzt, inzwischen bei etwa 800 bis 1.200 Mrd. Euro liegen.**[30] Kürzlich wurde von der Regierung zugegeben, daß inzwischen 15,3 Millionen Ausländer bei uns wohnen. Ob in dieser Zahl auch die eingebürgerten Ausländer mitgezählt wurden und die Illegalen, wurde nicht bekanntgegeben. Jedenfalls ist aus dieser Korrektur der Ausländerzahlen nicht nur unsere bisherige Vermutung bestätigt, daß bewußt falsche und somit betrügerische Angaben über die Zahl der hiesigen Ausländer verbreitet wurden, sondern auch, daß die hierdurch verursachten Kosten vermutlich noch um fast das Doppelte nach oben korrigiert werden müssen. Falls das zutrifft, wäre das **Kostenvolumen fast so hoch, wie die ganze staatliche Schuldenlast!!!** Auch hier erfolgt ein eingehender Nachweis in einem späteren Schriftsatz.

8.12. **Die politische Führung der „BRD" hat ohne Not auf einen erheblichen Teil deutschen Volksbodens im Osten verzichtet,** obwohl das Völkerrecht die Inbesitznahme fremden Landes verbietet[31], und der Verzicht durch eine nichtsouveräne, total bis totalitär fremdbestimmte Verwaltungseinheit mit der Bezeichnung „BRD" völkerrechtlich nicht möglich ist.

8.13. Die politische Führung der „BRD" hat die Abtreibung, also die *Beseitigung = Tötung von Kindern* im Mutterleib, *legalisiert*, teilweise sogar als *„soziale"* Maßnahme eingestuft, indem sie Abtreibung aus *„sozialen"* Gründen freigab – anstatt eine Abtreibung aus solchen Gründen durch *Gewährung sozialer Hilfe* zu *verhindern,* wie das eigentlich die selbstverständliche Pflicht wäre in einem Staat, der Rechtsstaat und nicht Feindstaat sein will. Abtreibungen aus *„sozialen"* Gründen erfolgen wohl in über 90% der insgesamt auftretenden Fälle von Abtreibung. Obendrein werden sämtliche *„sozial-*(zwangs)-versicherten" Bürger über ihre *„Sozial*(zwangs) versicherung" und über Steuerzahlungen gezwungen, die aus *„sozialen"* Gründen *frei*gegebenen Menschenbeseitigungen zu finanzieren. Dazu kommt weiter, daß diese Beseitigungen ohne Befragung der eigentlichen Opfer, der werdenden Kinder, und ohne Möglichkeit der Opfer zur Gegenwehr erfolgt. Es wurde also durch Gesetz erlaubt, den Mutterschoß, **der als Ort der Zeugung von Leben *heilig* sein sollte**, zur Mordgrube zu machen, wo Kinder sogar von speziellen Tötungsgeräten lebendig zerfetzt werden dürfen (im Mittelalter war das Zerfetzen von Menschen bei lebendigem Leib die schlimmste Strafe für Verbrechen!) und es wurde durch die Zwangsversicherung und -besteuerung, welche die Beseitigung zwangsweise von jedem Versicherten und Steuerzahler bezahlen läßt, alle betroffenen Bürger ohne Einholung ihrer Zustimmung *gezwungen*, *Beteiligte* an der *Menschen-*

29 Siehe die vorige Anmerkung.

30 Siehe u. a. Roland Bohlinger „Patriotismus, Ausländerfrage und die antideutsche Zielsetzung der 'herrschenden Klasse'" in Rolf-J. Eibicht (Hg.): *Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,* Viöl 1997, 2. Aufl., S. 614 ff..

31 Roland Bohlinger: *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht;* Viöl, 2004, 8. A.

beseitigung zu sein, sozusagen als **Zwangsmitglieder einer Tötungsgemeinschaft**, was den *Schoß a l l e r Mütter* dieses Staates freigibt, als **deutsches Menschenvernichtungslager zu sozialen Zwecken** zu dienen [Motto statt „Arbeit macht frei" nunmehr „sozial macht frei"!] und den *größten Teil des Volkes*, auch jenen Teil, der gegen diese staatsumfassende Menschenbeseitigung eingestellt ist, *zum Beteiligten an der Vernichtung machen*, was ja wohl als **G i p f e l s a t a n i s c h e r A n t i m o r a l u n d F e i n d s t a a t l i c h k e i t b e z e i c h n e t w e r d e n m u ß !** [32] Die Zahl der Getöteten liegt inzwischen wohl weit über 6 Millionen.

8.14. Würden die Abtreibungen aus „sozialen" Gründen durch wirklich soziale Maßnahmen weitgehend verhindert und die hohe Rate der ungewollten Kinderlosigkeit aufgrund von ungewollter Unfruchtbarkeit als Folge von Umweltschäden und Nahrungsdenaturierung – die durch die herrschende Politik zugelassen wurden[33] – beseitigt werden, stiege die deutsche Geburtenrate um 60-80%, das langsame Aussterben der Deutschen durch zu niedrige Geburtenraten und das Zerreißen des sozialen Netzes durch Überalterung der Bevölkerung und zu geringem Nachwuchs sowie die zunehmende Verdrängung der Deutschen durch Migranten würde verhindert werden. Diese Zusammenhänge sind in der Führungsschicht weitgehend bekannt.[34] Die Tatsache, daß hiergegen nichts ernsthaft unternommen wird, paßt voll ins Bild der **antideutschen Verschwörung.–** die es natürlich nicht gibt, denn Verschwörungstheorien sind grundsätzlich absurd, und wenn die Tatsachen dem entgegenstehen, dann sind eben diese Tatsachen absurd, nach dem Spruch: **Wenn die Ideologie der staatstragenden Kreise im Widerspruch zur Wirklichkeit steht, dann stimmt die Wirklichkeit nicht.**

8.15. Die politische Führung der „BRD" ist in ihrer Mehrheit **wenig familien- und kinderfreundlich**, Familien mit Kindern sind in erheblichem Umfang wirtschaftlich, beruflich und anderweitig benachteiligt. Dadurch wird die **negative demographische Entwicklung**, also das Schrumpfen des Deutschen Volkes, und das Auffüllen der hierdurch entstehenden Lücken durch die Einwanderung von Nichtdeutschen gefördert. Diese Tatsache ist unstrittig. Und sie zeigt erneut, **daß erhebliche Teile der politischen Führung dem Deutschen Volk wenig freundlich bis feindlich oder gar in exterminatorischer Absicht gegenübertritt.** Auch hier werden eingehende Nachweise in einem späteren Schriftsatz vorgelegt.

---

[32] Roland Bohlinger: *Der Deutsche Bundestag erteilt Tötungslizenzen - Anmerkungen zur Ideologie der Abtreibungsbefürworter* (Ausgangspunkt dieser Schrift war ein Offener Brief an die Abgeordneten des Bundestags, der immerhin von 28 Abgeordneten eine positive Antwort und nur von einem Abgeordneten eine widersprechende erhielt); Roland Bohlinger: *Spitzbubengeschichten;* Roland Bohlinger: *Guter Rechtsextremismus?* (in Vorbereitung). Alle im *Verlag für ganzheitliche Forschung*, Viöl.

[33] Eine Erhebung vor etwa 12 Jahren, veröffentlicht in meiner damaligen Zeitschrift NATION, ergab für die Bundesrepublik etwa 3 Millionen Ehepaare, die ungewollt kinderlos sind. Heute wird die Zahl noch erheblich höher liegen. Die ungewollte Kinderlosigkeit beruht überwiegend auf Gesundheitsschäden durch Umweltgifte und denaturierte Nahrung. Bei richtiger Fürsorge, die gesetzlich vorgeschrieben ist, gäbe es gesundheitsschädigende Umweltgifte und Nahrungsmittel kaum. Dazu kommen weitere Millionen Ehepaare, die aus den gleichen Gründen weniger Kinder haben, als sie möchten. Darüber hinaus wird weder durch die Staatsführung noch durch die Krankenkassen eine Überwindung dieses Zustands ernsthaft angestrebt. Das läßt sich schon daraus erkennen, daß die Krankenkassen, auch die gesetzlichen, Abtreibungsmaßnahmen finanzieren, aber nicht Gesundungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Zeugungsfähigkeit, was jahrelang erfolgreich an der Universitätsklinik Karlsruhe unternommen worden war, doch dann wurde diese Stelle gestrichen. In die gleiche Rubrik gehört, daß von den Krankenkassen nur in geringem Umfang künstliche Befruchtungen finanziert werden, wenn die Unfruchtbarkeit vom Mann ausgeht. Bezahlt werden nur künstliche Befruchtungen, wenn die Zeugungsunfähigkeit bei der Frau vorliegt. Frauen sind zwar meistens ebenso geschädigt wie Männer, aber selten völlig, meist nur eingeschränkt zeugungsunfähig. Das würde aber nicht zu völliger ungewollter Kinderlosigkeit führen, wenn nicht zugleich die Zahl gesunder, kräftiger männlicher Samenzellen durch Umweltvergiftung und schlechte Nahrung so stark reduziert wäre, daß eine normale Befruchtung noch stattfinden könnte. Daher wurden vor einigen Jahren nur etwa 10.000 künstliche Befruchtungen durchgeführt, obwohl sehr viel mehr Ehepaare eine künstliche Befruchtung anstreben, aber nicht bezahlen können.

[34] Siehe v. a. die Untersuchungen der Professoren Birg und Adrian, zitiert u. a. in unserem *ID - Informations- u. Dokumentationsdienst,* Viöl.

8.16. Die politische Führung der „BRD" pflegt mit ihrer **Ausländerpolitik** einen **gegen Deutsche u n d Ausländer gerichteten, ihre Identität zerstörenden Rassismus. Diese Art von Rassismus paßt fast wie ein Gegenstück zu jener im Dritten Reich. Denn sie strebt eine multikulturelle Gesellschaft an, eine Art Gegenstück zu dem, was im Dritten Reich versucht wurde; beide Arten sind aber im Wesentlichen, im moralischen Bereich, verwandt:** ***beide*** **münden nämlich allzuleicht in** *menschenverachtende* Verhaltensweisen, ***beide*** **neigen, wenn auch auf unterschiedliche Weise, zu** ***eigenart-, kultur-, rechts-*** **und** *volksverachtender* Ausrichtung **und** ***beide*** **führen, wenn auch auf getrennten Wegen, zu Tendenzen, die** ***Völkermord*** **bedeuten im Sinne von § 6 und 7 des VStGB**[35]. Das wird besonders deutlich bei der derzeit forcierten Integrationspolitik. **Integration bedeutet Ein- und Unterordnung einer Vielheit von einzelnen unterschiedlichen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen Einheit, sie will nicht die Erhaltung der einzelnen Identitäten der Ausländer, sondern will ihre** ***Germanisierung, Entfremdung und damit Verfremdung, ihre Entfreiung, Einfriedung, Überprägung, Sozialisierung, BRD-isierung bis Faschisierung und Bolschewisierung*****. Diese Politik führt nicht nur zu einer begrenzten Störung bis Zerstörung der Identität der Ausländer, sondern auch zu jener der Deutschen, da das Ergebnis der Integrationspolitik auf eine Vermischung und Verwischung der Identitäten und damit auf eine kulturelle und biologische Rassenmischung und Seelenzerstörung hinausläuft. Das aber ist nach § 6 und 7 des VStGB als Völkermord anzusehen.** Das sieht neuerdings auch die ADL so, die jüdische *Anti-Defamations-League*. Es gibt auch in zunehmendem Maße Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen auf jüdischer und nichtjüdischer Seite, die kuturelle und biologische Rassenmischung als identitäts- und volkszerstörend nachweisen[36]. Jedenfalls: eine derartige staatliche Verhaltensrichtung ist eigentlich nur bei einem **Feindstaat** möglich, dem die Erhaltung der *deutschen* Identität nicht sonderlich am Herzen liegt, obwohl das Bundesverfassungsgericht im sog. Teso-Urteil die **Erhaltung der deutschen Identität als Verfassungsauftrag** eingestuft hat. **Sie wird über kurz oder lang zu großen sozialen, mentalen, religiösen und anderen Spannungen und schließlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Land führen und als Folge davon zu einer großen Zahl von Opfern, darunter auch vielen Toten und Verletzten.**

8.17. **Die politische Führung der „BRD" fördert durch die Art ihrer Politik den Konsum von weichen und harten Drogen, weshalb ein erheblich wachsender Teil der Jugend aber auch der Erwachsenen drogenabhängig wurde und wird. Weit über 140.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen von Tabakmißbrauch, fast 50.000 tödliche Unfälle erfolgen jährlich aufgrund von Alkoholmißbrauch. Bei noch mehr Menschen kommt es wegen Tabak- und Alkoholmißbrauch zu erheblichen Einschränkungen der Lebensqualität, der Fähigkeit zur Zeugung und geordneten Erziehung von Kindern, zu Gesundheitsschäden, Arbeitsunfähigkeit, Frühverrentung. Dazu kommen die Folgen der Nutzung harter Drogen. Die negativen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgen von alledem sind gewaltig**[37]. Die derzeitigen Maßnahmen gegen das Rauchen in der Öffentlichkeit sind zwar positiv zu bewerten, aber nur ein kleiner Schritt nach vorn.

8.18. Die politische Führung der „BRD" fördert durch die Art ihrer Politik Zukunftsangst, Perspektivlosigkeit und Nihilismus. Dadurch steigt immer mehr die Zahl der Selbstmorde.

---

[35] VStGB = *Völkerstrafgesetzbuch*, steht rechtlich noch über dem StGB. Es ist offensichtlich, daß Multikulturalismus und ethnische Multivermischung zur Gefährdung bis Auflösung der Eigenständigkeit und Eigenart eines von starker fremder Migration betroffenen Volkes bzw. der in die Vermischung geratenden Völker oder Völkerteile führt, also gemäß der völkerrechtlich festgelegten Definition *zu Völkermord.* Einen eingehenderen Nachweis enthält meine Schrift: *Patriotismus, Ausländerpolitik und die antideutsche Zielsetzung der politischen Führung,* 4. Aufl., Viöl 2000. Eine stark erweiterte Fassung ist in Vorbereitung.

[36] Wir bereiten dazu eine Veröffentlichung vor.

[37] Siehe: Roland Bohlinger (Hg.): *Gescheiterter Verleumdungskrieg*, 2. Aufl., Viöl 2001, S. 358 ff.

8.19. Zahlreiche führende Vertreter aus Regierung, Medien, Justiz, Verwaltung, Gewerkschaften und Kirchen nahmen entweder widerspruchslos hin oder sie förderten sogar in erheblichem Umfang eine Ausstellung, jene von den Herren Reemtsma und Heer, die den Zweck hatte, das Deutsche Volk mehr oder weniger als Verbrechervolk hinzustellen. Sie betrieben das obendrein Arm in Arm mit einem führenden Volksfeind, nämlich einem Milliardär, dessen Geld aus dem Handel mit Drogen (Tabak und Alkohol) stammte, die zwar legalisiert sind, die aber seit Beginn des Handels seiner Firma schon weit über hundert Millionen Menschen vergifteten und ihnen dadurch Krankheit und oft auch Lebenszeitverkürzung (=Tod) bescherten.[38]

8.20. Die politische Führung der „BRD" schuf mit dem § 130 StGB. eine gesetzliche Bestimmung, wonach nur die Leugnung, Verharmlosung oder Rechtfertigung der von nationalsozialistischer Seite begangenen Massen- und Völkermordverbrechen unter Strafe gestellt wird, nicht aber die der Massen- und Völkermordverbrechen der Sieger von 1945 und schon gar nicht jene, die sich gegen das Deutsche Volk richteten und richten, was eindeutig als antideutsche Gesinnungsgesetzgebung zugunsten der Siegermächte zu bezeichnen ist und nur in einem Staat möglich ist, der als ein gegen das Deutsche Volk gerichteter **Feindstaat** anzusehen ist.[39] Hierbei muß man bedenken, daß nach der Niederlage des Dritten Reiches noch rund 12-13 Millionen Deutsche, einschließlich der Opfer von Flucht und Vertreibung, zu Tode kamen.[40] Eine sehr gründliche Untersuchung des § 130 StGB, wie ich sie unter dem Titel: *Der Dolch im Gewande des Rechts,* Viöl 2006, vorgelegt habe, **beweist sogar, daß diese Strafgesetzbestimmung den Willen des Gesetzgebers und der hinter diesem stehenden Kreise nach Erlöschung des Deutschen Volkes offenbart.**

8.21. Die politische Führung der „BRD" verfolgt revisionistische Autoren, Zeitschriften und Verlage und betreibt Bücherverbote und Bücherverbrennungen gegenüber revisionistischer Literatur. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Bücherverbote und -verbrennungen in den ersten Jahren sofort nach der „Befreiung" 1945 begannen und weit umfangreicher waren, als jene nach 1933. Was heutzutage geschieht, ist nur so eine Art Nachbereinigung sowie eine Abstrafung jener, die sich noch immer nicht die richtige feindstaatgemäße Gesinnung zugelegt haben. Es ist klar, daß ein Staat, der dem Wohl des Volkes dienen will, revisionistische Forschung und Publizistik fördert, soweit diese nicht Verbrechen verharmlost oder leugnet. Die Tatsache, daß inzwischen aber selbst sachliche Forschungsarbeit verfolgt wird, wenn diese eine revisionistische Richtung aufweist, also die Geschichtsschreibung der Sieger von 1918 und 1945 revidiert, und daß sogar Anwälte bestraft werden, die Revisionisten verteidigen, beweist erneut die feindstaatliche Ausrichtung der „BRD".[41]

8.22. Bezeichnend ist weiterhin die Errichtung des Holocaust-Mahnmals in Berlin. Dieses Mahnmal gilt nur den jüdischen Opfern, nicht den anderen Opfern von Massen- und Völkermord in Europa und schon gar nicht den deutschen Opfern, obwohl allein die Zahl der deutschen Opfer, die *nach dem Krieg* entstanden sind, weit höher liegt als die Zahl der jüdischen Opfer, nämlich mindestens bei 12-13 Millionen Toten einschließlich der Opfer aus Flucht und Vertreibung.[42] In dieser Zahl sind noch nicht enthalten die vielleicht 6-10 Millionen Kinder, die als

[38] Die Firma Reemtsma war 2001 und ist wohl auch heute noch der größte Zigarettenhersteller und Bierbrauereibesitzer im Land. Näheres in Roland Bohlinger (Hg.): *Gescheiterter Verleumdungskrieg*, 2. Aufl., Viöl 2001, S. 332 ff., 348 ff.

[39] Siehe die genannte Schrift, die als Anlage zu diesem Schriftsatz vorgelegt wird. Siehe außerdem meine Schrift: *Stellungnahme zur Neufassung von § 130 StGB - oder vom Zwierecht bei Massen- und Völkermord,* Viöl 1998.

[40] Siehe dazu u.a.: Heinz Nawratil, „Deutsche als Opfer von Völkermord und Unmenschlichkeit", in Rolf-J. Eibicht (Hg.): *Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,* Viöl 1997, 2. Aufl., S. 466 ff., siehe auch verschiedene Berichte in: *ID - Informations- u. Dokumentationsdienst* und eine in Kürze zu diesem Thema erscheinende Schrift.

[41] Siehe dazu: *Der Dolch* ... a.a.O.; siehe außerdem: Rolf-J. Eibicht (Hg.): *Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,* Viöl 1997, 2. Auflage, siehe außerdem zahlreiche Berichte in: *ID - Informations- u. Dokumentationsdienst.*

[42] Siehe dazu u.a.: Heinz Nawratil, „Deutsche als Opfer von Völkermord und Unmenschlichkeit", a.a.O., S. 466 ff.

Folgen des Hungerkriegs, der Gewalt gegen Frauen (vielleicht 4-6 Millionen Fälle von Vergewaltigung) und aus anderen Gründen nicht geboren wurden.[43] Ebenfalls nicht enthalten sind die Opfer durch Förderung der Abtreibung. Nicht enthalten sind auch jene unzähligen Millionen, die durch die Förderung von Geburtenverhütung nicht gezeugt wurden. Ebenfalls nicht enthalten sind jene weiteren Millionen, die von Eltern gewollt waren, aber nicht geboren wurden, weil die zunehmende Umweltvergiftung und Nahrungsdenaturierung bis -vergiftung immer stärker Geburten behindert bis verhindert[44], ganz zu schweigen von der riesigen Menge an genetischen Schäden, die in erheblichem Maße vor der Geburt und danach, vor allem unter künftigen Generationen zum Tode führen.[45] Das alles gehört in die Rubrik des früheren § 220a StGB (Vorbereitung oder Durchführung von Massen- und Völkermord), nunmehr § 6 und 7 des VStGB (Völkerstrafgesetzbuches). Doch das sind offensichtlich Strafgesetzbestimmungen, die in Bezug auf Aktionen gegen das Deutsche Volk nichts gelten. Obwohl diese Aktionen in ihrer Größenordnung vielleicht fast alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen, rührt sich bisher kaum Widerstand. Das ist eindeutig eine Folge der Gehirnwäsche, Desinformation und Meinungsverfolgung, die das Deutsche Volk in der „BRD" erleidet und die ebenso wie die Nichtverfolgung der Verbrechen nach § 6 und 7 des VStGB den **Feindstaatcharakter** der „BRD" klar erweisen.

8.23. Weiterhin ist das einseitige und vielfach destruktive, auf Förderung des Mittelmaßes, der Leistungsschwäche und des Antideutschtums ausgerichtete Bildungswesen in der „BRD" anzuführen.

8.24. In der „BRD" kommt es immer wieder zu Medienbeiträgen, in denen die Deutschen einseitig belastet oder gar verleumdet werden. Bezeichnend ist auch, daß die Bundesregierung das Bemühen der russischen Justiz hintertrieb, Angehörige der Deutschen Wehrmacht, die von sowjetischer Seite aufgrund von Folter und Gehirnwäsche zu Unrecht verurteilt wurden, zu rehabilitieren.[46] So etwas ist nur möglich in einem gegen das Deutsche Volk gerichteten Staat der Siegermächte, eben einem **Feindstaat.**

Die vorstehend aufgelisteten Feststellungen erweisen auch dann, wenn die eine oder andere Feststellung auf tatsächlich oder scheinbar berechtigten Widerspruch stoßen sollte, daß die „BRD" im W e s e n t l i c h e n nicht als Freundstaat, sondern als F e i n d s t a a t anzusehen ist.

[43] Nachbemerkung von Roland Bohlinger zu dem Aufsatz von Heinz Nawratil, a.a.O., S. 472.

[44] Siehe Anm. 165.

[45] Siehe Anm. 3. Hinweis: In meiner populationsgenetischen Studie, vorgelegt in zahlreichen Anti-Atomprozessen, wurde unwiderlegt aufgezeigt, daß wohl jeder Bundesbürger durch Atomanlagen genetische Schäden erhält. Ein kleiner Teil der Schäden führt schon bald nach der Zeugung zum Absterben des Fötus, ein noch kleinerer Teil führt schon in der ersten Nachkommengeneration zu sichtbaren Mißbildungen. Die meisten Schäden sind jedoch verdeckt oder geringfügig, oft *rezessive* und unter denen die meisten *polygenische* Erbschäden. Unter diesen wiederum wirkt sich ein Teil verdeckt aber negativ auf die Lebenskraft des Geschädigten aus. Ein erheblicher Anteil unter den Erbschäden wird zwar im Laufe der Generationen „ausgemendelt", ein anderer Teil „repariert" und ein dritter Teil weitergegeben. Trifft bei der Zeugung das zum Zuge kommende Erbgut einer Samenzelle mit einem rezessiven Schaden auf eine Eizelle, in der der gleiche rezessive Schaden vorhanden ist und dieser bei der Erbgutverschmelzung ebenfalls zum Zuge kommt, dann endet das in etwa 40 % der Fälle *letal.* Die Letalität tritt meist schon früh nach Beginn der Zellteilung der befruchteten Eizelle auf. Das führt praktisch zu einer verminderten Fruchtbarkeit, im Falle einer nichtletalen Auswirkung zu einem dominanten Erbschaden, der sich fast immer negativ, aber je nach Art des Schadens verschieden stark auf die Gesundheit bzw. die Lebenskraft des Betroffenen auswirkt. Ich gelangte aufgrund der Studie zu der Befürchtung, daß das bisher durch radioaktive Schadstoffe erzeugte Ausmaß an genetischen Schäden ausreicht, um in den nächsten 40-50 Generationen ein weitgehendes Siechtum bis Aussterben der betroffenen Population herbeizuführen, also einen schleichenden aber nichtsdestotrotz tatsächlich sich ereignenden Völkermord, dem nur in geringem Maße durch eugenische u.a. Maßnahmen begegnet werden kann. Vor Gericht, erstmals im Obrigheim-Prozeß (s. Roland Bohlinger: *Der Obrigheim-Prozeß,* Struckum 1984), wurde diese Argumentation nicht diskutiert, sondern rechtskräftig festgestellt, daß diese Argumentation unbeachtlich sei, da es nach bundesdeutschem Recht hiergegen keine Klagebefugnis gibt. **Also gegen die weitgehende Ausrottung des Deutschen Volkes durch genetische Schädigung, ob diese nun tatsächlich stattfindet oder nicht, gibt es nach bundesdeutschem Recht keine Klagebefugnis!** Eine schlagkräftigere Probe für das wahre Wesen der „BRD" dürfte es kaum geben: die „BRD" zeigt sich hier ganz klar und unwiderlegbar als **Feindstaat schlimmster Ausprägung.**

[46] Siehe die Berichte hierüber in: *ID - Informations- u. Dokumentationsdienst.*

9. **Neunter und wichtigster Verweigerungsgrund:** Bilden die führenden Kreise in der „BRD" eine **verbotene verfassungs- und strafgesetzwidrige Vereinigung?**

9.1. In Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es:

„Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten."

Eine *Vereinigung* liegt dann vor, wenn sich

„eine Mehrheit natürlicher oder juristischer Personen für eine längere Zeit zu einem gemeinsamen Zweck zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen hat."[47]

Erforderlich ist ein Zusammenschluß *mehrerer* natürlicher Personen oder mehrerer nichtrechtsfähiger Vereinigungen oder mehrerer juristischer Personen. Es können daher schon drei, möglicherweise sogar zwei Personen eine Vereinigung bilden.[48] Die Paragraphen 56 und 73 BGB bezüglich der Mindestmitgliederzahl des e.V. werden durch Artikel 9 GG. nicht berührt. Der Zusammenschluß zu einem *vorübergehenden Zweck* genügt. Hinsichtlich des gemeinsamen Zwecks genügt die *Übereinstimmung über die Hauptziele*. Falls sich ein *Teil* der Personen, die an der Vereinigung beteiligt sind, zu *geheimen Zielen* verabredet, hebt dies den Charakter der Vereinigung aller an der Vereinigung Beteiligten nicht auf, wenn die Verwirklichung der geheimen Ziele die *Vereinigung als solche zu einer ihrer wesentlichen Voraussetzungen* hat, sie führt nur zu einer Unterschiedlichkeit in der Verantwortung der einzelnen an der Vereinigung Beteiligten. Das gilt vor allem bei einer *autoritär-hierarchischen Struktur* der Vereinigung. Erst recht gilt das, wenn eine *autoritär-hierarchisch aufgebaute* Vereinigung völlig oder teilweise *geheim* tätig ist. Hier müssen sich *sämtliche* Mitglieder zurechnen lassen, daß sie um den *Charakter* der Vereinigung wissen und damit auch wissen, daß sie selbst dann, wenn sie in bestimmte geheime Ziele der Führung des geheimen Bundes oder bestimmter Gruppen innerhalb des Bundes nicht eingeweiht sind, als *Beteiligte an einer Verschwörung* einzustufen sind. Jedenfalls handelt zumindest *jeder grob fahrlässig,* der Mitglied wird in einem Geheimbund mit teilweise *geheimen Oberen*, mit *autoritär-hierarchischen* Strukturen (insbesondere mit *Gehorsamsverpflichtungen* gegenüber irgendwelchen Oberen) und mit der Möglichkeit, daß innerhalb des Geheimbunds ihm gegenüber geheime, also *verborgen gehaltene, verfassungs- oder strafgesetzwidrige Ziele* verfolgt werden. Denn er muß davon ausgehen, daß dies in *jedem* Geheimbund der Fall oder zumindest möglich bis wahrscheinlich ist, er muß sich daher zurechnen lassen, daß er durch seine Mitgliedschaft und das Eingehen von Gehorsamsverpflichtungen zu einem an den rechtswidrigen Tätigkeiten *Beteiligten* wurde.[49] Im übrigen ist auf jeden Fall *jener* Teil der Vereinigung, der geheime verfassungs- oder strafgesetzwidrige Ziele verfolgt, als verbotene Vereinigung anzusehen. Strittig könnte höchstens sein, inwieweit die übrigen Teile der Vereinigung als beteiligt einzustufen sind. In der Regel ist das der Fall. Es genügt, wenn die übrigen Teile der Vereinigung lediglich zu Tarn-, Rekrutierungs- oder Finanzierungszwecken dienen.

Die *Zwecke* einer Vereinigung ergeben sich aus den ausdrücklich proklamierten oder aus den tatsächlich geltenden Zielen, ohne Rücksicht darauf, ob diese in einer Satzung oder in sonstiger Weise festgelegt sind oder ob diese sich aus den Handlungen ergeben. Entscheidend ist jeder anfängliche wie nachträgliche, offenkundige wie geheime verfassungs- oder strafgesetzwidrige

---

47 Legaldefinition in § 2 I VereinsG. Siehe auch: Th. Maunz/G. Dürig/R. Herzog, *Grundgesetzkommentar,* 1970 ff., Rdnr. 35 zu Art. 9 GG.

48 Nach Th. Maunz/G. Dürig/R. Herzog, a.a.O., Rdnr. 37 zu Art. 9 GG genügen bereits 2 Personen.

49 Vgl. OVG Berlin E 4, 179; Ingo v. Münch (Hg.), *Grundgesetz-Kommentar,* München 973, Rdnr. 23 zu Art. 9 GG.

Zweck.[50] Hierbei genügt es, wenn der Zweck nur vorübergehend besteht, auch dann, wenn er lediglich zur Vorbereitung eines nicht rechtswidrigen Endzwecks besteht.[51] Unter die strafgesetzwidrigen Zwecke fällt natürlich auch die Planung und Durchführung von Massen- und Völkermord, wozu auch Kultur- und Seelenmord an Teilen eines Volkes oder an einem ganzen Volk zählen.

Im Hinblick auf das Vorliegen eines *strafgesetzwidrigen Zwecks* ist es nicht erforderlich, daß

> *„sämtliche Zwecke oder etwa der Hauptzweck den Strafgesetzen zuwiderlaufen, es reicht vielmehr jeder – zu irgendeiner Zeit – verfolgte Nebenzweck aus,“* [52]

es sei denn, der Nebenzweck ist im Verhältnis zum Hauptzweck von untergeordneter Bedeutung. Kein Verbotsgrund liegt vor, wenn nur einzelne Mitglieder der Vereinigung strafgesetzwidrige Zwecke oder Tätigkeiten verfolgen. Erforderlich ist vielmehr, daß dies der Vereinigung zuzurechnen ist. Das ist der Fall, wenn z. B. Funktionäre oder führende Mitglieder der Vereinigung mithilfe der Vereinigung – sei es als Plattform, Organisationshilfe, Konspirationsmittel, Tarnwerkzeug, Finanzierungsorgan oder Werbe- und Rekrutierungseinrichtung –, ihre strafgesetzwidrigen Zwecke oder Tätigkeiten verfolgen. Eine strafgesetzwidrige Tätigkeit einzelner Mitglieder ist auch dann der Vereinigung zuzurechnen, wenn

> *„die Mehrheit der Mitglieder ... in Kenntnis oder vorwerfbarer Unkenntnis des strafbaren Verhaltens einzelner, insbesondere maßgeblicher Vereinsmitglieder nicht von den ihr ... zustehenden Rechten Gebrauch gemacht hat, um die gegen die Strafgesetze verstoßende Tätigkeit zu verhindern.“* [53]

Hinsichtlich des Vorliegens einer verfassungswidrigen Zweckbestimmtheit oder Tätigkeit ist zu sagen: Der Inhalt des in Artikel 9 II GG. gebrauchten Begriffs *„verfassungsmäßige Ordnung“* ist im Grundgesetz strittig. Ein Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Artikel 9 II liegt jedenfalls dann vor, wenn ein Verstoß gegen die *„freiheitliche demokratische Grundordnung“* im Sinne des Artikel 18 S. 1 und des Artikel 21 II S. 1 gegeben ist. Offen ist nur, ob der Begriff *„verfassungsmäßige Ordnung“* weiter gefaßt ist als der Begriff *„freiheitliche demokratische Grundordnung“*. Das kann jedoch im Rahmen unserer Themenstellung als nebensächlich dahingestellt bleiben.

Eine Vereinigung richtet sich nicht schon dann gegen die *verfassungsmäßige Ordnung,* wenn sie diese Ordnung nicht anerkennt, sie muß vielmehr eine kämpferische, aggressive Haltung einnehmen[54], sie muß darauf ausgehen, die verfassungsmäßige Ordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen[55], also *„den Willen haben, ihre mündlich oder schriftlich verbreiteten verfassungsfeindlichen Ziele in die Tat umzusetzen“* [56]. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die meisten oder alle Mitglieder meinen, daß ihre Ziele und Tätigkeiten nicht verfassungswidrig sind.

> *„Die Programme und Handlungen ... müssen ..., um sie auf ihren wahren Charakter zu prüfen, in ihrer Gesamtheit und unabhängig von ihrer jeweiligen Einkleidung nach ihrem wirklichen Gehalt betrachtet werden.“* [57]

9.2. Nach Art. 9 II Grundgesetz wurden in der „BRD“ zwei Parteien verboten, die rechtsgerichtete SRP und die linksgerichtete KPD. Außerdem gab es ein Verbot nach Art. 9 II GG gegen die sogenannte Ludendorff-Bewegung. Dieses Verbot erfolgte jedoch nicht in einem ordentlichen

---

50 Wernicke in: *Kommentar zum Bonner Grundgesetz* (Bonner Kommentar), 1950 ff., Erl. II 2 b zu Art, 9 GG.

51 A. Schönke/H. Schröder, Kommentar zum Strafgesetzbuch, 1970, 15. Aufl., Rdnr. 7 zu § 129 StGB.

52 Wernicke in. *Kommentar* ..., a.a.O.; BVerwGE 37, 361; Ingo v. Münch, a.a.O., Rdnr. 21 zu Art. 9 GG.

53 OVG Berlin E 4, 179; Ingo v. Münch, a.a.O., Rdnr. 23 zu Art 9 GG.

54 BGHSt. 19, 55.

55 OVG Berlin E 5, 46.

56 BVerwGE 37, 358 - Verfahren *Bund für Gotterkenntnis.*

57 BVerwGE 1, 187.

Verbotsverfahren, sondern willkürlich. Das Verbot wurde auch wieder aufgehoben.

Ich habe in der Vergangenheit hauptsächlich in vier Fällen die Anwendung des Art. 9 II GG. gefordert und hierfür Nachweise vorgelegt:

1. 1955 bei meiner Wehr- und Ersatzdienstverweigerung. Ich wies nach, daß die neugegründete „Bundeswehr" einem imperialistischen, von westalliierter Seite implantierten Verteidigungskonzept folge, das im „Ernstfall" zu einem „Bruderkrieg" mit der „Volksarmee" und den jeweiligen „Verbündeten" wie seinerzeit in Korea führen würde. Ich hatte mit der Argumentation Erfolg und mußte weder Wehr- noch Ersatzdienst leisten. Eine große Zahl weiterer Verweigerer folgten meiner Argumentation mit gleichem Erfolg.
2. In der Veröffentlichung: *Artikel 9 II GG. und die Errichtung eines Plutoniumstaates,* Wobbenbüll 1977; ähnliche Argumentationen erfolgten später in den verschiedenen von mir (als Kläger und Prozeßbevollmächtigter) geführten atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren.
3. *Ist die Freimaurerei eine nach Art. 9 II GG. verbotene Vereinigung?* Viöl 1996, 3. Auflage. Außerdem in leichter Überarbeitung im Anhang des Buches von F. Wichtl / R. Schneider / R. Bohlinger: *Weltfreimaurerei – Weltrevolution – Weltrepublik,* Viöl 1999, 17. Auflage.
4. *Ist der Mosaismus, der Quell- und Hintergrund der Freimaurerei, eine rechtsextremistische und imperialistische Bewegung?* Anhang in von F. Wichtl / R. Schneider / R. Bohlinger: *Weltfreimaurerei – Weltrevolution – Weltrepublik,* Viöl 1999, 17. Auflage. Siehe außerdem:

   Ist der Mosaismus eine rechtsextremistische, rassistische und imperialistische Bewegung?, in FREIHEIT UND RECHT, Viöl 2005, Folge 8-11, S. 167 ff. Der Text wurde vorgelegt in dem Gerichtsverfahren gegen mich wegen angeblichen Verstoßes gegen § 130 StGB. Das Verfahren wurde auf Kosten der Staatskasse, aber ohne Begründung, eingestellt. Siehe außerdem: Prof. Gregor Schwartz-Bostunitsch / Roland Bohlinger: *Mosaistisch-jüdischer Imperialismus,* 920 Seiten, Viöl 2006.

Die Frage kann natürlich gestellt werden, welche Normen nach dem Grundgesetz maßgebend sind und gegen welche dieser Normen verstoßen wurde und wird. Das Grundgesetz ist ein von den Besatzungsmächten installiertes Steuerungssystem, das nicht als Verfassung eines souveränen Volkes angesehen werden kann. In der hier vorgelegten Untersuchung wurde eine Fülle von Beweisen vorgelegt, die das Bestehen einer Vereinigung erkennbar machen, die sich gegen die Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen, nichtimperialistischen und nichtrassistischen Volks- und Staatsordnung richten. Der harte Kern dieser Vereinigung ist unzweifelhaft innerhalb der sog. überstaatlichen Mächte, vor allem innerhalb des Mosaismus, der römisch-katholischen Kirche, der Freimaurerei, dem Jesuitenorden, dem Kommunismus-Marxismus, der Hochfinanz und deren Ablegern zu suchen. Mehr oder weniger führend Tätige, Beteiligte und Mitläufer sind in den herrschenden Parteien, den Medien, den Banken, Konzernen, Gewerkschaften, der Justiz und Verwaltung anzutreffen. Es gibt aber auch Personen bis in die Führungsspitzen hinein, die durch Untätigkeit und feiges Abwarten Mitverantwortung tragen.

Es kann hier offen bleiben, wer was und wieviel zu verantworten hat. Wenn es so weit ist, daß in unserem Land Freiheit, Recht, Kultur und völkische Selbstbestimmung wieder maßgebend sind, wird zu prüfen sein, ob die Verantwortlichen strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen sind, oder ob je nach Lage des Falles eine zeitweilige bis lebenslange Aberkennung der Bürgerrechte vorzuziehen ist. Wiedergutmachung für wirtschaftliche Schädigungen sind aber in jedem Fall zu leisten. Bei Firmen, die im Rahmen globalistisch-kapitalistischer Umtriebe oder durch Siegerwillkür in ausländischen Besitz gerieten, sind deren im Land bestehenden Betriebe gegen eine angemessene Entschädigung zu verstaatlichen. Wer in unser Land mithilfe der deutschfeindlichen Regierungspraxis während der Besatzungszeit einreiste, hat, wenn er nicht deutscher oder verwandter Volkszugehörigkeit ist, das Land möglichst wieder zu verlassen, wobei die von ihm entrichteten Sozialbeiträge und, wenn nötig, ein angemessener Härteausgleich sowie der Gegenwert für zurückgelassenes Firmen- und Immobilieneigentum

auszuzahlen sind. In Härtefällen sollte großzügig entschieden werden. Überhaupt sollte die Wiedereinführung von Freiheit, Recht, Kultur und völkischer Selbstbestimmung unblutig, freundlich, möglichst gerecht und ohne größere Härten erfolgen. Das Ziel der Politik muß die Schöpfung eines neuen Volkes aus dem alten sein, in dem sich eine Einheit in Abstammung, Weltanschauung, Sprache, Kultur, Recht, Wirtschaft und Heimat auf der Grundlage einer freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratischen, nichtimperialistischen, nichtrassistischen Wert-, Volks- und Staatsordnung entwickelt, die nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, im Zusammenleben mit anderen Völkern, den festen Willen zum Schutz von Freiheit, Recht, Kultur, Solidarität und Frieden zeigt.

9.3. In weiteren Ausführungen werden viel detaillierter als zuvor die zentralen verbrecherischen Tätigkeiten seitens der Führungsschicht der „BRD“ behandelt werden. Das Ergebnis sei aber an dieser Stelle schon festgehalten:

Steuerzahlungen an die vorwiegend fremdherrschaftlich, imperialistisch und volksfeindlich gelenkte „BRD“ sind als Beihilfe zugunsten einer oftmals rechtswidrigen bis verbrecherischen Tätigkeit anzusehen. Sie müßten daher von jedermann verweigert werden, insbesondere von jenen Deutschen, welche die Erhaltung, freie Entfaltung, Kultur, Rechtsstaatlichkeit und sittliche Gestaltung der Wirtschaft des Deutschen Volkes und eine nichtimperialistische und nichtrassistische Rechts- und Friedensordnung zwischen den Völkern wollen.

Und das bedeutet zugleich: wer Steuerzahlungen erzwingt, betreibt rechtswidrigen Zwang, da er zur Beteiligung an Verbrechen durch deren Mitfinanzierung zwingt.

Fortsetzung folgt.

R. Bohlinger

Roland Bohlinger

HINWEIS:

Auf den folgenden Seiten werden einige *Dokumente* zur Frage der *Souveränität* der sog. BRD wiedergegeben. Danach werden Auszüge gebracht aus einer Grundsatzrede von Prof. Dr. Carlo Schmid, einem der „Väter“ des Grundgesetzes. Danach folgt Abschnitt C. Dieser Abschnitt trägt die Überschrift:

WEITERE UND VERTIEFENDE BEGRÜNDUNGEN FÜR EINE GRUNDSÄTZLICHE STEUERVERWEIGERUNG.

Darunter steht als Untertitel:

Zur weltanschaulichen, ethischen und rechtlichen Einbettung der Steuerverweigerung seien unsere wichtigsten Thesen und Anmerkungen zu den Grundlagen einer neuen Wert-, Volks- und Staatsordnung genannt.

Der Abschnitt C ist genaugenommen ein Einschub. Meine Stammleser kennen wahrscheinlich den größten Teil der dortigen Ausführungen. Da aber die vorliegende Schrift nicht nur die Stammleser, sondern einen sehr viel größeren Kreis von Lesern erreichen wird, ist der Einschub notwendig. Denn er soll jedem Leser den weltanschaulichen, ethischen und politischen Kontext bekanntgeben, in den die Steuerverweigerung eingebettet ist, um Mißverständnissen über Ziele, Beweggründe und Rechtsansichten vorzubeugen.

Hinter Abschnitt C folgt der Abschnitt: ERGÄNZENDE MATERIALIEN. Dieser Abschnitt ist ein Torso: Es fehlte der Platz, um das gesamte vorhandene Material in seiner Gänze wiedergeben zu können. Unsere Druck- und Heftstraße kann nämlich nur unter erheblichem Mehraufwand Hefte mit mehr als 80 Seiten herstellen. Außerdem umfaßt das gesamte, als Ergänzung in Frage kommende Material mehrere hundert Seiten. Es sind daher ohnehin mehrere Sonderhefte nötig, um auch nur das Wichtigste zu veröffentlichen.

ANLAGEN

Bundesministerium der Justiz

Geschäftszeichen: IV B 4-9161 II-48 0188/95
(bei Antwort bitte angeben)

Bonn, den 16. März 1995

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 53170 Bonn
Haus- und Lieferanschrift:
Heinemannstraße 6, 53175 Bonn
Telefon: (02 28) 58-0
bei Durchwahl: 58 44 24
Teletex: 22 85 06
Telefax: (02 28) 58 - 45 25

Herrn
Roland Bohlinger
Verlag für ganzheitliche
Forschung und Kultur
Postfach

25884 Viöl

Anlage

Sehr geehrter Herr Bohlinger,

im Schreiben vom 21. Februar 1995 haben Sie um Auskunft über die Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages von 1952/1954 gebeten. Der Überleitungsvertrag ist - mit Ausnahme weniger Bestimmungen - durch eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 27./28. September 1990 außer Kraft gesetzt worden. Zu den Bestimmungen, die in Kraft geblieben sind, gehört Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages.

Die Vereinbarung vom September 1990 erhalten Sie als Anlage zu diesem Schreiben. Ich füge auch den Text von Artikel 2 des Überleitungsvertrages bei, da die von Ihnen übersandte Fassung einige Ungenauigkeiten aufweist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
(Oehler)

1386 Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Teil II

**Bekanntmachung
der Vereinbarung vom 27./28. September 1990
zu dem Vertrag über die Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
(in der geänderten Fassung)
sowie zu dem Vertrag zur Regelung
aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen
(in der geänderten Fassung)**

Vom 8. Oktober 1990

Zu dem Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung sowie zu dem Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung (BGBl. 1955 II S. 301, 305, 405, 944) ist in Bonn durch Notenwechsel vom 27./28. September 1990 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 28. September 1990

in Kraft getreten, nachdem die das Einverständnis der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ausdrückende Antwortnote am 27. September 1990 und die das Einverständnis der Regierungen der Französischen Republik sowie der Vereinigten Staaten von Amerika ausdrückenden Antwortnoten am 28. September 1990 eingegangen sind. Die einleitende deutsche Note vom 27. September 1990 wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Oktober 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, 27. September 1990

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Bezug zu nehmen und im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Der Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) („Deutschlandvertrag") wird mit der Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes suspendiert und tritt mit dem Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, unterzeichnet in Moskau am 12. September 1990, außer Kraft.

2. Vorbehaltlich der Ziffer 3 wird der Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) („Überleitungsvertrag") gleichzeitig mit dem Deutschlandvertrag suspendiert und tritt gleichzeitig mit diesem außer Kraft; das gilt auch für die Briefe und die Briefwechsel zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag.

3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrags bleiben jedoch in Kraft:

Erster Teil:

Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis „... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern" sowie Absätze 3, 4 und 5

Artikel 2 Absatz 1

Artikel 3 Absätze 2 und 3

Artikel 5 Absätze 1 und 3

Artikel 7 Absatz 1

Artikel 8

Dritter Teil:

Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs

Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, 27 September 1990

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, and on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany to propose the following:

1. The Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany of 26 May 1952 (as amended by Schedule I to the Protocol on the Termination of the Occupation Régime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954) ("the Relations Convention") shall be suspended upon the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities with respect to Berlin and to Germany as a whole, and shall terminate upon the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, signed at Moscow on 12 September 1990.

2. Subject to paragraph 3 below, the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation of 26 May 1952 (as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination of the Occupation Régime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954) ("the Settlement Convention") shall be suspended and shall terminate at the same time as the Relations Convention; this also applies to the letters and exchanges of letters relating to the Relations Convention and the Settlement Convention.

3. The following provisions of the Settlement Convention shall, however, remain in force:

Chapter One:

Article 1, paragraph 1, first sentence up to and including "... legislation enacted by the Occupation Authorities", and paragraphs 3, 4 and 5

Article 2, paragraph 1

Article 3, paragraphs 2 and 3

Article 5, paragraphs 1 and 3

Article 7, paragraph 1

Article 8

Chapter Three:

Article 3, paragraph 5 (a) of the Annex

Article 6, paragraph 3 of the Annex

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, le 27 septembre 1990

Excellences,

Me référant aux entretiens qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, j'ai l'honneur de vous proposer ce qui suit au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:

1) La Convention sur les relations entre les trois Puissances et la République fédérale d'Allemagne en date du 26 mai 1952 (telle qu'amendée conformément à l'Annexe I du Protocole sur la cessation du régime d'occupation dans la République fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) (ci-après dénommée «la Convention sur les relations») sera suspendue au moment de la suspension de l'exercice des droits et responsabilités des Quatre Puissances en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble; elle cessera d'être en vigueur à la date d'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé à Moscou, le 12 septembre 1990.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 ci-dessous, la Convention sur le règlement de questions issues de la guerre et de l'occupation en date du 26 mai 1952 (telle qu'amendée conformément à l'Annexe IV du Protocole sur la cessation du régime d'occupation dans la République fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) (ci-après dénommée «la Convention sur le règlement») sera suspendue en même temps que la Convention sur les relations; elle cessera d'être en vigueur en même temps que celle-ci; il en sera de même pour les lettres et les échanges de lettres relatifs à la Convention sur les relations et à la Convention sur le règlement.

3) Les dispositions suivantes de la Convention sur le règlement demeureront cependant en vigueur:

Chapitre Premier:

Article 1, paragraphe 1, première phrase jusques et y compris: «... la législation édictée par les Autorités d'Occupation»; paragraphes 3, 4 et 5;

Article 2, paragraphe 1;

Article 3, paragraphes 2 et 3;

Article 5, paragraphes 1 et 3;

Article 7, paragraphe 1;

Article 8;

Chapitre Troisième:

Article 3, paragraphe 5 (a) de l'Annexe;

Article 6, paragraphe 3 de l'Annexe;

Sechster Teil:

Artikel 3 Absätze 1 und 3

Siebenter Teil:

Artikel 1

Artikel 2

Neunter Teil:

Artikel 1

Zehnter Teil:

Artikel 4

Außerdem bleiben Absatz 7 der Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate sowie die Bestätigungsschreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 in Kraft.

4. a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrags auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden.

b) Zu Artikel 11 des Ersten Teils des Überleitungsvertrags:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist sich des Fortbestehens der I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. unter dem ursprünglichen Namen bewußt; sie bemüht sich nach besten Kräften, eine zufriedenstellende Lösung entsprechend den in Artikel 11 des Ersten Teils zum Ausdruck gebrachten Zielen zu erreichen.

c) Zu dem Dritten, Vierten und Fünften Teil des Überleitungsvertrags:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt, daß die Streichung des Dritten, Vierten und Fünften Teils die Fortgeltung der darin festgelegten Grundsätze in bezug auf die innere Rückerstattung, die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und die äußeren Restitutionen sowie die Fortgeltung der entsprechenden Bestimmungen des Bundesrückerstattungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes nicht beeinträchtigt. Die den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Hinterbliebenen zuerkannten Entschädigungsrenten werden weiterhin nach den geltenden Bestimmungen gewährt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird dafür Sorge tragen, daß die Zuständigkeit des

Chapter Six:

Article 3, paragraphs 1 and 3

Chapter Seven:

Article 1

Article 2

Chapter Nine:

Article 1

Chapter Ten:

Article 4

In addition, paragraph 7 of the letters of 23 October 1954 from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners relating to facilities for Embassies and Consulates, as well as the letters of 23 October 1954 in confirmation from the High Commissioners, shall remain in force.

4. (a) The Government of the Federal Republic of Germany declares that it shall take all adequate measures to ensure that the provisions of the Settlement Convention which remain in force shall not be circumvented in the territory of the present German Democratic Republic and in Berlin.

(b) With regard to Article 11 of Chapter One of the Settlement Convention:

The Government of the Federal Republic of Germany is aware of the continued existence of I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. under the original name and shall use its best endeavours to achieve a satisfactory solution consistent with the objectives which were expressed in Article 11 of Chapter One.

(c) With regard to Chapters Three, Four and Five of the Settlement Convention:

The Government of the Federal Republic of Germany confirms that the deletion of Chapters Three, Four and Five shall not affect the continued application of the principles set forth therein in respect of internal restitution, compensation for victims of Nazi persecution and external restitution, as well as the continued application of the corresponding provisions of the Federal Restitution Law and the Federal Compensation Law. The compensation pensions awarded to the victims of Nazi persecution and to their descendants shall continue to be granted in accordance with the applicable provisions.

The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that upon suspension of the Settlement

Chapitre Sixième:

Article 3, paragraphes 1 et 3;

Chapitre Septième:

Article 1;

Article 2;

Chapitre Neuvième:

Article 1;

Chapitre Dixième:

Article 4.

En outre, le paragraphe 7 des lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires au sujet des facilités pour les Ambassades et les Consulats, de même que les lettres du même jour des Hauts Commissaires accusant réception de ces lettres, demeureront en vigueur.

4) a) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare qu'il prendra toutes les mesures appropriées en vue d'assurer que les dispositions de la Convention sur le règlement qui demeureront en vigueur ne soient pas contournées sur le territoire de ce qui constitue à ce jour la République démocratique allemande, ni à Berlin.

b) En ce qui concerne l'article 11 du Chapitre Premier de la Convention sur le règlement:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne est conscient du fait que l'I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. continue d'exister sous son nom d'origine; il fera tout ce qui est en son pouvoir pour parvenir à une solution satisfaisante conforme aux objectifs énoncés à l'article 11 du Chapitre Premier.

c) En ce qui concerne les Chapitres Troisième, Quatrième et Cinquième de la Convention sur le règlement:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne confirme que la suppression des Chapitres Troisième, Quatrième et Cinquième n'affectera ni la poursuite de l'application des principes qui y sont établis en ce qui concerne les restitutions internes, l'indemnisation des victimes de la persécution nazie et les restitutions externes, ni la poursuite de l'application des dispositions correspondantes de la Loi fédérale sur les restitutions et de la Loi fédérale sur les indemnisations. Les pensions d'indemnisation attribuées aux victimes de la persécution nazie ainsi qu'à leurs ayants-droits continueront d'être accordées conformément aux dispositions applicables.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne assure que les compétences de la Cour suprême

Obersten Rückerstattungsgerichts bei der Suspendierung des Überleitungsvertrags auf die deutschen Gerichte übergeht.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß das Bundesrückerstattungsgesetz und das Bundesentschädigungsgesetz auf das Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik erstreckt werden. Hierfür sind weitere Bestimmungen erforderlich, die den dortigen Gegebenheiten Rechnung tragen.

d) Zu dem Neunten Teil des Überleitungsvertrags:

Die Artikel 2 und 3 des Neunten Teils sind nicht beibehalten worden, da davon ausgegangen wird, daß alle darin behandelten Fragen geregelt sind, soweit die Vertragsparteien des Überleitungsvertrags betroffen sind.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Verantwortlichkeit für die Bestimmung und Befriedigung von in Artikel 3 bezeichneten Ansprüchen seitens der ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen übernommen, die nach deutschem Recht noch geltend gemacht werden können.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem die letzte das Einverständnis ausdrückende Antwortnote eingeht; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die anderen Regierungen über den Empfang dieser letzten Antwortnote unterrichten.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigefügt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Lautenschlager

S.E.
dem Botschafter der Französischen Republik

S.E.
dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika

S.E.
dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Bonn

Convention the jurisdiction of the Supreme Restitution Court is transferred to German courts.

The Government of the Federal Republic of Germany states that the Federal Restitution Law and the Federal Compensation Law will be extended to the territory of the present German Democratic Republic. In this respect further provisions that take account of the conditions prevailing there are required.

(d) With regard to Chapter Nine of the Settlement Convention:

Articles 2 and 3 of Chapter Nine have not been retained on the assumption that all questions dealt with therein have been settled as far as the Parties to the Settlement Convention are concerned.

The Government of the Federal Republic of Germany has assumed the responsibility for the determination and satisfaction of any claims by persons subject to its jurisdiction which are referred to in Article 3 and which may still be asserted under German law.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force upon receipt of the last reply expressing agreement. The Government of the Federal Republic of Germany shall inform the other Governments of the receipt of that last reply.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

H.E.
the Ambassador of the French Republic

the Ambassador of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

H.E.
the Ambassador of the United States of America

Bonn

des Restitutions seront transférées aux tribunaux allemands au moment de la suspension de la Convention sur le règlement.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare que l'application de la Loi fédérale sur les restitutions et de la Loi fédérale sur les indemnisations sera étendue au territoire de ce qui constitue à ce jour la République démocratique allemande. A cet égard, il sera nécessaire de prévoir d'autres dispositions prenant en compte les conditions qui existent dans ce territoire.

d) En ce qui concerne le Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement:

Les articles 2 et 3 du Chapitre Neuvième n'ont pas été maintenus en partant du principe que toutes les questions traitées dans ces articles ont été réglées dans la mesure où elles concernent les parties à la Convention.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a assumé la responsabilité en ce qui concerne la détermination et le règlement des demandes d'indemnisation visées à l'article 3 et pouvant encore être présentées conformément au droit allemand par des personnes soumises à sa juridiction.

Si les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sont d'accord avec le contenu de la présente lettre, celle-ci et les lettres en réponse exprimant l'accord de vos Gouvernements constitueront un accord entre nos quatre Gouvernements qui entrera en vigueur à la réception de la dernière réponse exprimant accord; le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne informera les autres Gouvernements de la réception de cette dernière réponse.

Les textes anglais et français de la présente lettre sont joints, les trois textes faisant également foi.

Veuillez agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

S.E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S.E.
l'Ambassadeur de la République française

S.E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Bonn

Nr. 8 — Tag der Ausgabe: Bonn, den 31. März 1955

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

(in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation

(as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

(texte amendé conformément à l'Annexe IV du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den in dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind, oder die nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge in Kraft bleiben, dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden.

(2) Die Drei Mächte übertragen hiermit auf die Bundesrepublik das Recht, nach jeweiliger Konsultation mit den Drei Mächten die Rechtsvorschriften des Kontrollrats innerhalb des Bundesgebietes außer Wirksamkeit zu setzen, die nicht nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Agree as follows:

CHAPTER ONE

General Provisions

Article 1

1. The Federal and Land authorities shall have the power, in accordance with their respective competences under the Basic Law of the Federal Republic, to repeal or amend legislation enacted by the Occupation Authorities, except as otherwise provided in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions listed in Article 8 thereof. Until such repeal or amendment, legislation enacted by the Occupation Authorities shall remain in force. Legislation enacted by the Control Council shall not be subject to repeal or amendment. Legislation by which the provisional boundaries of the Federal Republic have been established, or which is required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions, may only be amended or repealed with the consent of the Three Powers.

2. The Three Powers hereby delegate to the Federal Republic the right to deprive of effect within its territory, after consultation in each case with the Three Powers, all such legislation of the Control Council as is not required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Ger-

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRELAND DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

conviennent des dispositions suivantes:

CHAPITRE PREMIER

Dispositions générales

Article 1

1. — Les autorités fédérales et les autorités de Land ont le pouvoir, conformément à leur compétence respective en vertu de la Loi Fondamentale de la République Fédérale, d'abroger ou d'amender la législation édictée par les Autorités d'Occupation, sauf dispositions contraires de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées à l'Article 8 de ladite Convention. Jusqu'à ce qu'intervienne une telle abrogation ou un tel amendement, la législation édictée par les Autorités d'Occupation demeure en vigueur. La législation édictée par le Conseil de Contrôle ne peut faire l'objet d'abrogation ni d'amendement. La législation par laquelle les limites territoriales provisoires de la République Fédérale ont été établies, ou celle dont le maintien en vigueur est exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ne pourra être amendée ou abrogée qu'avec le consentement des Trois Puissances.

2. — Les Trois Puissances délèguent à la République Fédérale le droit de priver d'effet sur son territoire, après avoir consulté les Trois Puissances dans chaque cas particulier, toute la législation du Conseil de Contrôle dont le maintien en vigueur n'est pas exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République

Mächten oder der Zusatzverträge oder auf Verlangen der Drei Mächte in Ausübung ihrer Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer Friedensregelung, auf die im Vertrage über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten Bezug genommen ist, in Kraft bleiben, und die in einer Mitteilung im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind.

(3) Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck „Rechtsvorschriften" umfaßt Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen (mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen), Direktiven, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Genehmigungen oder sonstige Vorschriften ähnlicher Art, die amtlich veröffentlicht worden sind. Die Bezugnahme auf eine einzelne Rechtsvorschrift schließt alle und jeden ihrer Teile, einschließlich der Präambel, ein, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die amtlichen Texte der in diesem Artikel erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(5) Der Ausdruck „Besatzungsbehörden", wie er in diesem Teil verwendet wird, bedeutet den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der Drei Mächte, die Militärgouverneure der Drei Mächte, die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland, sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder — im Falle von internationalen Organisationen und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) — mit deren Ermächtigung handeln, schließlich die bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte.

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

(2) Alle Rechte und Verpflichtungen, die aus den Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die

many or any of the related Conventions or as shall not have been required to be maintained in force by the Three Powers in the exercise of their rights relating to Berlin and to Germany as a whole, including unification of Germany and a peace settlement, referred to in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, as listed in a communication on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention.

3. The term "legislation" as used in the present Convention includes proclamations, laws, ordinances, decisions (other than Court decisions), directives, regulations, orders, licenses or any other similar enactments which have been officially published. Reference to any specific legislation shall include each and every part thereof, including the preamble, unless otherwise expressly provided.

4. The official text or texts of legislation referred to in this Article shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

5. The term "Occupation Authorities" as used in this Chapter means the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the Three Powers, the Military Governors of the Three Powers, the Armed Forces of the Three Powers in Germany, and organizations and persons exercising power on their behalf or, in the case of international organizations and organizations representing other Powers (and the members of such organizations), acting with their authorization, and auxiliary contingents of other Powers serving with the Armed Forces of the Three Powers.

Article 2

1. All rights and obligations created or established by or under legislative, administrative or judical action of the Occupation Authorities are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without dicrimination to the same future legislative, judical and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German municipal law.

2. All rights and obligations arising under the treaties and the international agreements listed in the enclosure

Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ou dont le maintien en vigueur n'a pas été exigé par les Trois Puissances dans l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix, visés dans la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, et qui est énumérée dans une communication adressée au Chancelier Fédéral, au nom des Gouvernements des Trois Puissances, et portant la date de la signature de la présente Convention.

3. — Le terme «législation» utilisé dans la présente Convention comprend les proclamations, les lois, les ordonnances, les décisions (autres que les décisions judiciaires), les directives, les règlements, les arrêtés et ordres, les licences ou tout autre texte analogue, qui ont été officiellement publiés. Sauf dispositions contraires, toute référence à une législation particulière comprendra l'ensemble du texte de cette législation, y compris le préambule.

4. — Le ou les textes officiels de la législation visée au présent Article seront celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

5. — L'expression «Autorités d'Occupation», utilisée dans le présent Chapitre, désigne le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des Trois Puissances, les Gouverneurs Militaires des Trois Puissances, les Forces Armées des Trois Puissances en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes exerçant le pouvoir en leur nom ou, dans le cas d'organisations internationales et d'organisations représentant d'autres Puissances (et de membres de ces organisations), agissant avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Puissances servant avec les Forces Armées des Trois Puissances.

Article 2

1. — Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités d'Occupation, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discrimination, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit interne allemand ou en vertu de ce droit.

2. — Tous les droits et obligations résultant des traités et des accords internationaux énumérés dans la liste

von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren der Regierungen der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrags für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen abgeschlossen wurden und die in der Anlage zu der Mitteilung der Alliierten Hohen Kommissare im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind, sind und bleiben in Kraft, als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen und internationalen Abkommen herrührten.

Artikel 3

(1) Niemand darf allein deswegen unter Anklage gestellt oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrags mit der Sache der Drei Mächte sympathisiert, sie oder ihre Politik oder Interessen unterstützt oder den Streitkräften, Behörden oder Dienststellen einer oder mehrerer der Drei Mächte oder einem Beauftragten einer dieser Mächte Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet hat. Das gleiche gilt zugunsten von Personen, die den Verbündeten der Drei Mächte bei ihren gemeinsamen Bestrebungen vor Inkrafttreten dieses Vertrags Sympathien bezeigt, Unterstützung gewährt, Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet haben. Die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird.

(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrags begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben:

with the communication of the Allied High Commissioners on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention and concluded on behalf of one or more of the three Western Zones of Occupation by the Occupation Authorities or by any one or more of the Governments of the Three Powers before the entry into force of the present Convention are and shall remain valid as though they had arisen under effective treaties and international agreements concluded by the Federal Republic.

Article 3

1. No person shall be prosecuted or prejudiced in his civil rights or economic position by the action of German courts or authorities solely on the ground that he has, prior to the entry into force of the present Convention, sympathized with or aided the cause of the Three Powers, or their policies or interests, or furnished information or services to the forces, authorities, or agencies of any one or more of the Three Powers, or to any person acting under the authority of any of them. The same shall apply in favour of persons who, prior to the entry into force of the present Convention, have shown sympathy to, or aided or furnished with information or services, the Allies of the Three Powers in their common cause. The German authorities shall apply all means at their disposal to ensure that the objectives of this paragraph are attained.

2. Except as provided in paragraph 3 of this Article, or by special agreement between the Governments of the Three Powers or the Power concerned and the Federal Government, German courts and authorities shall have no jurisdiction in any criminal or non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred before the date of entry into force of the present Convention, if immediately prior to such date German courts and authorities were without jurisdiction with respect to such act or omission whether *ratione materiae* or *ratione personae*.

3. Subject to the provisions of paragraph 1 of this Article and to any other relevant provision of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, or of the related Conventions, German courts may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of:

jointe à la communication adressée au Chancelier Fédéral par les Hauts Commissaires au nom des Gouvernements des Trois Puissances et portant la date de la signature de la présente Convention, et conclus pour le compte de l'une ou de plusieurs des trois Zones occidentales d'occupation par les Autorités d'Occupation ou l'un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, sont et demeureront valables comme s'il résultaient de traités et d'accords internationaux valablement conclus par la République Fédérale.

Article 3

1. — Aucune personne ne sera poursuivie ou ne sera lésée dans ses droits civiques ou sa situation économique par l'action de tribunaux allemands ou d'autorités allemandes, du seul fait que, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, elle a manifesté des sentiments de sympathie pour la cause, la politique ou les intérêts des Trois Puissances, ou leur a apporté son aide, ou a fourni des renseignements ou rendu des services aux Forces, aux Autorités, ou à tout organisme de l'une ou de plusieurs des Trois Puissances ou à toute personne agissant sous l'autorité de l'une de ces Puissances. Les mêmes dispositions s'appliqueront en faveur des personnes qui, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, auront manifesté des sentiments de sympathie envers les alliés des Trois Puissances dans leur cause commune, ou leur auront apporté leur aide, ou leur auront fourni des renseignements ou rendu des services dans cette même cause. Les autorités allemandes emploieront tous les moyens dont elles disposent pour assurer la réalisation des objectifs visés au présent paragraphe.

2. — Exception faite des dispositions prévues au paragraphe 3 du présent Article ou dans un accord spécial conclu entre les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement de la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral, les tribunaux allemands et les autorités allemandes ne seront pas compétents pour connaître d'instances, pénales ou non, relatives à un acte ou une omission intervenu avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention si, immédiatement avant cette date, les tribunaux allemands et les autorités allemandes n'avaient pas compétence à l'égard de cet acte ou de cette omission soit, *ratione materiae*, soit *ratione personae*.

3. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et de toutes autres dispositions applicables de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, les tribunaux allemands pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand:

Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. Carlo Schmid, einem der führenden Väter des sog. Grundgesetzes, vor dem *Parlamentarischen Rat*, abgedruckt in *Der parlamentarische Rat 1948-1949,* Akten und Protokolle, Bd. 9, hgg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, München 1996, S. 20 ff.:

Prof. Dr. Carlo SCHMID: *Man muss wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat,* ***der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann****, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, dass man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt.*

Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. ...

Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, ***dass es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft;*** *denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus.* ***Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.*** *Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen,* ***entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.***

Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, "inneren" Staatsfunktionen haben; wenn ihm die Möglichkeit genommen ist, sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, fehlt ihm, was den Staat ausmacht, nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung. Das alles hindert nicht, dass dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.

Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die Deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. .... Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, dass damit das Deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, dass es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, dass den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der Deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.

.....

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte. Der Sieger muss also von dem Zustand der debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annektieren, seinem Gebiet einstücken. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. Oder er muss zur sogenannten Subjugation schreiten, der Verknechtung des besiegten Volkes. Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, dass kein Deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, dass das Deutsche Volk nicht versklavt werden soll. Daraus ergibt sich, dass zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluss gezogen werden kann, dass Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat.

.... Desorganisation des Staatsapparats ist ... nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach. ....

.....

Diese Auffassung, dass die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und dass es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten. Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das Deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben.

Gestatten Sie mir hier ein Wort zum "Staatsvolk". Es hat sich in dieser Hälfte Deutschlands ungemein vermehrt durch die Flüchtlinge, durch Millionen Menschen, die ausgetrieben wurden aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten ansässig gewesen sind. Man sollte in der Welt nicht so rasch vergessen, was damit geschehen ist!

Denn wenn wir hier es zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen aus unserem Bewusstsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, dass einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte!

Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen!

Freilich wissen wir genau, dass die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah, lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wurde. ***Trotzdem aber bleibt bestehen, dass, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist!***

Es gibt ein französisches Sprichwort. "On n'excuse pas le mal par le pire" "Man rechtfertigt das Böse nicht durch den Hinweis auf ein noch Böseres."

Damit, dass die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muss aber neu o r g a n i s i e r t werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich ....

....

Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: ***Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte inner Deutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf Deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen.*** *.....*

....

Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen. .... Die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen.

So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als "Recht" anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben.

Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, dass diese interventionistischen Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen Grunde, dass das Deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet. ***Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor -***

drücken wir es doch aus, wie es ist -, eine Art von negativem Plebiszit, durch dass das Deutsche Volk zum Ausdruck bringt, dass es **für Zeit** auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist. Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern **zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird!**

......

Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, dass sie die Ausübung der Deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar. Ich glaube, sagen zu können, dass dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen. .....

....

Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte Deutsche Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht ein Partikel davon.

.....

....

Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine Deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. .....

......

....Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, dass die Besatzungsmächte sich eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der Deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben Deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, dass uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, dass wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen. Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluss der Volksouveränität des Genehmigungspflichtigen!

Die zweite Einschränkung ist, dass uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen. Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.

Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.

Also: Auch die jetzt freigegebene Schicht der ursprünglich voll gesperrten Deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz: **Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muss die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen,** es sei denn, dass wir den Besatzungsmächten gegenüber - was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde - Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen.

Das müsste dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden. **Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment. Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut.**

Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf Deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassungen effektiv und was nur **Literatur** ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt. Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schluss-Satz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt ist, dass nach dem Beschluss des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das Deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muss man dagegen handeln wollen.

Aber das wäre dann Sache des Deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.

Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt. Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des Deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.

Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen.

Wir haben keinen Staat zu errichten.

.....

Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Voll-Staat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:

Erstens: Das Grundgesetz für das Staatsfragment muss gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muss originär entstehen können. Aber das setzt voraus, dass das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: "an dem Tage, an dem eine vom Deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt." (Sehr richtig!)

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, dass es geschlossen ist, dass also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen.

Dieses Grundgesetz muss eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil Deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muss; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren.

C. Weitere und vertiefende Begründungen für eine grundsätzliche Steuerverweigerung

Zur weltanschaulichen, ethischen und rechtlichen Einbettung der Steuerverweigerung seien unsere wichtigsten Thesen und Anmerkungen zu den Grundlagen einer neuen Wert-, Volks- und Staatsordnung genannt

1. Vorbemerkung

Bevor ich weiter fortfahre, sei folgendes klargestellt:

Grundsätzliche Steuerverweigerung darf nur aus *grundsätzlichen* Erwägungen heraus erfolgen. Hierbei hat *vor allem* zu gelten, daß es die Pflicht jedes mündigen Bürgers ist, folgenden Prinzipien zu dienen:

- der Erhaltung des Volkes als ethnische Gemeinschaft sowie der Erhaltung und Höherentwicklung seiner Sprache und seiner Heimat,
- in enger Verbindung mit einer sittlich orientierten[58] religiösen,
- kulturellen
- und wirtschaftlichen Entfaltung des Gemeinwesens
- im Rahmen einer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen,
- die Würde, das Leben, die geistige Freiheit und die seelische, genetische und körperliche Unversehrtheit jedes Einzelnen schützenden,
- nichtimperialistischen,
- nichtrassistischen,
- ökologisch orientierten Grundordnung
- auf dem Boden eines Strebens nach einer allgemeingültigen Freiheits-, Rechts- und Friedensordnung in und zwischen der Völkern.

Das bedeutet, daß **grundsätzliche** Steuerverweigerung nur eine **Notwehrmaßnahme** sein darf. Und zwar eine Notwehrmaßnahme **gegen ein Verstricken der Führung des Gemeinwesens in Denk- und Verhaltensweisen, die so elementar rechtswidrig sind, daß sie die Grundlagen des Gemeinwesens ernsthaft infragestellen oder gar zerstören.** Das bedeutet zugleich, daß Steuerverweigerung nicht **gegen** das Gemeinwesen gerichtet sein darf. Sie hat **das Gemeinwesen nicht zu verneinen, sondern zu bejahen. Die Verweigerung hat aus dem Bewußtsein und Wollen heraus zu geschehen, das Dasein und die positive Entwicklung des Gemeinwesens zu fördern. Grundsätzlich,** nämlich dadurch, daß die Verweigerung **ausschließlich für eine positiv gerichtete, rechtgemäße, den oben genannten Grundsätzen verpflichtete Politik eintritt.**

Egoistische Beweggründe, auch nicht nebensächliche, dürfen hier also keine richtungsgebende Rolle spielen.

Andererseits bedeutet jede Steuerzahlung stets eine Beteiligung an der Finanzierung und damit an der Realisierung der rechtswidrigen Richtung der vorherrschenden Politik. Und daraus folgt, daß jede Zwangsmaßnahme von staatlicher oder anderer Seite gegen eine derart ausgerichtete Steuerverweigerung nicht nur dem Schutz der rechtswidrigen Richtung in der vorherrschenden Politik dient, sondern auch der Erzwingung einer Beihilfe zu rechtswidrigem Verhalten, also der Erzwingung einer Beteiligung an Verbrechen, beziehungsweise einer Beteiligung an einer nichtigen, verfassungs- und strafgesetzwidrigen Vereinigung im Sinne des Art. 9 II Grundgesetz.

[58] Näheres hierzu u.a. in früheren Ausgaben von Freiheit und Recht, vor allem in Heft 2, 5, 6-7 sowie in den folgenden Abschnitten dieses Heftes.

2.1. Das Deutsche Volk – eine völkische Haftungsgemeinschaft?

Michael Wolffsohn auf richtigen und falschen Denkpfaden zu Hitler oder Ludendorff?

In einem Grundsatzartikel schrieb Michael Wolffsohn[59] in der FAZ: Jeder Deutsche trage das Kainsmal von Auschwitz und stehe in *„haftungsbedingender Schuld“*, er brauche daher eine *„politisch-moralische Erlösung“*. Im Kommentar dazu wird aufgezeigt, daß eine *konsequente* Anwendung dieser Sichtweise entweder in die Forderung nach einem **völkisch-totalitaristischen Imperium** mündet, das sich dann ungefähr in Richtung der Politik Adolf Hitlers oder gewisser Zionisten bewegen würde, oder in die Forderung nach einem **völkisch-freiheitlich-demokratischen, nichtimperialistischen Rechtsstaat** im Sinne der Zielsetzung des Hauses Ludendorff.

Wolffsohn schrieb:

> *„Deutsche und Juden sind aneinandergekettet*
> *50 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz*
> *Von Michael Wolffsohn*
>
> *Schuld ist nicht erblich. Auch Märtyrertum ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer. Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.“*

[59] Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist einer der prominenten Vertreter des Judentums in Deutschland. Außerdem ist er Professor für neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München-Neubiberg und unterrichtet dort den deutschen Offiziersnachwuchs.

(Zit. aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 20, 24. Januar 1995, S. 8.)

Diesen Sätzen ist im Wesentlichen zuzustimmen. Nur eingeschränkt gilt das für die nachfolgenden Sätze:

„Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben, auch nach dem 9. November 1989. Sogar erst recht nach dem 9. November 1989, denn dieses Datum verbindet die Außenwelt, besonders die jüdische, mit dem 9. November 1938, also mit der 'Reichskristallnacht', dem Anfang der 'Endlösung'. Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.

Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität – auch wenn er die Haftung ablehnt.“ (a.a.O.)

Hier mischen sich Wahrheit mit Halbwahrheit und Irrtum.

Es ist keineswegs abwegig, von der **Vererbbarkeit der Haftung** für eine Schuld zu sprechen. Doch *welche* Haftung ist vererbt und auf *welche* Schuld bezieht sich diese Haftung? Und wenn man diese Ansicht für richtig hält, bedeutet das nicht, daß auch *alles andere Erbe* der Vorfahren *Geltung* besitzt und für die Nachfahren *fortwährt*? Doch kann man das eine Erbe übernehmen, das andere nicht? Nein: Entweder – Oder. Das ist auch im privatrechtlichen Bereich nicht anders: Man kann das Erbe eines Erblassers annehmen oder nicht, aber das geht nur *gesamtheitlich*, ohne Einschränkung. So kann eine Immobilie nicht vererbt werden ohne die Hypotheken, die auf ihr lasten, ein Auto nicht ohne die Forderungen des Autoverkäufers, die noch offen sind. Und noch etwas: Wolffsohn hat sich auch keine Gedanken darüber gemacht, *wie lange* eine Haftung eigentlich währt. Endet sie spätestens dann, wenn die Schuld bezahlt ist? Doch wann ist sie bezahlt? Bestimmt dies der Gläubiger nach Bedarf oder der Schuldner nach Gutdünken? Oder bestimmt das ein Gericht oder ein Vertrag, z. B. ein Friedensvertrag? Und noch etwas: Läßt sich ein Verbrechen überhaupt abzahlen oder wiedergutmachen, z.B. durch gute Taten oder materielle Mittel? Bei manchen Verbrechen ist das sicherlich möglich. Aber auch bei Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Seelenschädigung, Mord? Außerdem stehen neben dieser Frage noch weitere Fragen: Was ist mit der Mitverantwortung ganz bestimmter innerdeutscher Kreise, die mehr oder weniger *unabhängig vom übrigen Teil des Volkes* handelten? Was ist mit der Mitverantwortung der *christlichen Kirchen* durch ihre *Abrichtungsmethoden* sowie den Tätigkeiten der von den Kirchen beeinflußten nichtkirchlichen Teile der Gesellschaft? Was ist mit der Mitverantwortung der *Massenmedien*? Und was ist mit der Mitverantwortung *nichtdeutscher* Kreise, angefangen vom Vatikan über die Hochfinanz, die internationalen Konzerne, Geheimbünde, alliierten Regierungen bis hin zu den Zionisten und Kommunisten? **Und welche Rolle spielt bei alledem die historische Wahrheit? Spielt sie nicht eine ausschlaggebende Rolle?** Doch gilt **das** als historische Wahrheit, was bestimmte Kreise als solche ausgeben? Oder entscheiden die Massenmedien mit Propagandagewalt oder die Staatsführung mit Staatsgewalt? **Wo sind hier die verläßlichen, die logisch schlüssigen Normen?** Und zuguterletzt: **Was ist mit G e g e n f o r d e r u n g e n ?** Zum Beispiel mit der Tatsache, **daß nach Kriegsende weit mehr Deutsche durch das Tun der Sieger umkamen als Juden durch das Tun von Deutschen?** Ist das unbeachtlich, oder gar gerechtfertigt? Ja? So tönt es doch aus tausend Sprachrohren! Aber wieso? Ist die Zahl der Sprachrohre eine Rechtfertigung? Wohl kaum! Und was ist mit der **Mitverantwortung für Versailles, für Inflation, Weltwirtschaftskrise, Finanzierung des Aufstiegs Hitlers, Inthronisierung Hitlers[60], das freie Gewährenlassen Hitlers bis 1939, die zielbewußten Kriegstreibereien seitens Polens, Englands, Frankreichs, der USA, der Sowjetunion samt den antideutschen Einflüssen auf die deutsche Führung vor und während des Krieges,** sei es aus dem Vatikan über Goebbels und andere nationalsozialistische Führer, sei es aus jüdischen Kreisen über Morell, den jüdischen Leibarzt Hitlers, sei es aus jüdisch-freimaurerischen und anderen Geheimbundkreisen auf die Wehrmachtsführung, die SS, das Auswärtige Amt, die Wirtschaft und den Widerstand? Obwohl damit noch lange nicht alle Fragen aufgelistet sind, sieht man, daß in Bezug auf die Haftungsfrage recht vieles nur teilweise oder fast gar nicht geklärt, vieles sogar durch Herumlügerei verunklärt und noch weniger ordentlich geregelt ist, sei es nun speziell hinsichtlich des Holocausts oder umfassend hinsichtlich aller sonstigen destruktiven bis verbrecherischen Taten im vergangenen Jahrhundert und davor. **Woran liegt das? Ja, woran!?** Und was ist, **wenn künftig die Geschichte des Holocausts umgeschrieben werden würde, könnte, dürfte? O h n e i n , d i e s e s**

[60] In der Weimarer Republik war die letzte, nach sog. demokratischen Spielregeln gültige Wahl, jene gegen Ende 1932. Hitler gewann damals ungefähr 27% der Stimmen sämtlicher Stimmberechtigter. Ihm fehlte also die notwendige Mehrheit für seine erstrebte „Machtergreifung“. Trotzdem wurde er Reichskanzler, mit Hilfe seines „Steigbügelhalters“ Franz von Papen, dem Geheimkämmerer des damaligen Papstes, außerdem der freimaurerischen Kreise um Schleicher und von Hindenburg sowie noch anderer Kreise, darunter auch jüdische Kreise. Es gab also keine Machtergreifung, sondern eine Machtübertragung.

Undenkbare, Niemalsdenkbare zu denken, führt sofort in die Todeszone. Sogar das Verweigern des Denkens über das Niemalsdenkbare führt dahin. So hat vor einigen Jahren der Autor einer Veröffentlichung über den letzten Weltkrieg erklärt, über den Holocaust wolle er sich nicht äußern, da diesbezüglich Verhältnisse herrschten wie zu Zeiten von Giordano Bruno. Er bekam für diese Äußerung eine sehr hohe Geldstrafe, ebenso sein Verleger ...

Betrachtet man die Veröffentlichungen über das, was man den Holocaust nennt, dann stellt man fest, daß einerseits **eine erhebliche Dogmatisierung und Meinungsverfolgung und andererseits eine wachsende Revidierung und Differenzierung der Lehrmeinungen stattfindet.** Das heißt, der Ausgangspunkt und die Konturen für die Haftungsdiskussion befindet sich im Wandel. **Was ist, wenn der Wandel weiter zunimmt? Was ist, wenn der Wandel zu einer immer stärkeren Relativierung führt oder gar zu Gegenrechnungen? Was ist, wenn die derzeitigen Instrumentalisierer des Holocaust, nach der Haftungserbschaft ihrer eigenen Leute gefragt werden oder gar danach, ob ihre Haftungserblast, entstanden in Jahrhunderten des Schuldigwerdens an den Völkern und speziell am Deutschen Volk, nicht ungeheuer viel größer ist als jene, die man den Deutschen zumißt? Eine ungeheuerliche Fragestellung? Oh sicher, sicher. Aber ungeheuerlich ist sie nur für jene, die Grund haben, sich hinter der Schuld auf Seiten der Deutschen zu verstecken, sie als Mittel zur Verdrängung und Verschiebung einer unweit größeren Schuld zu instrumentalisieren, gemäß dem „Sündenbockritual" im *Alten Testament*. Doch die eigentliche Ungeheuerlichkeit besteht darin, daß jene unter den Deutschen, die schuldig wurden, weitgehend nur das getan haben, was den Handlungsmaximen des *Alten Testaments* entspricht, also den Handlungsmaximen aus dem Quellenbereich des Christentums, das ja, was heute weitgehend unbestritten ist, aus dem Judentum hervorging und nun offiziell dorthin zurückkehrt. Der Ursprung der Schuld ist daher vor allem ein jüdisch-christlicher, weit weniger ein deutscher. Man studiere nur das, was für jedermann offen zutageliegt: die „Heiligen Schriften", die geistigen und normativen Grundlagen derer, die auf diesem Gebiet das große Wort führen, das heißt die furchtbaren Dokumente des Auserwähltheits- und Rassenwahns, die Dokumente über die Ziele und Methoden der Vernichtung der Andersdenkenden, der Anderswollenden, der Unbotmäßigen und Freiheitsliebenden, wie sie in großer Fülle im *Alten Testament* und im *Talmud* vorliegen. Man studiere meine Dokumentation: *Zentrale Wurzeln des Terrors*[61] und beginne dann, den dort beschrittenen Denk- und Dokumentationspfad konsequent zuende zu gehen! Dann stößt man auf die große Fülle an völkermörderischen, angeblich von Gott veranlaßten Zielsetzungen, die zu völker- und kulturmordenden Taten an fast allen Enden der Welt durch die Vertreter des Christentums, obendrein oft unter jüdischer Leitung, führten. Wie gesagt, heute hören wir immer wieder, daß das Christentum aus dem Judentum stamme. Und was war und ist das judäische Christentum für die Völker der Welt? Das Blut, das die Vertreter des Christentums im Laufe der Jahrhunderte vergossen haben, tränkt den Boden fast der ganzen Erde. Wäre es ins Meer geflossen, wäre es heute tiefrot. Die Aber- und Abermillionen Toten der Christianisierung unserer Vorfahren, der Kreuzüge, der Hexenverfolgungen, der Glaubens- und Kolonialkriege, dann die Abermillionen Mord- und Greueltaten an den Indianern, den Schwarzen, den Indern, den Völkern Hinterasiens und an anderen Völkern, dann die Gegeneinanderhetzung in den Kriegen des 19. und 20. Jahrhunderts, die Zerstörung so vieler Städte, die Vertreibungen, die Lager. Furchtbar. Diese Schuld ist wirklich singulär. Sie ist unaustilgbar. Und sie verlangt nach einer Sühne, die niemals auch nur in Ansätzen erbracht werden könnte. Andererseits kann der ganze Abfall von Gott, diese Satanisierung Gottes durch Mosaismus und Christentum, durch ihre Ableger, wie z.B. den Bolschewismus, nur überwunden werden auf dem Weg, den die Juden und Christen sich selbst und den Anderen im *Alten Testament* gewiesen haben: durch eine weltweite Generalisierung und Mobilisierung des sogenannten *Esausegens*.**[62]

Doch kehren wir zu dem Gedanken der Vererbbarkeit einer Haftung zurück.

Einheit aus gemeinsamem Erbe

Aus der Vererbung der Haftung folgt, daß „die Deutschen" oder das „Deutsche Volk", wenn sie als „Erbengemeinschaft" und zugleich als „Erbschaftsgemeinschaft" in ihrer Gesamtheit aufgefaßt werden sollen, als eine politische Rechte- und Pflichten-, Denk- und Tatgemeinschaft im Sinne einer organischen Einheit im Denken, Wollen und Handeln und damit in der Verantwortung zu definieren wären, als eine „Gemeinschaft aus genetischem, weltanschaulichem, kulturellem, rechtlichem, wirtschaftlichem und sonstigem Erbe". Damit scheint sich der Erkenntnisweg dem in der Ludendorffschen Philosophie zu nähern. Allerdings wird in dieser Philosophie das Volk in der soeben gebrachten Definition nicht als vorhanden gesehen, sondern als ein Ziel. Erwähnt sei auch, daß sich bei verschiedenen Zionisten mehr oder weniger verwandte Gedankengänge und Ziele finden, z. B. bei Gedalja ben Elieser, Ben Chaim, Vladimir Jabotinsky, Abraham Gurewitz. Letzterer, der Begründer der jüdischen *Knaanim*-Bewegung, war übrigens ein Verehrer der Ludendorffs.

---

[61] Roland Bohlinger: *Zentrale Wurzeln des Terrors*, FREIHEIT UND RECHT, Folge 3/4, Viöl 2002.

[62] Siehe dazu die Ausführungen gegen Ende dieser Veröffentlichung und in der von mir verfaßten *Denkschrift*, Magazin FREIHEIT UND RECHT, Folge 5, Viöl 2004.

DAS ZIEL *VOLKSSCHÖPFUNG*

Denken wir weiter nach. Bei den Ludendorffs wird das Ziel *Volksschöpfung* genannt. Mit diesem Begriff wird die freiwillige Schöpfung einer Gemeinschaft in Erbgut, Weltanschauung, Kultur, Recht und Wirtschaft im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen, sozialen, naturgemäßen und antiimperialistischen Rechts- und Friedensordnung bezeichnet. Wenn man dieser Zielsetzung zustimmt, hat darin auch der von Wolffsohn und anderen postulierte Haftungsgrundsatz einen Platz, allerdings in verändertem Sinne, nämlich, daß einerseits *nur jene* Mitglieder des Volkes *strafrechtlich haften* und deshalb verfolgbar sind, die nachweisbar die *Rechte Dritter verletzt* haben, andererseits aber *alle* Mitglieder des Volkes *Verantwortung* und die *Folgen von Fehlverhaltensweisen* ihrer Volksgenossen zu tragen haben, soweit es sich nicht um individuelle oder gruppeninterne Taten handelt, sondern um mehr oder weniger „gemeinschaftlich begangene Taten“, z.B. Wahl eines falschen Führers oder Abseitsstehen aus Bequemlichkeit, Feigheit und moralischer Abstumpfung, wenn es um Entscheidungen geht, die eigene und fremde Rechte und Interessen berühren oder verletzen. Bei einer Entwicklung in dieser Richtung würden wir zu einer Form der Demokratie gelangen, die nicht einfach auf einen überwiegend autoritär-hierarchischen und imperialistischen Kern aufgesetzt wäre, wie das heute der Fall ist, sondern es würde dieser falsche Kern schrittweise überwunden werden können durch rechtsstaatlich normierte Ausgrenzung und durch Bildung eines neuen Genpools mit weltanschaulich, ethisch, kulturell, rechtlich und wirtschaftlich harmonierendem Kern.

IN JEDEM FALL: NICHT NUR DIE DEUTSCHEN HAFTEN

Solange imperialistische und in grundlegenden Bereichen auseinanderdriftende und sich bekämpfende Kräfte in das Deutsche Volk hineinwirken, seien sie nun inländischer, ausländischer oder überstaatlicher Herkunft, so lange ist das Deutsche Volk kein Volk im Sinne der oben gebrachten Definition und nicht gänzlich Herr über sich selbst und seine Politik. Folglich ist es dann auch nicht allein verantwortlich für das politische Geschehen in seinem Namen und in seinem Staat. Das gilt erst recht, wenn ein solches Volk von einer Gewalt- und Willkürherrschaft heimgesucht wird. Daraus folgt wiederum, daß die Ansicht von Michael Wolffsohn über die Haftung aller Deutschen teilweise, wenn nicht sogar weitgehend irrig ist. Mit anderen Worten: Wolffsohn hätte, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, nur dann recht, wenn die Deutschen vor und unter Hitler ein Volk gebildet hätten im Sinne der oben genannten Definition und hierbei vor allem frei gewesen wären von jeglichen imperialistischen und seelenmanipulierenden Einwirkungen auf ihr Verhalten, insbesondere auf das Verhalten ihrer Führung.

Daraus folgt: Ob man Michael Wolffsohn zustimmt oder nicht, auf jeden Fall stehen in der Haftung auch die *Erben* und *Erbnutzer* all jener Kreise, ohne die Hitler und alles, was aus der Zeit seiner Herrschaft zu verwerfen ist, nicht möglich gewesen wäre, gleichgültig, was als historische Wirklichkeit anzusehen ist. Das gilt für die Hauptverantwortlichen ebenso wie für ihre Helfer und Mitläufer, aber auch für alle scheinbar bis wirklich Unbeteiligten, soweit sie als Erben oder Erbnutznießende auftreten und das sind insbesondere die imperialistischen Kreise im In- und Ausland und hier vor allem die sog. überstaatlichen Mächte, die Großindustrie und die Großbanken. Dazu kommen die Schöpfer von Versailles und der durch die Bestimmungen von Versailles und durch andere Maßnahmen erzeugten Ausraubung und Verelendung des Deutschen Volkes, denn ohne das alles wäre Hitler ebenfalls nicht möglich gewesen. Dazu kommen jene Kreise, die den Aufstieg Hitlers finanzierten, wozu vor allem der Vatikan, jüdische Großbanken, verschiedene Konzerne im In- und Ausland und sogar Stalin gehörten. Dazu kommen das demokratie- und rechtsstaatzerstörende Verhalten der meisten Parteien der Weimarer Republik und die Rolle der vatikanhörigen Politiker Brüning und v. Papen, des Freimaurers Hindenburg, des Hochgradfreimaurers Schacht und vieler anderer, die beitrugen, daß Hitler vom Januar bis Mai 1933 die Macht in die Hände bekam, obwohl bei der letzten, gemeinhin noch als einigermaßen „demokratisch“ geltenden Wahl, jener gegen Ende 1932, nur etwas mehr als ein Viertel des wahlberechtigten Volkes Hitler gewählt hatte. Vor allem aber kommt dazu die Rolle der seelischen Manipulation, Schwächung bis Abrichtung, die durch die vorausgegangene religiöse und staatliche Erziehung und durch die Massenmedien herbeigeführt worden war.

WO BEGINNT DIE HAFTUNG, WO ENDET SIE?

Und wenn wir schon dabei sind, wo bleibt in diesem von Wolffsohn geforderten „totalen Haftungssystem“ die Haftung für die gewaltsame Christianisierung in Deutschland, den Umstürze der Sozial- und Sippenordnung, die Kreuzzüge, die Hexen- und Ketzerverfolgungen, die Kriege mit dem Papsttum und dessen Parteigängern, die Bauernkriege, der Schmalkaldische Krieg, die unzähligen Erbfolgekriege und sonstigen dynastischen Auseinandersetzungen, die antideutschen Raubkriege, der 30jährige Krieg, der siebenjährige Krieg, die napoleonischen Kriege und die anschließenden Kriege und vieles vieles andere mehr? Und wie sieht es mit der Haftung von anderen Völkern und Gruppen aus, z.B. der Russen, der Briten, der Türken, der Amerikaner, der Juden, des Islam, der russisch-orthodoxen Kirche für ihre imperialistischen, völker- und kulturzerstörenden Gewalttaten?

NICHT KONSEQUENT ZUENDE GEDACHT

Herr Wolffsohn, Ihre Haftungsethik in Ehren. Sie ist aber nicht konsequent zuende gedacht. Ich fordere zwar nicht wesentlich anderes als Sie, ich fordere nur uneingeschränkte, das Ganze umfassende Folgerichtigkeit und diese im Rahmen der Schöpfung einer nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich freiheitlich-demokratischen, sozialen, nichtimperialistischen und naturgemäßen Rechts- und Friedensordnung, deren Gedeihen ich

nur auf einer weltanschaulich-ethischen Grundlage für möglich halte, wie sie die Ludendorffsche Philosophie und verwandte Philosophien bieten. Einen anderen Weg sehe ich nicht. Ich spreche daher auch lieber von Verantwortungsethik. Dieser Begriff umfaßt nicht nur die Verantwortung (und gegebenenfalls auch Haftung) für vergangene Worte und Taten, sondern auch für zukünftige. In diesem postulierten Rahmen haben diejenigen, die bisher nicht schuldig wurden, zusammen mit denen, die schuldig wurden, die (rechtlich normierte und, soweit das noch nicht geschehen ist, zu normierende) Pflicht, nicht neue Schuld zu schaffen. Und diese Forderung ist dann tatsächlich für *alle* gültig, die der postulierten Verantwortungsgemeinschaft Volk und den im Volk mehr oder weniger unabhängig geschichtegestaltenden Kreisen angehören, hier, gestern, heute und in Zukunft, und zwar für unmittelbare Rechtsverletzungen gegenüber Dritten ebenso wie für die Verbreitung von gott- und menschen-, natur- und rechtsverachtenden Äußerungen, Ideologien und Religionen, Erziehungsarten, Wirtschaftsweisen, Gesetzen, Verordnungen, Richtersprüchen und Organisationsformen. Darüber hinaus bestünde aber nach wie vor die Mitverantwortung jener Personen und Kreise, die nicht Teil des Deutschen Volkes sind, aber in die Gestaltung der deutschen Geschichte maßgeblich eingriffen und eingreifen. Insbesondere ginge es nach wie vor um die Mitverantwortung jener, denen es gelingt, aus imperialistischer Zielsetzung heraus in das Deutsche Volk einzudringen und Teile des Volkes mithilfe von Seelenmanipulation, Ausbeutung, Verfolgung und anderen Mitteln zu entmündigen, zu manipulieren, sich gefügig zu machen.

Mit anderen Worten: es geht um nichts anderes als die ganzheitliche Lösung eines uralten Problems, nämlich die Entwicklung einer wirklich freiheitlich-demokratischen, sozialen, naturgemäßen und antiimperialistischen Rechts- und Friedensordnung. Das gelingt aber nur mit einer hierfür geeigneten genetischen und weltanschaulichen Grundlage und einer darauf fußenden und sich bildenden Volks-, Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft, die eine solche Gemeinschaft geschlossen entwickelt und verteidigt. Ich werde darauf an anderer Stelle noch näher eingehen. Hier geht es letztlich vor allem um das Nachdenken über das Problem der Wünsche, die von jüdischer Seite, wie etwa von Wolffsohn, kommen **mit dem Ziel der Wiedergutmachung, der Solidarität des Deutschen Volkes gegenüber dem Jüdischen Volk und der Verhinderung einer Wiederholung von Machtmißbrauch und Gewaltherrschaft gegenüber den Juden und anderen Minderheiten,** und zugleich um jene Forderungen, die von deutscher Seite kommen **mit dem Ziel, die Erhaltung und Entfaltung von Leben, Kultur, Recht und Wirtschaft des Deutschen Volkes im Rahmen einer einwandfreien Rechts- und Friedensordnung sowie eine Wiedergutmachung gegenüber dem Deutschen Volk sicherzustellen.** Die eine Forderung kann mit Sicherheit nicht ohne die andere anerkannt und befriedigt werden. Daran führt kein Weg vorbei, der als intellektuell, moralisch und politisch folgerichtig und redlich gelten will. Was aus diesen rein grundsätzlichen Erwägungen dann im Einzelfall weiterentwickelt werden kann und werden sollte, das mag hier offenbleiben. Doch das eine ist klar: solange das Deutsche Volk keine Einheit in Abstammung, Weltanschauung, Kultur, Recht und Wirtschaft und in diesem Rahmen keine umfassende Erben- und Erbschaftsgemeinschaft und keine einheitliche politische Gemeinschaft mit der genannten einwanfreien Rechts- und Friedensordnung bildet, sondern systematisch und aus offenkundig imperialistischen Motiven verwehrt wird, solange kann es konsequenterweise auch keine Haftung des ganzen Volkes geben, wie sie Wolffsohn fordert. Dann gibt es als Alternative nur den Weg, den Hitler ging: Die mit der Freiwilligkeit eines Teils des Volkes und mit der Zwingung des übrigen Teils geschaffene scheinvölkische Einheit, die dann keine freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche, sondern eine mehr oder weniger diktatorische bis totalitäre Grundstruktur aufweist, und die offen ist für vielerlei Machtmißbrauch, Fremdeinflüsse, Ausbeutung und Fehlleitung durch kleine Gruppen, die direkten oder indirekten, über geheime Zirkel laufenden Zugang haben zu den politischen Schalthebeln. Daraus folgt aber: Wenn die Forderung Wolffsohns ernst gemeint ist, und das ist sie sicherlich, und wenn viele andere innerhalb des Deutschen und des Jüdischen Volkes Gleiches fordern, und das tun sie, dann können sie diese Forderung nur verwirklichen, was sie zweifellos seit langem unternehmen und zukünftig fortsetzen wollen, wenn sie entweder auf den Pfaden Hitlers oder denen der beiden Ludendorffs wandeln. Derzeit ist nicht zu erkennen, wohin der Weg endgültig führt. Der Weg der beiden Ludendorffs ist der vernünftige und in eine positive Zukunft weisende, er ist der freiheitliche, lebenerhaltende und naturgemäße, der kulturfördernde, wirtschaftlich sittliche und rechtsstaatorientierte. Jeder Weg, der davon wesentlich abweicht, führt in die Irre oder bleibt in der Irre haften, bewegt sich weiterhin in imperialistischen, zerstörenden Strukturen, er zeigt bestenfalls eine umgestülpte nazistische Ideologie, die statt: „Der Jude ist schuld!“ erklärt: „Der Deutsche ist schuld!“, die aus der „Klassenhaftung“ und „Sippenhaftung“ zur „Volkshaftung“ gelangt, die aus dem „antisemitischen“ in den „antideutschen“ Rassismus umkippt, die aber den Sendungswahn mosaistischer, christlicher, kommunistischer, islamistischer und anderer verwandter Gruppen, den darauf fußenden imperialistischen Machtwahn und die damit verbundenen mehr oder weniger menschenverachtenden, kulturzerstörenden, rechts- und freiheitswidrigen, staats- und privatkapitalistischen Strukturen nicht ernsthaft antastet. Das war in Deutschland vor 1918, als gewisse preußische Tugenden noch halbwegs Geltung besaßen, noch nicht so extrem, wie später. Trotzdem behaupte ich, daß die Option, den richtigen Weg zu beschreiten, nach wie vor offen ist. Das hat verschiedene Gründe. Einer dieser Gründe ist die Tatsache, daß die Vorwürfe auf der Grundlage des Holocaustgeschehens und damit zusammenhängender Themen (z.B. hinsichtlich des Verhaltens der Wehrmacht) an Schärfe, Intensität und Einseitigkeit immer mehr zu-

nehmen, daß sich inzwischen eine Art OPFER-TÄTER-RELIGION mit Sendungs- und Unfehlbarkeitswahn, Gut- und Böse-Definierung, Beschuldigungs- und Kastrationsriten, Beschwörungs- und Bruderschaftszeremonien, falschen Identitäts-, Historisierungs- und Rechtsstrukturen etablierte, die sich anheischig macht, die richtigen weltanschaulichen Grundentscheidungen getroffen zu haben und jedermann zu zwingen, die Entscheidungen als richtig anzuerkennen. Dieses Entwicklung ist aber ein sich immer stärker aufmunitionierender Sprengsatz. Dazu kommt, daß in diesem neuartigen, aber im Kern doch sehr alten Welterlösungssystem zusätzliche Sprengsätze enthalten sind, die von den Protagonisten dieses Systems selbst eingebaut worden sind, nicht aus Dummheit, sondern weil das am sich selbst kastrierenden Wesen dieser neuen Entwicklung liegt. Diese Sprengsätze sind antiimperialistischer Natur. Und da auf der Grundlage dieser neuen Art Religion sich alle imperialistischen Machtgruppen in Europa, Amerika und teilweise darüber hinaus, hauptsächlich die Vertreter der drei abrahamitischen Religionen (Mosaismus, Christentum, Islam) und deren Ableger (Freimaurerei, Liberalismus, Faschimus, Kommunismus u.a.) eine Art antifreiheitliches, antivölkisches und antirechtsstaatliches Bündnis entwickeln, werden sie alle zugleich und in wachsendem Maße mit ihren eigenen antiimperialistischen Sprengsätzen zu tun haben. Es sind diese Sprengsätze keine solchen, die geeignet wären, die Entwicklung neuer imperialistischer Spielarten zu ermöglichen, z.B. jene, die oberflächliche Gemüter antifaschistischer Denkungsart als einzig möglich anzusehen fähig sind, sondern es sind wirklich antiimperialistische, es sind Inhalte, die weltanschaulich-moralische Grundentscheidungen fördern, die das gesamte imperialistische System in allen seinen Spielarten zunächst weltanschaulich-moralisch und dann politisch dekompostieren (Dekomposition = Auflösung, Organschwund) und eine evolutionäre Alternative entwickeln könnten. Einen dieser Sprengsätze hat Michael Wolffsohn sichtbar gemacht. Dafür sei ihm gedankt. Es fehlt jetzt nur noch, daß er folgerichtig weitergeht, zunächst einmal so weit, wie die beiden jüdischen Religionsphilosophen Pinchas und Ruth Lapide:

„Auszüge aus einem der letzten Interviews mit den jüdischen Theologen und Historikern Pinchas und Ruth Lapide.

Der jüdische Religionsphilosoph Pinchas Lapide ist in der vergangenen Woche auf dem Jüdischen Friedhof in Frankfurt beigesetzt worden. Bundestagspräsidentin Süssmuth würdigte den Wissenschaftler als einen 'umfassend gebildeten Theologen'. Der rheinische Präses Kock sagte: 'Er hat uns die biblische Überlieferung sehen gelehrt mit jüdischen Augen und uns aus unserer Besserwisserei befreit.' Eines der letzten Interviews mit dem Theologen und seiner Frau Ruth führte Rüdiger Bieber zu Daniel Goldhagens Buch 'Hitlers willige Vollstrecker'.

[Frage (im Original fett gesetzt)] *Kaum war das Buch von Goldhagen in Amerika erschienen, wurde Kritik laut. Gibt es positive Stimmen?*

[Antwort] *Nein, außer in Israel, dort gibt es Kreise, die Goldhagen verteidigen.* [Auch in Deutschland und anderswo gibt es solche Kreise! R.B.] *Weiterhin gibt es gegenüber Deutschland einen gewissen Neid unter den Völkern, die unter Deutschland gelitten haben. Das hat nichts mit Juden zu tun. Gut, Goldhagen ist Jude, aber es gibt viele Holländer, Dänen und Engländer, die sagen: 'Recht hat er. Wir waren die Sieger des Zweiten Weltkrieges, und heute sind die Deutschen die Nummer eins in der Europäischen Gemeinschaft.' So hat heute in Deutschland die dritte Generation die Last der Geschichte zu tragen. Wie wir wissen, gibt es kein Aussteigen aus der Geschichte. Außerdem kommt noch ein kaum angesprochener Aspekt hinzu: das schlechte Gewissen. Die Amerikaner, Engländer und Franzosen haben, was Judenschicksale betrifft, im Zweiten Weltkrieg keine sauberen Hände gehabt.*

[F.] *Goldhagens Hauptthese ist, daß der Antisemitismus der Deutschen geradewegs von 'Luther zu Hitler' und damit zum Holocaust geführt habe. Stimmen Sie ihr zu?*

[A.] *Wir würden da protestieren. Die römisch-katholische wie die orthodoxe Kirche kommen zu elegant weg. Vor Luther lebte der Antisemitismus genauso. Schon im Jahre 1215 gab es den 'Judenfleck', um die Juden auszugrenzen. Hierzu kommt jedoch, daß seit Luther in deutschen protestantischen Kreisen eine unglaubliche Hörigkeit gegenüber der staatlichen Obrigkeit aufkam, wie sie so im Katholizismus nicht zu finden ist. Die lutherische Zwei-Reiche-Lehre hat mit dazu geführt, daß es sich evangelische Christen mit dem Widerstand so schwer machten. Dabei sollen die Katholiken nicht reingewaschen werden, denn es gibt eine Blutspur seit 1600 bis 1700 Jahren – von den Kirchenvätern über die Kreuzzüge und Luther –, die bis in unser Jahrhundert führt. Das soll nicht heißen: Die Kirchen haben den Holocaust verursacht.*

Doch mit der Anschuldigung, die Juden hätten Gott am Kreuz ermordet, wurde eine Blutspur gewaltigen Ausmaßes gelegt ...

[F.] *Goldhagen macht darauf aufmerksam, daß die Verbrechen an den Juden in der Mitte der deutschen Gesellschaft ihren Ursprung haben und von weiten Teilen der Bevölkerung entweder stillschweigend gebilligt* [hier fehlt ein Passus im Original, vermutlich sollte da stehen: oder offen begrüßt] *wurden. Stimmen Sie Goldhagen zu?*

[A.] *Diese Sache ist uns sehr ernst. Wir weigern uns, kollektiv die Deutschen zu beschuldigen. Gerade weil wir Juden unter einer grausamen christlichen Kollektivbeschuldigung zu leiden hatten, weigern wir uns, alle Deutschen kollektiv zu beschuldigen.*

[F.] *Sehen Sie eine direkte Linie des Antisemitismus vom Mittelalter bis zum Holocaust – von der sozialen Diskriminierung über psychische Schikanen, aktive Verfolgung, Pogrome bis hin zur sogenannten Endlösung?*

[A.] *Da ist in der Tag zu fragen: Wo blieben eigentlich die Kirchen? Bei dieser ganzen Debatte versteckt sich vielleicht ganz unschuldig und leise Mutter Kirche, ob-*

wohl sie eine Riesenrolle spielt. Vorsicht, Mutter Kirche darf nicht unbeteiligt in der Ecke die Debatte verfolgen. Denn die Blutspur der Kirche ist da. Lieschen Müller und Otto Normalverbraucher – ob evangelisch oder katholisch – bekamen im Gottesdienst eingeprägt: 'In der Nacht, als Jesus verraten wurde ...'. Liegt hier nicht die Wurzel der Ausgrenzung?

[F.] *Damit bestätigen Sie doch, was auch Goldhagen zum Ausdruck bringt...*

[A.] *Nein, Goldhagen hat etwas gegen Deutsche, egal ob sie katholisch, evangelisch oder atheistisch sind. 'Hitlers willige Vollstrecker' – wer sind sie denn gewesen? Für Goldhagen ist die Antwort ganz klar: die Deutschen. 'Da sie aufgrund ihrer Genmasse unverbesserlich und nicht lernfähig sind', müßten doch bei einer erneuten Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit wiederum die Juden als Sündenböcke herhalten.*

Wir sind so deutsch wie Sie oder wie die Leute vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. Wenn dem nicht so ist, dann stimmt etwas nicht in Deutschland. Solange es in Deutschland noch nicht normal ist, einen Menschen nach dem zu beurteilen, was er tut, sondern nach seiner Religion, ist die Welt noch nicht heil.

[F.] *Was provoziert, ist Goldhagens Erklärungsmodell, das darauf abzielt, 'die Deutschen' zu diabolisieren. In ihrem Genhaushalt sei quasi der Antisemitismus angelegt...*

[A.] *Das ist nicht tragbar. Wir wehren uns massiv dagegen, umgekehrt von 'deutschen Genen' zu sprechen. Das ist die Medaille, unter der wir zu leiden haben – nämlich unter der Kollektivbeschuldigung der Juden. Wir glauben an Erziehungsarbeit und die Möglichkeit der Aufarbeitung. Wir glauben an Umkehr und an den guten Willen der nächsten Generation, nicht an genetische oder gar teuflische Urheberschaft."*

(Zit. aus: *Der Weg,* Beilage zur *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung,* 1997, S. 16.)

Im übrigen halte ich für die gesamte Auseinandersetzung folgende Grundregel für unabdingbar:

UNABDINGBARE GRUNDREGEL

Richtig und ehrlich gewählte Worte, die im Einklang stehen mit den Tatsachen, sind die Voraussetzung jeden Gesprächs und jeder öffentlichen Äußerung, sollen sie nicht irreführen und dadurch Unrecht schaffen. Aber die gewählten Worte müssen auch richtig verstanden werden; das liegt vor allem im Bereich der Verantwortung des Empfängers der Worte, er muß sich nämlich um das richtige Verständnis bemühen. Und schließlich müssen die Taten mit den Worten übereinstimmen. Das ist das Schwierigste aber auch das Wichtigste. Hier hat der Einzelne nicht nur eine Verantwortung sich selbst gegenüber zu tragen, sondern auch gegenüber seinen Mitmenschen, die er darauf aufmerksam machen muß, wenn irgendwo ein Widerspruch zwischen Wort und Tat vorliegt.

ANHANG ZU DIESEM ABSCHNITT

Zum Schluß noch vier Zitate, die nicht von Verantwortungsethik, sondern von rassistischer und totalitärer Gesinnung geprägt sind:

Die israelische Regierung verkündete, die Schuld Deutschlands (also aller Deutschen) sei auch in tausend Jahren noch nicht gesühnt:

„Israel überreichte den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion die Note seiner Reparationsforderungen an Deutschland. In der israelischen Note heißt es, daß tausend Jahre vergehen würden und diese Schuld Deutschlands dennoch nicht gesühnt worden sei..."

(Zit. aus: „Eine notwendige Forderung" in der Beilage *Der Weg* der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland,* 13.7.1951.)

Der Staatspräsident von Israel, David Ben Gurion erklärte, das ganze Deutsche Volk sei für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich, denn es habe ihnen die ganze Nation zugestimmt:

„Die ganze deutsche Nation war für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich, denn diese Verbrechen wurden nicht allein von einem Manne begangen, sondern sie geschahen mit der Zustimmung der ganzen Nation."

(Nach: *Der „Verlag Hohe Warte" und die Judenfrage,* Reihe *Dokumente der Gegenwart,* Bd. XII, Pähl 1964, S. 39.)

Die Zeit besprach das Buch von Daniel J. Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker.* Sie fragte: Wie konnte der Holocaust geschehen? Und warum gerade in Deutschland? War er eine spezifisch deutsche Aktion, freiwillig von Hunderttausenden vollzogen und von Millionen akzeptiert? Waren doch alle Deutschen schuldig?

„Hitlers willige Mordgesellen
Ein Buch provoziert einen neuen Historikerstreit: Waren die Deutschen doch alle schuldig?
von Volker Ullrich

Die großen historischen Debatten beginnen immer mit einer Provokation. Das war Anfang der sechziger Jahre so, als der Hamburger Historiker Fritz Fischer mit seinem Buch 'Griff nach der Weltmacht' die konservative Zunft herausforderte. Das war so Mitte der achtziger Jahre, als Jürgen Habermas in dieser Zeitung mit seiner Antwort auf Ernst Nolte und andere Geschichtswissenschaftler den Anstoß gab für den 'Historikerstreit' um die Einmaligkeit und Vergleichbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen.

Zehn Jahre später ist nun der Auftakt gesetzt für den zweiten, für einen noch schärferen Historikerstreit. Das gerade erschienene Werk des jungen Harvard-Professors Daniel Jonah Goldhagen, 'Hitler's Willing Executioners' (Hitlers willige Vollstrecker), ist eine der Provokationen, die mitten in die großen Debatten führen. Im August wird es bei Siedler in deutscher Übersetzung

herauskommen. In den Vereinigten Staaten hat das Buch schon jetzt für Aufregung gesorgt. Kein Wunder, denn Goldhagen beansprucht, endlich eine schlüssige Antwort zu geben auf die beiden Fragen, die uns auch ein halbes Jahrhundert nach Ende des 'Dritten Reiches' immer noch umtreiben: Wie konnte der Holocaust, dieses entsetzlichste aller Menschheitsverbrechen, geschehen? Und warum gerade in Deutschland?

Nach 1945 waren die Historiker schnell geneigt, alles auf Hitlers Wahnideen zu schieben und auf die kleine Clique fanatischer SS-Männer, die sie in die Tat umsetzten. Später, in den siebziger Jahren, erhielt die 'intentionalistische' Deutung Konkurrenz durch eine 'funktionalistische': Sie suchte den Schlüssel in den inneren Systembedingungen in der NS-Herrschaft, in der unkontrollierten Dynamik eines Regimes, die in einem Prozeß 'kumulativer Radikalisierung' (Hans Mommsen) den Völkermord gezeugt habe. Neuerdings ist versucht worden, die 'Endlösung' in Zusammenhang zu bringen mit den ethnischen 'Flurbereinigungen', welche die Nazis in dem von ihnen beherrschten osteuropäischen Großraum planten und praktizierten.

Alle diese Interpretationen greifen nach Ansicht Goldhagens zu kurz: Der Holocaust – so sein Ansatz – könne nur erklärt werden, wenn er systematisch bezogen wird auf die Gesellschaft des 'Dritten Reiches' und auf den Antisemitismus als ihren integralen Bestandteil.

Im Mittelpunkt des Buches stehen nicht die Opfer, sondern die Täter, und zwar nicht die 'Schreibtischtäter', sondern diejenigen, die als Mitglieder der Einsatzgruppen, der Polizeibataillone, des Wachpersonals in den Lagern und Ghettos, als Angehörige von Wehrmachtseinheiten direkt an Tötungs- und Vernichtungsaktionen beteiligt waren. Ihre Zahl war viel größer als gemeinhin angenommen; der Autor schätzt sie auf mehrere hunderttausend. Es waren keine fanatischen SS-Leute, sondern freundliche Familienväter, gewöhnliche Deutsche, ein repräsentativer Querschnitt der Gesellschaft. Und sie mordeten laut Goldhagen nicht, weil sie dazu gezwungen waren, nicht aus blindem Gehorsam oder Angst vor Bestrafung, sondern aus freien Stücken, eifrig und ohne jede moralische Skrupel.

So ganz neu ist dieser Befund nicht. Vor einigen Jahren hat Goldhagens amerikanischer Kollege Christopher Browning am Beispiel des Reserve-Polizeibataillons 101 gezeigt, wie aus 'ganz normalen Männern' (so der Titel seines Buches) Mörder wurden. Und nichts anderes hat die vielbesuchte und vieldiskutierte Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht zutage gefördert. Doch Goldhagens Fallstudien über die Täter und ihre Motive sind breiter fundiert und gründlicher reflektiert als alle bisherigen Untersuchungen. Allein dies ist eine bedeutende Forschungsleistung.

Des Autors Ehrgeiz reicht jedoch weiter. Die Analyse des 'gewöhnlichen' Täters dient ihm als Fenster zur Erkenntnis, warum in Deutschland, und nur in Deutschland, das monströse Verbrechen möglich war. Seine Kernthese lautet: Nirgendwo sonst hatte sich seit Ende des 19. Jahrhunderts der rassistisch motivierte Antisemitismus so tief in die politische Kultur und alle Poren der Gesellschaft eingefressen, nirgendwo sonst hatte er sich zu einem 'eliminationist mind-set', zu einer Ausgrenzungs- und Ausmerzungsmentalität verfestigt. Der Boden für das Vernichtungsprogramm wäre demnach längst bereitet gewesen, als Hitler an die Macht kam. Zwischen der Naziführung und einer großen Mehrheit des deutschen Volkes herrschte so gesehen ein stillschweigendes Einverständnis darüber, daß Deutschland und später Europa 'judenrein' gemacht werden müsse. Goldhagen spricht von einem gemeinsamen 'nationalen Projekt'. Das erklärt für ihn, warum es trotz sehr verbreiteter Kenntnis des Massenverbrechens keine größeren Proteste gab. Und darauf führt er schließlich auch zurück, daß die Mitglieder der Polizeibataillone ihr Mordhandwerk ohne jedes Unrechtbewußtsein ausübten.

Kein Zweifel: Gegen diese These wird sich heftiger Widerspruch regen (er hat sich zum Teil schon in Amerika geregt). So muß man zum Beispiel fragen, ob der Antisemitismus im Kaiserreich sich tatsächlich so deutlich von dem anderer Länder unterschied. Und wenn man die jüngst veröffentlichten Tagebücher Victor Klemperers, dieses genauesten aller Beobachter des NS-Alltags, zum Vergleich heranzieht, dann wird man gegenüber dem Bild einer durch und durch antisemitisch infizierten Gesellschaft selbst für die Jahre der Diktatur Zweifel anmelden. Dann wird man auch allen Kollektivanschuldigungen gegenüber skeptisch bleiben. Von 'Kollektivschuld' ist bei Goldhagen nicht die Rede, doch in der Sache kommt seine Ableitung dem Vorwurf sehr nahe.

Wie manche Wissenschaftler, die glauben, alle gängigen Lehrmeinungen umstürzen zu können, neigt auch Goldhagen zur simplifizierenden Eindeutigkeit. Er argumentiert eher wie ein Staatsanwalt denn als Historiker. Für Gegenstimmen und Gegenkräfte, für Widersprüche und Widerstände ist in seinem düsteren Gemälde kaum Platz. So erweckt seine Darstellung den Eindruck, als habe sich das furchtbare Geschehen mit geradezu zwingender Logik vollzogen. Indes, so wichtig der Antisemitismus im Kaiserreich als gesellschaftliche Bedingung für den Holocaust war – von ihm führte kein gerader Weg nach Auschwitz.

Trotz aller Einwände handelt es sich um ein sehr diskussionswürdiges Buch. Die Radikalität, mit der Goldhagen seine These entfaltet, zwingt zum Überdenken bisheriger Sichtweisen. Die heftige Bewegung, die das Buch mit seinem Erscheinen in den Vereinigten Staaten ausgelöst hat, zeigt, daß es einen Nerv trifft. Vielleicht drückt sich darin auch ein Unbehagen vieler Amerikaner gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland aus.

Und hierzulande? Da hatte sich so mancher schon in der Gewißheit gewiegt, nach den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes das leidige Thema endlich los zu sein und sich unbeschwert der neuen 'Normalität' hingeben zu können. Und nun kommt ein brillanter Harvard-Dozent und belehrt uns, daß wir mit dem schreck-

lichen Kapitel unserer Vergangenheit noch längst nicht fertig sein können. Wie sein aufstörendes verstörendes Buch bei uns aufgenommen wird – daran wird sich viel ablesen lassen über das historische Bewußtsein dieser Republik. "

(Zit. aus: *Die Zeit,* Nr. 16, 12.4.1996, S. 1.)

Eine Diskussion um tatsächliche und angebliche Ursachen, Motive, Neurosen und Wahnideen stellt noch keine umfassende Begutachtung dar. Damit ist der Umfang und die Art der Judenverfolgung im Dritten Reich und erst recht deren Ursachengeschichte nur sehr unvollständig dargestellt. Wie wirkte sich z.B. der Einfluß des Juden- und Christentums bei der Entstehung der Neigung vieler Menschen aus, Andersdenkende und Andersrassige zu verfolgen? In Europa ist diese Neigung in grösserem Umfang erst während und nach der Einführung des Christentums nachweisbar. Das Christentum entstand aber aus dem Judentum. Und beide, Judentum wie Christentum, stützen sich auf die gleiche Religionsurkunde, auf die Bibel, also auf ein Werk, das eindeutig die Verfolgung und Ausrottung Andersdenkender und Andersvölkischer, wenn sie sich nicht Gott Jahweh unterwerfen, als Gottes eigenen Willen ausgibt. Die Verinnerlichung dieser zentralen religiös-ideologischen, jüdisch-christlichen Grundlage, dieses menschen- und rechtsverachtenden Sendungs- und Herrschaftswahns als gottwohlgefällig, d.h. *zuoberst* richtig, *zuoberst* wichtig und *zuoberst* anstrebenswert, und die Kaschierung bis Verdrängung dieser Verinnerlichung in Verbindung mit einer Schuld verschiebung auf den Andersdenkenden oder Andersartigen sowie die Super-Lüge von der „Religion der Humanität" (jüdische Fremd- und auch Selbsttäuschung) und von der „Religion der Liebe" (christliche Fremd- und Selbsttäuschung), beides groteske Selbstüberhebungen und zutiefst anwidernde Schuldverdrängungen, das erklärt einen erheblichen, wenn nicht den größten Teil der Ursachen des ganzen Syndroms. Die antisemitische Spielart des Syndroms ist sekundär. Waren es früher Heiden oder Wilde, dann Ketzer, Hexen und Satansdiener, später Schwarze, Indianer, Inder und Chinesen, so wurden es in diesem Jahrhundert Zaristen, Kommunisten, Junker, Kapitalisten, Faschisten, Nazis, Juden, Deutsche usw. Immer sind es aber, so wie heutzutage, auch und gerade echte Patrioten und echte Rechts- und Freiheitskämpfer.

Die seelenmanipulierende Abrichtung in den Schulen, Hochschulen und Kirchen, dazu die Aufhetzung in den Medien, die Anzüchtung von Feigheit, Anpasserei und Selbstzerstörung einerseits und die Fähigkeit des Menschen, sich für den leichteren, bequemeren, lustbetonten und leidmeidenden Weg zu entscheiden und einiges andere mehr, sie tun ein übriges. Näheres siehe u. a. in meinem Buch: *Die geheime Verführung*, Viöl 1994 und bei William Sargant: *Die Seelenwäscher,* Viöl 1991.

2.2. DEUTSCH IST, WER ZUM VOLK DER MÖRDER GEHÖRT

Die *Süddeutsche Zeitung* war eine der ersten Lizenzzeitungen der US-Besatzer nach 1945. Sie blieb bis heute ihrer Herkunft treu. Sie stellte im Feuilleton der Wochenendausgabe vom 4./5. Oktober 1997 die Frage „Was ist deutsch?" und druckte hierauf u. a. folgende Antwort:

„... Deutsch war für die Deutschen ein Ideal, das alles bezeichnete, was sie in der deutschen Wirklichkeit vermißten: die Treue, die Unbestechlichkeit. Deutsch war für den Rest schon der mittelalterlichen Welt ein Schimpfwort, das plump, versoffen, brutal bedeutete.

Deutsch war etwas, das die Deutschen noch erfinden und erschaffen mußten, und am konsequentesten ging dabei Adolf Hitler vor, der alles aussortierte, was auf keinen Fall dazugehören durfte: die Juden und Zigeuner, die Dunklen und die Schwachen. Womit ihm immerhin eine Definition gelang, die bis dahin die genaueste war: Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört.

Deutsch wurde, als Hitlers Herrschaft zu Ende war, endgültig zum beschmutzten Wort. "

Das Adjektiv *„deutsch"* ist also für jene Zeitung, welche sich „Süd*deutsche"* nennt und im Untertitel als *„Deutschlands große Tageszeitung"* firmiert, ein Schimpfwort, das *„für den Rest schon der mittelalterlichen Welt ... plump, versoffen, brutal"* bedeutete. Es fällt sogar die Formulierung: *„Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört".* Das heißt doch wohl, nach dieser Zeitung ist das Deutsche Volk ein Volk von Mördern. Und da das Deutsche Volk aus einzelnen Menschen besteht, nämlich den Deutschen, die zusammen, gemeinsam, als Summe der einzelnen Menschen, das Deutsche Volk bilden, heißt das eigentlich, daß **alle Deutschen Mörder** sind oder mindestens, daß eine Differenzierung zwischen Deutschen, die Mörder sind oder waren und jenen, die keine sind oder waren, nicht vorgenommen wird oder als nicht möglich oder auch als nicht nötig angesehen wird.

Es gab einmal eine Zeit, da meinten die Historiker, auch jüdische Historiker, vom sogenannten Judenmord hätten nur einige hundert Menschen gewußt, so geheim wäre er vonstatten gegangen, obendrein fern vom Deutschen Volk, in einigen Lagern, die sich außerhalb Deutschlands befanden. Nicht einmal die Prüfungskommissionen des *Internationalen Roten Kreuzes*, die während des Kriegs das Lager Auschwitz und andere Lager besuchten, hatten etwas vom systematischen Judenmord bemerkt und darüber berichtet, und dies, obwohl die Führung dieser Organisation von Freimaurern und Angehörigen des Jüdischen Volkes stark durchsetzt war (und ist). Und jetzt gelten vielfach *alle* Deutschen als beteiligt. So etwas nennt man pathologischen Rassenhaß. Solch einen pathologischen Rassenhaß finden wir im *Alten Testament* auf Schritt und Tritt, von dort gelangte er in die christlichen Kirchen, vor allem in die römisch-katholische Kirche und wandelte und erweiterte sich dort zum pathologischen Heiden-, Ketzer- und Hexenhaß, mit dem dann ungezählte Menschen in allen christlich gewordenenen Völkern, aber keineswegs alle Menschen, angesteckt wurden. Millionen und Abermillionen von Menschen wurden die

Schlachtopfer dieses im *Alten Testament* als gottgewollt, als gottgemäß verkündeten, von den Priestern geschürten und von den Gläubigen praktizierten **großen Hassens**. Das Hassen und der damit verbundene Wahnsinn waren zeitweise so groß, daß sogar zehntausende von Kindern und Jugendlichen im sogenannten Kinderkreuzzug ins Heilige Land ziehen wollten (und dabei elend zugrundegingen). Das **große Judenhassen** während des Dritten Reiches war bei den meisten Deutschen gar nicht so groß, wie das heute behauptet wird, aber, das ist wichtig: es war nichts anderes als eine Variation, nicht einmal eine Weiterentwicklung, der **jüdisch-christlichen Haßtradition.** Doch dieser Umstand enthebt natürlich die Hasser nicht ihrer Verantwortung. Und es darf auch nicht aus der Diskussion verschwinden, daß der Haß gegen die Juden nicht nur pathologische Wurzeln hatte und hat, sondern auch eine Antwort ist auf das **große Nichtjudenhassen** unter den Juden, wie es beispielsweise in dem Zitat aus der *Süddeutschen Zeitung* zum Ausdruck kommt (der Verfasser ist Jude) und dem Leser des *Talmud* und des *Alten Testaments* auf Schritt und Tritt begegnet (Siehe dazu meine Dokumentation: *Zentrale Wurzeln des Terrors,* Viöl 2003).

Eigentlich weiß jeder von Verstand, daß *Deutschsein* etwas ganz anderes bedeutet als *Mörder sein*. Deutschsein findet seinen höchsten Ausdruck bei Bach, Beethoven, Mozart, Schubert, Brahms und Pfitzner, bei Schiller, Storm, Hölderlin und Hauptmann, bei Parler, Dürer, Friedrich und Schinkel, bei Kant, Humboldt, Hartmann und Mathilde Ludendorff, bei Arminus-Siegfried, Widukind, Hutten, Friedrich der Große, Bismarck, Erich Ludendorff – um mit dieser kleinen Auswahl von Namen nur die **Traditionslinie** *anzudeuten*: sie ist sozusagen die **deutsche Linie**. Diese Linie steht wie ein erhabenes Gebirge, als eine Art Front gegen die Front jenes Hass- und Schmuddel-Geistes, der die Deutschen mithilfe von Gewalt, List, Seelenmanipulation und unsäglichem Schmutz und Wahn überfremdete: nämlich mit dem Geist, der vor allem mit den Namen Moses, Christus, Loyola und Marx verbunden ist und damit mit den Namen Jahweh und Mammon und deren imperialistisch-rassistischen, kapitalistischen und sozialistischen Strömungen, Einrichtungen und schmierigen Hinterzimmern. Wenn Angehörige des Deutschen Volkes in politischen Auseinandersetzungen sich imperialistisch, rassistisch oder sonstwie menschenfeindlich zeigten, dann hatte das seine geistige und meist auch seine materielle und organisatorische Grundlage *niemals* bei der einen, sondern hauptsächlich bei der anderen Seite, **denn diese hat das auf ihre Fahnen geschrieben, wie man in ihren „heiligen" Schriften deutlich genug nachlesen kann, und sie schufen entsprechende Einrichtungen, von autoritär-hierarchischen Priester- und Funktionärskasten, unzähligen Geheimbünden bis hin zur Ausbeutung durch Steuer-, Zins- und Bodenwucher, Aktien-, Rohstoff- und Währungsspekulation! Zu diesem Thema sind in unseren Verlagen sehr viele Veröffentlichungen erschienen, auch zur langen Tradition von Massen- und Völkermord, von Gewalt- und Willkürherrschaft dieser Kreise ...**

2.3. Die Allmacht der reinen Idee oder von der Allmacht moralisch unantastbaren Denkens und Handelns

Wer sich moralisch einwandfrei verhält, wer sich mit grundlegenden Erkenntnissen über die menschlichen Seelengesetze, über die Naturgesetze und über die geschichtegestaltenden Kräfte ausrüstet, wer die negativen Kräfte überall dort, wo er auf sie trifft, furchtlos bekämpft, ohne vom Weg des Rechts, der Freiheit und der Wahrhaftigkeit sowie der Achtung der Rechte des Anderen abzuweichen, der mobilisiert die „Allmacht der reinen Idee" und ist dann geistig unantastbar.

Erste Gruppe von Thesen

Thesen zur weltanschaulichen Grundlage für eine freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche, soziale, nichtimperialistische, nichtrassistische Höherentwicklung von Volk und Staat

1. Politik soll Leben, Freiheit, Kultur, Recht, Wirtschaft und Heimat des Einzelnen und seiner Lebensgemeinschaft schützen und entfalten, und sie soll der Selbstbestimmung, dem Frieden, der Verständigung und der rechtlich geordneten Beziehungen unter den Völkern dienen.
2. Eine solche Politik kann nur gedeihen, wenn sie von Liebe getragen ist. Zuallererst sollte sie getragen sein von Liebe zum zentralen Gegenstand ihres Wirkens: von Liebe zum Menschen, zum eigenen Volk und zur Existenz unterschiedlicher, eigenständiger anderer Völker. Solche Liebe kann allerdings nicht wahllos sein. Sie kann nicht dem dienen, was schlecht ist oder falsch. Uneingeschränkt gelten kann sie deshalb nur der Menschen- und Volksidee in ihrer idealen Gestalt oder einem einzelnen Menschen oder Volk auf dem Gebiet, wo dieser Idee in reiner Weise gedient wird. Aber auch dort, wo diese Liebe nur eingeschränkt möglich ist, muß die Politik sich tragen lassen vom Streben nach einer positiven Veränderung der Verhältnisse aus Liebe zur Menschen- und Volksidee als zentralem Teil der Schöpfung.
3. Menschen- und Volksliebe allein genügen jedoch nicht. Politik muß auch geleitet sein von der Liebe zum Guten, vor allem zu einem sittlichen Recht und zu sittlicher Gerechtigkeit. Politik muß sich sogar mit größtem Nachdruck bemühen, uneingeschränkte Rechtsstaatlichkeit und gerechte soziale Verhältnisse im Rahmen einer sittlichen Gesamt- und Wertordnung zu schaffen.
4. Und da ein rechtes und gerechtes und überhaupt ein richtiges Handeln nicht möglich ist ohne vorherige Wahrheits- oder Erkenntnisfindung, daher muß Politik auch getragen sein von Sehnsucht nach Erkennt-

nis und Verbreitung der Wahrheit. Politik muß daher die freie Forschung und Lehre fördern und sie mit größtem Nachdruck vor den Feinden der Wahrheit schützen, insbesondere muß sie sich bemühen, daß es auf keinem Meinungs-, Weltanschauungs-, Forschungs- und Lehrgebiet zu autoritären, monopolistischen, seelenmanipulierenden oder gar imperialistischen Strukturen kommt.

5. Politik muß zugleich durchdrungen sein von Liebe zur Freiheit. Freiheit ist der Atem Gottes, den der Mensch zum Menschsein braucht. Ohne Freiheit stirbt der menschliche Geist, sterben Individualität, Kultur, Recht, Schaffens- und Lebensfreude. Daher muß Politik allen Feinden der Freiheit energisch entgegentreten.

6. Ebenso muß Politik durchdrungen sein von Liebe zur Kultur und zu den wirklich Kulturschaffenden; und weil Politik häufig selbst am Kulturschaffen beteiligt ist, indem sie sichtbare Werke schaffen läßt oder die wirtschaftlichen Mittel hierfür bereitstellt – seien es Theater, Denkmäler, Städte, Brücken, Straßen, Landschaften u. a. m. – muß sie in besonderem Maße auch von Liebe zur Schönheit und Harmonie geleitet sein, und sie muß auch hier den Feinden wehren, den Zerstörern und Verächtern des Schönen.

7. Schließlich muß Politik geleitet sein von Liebe zum freien und zugleich sittlichen Gedeihen der Wirtschaft des Volkes als wesentlicher Grundlage für alles sonstige Gedeihen. Sie muß daher ihr besonderes Augenmerk auf die Förderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Selbstbestimmung möglichst vieler Menschen im Volk sowie kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen gesundheitlich und ökologisch einwandfreier Bedingungen legen. Sie muß zugleich die Herrschaft des Zinses, der Bodenspekulation und jeder sonstigen wirtschaftlichen und finanziellen Spekulation brechen. Sie muß dem Boden den Charakter der Handelsware nehmen und Wettbewerbsverzerrungen sowie Konzentrations- und Globalisierungstendenzen auf Kosten der einheimischen und hier besonders der klein- und mittelständischen Wirtschaft und einer gesundheits- und ökologisch orientierten Wirtschaftsweise abwehren.

8. All diese Liebe wächst aber kaum im politischen Tageskampf, unter dem Widerstreit verschiedenster Interessen, unter dem allzuhäufigen Anprall von Unwissen, Engstirnigkeit, Neid, Bosheit, Rachsucht oder gar Betrug und Gewalt. Darum bedarf Politik der Hilfe jener, die die verschiedensten Richtungen und Betätigungsfelder der Liebe am reinsten zu verwirklichen vermögen, der Mütter, der Bauern, der Erzieher, der Dichter, Sänger, Maler, Bildhauer, Baumeister, freien Unternehmer, Forscher und Philosophen. Sie alle müssen sich zusammentun in Familien-, Erziehungs- und Arbeitsgemeinschaften, Akademien, Instituten, eigenen Schulen und Hochschulen, Verlagen, Informationsnetzen, Materialstätten für Schüler- und Studentenzeitungen, Theater-, Konzert-, Sing- und Tanz gruppen, Gesprächskreisen, Aufklärungskampfgruppen, Rechtsschutzgemeinschaften, Buchkreisen, unabhängig sowie ökologisch arbeitenden Gartenbau-, Landwirtschafts-, Handwerks- und Hausbaugemeinschaften, Einkaufsnetzwerken, Finanzierungsgesellschaften. Sie müssen sich selbst und ihre Mitbürger begeistern und erziehen für eine Wiederkehr des edlen und gerechten, des freiheitlichen, friedlichen und ästhetischen Wesens im Schaffen und Zusammenleben der Menschen. Das aber kann nur gelingen, wenn jeder sich an die Erkenntnis hält, daß allein die absolute Reinheit der Idee und der Liebe unüberwindlich ist, daß jede Abweichung schadet.

9. Daher sollte jeder, der auf andere Menschen einwirkt – sei es in kleinem oder großem Umfang –, sich **uneingeschränkt** auf den Boden der **Wahrhaftigkeit und des Rechts stellen** und **jeglichen Imperialismus verwerfen,** gleichgültig wie dieser sich äußert, ob als Sendungs- und Herrschaftswahn auf der Grundlage eines Auserwähltheits- oder Herrenrassendünkels oder auf der Grundlage der Behauptung, die alleinseligmachende, von Gott empfangene Wahrheit zu besitzen, sei es in geistiger Manipulation, in Lug, Trug oder ungerechter Beschuldigung, in der Erzeugung von Angst und Schrecken, in wirtschaftlicher Ausbeutung, in Erpressung oder in Anwendung von blutiger Gewalt.

10. Das bedeutet insbesondere die **Anerkennung der Rechte eines jeden Volkes und eines jeden Einzelnen auf Schutz und freie Entfaltung seines Lebens, seiner Eigenart und seiner angestammten Heimat.** Nur wer dies alles anerkennt, wer also völligen Verzicht leistet auf die Anwendung irgendwelcher imperialistischer Mittel, nur der kann für sich in Anspruch nehmen, nicht Zerstörer, sondern Diener dessen zu sein, was wahres Menschsein ausmacht.

11. Das bedeutet zugleich, daß die Durchsetzung dieser Haltung im Volksleben solange ein bloßer Wunsch bleibt, solange wir diese Haltung nicht in uns selbst tragen. Je reiner wir diese Haltung in uns selbst verwirklichen, desto mehr strahlt sie aus auf andere Menschen, desto eher wird sie sich ausbreiten. Und daher trägt jeder, der erkannt hat, um was es geht, eine sehr ernste Verantwortung. **Ja, die Erkennenden tragen sogar die Hauptverantwortung. Denn es liegt vor allem in ihrer Macht, die Dinge grundlegend zu ändern,** nicht in der Macht der anderen, mehr oder weniger irrenden Seite.

12. Zugleich heißt das aber auch, daß wir **äußerst wach, sachkundig und wehrhaft** sein müssen **gegen alle Kräfte, denen Freiheit, Wahrheit, Recht und Schönheit, die Erhaltung und Selbstbestimmung der Völker und Kulturen, die Überwindung von Krieg, Gewalt, Seelenmißbrauch, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Häßlichkeit wenig oder nichts gilt, oder die es sogar hassen.**

+

Die philosophische Grundlage, auf der die vorstehenden Thesen stehen, ist vornehmlich die Philosophie von Mathilde Ludendorff, daneben verschiedene philosophische Erkenntnisse von Kant, Schiller, Wilhelm von Humboldt, Nicolai Hartmann, Preuß und anderen. Diese Thesen sind einerseits prinzipieller Natur, andererseits sind sie auch eine Antwort auf die Frage nach der anzustrebenden „deutschen Identität". Sie mögen daher ihren Abschluß finden in folgender Äußerung in Versform:

WAS DEUTSCHSEIN VOR ALLEM BEDEUTEN SOLLTE

Man ist das, was man aus sich macht.

Wenn die Deutschen es wollen,
schaffen sie als erhabene Antwort auf ihr Schicksal
eine Lebensweise, eine Kultur,
die weder aus schwacher
noch aus falscher
noch aus fremder
noch aus verwelkter abgestorbener Hand stammt,
ein Streben nach dem Höchsten,
das weder rechts noch links ist,, sondern ehrlich und geradeaus,
das weit über das hinauswächst, was war,
und himmelhochhinaus über das, was ist,
wo die Menschen nicht gemessen werden
in Geld, Eitelkeiten und Macht,
sondern darin,
wie sehr sie beflügelt sind
von Sehnsucht nach der Reinheit ihres Tuns,
von Liebe zu dem Geist des Guten,
des Wahren, Schönen und des Rechts,
von Zärtlichkeit und Güte,
von Achtung vor dem Anderen,
von unbeugsamem Mut und Freiheitsdrang
und heil'gem Zorn auf alles Böse.

ZWEITE GRUPPE VON THESEN

Ablehnung von Seelenmanipulation in jeder Form.
Schuldneurose bei Führung und Volk.

13. Die Bundesrepublik erhebt den Anspruch, ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat zu sein. Im sog. Grundgesetz dieses Staates heißt es in Artikel 1:

    „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

    In Artikel 2 steht:

    „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

    Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Recht darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden."

    Es ist offensichtlich, daß das kostbarste und wichtigste Eigentum eines Menschen seine Seele darstellt. Ebenso ist es offensichtlich, daß Maßnahmen menschenverachtend und menschenzerstörend sind, die dazu dienen, die Bewußtseinsinhalte, Ziele, Willensrichtungen, Gefühle oder Charaktereigenschaften von Menschen ohne deren eigene freie Zustimmung mithilfe irgendwelcher Schädigungen und Beeinflussungen zu ändern, einzuschränken oder aufzuheben.

    Schließlich ist es offensichtlich, daß ein Staat kein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat sein kann, der seine wichtigste Aufgabe nicht erfüllt, nämlich nicht den Schutz der freien seelischen Selbstbestimmung gewährleistet, sondern religiösen, politischen und anderen Gruppen freie Hand läßt in der Manipulation von Menschen, sei es durch Hypnose, Suggestion, Gehirnwäsche, Induzierung von Wahnideen oder auf andere Weise.

    Wollen wir wirklich einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, dann müssen wir vor allem den Schutz der Freiheit und Unversehrtheit der menschlichen Seele fordern und diese Forderung gesetzlich so verankern, daß es möglich wird, nicht nur durch Vorbild, Aufklärung und Erziehung, sondern auch durch Ächtung und Strafverfolgung dem Unwesen entgegenzutreten, daß Menschen sich andere Menschen unterwerfen durch seelenschädigende, die Entscheidungsfreiheit einschränkende bis aufhebende Maßnahmen.

14. Jedermann kennt den Begriff *deutsche Schuldneurose*. Meist wird diese Neurose jedoch recht oberflächlich betrachtet und als ihre Ursache die „Schuld der Deutschen" an den Verbrechen im Dritten Reich und die sog. Schuldpropaganda der Sieger von 1945 angesehen. Das stimmt nur stark eingeschränkt. Sicherlich haben die Sieger ein starkes Interesse daran, ihren Anteil von Schuld an den großen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts, vor allem an der Entstehung des Ersten und Zweiten Weltkriegs und am Aufstieg des Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus zu vertuschen, sei es durch Verdrängung, Leugnung oder Verharmlosung, sei es durch Verschiebung der Schuld oder durch Übertreibung des Schuldanteils auf deutscher Seite. Doch dieses Interesse nahm in den fünfziger Jahren immer mehr ab und wuchs erst wieder mit dem Anwachsen der Erfolge des wissenschaftlichen Revisionismus, der dadurch bewirkten Erosion der ideologischen Grundlagen der Nachkriegsordnung in Europa und der damit verbundenen imperialistischen Herrschaftsstrukturen. Es ist auch sicher richtig, daß die Verbrechen im Dritten Reich und die sog. Schuldpropaganda der Sieger unter den Besiegten nicht nur zur Beschrei-

tung von Wegen der Besinnung und Läuterung führten, sondern auch von Wegen zur seelischen Schädigung, darunter solche von neurotischer Art. Trotzdem ist damit nur ein Teil der deutschen Schuldneurose erklärt, die ja offensichtlich inzwischen so weit gediehen ist, daß der trendbestimmende Teil unserer politischen, ideologischen und kulturellen Führung kaum noch die Wahrung der *Interessen des Deutschen Volkes*, insbesondere die Wahrung seiner *Existenz* und seiner *Identität* als *vorrangig* ansieht, obwohl gerade diese Wahrung zu ihrer *zentralen Aufgabe* gehört. Der Hauptgrund ist die „neue Schuld". Es ist die wachsende Schuld der führenden Kräfte gegenüber dem eigenen Volk, die vor allem in falscher, nämlich imperialistischer und damit menschenverachtender Ideologie, in sittlich nicht begrenztem Lust- und Machtstreben, in Feigheit, Angst und Druck von imperialistischen Machtgruppen wurzelt. Diese Kräfte haben jahrzehntelang ein Verteidigungskonzept mitgetragen und mitgefördert, das im Ernstfall das zu Verteidigende, nämlich das Deutsche Volk (und mit ihm Teile der umwohnenden Völker) weitgehend vernichtet hätte. Darüber hinaus haben diese Kräfte ein Energiekonzept mitgetragen und mitgefördert, das die gesamte Lebewelt durch radioaktive Schadstoffe schädigt und dessen Vernichtungskapazität beim größten anzunehmenden Unfall ausreicht, um große Teile Deutschlands und obendrein noch Gebiete außerhalb Deutschlands unbewohnbar zu machen und Millionen von Menschen schwer zu schädigen oder gar zu töten. Weiterhin haben diese Kräfte eine Lizenz zur befristeten Tötung von Kindern im Mutterleib erteilt, sie haben ohne irgendeine Gegenleistung einen riesigen Teil urdeutschen Landes verschenkt, sie verschleuderten danach an meist ausländische Großkonzerne deutsches, vor allem mitteldeutsches Volkseigentum, sie plündern immer stärker das Volk durch kaum noch gezügeltes Schuldenmachen, durch Geldgeschenke an die sich immer dirigistischer und volksfeindlicher gebärdende *Europäische Union,* sowie auf andere Weise aus, und sie erstreben inzwischen ganz offen die multikulturelle Gesellschaft, das heißt die Auflösung des Deutschen Volkes durch Überfremdung und die Destabilisierung seiner Rechts- und Wirtschaftsordnung durch Förderung von Überschuldung, Abwanderung von Teilen der Großindustrie wichtigste ins Ausland, Arbeitslosigkeit, Ausländerkriminalität. Unlängst hat der Leiter der Gewerkschaft der Polizei, Freiberg, sogar ausgeplaudert, daß die offiziellen Kriminalstatistiken nicht zutreffen, sie seien völlig verfälscht, die tatsächliche Kriminalität läge etwa um das zehnfache höher, als offiziell dargestellt. Das habe ich schon vor über 10 Jahren behauptet. Was Freiberg nicht sagte, denn das wäre politisch allzu unkorrekt gewesen, das ist die Tatsache, daß der Großteil der Straftaten auf Ausländer zurückgeht, etwa 75-85%.

Alle diese Vergehen und Verbrechen am Deutschen Volk haben zwar, wie schon gesagt, ihre Ursache vor allem in moralischem Fehlverhalten, sie lassen sich psychisch aber nur durchführen, wenn man die Schuld oder Mitschuld an diesen Dingen entweder verdrängt, auf irgendwelche oppositionellen Kreise oder direkt auf das Opfer, hier: das Deutsche Volk, schiebt, also das Opfer zum Sündenbock macht, es verteufelt, insbesondere jede Reaktion, auch die kleinste, zum Schutz der Interessen des Opfers. **Da aber eine Schuldneurose an Intensität zunimmt, je länger sie besteht, andererseits eine Person, die aus moralischer Schuld neurotisch wurde, nur geheilt werden kann, indem sie ihre Schuld einsieht und bereinigt, diese Heilung aber bei den meisten Personen unserer Führungsschicht nicht zu erwarten ist, da Ärzte, die das könnten, von den Patienten gar nicht gehört, sondern eher verfolgt werden, außerdem das Neurotischsein von den imperialistischen Kerngruppen wohl dotiert, mit Führungssitzen im System bedacht und ideologisch wie rechtlich gründlich abgesichert wird, daher wird diese Entwicklung zu einer derart schweren Erkrankung und Zerstörung des politischen Lebens führen, daß hierdurch die bisherigen Folgen imperialistischer Politik noch weit in den Schatten gestellt und die Gegenreaktionen vermutlich äußerst radikal ausfallen werden.**

ZIELE UND FORDERUNGEN

zur Vollendung der Reformationsbestrebungen in der Vergangenheit durch Befreiung Deutschlands und Europas aus Knechtschaft und Verfall und durch Entwicklung einer neuen Art der Volk- und Staatlichkeit

1. Das Ziel aller Politik sollte sein, die Würde und Freiheit des Menschen zu achten und zu heben, eine starke, sittliche Staatsgewalt zu schaffen, die dem Einzelnen und dem Volk dient, Frieden in Freiheit und Recht sichert, imperialistische, rassistische, leben- und umweltschädigende Kräfte möglichst unterbindet, die Selbständigkeit des Einzelnen, der Familien, der verschiedenen Gemeinschaften und des ganzen Volkes fördert und zugleich eine geschlossene Einheit des Volkes in der Vielfalt der Persönlichkeiten anstrebt im Rahmen einer einwandfreien Rechtsordnung, die alle Rechte zuverlässig schützt und Rechtsbrüche zuverlässig und ohne Ansehen der Person bekämpft. Darüber hinaus hat die Politik zu wirken durch weltanschauliche Aufklärung, Förderung von Wissenschaft, Kunst, gemütsbetontem Bauen, lebens- und naturfreundlicher Zivilisation und Technik, durch Pflege volkseigener Kultur, Sprache, Sitten und Feste, von Natur, Heimat und heimischer Tier- und Pflanzenwelt, durch Erziehung, Förderung der Familie, des Gesundheitswesens und der Gesunderhaltung der einzelnen Menschen und schließlich durch eine sittlich gestaltete Wirtschaft, die der Selbster-

haltung und Selbstentfaltung des Einzelnen und des Volkes dient, das freie sittliche Unternehmer-, Handwerker- und Bauerntum, das Sparen von Rohstoffen und Energie fördert und ausbeuterische Bestrebungen ebenso wie Monopolismus, Bürokratismus, Verschwendung und ein Leben auf Kosten Anderer zu überwinden strebt.

2. Freiheit und Selbständigkeit setzen das Recht und die Möglichkeit zu ungeschmälerter Selbstbestimmung voraus und sie erfordern seelisch starke, verantwortungsbewußte, wahrheits- und rechtsliebende, selbstbeherrschte, zuverlässige und mutige, ihrem Volk und ihrer Heimat verbundene Menschen, die in weltanschaulich und kulturell hochstehenden, charakterbildenden Traditionen verwurzelt sind und durchdrungen sind vom göttlichen Sinn des Lebens.

3. Dies bedingt *in diesem Geiste* eine Erziehung, außerdem Sitten und Gebräuche, eine Rechts-, Pflichten- und Wirtschaftsordnung und hierbei insbesondere die Förderung des selbständigen Denkens und Urteilens, der Selbstbeherrschung, des nach Harmonie strebenden Ordnungssinns, des Wissens als Quell von bewährter Lebenserfahrung, Kultur-, Natur- und Heimatverbundenheit und der Wehrhaftigkeit gegenüber den Kräften, die diesen Geist verneinen und das Leben und die Freiheit des Volkes angreifen.

4. Dies bedingt weiter eine allgemeine Wehrpflicht, wobei in erheblichem Umfang eine Selbstverwaltung im Rahmen einer klaren Rechts- und Pflichtenordnung erfolgen sollte. Die allgemeine Wehrpflicht dient allein dem Schutz von Leben und Freiheit, sie wird nur in Fällen unmittelbarer Notwehr ausgeübt, wenn andere Abhilfe nicht gelingt. Damit es möglichst nicht zu Fällen der Ausübung des Rechts auf Notwehr kommt, hat die politische Führung strikte Neutralität zu wahren, kriegerischen Auseinandersetzungen vorausschauend vorzubeugen und alle Kräfte mit imperialistischen, autoritär-hierarchischen, geheimbündlerischen und verfassungsfeindlichen Bestrebungen innerhalb und soweit möglich auch außerhalb des eigenen Landes, in Verbundenheit mit gleichgerichteten Kräften in den anderen Völkern, abzuwehren. Zur Förderung dieser Zielsetzung sollte eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten angestrebt werden, wozu u.a. gegenseitige Aufklärung, Schutz- und Hilfsbündnisse, die Förderung von Entflechtungen sich feindlich gegenüber stehender Volks- und Religionsgruppen, der Einsatz von Truppen zur Befriedung, die Ausbildung von Polizeikräften in unsicheren Regionen, eine sinnvolle Entwicklungshilfe und schließlich politische und wirtschaftliche Sanktionen gehören.

5. Es sind mehrere, von einander unabhängige Kommissionen einzusetzen, die sich mit der Erforschung von Kriegsursachen befassen. Andere Kommissionen müssen sich mit Handlungsstrategien befassen zum Abbau von Ursachen für Gewaltanwendung und Krieg.

6. Die Ergebnisse der Arbeiten der Kommissionen sollen dazu dienen, die tieferen Wurzeln für Krieg, Terror, Gewalt- und Willkürherrschaft nicht nur zu erkennen, sondern auch wirksam zu bekämpfen.

7. Kollektivschuld einer größeren Gruppe von Menschen oder gar eines Volkes gibt es nicht. Es gibt auch keine Alleinschuld eines Volkes an einem Kriege, vor allem nicht bei größeren, viele Staaten erfassenden Kriegen. Dasselbe gilt für Verbrechen von Massen- und Völkermord.

8. Es ist eine Internationale Strafgerichtsbarkeit zu schaffen, die ohne Ansehen der Person oder Gruppe alle schweren Verstöße gegen das friedliche Zusammenleben der Völker und Volksgruppen sowie Massen- und Völkermord und andere schwere Verbrechen länderübergreifend zu untersuchen und zu ahnden vermag. Die Verfolgung von Meinungsstraftaten unterstehen nicht dieser Gerichtsbarkeit. Internationale Haftbefehle sind abzulehnen. Die Auslieferung eines Straftäters an das Land, in dem seine Straftat begangen worden ist, kann in begrenztem und vertraglich vereinbartem Rahmen stattfinden.

9. Es herrscht Geistesfreiheit, insbesondere Freiheit der Forschung und Lehre, Freiheit der Meinungsäußerung. Die Freiheit findet ihre Grenze am Verbot von Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung. Jeder, der in der Öffentlichkeit angegriffen wird, hat das Recht auf angemessene Gegendarstellung und Schadenersatz. Bei Angriffen ist dem Angegriffenen das Recht auf Stellungnahme in einem Interview zu gewähren.

10. Wesentliche Wurzeln für Krieg, Terror, Gewalt- und Willkürherrschaft sind Religionen und Ideologien, die Auserwähltheitsdünkel, Rassenwahn, Weltherrschaftsstreben, Verfolgung von Andersdenkenden und Andersrassigen, Seelenmißbrauch, Schüren von Angst und Verfolgungswahn sowie autoritäre Erziehung und Lenkung der Anhänger befürworten oder fördern. Derartige Religionen und Ideologien müssen sich von solchen Denk- und Verhaltensweisen in Wort und Tat abwenden, andernfalls sind sie zu verbieten. Der Staat hat durch geeignete Kontrollen und Maßnahmen darüber zu wachen, daß die Anhänger solcher Religionen und Ideologien die Regeln nicht verletzen. Grundsätzlich sollte jede religiöse oder ideologische Unterweisung nicht vor dem 12. Lebensjahr zugelassen werden. Jede Form von Seelenmißbrauch durch Priester, Funktionäre oder Publizisten, wodurch Menschen in seelische Abhängigkeit gebracht werden, sind zu bekämpfen und streng unter Strafe zu stellen.

11. Weitere wesentliche Wurzeln für Krieg, Terror, Gewalt- und Willkürherrschaft sind falsche, ausbeuterische Wirtschaftsformen und durch diese gewonnene große Vermögen. Die auf diese Weise gewonnenen großen Vermögen sind weitgehend zu verstaatlichen, die Wirtschaftsformen, die ihre Bildung ermöglichten, sind zu überwinden, insbesondere Zinswirt-

schaft, Boden-, Rohstoff-, Waren-, Börsen- und Währungsspekulation. Die Gewinne aus Wucher und Spekulation sind weitgehend vom Staat abzuschöpfen.

12. Der Boden und die Bodenschätze sind Volkseigentum und keine Handelsware. Den Boden vergibt das Volk dem Einzelnen zum Besitz. Der Besitz muß sittlich einwandfrei verwaltet werden. Geschieht das, bleibt dem Besitzenden der Besitz erhalten.

13. Die Bodenschätze werden von staatlichen Unternehmen oder von privaten Unternehmen im Auftrag des Staates gehoben. Die Bodenschätze sind äußerst sparsam und möglichst in einer Kreislaufwirtschaft zu verwenden.

14. Der Staat besitzt seine eigene Währung und Währungshoheit. Die eigene Währung gilt nur im Inland. Im- und Exportgeschäfte sollen mit einer dafür zu schaffenden Sonderwährung bezahlt werden. Der Im- und Export sollte eine weitgehend ausgeglichene Bilanz aufweisen. Bilanzüberschüsse werden möglichst mit Warenlieferungen ausgeglichen. Im Inland ist Inflation zuverlässig auszuschließen.

15. Großkonzerne sind, soweit möglich und sinnvoll, zu entflechten. Ausländische Konzerne unterliegen einer besonderen Kontrolle und Gesetzgebung, um ein störendes Hineinwirken in die Autonomie der Binnenwirtschaft und der Binnenwährung auszuschließen. Zu bevorzugen sind kleine und mittelständische Betriebe, damit sich möglichst viele selbständige Unternehmen, große Vielfalt und wenig Möglichkeiten zu Machtmißbrauch entwickeln. Kartelle sind nur in engem Rahmen zugelassen.

16. Die Arbeitsvergütung muß im Einklang stehen mit der Leistung. Die sittliche Wandlung der Arbeitswelt durch Überwindung ihrer schweren Erkrankungen – nämlich durch die weitgehende Überwindung von Geld- und Bodenwucher sowie jeder Form von Spekulation, begleitet von einer klaren Gesetzgebung im Dienst der Gesunderhaltung und Selbstständigkeit des Menschen und im Dienst einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise – sie wird dazu führen, daß die Arbeitswelt menschenfreundlicher und die Arbeitszeit erheblich kürzer wird, zugleich wird es dann leichter, daß der Arbeitende mit seiner Arbeit, seinem Werk und den Erfolgen so verwächst, daß Arbeitsfreude des Einzelnen und der Arbeitsfrieden gedeiht. Rücksichtsloser Eigennutz der Arbeitgeber und der Kampf der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber kann auf diese Weise weitgehend überwunden werden.

17. Die Ausbeutung durch eine falsche und ungerechte Steuergesetzgebung ist zu beenden. Insbesondere ist der Wust von Steuern, Verordnungen und Bestimmungen völlig zu beseitigen. Es genügen möglicherweise folgende staatliche Steuern und Abschöpfungen: 1. Weitgehende Abschöpfung der Gewinne aus Bodenverkäufen, Zinsen und Spekulationen. 2. Eine Einkommensteuer, die für jede Person und für jede Firma gleich ist. Sie könnte vielleicht bei 10% liegen. Irgendwelche Ausgaben können nicht abgesetzt werden. 3. Eine Art von Mehrwertsteuer, deren Höhe vom volkswirtschaftlichen Sinn der wirtschaftlichen Tätigkeit abhängt. So sollte die Mehrwertsteuer bei unerwünschten Produkten, z. B. Tabakwaren und Alkohol, besonders hoch liegen, während sie bei wünschenswerten Produkten, z. B. bei landwirtschaftlichen Produkten, besonders niedrig liegen sollte, insbesondere bei ökologisch intensiv und verantwortungsbewußt arbeitenden Betrieben. Produktionszweige, die zur Autarkie des Landes notwendig sind, aber durch ausländische Konkurrenz in ihrer Existenz gefährdet sind, können entweder durch niedrige Mehrwertsteuersätze oder durch Schutzzölle geschützt und gefördert werden.

18. Die Ausbeutung und Leistungsbehinderung durch eine parasitäre Bürokratie ist ebenfalls zu überwinden. Das geschieht durch weitgehende Selbstverwaltung der Kommunen in Fortentwicklung der Steinschen Reformideen. Die Selbstverwaltung sollte alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfassen, mit Einschränkungen auch Justiz, Polizei und Militär. Um Miß- und Fehlwuchs in der Selbstverwaltung zu verhindern, ist ein entsprechender rechtlicher Rahmen zu schaffen und es sind übergeordnete aber kleine Unterweisungs- und Kontrollorgane zu bilden, die über die Einhaltung der Regeln wachen und durch Unterweisung Leistungssteigerungen ermöglichen. Außerhalb der kommunalen Selbstverwaltung stehen Bereiche führender richterlicher, polizeilicher und militärischer Tätigkeit. Die Besoldung der Beamten erfolgt zum Teil durch die kommunale Selbstverwaltung und zum Teil durch die Staatsführung.

19. Im Kriegs- und Notstandsfall unterstehen Militär, Polizei, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk dem Oberbefehl der Staatsführung, alle anderen Bereiche des öffentlichen Lebens unterliegen dann je nach Art des Falles einer Kriegs- oder Notstandsgesetzgebung.

20. Es ist jede Geheimbündelei zu unterbinden, insbesondere sind alle Geheimbünde mit eindeutig fragwürdiger Vergangenheit aufzulösen.

21. Es ist ein Verfassungsschutz einzurichten, der strenger Kontrolle unterliegt und dessen veröffentlichte Berichte stets eine Art Gegendarstellung der im Bericht behandelten Personen und Gruppen enthalten muß. Ein Machtmißbrauch durch diesen Dienst ist dadurch weitgehend unterbunden. Nachlässigkeit in der Aufklärungsarbeit sind ebenso wie Machtmißbrauch und Hetze besonders scharf zu ahnden.

22. Die Staatsgewalt ist gebunden an Recht und Ordnung, ihre einzige Richtschnur ist das Wohl des Volkes, also vor allem das Gedeihen und der Schutz von Leben, Gesundheit, Freiheit, Forschung, Lehre, Kunst, Erziehung, Recht und Frieden.

23. Die Regierung können nur Deutsche ausüben, die keinem Geheimbund angehören, die sich zu keiner imperialistischen oder rassistischen Religion, Ideo-

logie oder Vereinigung bekennen und die sich durch Leistung ausreichend bewährt haben. Die Regierung ist dem Gesetz und dem Volk gegenüber verantwortlich.

24. Die Volksvertretung besteht aus Deutschen, die nach dem Leistungsgrundsatz ausgewählt werden und voll für ihr Tun verantwortlich sind.

25. Das Wahlrecht haben nur erwachsene Deutsche, die eine politische Reifeprüfung erfolgreich bestanden haben. Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist.

26. Nichtdeutsche genießen Gastrecht, sie haben die geltenden Gesetze zu beachten, geschieht das nicht, haben sie das Land zu verlassen. Das Gastrecht ist zeitlich begrenzt. Oberstes Gebot bei der Behandlung von Ausländern ist der Schutz ihrer völkischen und kulturellen Identität, ihrer Würde und ihrer Gesundheit im Rahmen der Möglichkeiten des Staates.

27. Illegale Einwanderer genießen kein Gastrecht. Sie sind ausnahmslos abzuschieben, vor der Abschiebung sind ihre Fingerabdrücke in das Fingerabdrucksystem einzugeben. Bei Wiederholung der illegalen Einreise sind Strafmaßnahmen zu ergreifen.

28. Nichtdeutsche, die Straftaten begehen, verlieren das Recht zum Aufenthalt in Deutschland.

29. Flüchtlinge genießen zeitlich bedingtes Gastrecht. Kommen sie aus weiter entfernt liegenden Ländern, sind sie in eines der friedlichen Nachbarländer zu überstellen. Kann ein solches Nachbarland nicht ohne große Probleme Flüchtlinge aufnehmen, ist Hilfe zu leisten.

30. Politisch Verfolgte genießen Asyl. Das Asylrecht ist dem Gastrecht verwandt und zeitlich begrenzt. Stammt der Verfolgte aus einem volksmäßig verwandten Nachbarland und weist er nach, daß er auf sinnvolle Weise in das deutsche Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsleben integriert werden kann, darf das Aufenthaltsrecht verlängert werden.

31. Wegen der Folgen des Kolonialismus und der Ausbeutung der Dritten Welt und zahlreicher anderer Länder durch kapitalistische und sozialistische Staaten, Firmen und Organisationen gehört es zu den obersten Pflichten des Staates, Wiedergutmachung durch sinnvolle Entwicklungshilfe zu leisten. Ein Teil der zu gewährenden Entwicklungshilfe dient der Repatriierung von Wirtschaftsflüchtlingen, die sich in Deutschland befinden. Zur Repatriierung gehört die Gewährung einer Hilfestellung zur Integration und wirtschaftlichen Existenz im Heimatland. Zur Hilfestellung kann eine kurze Ausbildung in Deutschland gehören.

32. Mann und Frau stehen gleichwertig, aber wesensverschieden nebeneinander. Das findet Berücksichtigung in der Gesetzgebung und Arbeitswelt.

33. Nach dem Leistungsgrundsatz gewähren ausgeübte Wehrpflicht und betätigte Mutterschaft bestimmte Versorgungsrechte.

34. Die Familie ist die Kraftquelle des Volkes. Sie zu schützen und zu fördern gehört zu den Pflichten des Staates. Eine Förderung der Familie setzt den erfolgreichen Abschluß einer Ehestandsreifeprüfung voraus.

35. Statt regelmäßiger finanzieller Zuwendungen für Kinder werden zinslose Ehestandsdarlehen gewährt, damit frühzeitig Familien gegründet werden können. Je geborenes Kind wird ein Viertel des Darlehens erlassen. In den ersten Jahren nach Geburt eines Kindes wird vom Staat ein Muttergehalt bezahlt. Die Höhe des Gehalts richtet sich zum Teil nach dem bisherigen Einkommen und dem Bildungs- und Ausbildungsstand der Eltern und zum Teil danach, ob eine Ehestandsreifeprüfung erfolgreich bestanden wurde. Außerdem wird vom Staat für ausgeübte Mutterschaft ein Teil der Zahlungen in die Kranken- und Rentenkasse übernommen. Die Gelder für diese Zahlungen entstammen aus einer Höherbesteuerung der berufstätigen Kinderlosen.

36. Statt Kinderhorte und Ganztagsschulen zu fördern, wo die Kinder den Eltern entfremdet, oft seelischen Störungen ausgesetzt und in der Selbstentfaltung durch freies Spielen, Erforschen und Üben behindert werden, sollen junge Frauen während des gleichen Zeitraums, der bei jungen Männern der Wehrausbildung dient, eine Ausbildung als Erzieherin und Mutter abschließen. Die Ausbildung soll von praktischem Dienst in Familien begleitet werden.

37. Gesundheitspflege ist Notwendigkeit im Dienst des Einzelnen und des Volkes. Gesundheitsvorsorge hat Vorrang, zur ihr gehören die Teilnahme an Vorsorgemaßnahmen, öffentliche Aufklärung über die Grundlagen der Gesundheit, gesunde Ernährung und Umgebung, körperliche Bewegung, genetische Vorsorge, Verzicht auf Suchtmittel, Abwehr von gesundheitsschädigenden Einflüssen, Beratung durch Ärzte. Ärzte werden vorwiegend durch Erfolgshonorare bei erfolgreicher Gesunderhaltung ihrer Patienten bezahlt. Die Honorarzahlungen erfolgen durch Gesundheitskassen. Jeder Bürger ist Mitglied einer Gesundheitskasse. Er hat monatlich Beiträge zu entrichten, wobei ungefähr 80% der Beiträge auf sein eigenes Konto bei der Kasse gehen. Ist die obere Grenze des eigenen Kontostands erreicht, sind keine weiteren Beiträge auf das eigene Konto zu bezahlen. Entstehen danach Krankheitskosten, sind diese aus dem Guthaben zu bezahlen, danach müssen wieder Beiträge entrichtet werden, um das Konto neu aufzufüllen. Ungefähr 20% der Beiträge sind in die Solidarkasse zu bezahlen für Erkrankungsfälle aufgrund Erbkrankheiten oder Fremdverschulden und bei nicht selbstverschuldeter Arbeitsunfähigkeit. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß gesundheitsschädigende Einflüsse durch Wirtschaftsunternehmen, durch krankmachende Nahrungsmittel, Drogen u.a.m. möglichst unterbunden werden.

38. Zur Gesundheitspflege gehört die Pflege geistiger

Gesundheit. Diese ist nur möglich, wenn die Medien, die weltanschaulichen und religiösen Institutionen, die Erziehungs- und Forschungseinrichtungen grundsätzlich auf die Anwendung von Seelenmißbrauch durch Falschdarstellung, Verhetzung, Suggestion, Hypnose, Erzeugung von Angstneurosen und andere Mittel zur Abrichtung und Manipulation verzichten und stattdessen wesentliches Wissen, selbständiges Denken und Urteilen, Selbstbeherrschung und Verantwortungsbewußtsein fördern. Es sind entsprechende Gesetze und Einrichtungen zu schaffen. Seelische Verletzung und Vergiftung sind härter zu ahnden als Körperverletzung und Totschlag.

39. Die Kultur ist vor allem das Werk schöpferischer Menschen, in denen die Liebe zum Göttlichen, zum Guten, Wahren und Schönen im Einklang mit dem Sittengesetz Ausdruck findet. Kultur vermag sämtliche Bereiche des Lebens zu durchdringen, zu befruchten, zu bereichern und dadurch der seelischen Höherentwicklung des Volkes zu dienen. Die Förderung von Kulturschöpfern und die Pflege der Kultur in sämtlichen Kunst- und Wissenszweigen und im gesamten Bildungs-, Forschungs- und Medienwesen genießen daher Vorrang. Scheinkultur ist durch Kritik und durch Streichung staatlicher Fördergelder, aber nicht durch Verbot zu überwinden.

40. Die Muttersprache und bewährtes Brauchtum sind eng mit der Kultur verbunden. Sie sind nachhaltig zu pflegen. Fremdwörter in der Werbung sind verboten.

41. Kultur, Muttersprache, Brauchtum und die sittliche Ordnung des Rechts, der Wirtschaft und des religiösen Lebens sind die Grundlage eines friedlichen, gedeihlichen und harmonischen Zusammenlebens der Menschen untereinander.

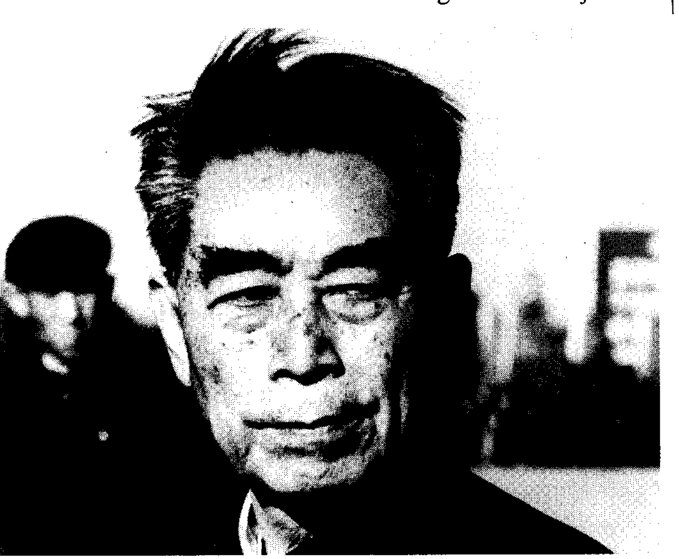
42. Ein Volk, das sein Leben in der hier beschriebenen Art entfaltet, ist auch in der Lage, mit anderen Völkern auf der Grundlage einer freiheitlichen, rechtsförmigen Auseinandersetzung friedlich und mit Achtung vor dem Anderen zusammenzuarbeiten und sinnvolle Hilfe zu gewähren.

2.4. DIE WAHRHEIT SETZT SICH IMMER MEHR DURCH

1982 übersetzte ich mit einem Freund zusammen das Buch von Eustace Mullins über die Geschichte des *Federal Reserve-Systems* der USA und die zunehmende Einflußnahme dieses Systems auf die Weltpolitik. Ich veröffentlichte das Buch unter dem Titel *Die Bankierverschwörung*. In der 2. Auflage fügte ich eigene und fremde Texte hinzu. Die erweiterte Ausgabe war sehr erfolgreich. Die 3. Auflage wurde in einer Höhe von 20.000 Stück aufgelegt. Allein die *Vertraulichen Mitteilungen* vertrieben davon etwa 3.500 Stück. Dieser von Mißbach herausgegebene Informationsdienst hatte etwa 80.000 Abonnenten und wurde vor allem von konservativen Kreisen in Politik und Wirtschaft bis hinein in die Führungsspitzen gelesen. Das führte zu einer ganzen Reihe unvorhergesehener Kontakte. Selbst einige Vertreter der Hochfinanz lasen das Buch, darunter auch Herrhausen. Es kam dabei auch zu Kontakten mit einer Person aus der chinesischen Führung. Da sie noch lebt, kann ich ihren Namen nicht nennen. In historischen Fragen war sie sehr sachkundig. Bei unserem Gespräch gab sie klar zu verstehen, daß man in der chinesischen Führung über das Wesen und die Rolle der „überstaatlichen Mächte“, vor allem den Mosaismus und den römischen Katholizismus, also das, was ich als „Jakobsfraktion“ (s. FREIHEIT UND RECHT, Folge 2, S. 1ff. und Folge 5) bezeichne, recht gut Bescheid wußte. Sie betonte in dem Gespräch, daß die Führung Chinas einen Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus suche, einen sogenannten *„Dritten Weg“*, wie sie wörtlich sagte. Sie fragte diesbezüglich nach meiner Meinung. Sie wollte auch wissen, ob ich ihr Führungskräfte aus der deutschen Wirtschaft nennen könne, die, wie sie sagte, nach *„preußisch-deutschem Führungsstil“* und nicht nach amerikanischem Stil arbeiten würden. Außerdem wollte sie wissen, wie nach meiner Meinung bei einem Ausstieg aus der sozialistischen Planwirtschaft nicht ein Abstieg [wie 6 Jahre später in Rußland], sondern ein industrielles Wachstum erzeugt werden könnte. Ich äußerte mich dazu, vor allem meinte ich, daß dieser Ausstieg nur gelänge, wenn man zunächst einmal Modellversuche in Industrieregionen veranstalte unter weitgehender Abschottung zur übrigen Wirtschaft. Es kam dann zu diesen Versuchen, später wurden die hierbei gewonnenen Erfahrungen für die gesamte industrielle Entwicklung genutzt. Ob aufgrund meiner Empfehlungen, glaube ich kaum, ich nehme an, daß meine Empfehlungen nur in die gleiche Richtung gingen wie die eigenen Gedankengänge in der chinesischen Führung und daß man den Kontakt mit mir weniger wegen des Inhalts des Buches *Die Bankierverschwörung* gesucht hatte, sondern wegen meiner Verbindung zur Freiheitsbewegung des Hauses Ludendorff, die in dem Buch und noch stärker in dem von mir veröffentlichten Werk von Eberhard Beißwenger: *Freie, sittlich gestaltete Wirtschaft* sichtbar wird. Hochinteressant ist in diesem Zusammenhang nämlich folgendes: Jahre vor diesem Gespräch wurde in China eine Landreform durchgeführt. Sie entsprach weitgehend den Vorstellungen, wie sie von deutschen Reformern, insbesondere in dem geistigen Umkreis, dem ich entstamme, also dem des Hauses Ludendorff, entwickelt worden sind. Und da muß man wissen, daß zu Lebzeiten Erich Ludendorffs nicht nur Chiang Kai-schek Boten an Erich Ludendorff mit der Bitte gesandt hatte, ihn bei seinem Kampf um die Befreiung Chinas zu beraten. Chiang Kai-schek hat den wichtigsten Teil des Rates nicht befolgt. Ludendorff hatte ihm nämlich mitgeteilt, daß ihm die Befreiung wohl nur dann gelänge, wenn er seine christliche Einstellung ablege und eine der chinesischen Volkseigenart gemäße Weltanschauung vertrete. Chiang Kai-schek befolgte diesen Rat nicht und scheiterte wohl vor allem deshalb. Fast

zur gleichen Zeit besuchte Chou En-lai, der spätere geistige Führer der nationalkommunistischen Revolution, die beiden Ludendorff. Er nahm neben einigen Ratschlägen auch einige Bücher und Schriften mit. Diese wurden dann ins Chinesische übersetzt und dienten den Führern der Revolution als Lehrstoff. Die kommunistische Revolution in China ist viel eher eine nationale Revolution gewesen, die sich kommunistisch tarnte – einerseits, um die „chinesischen Zöpfe", und zwar den Mandarinismus, den Feudalismus, den Bürokratismus und viele andere Fehlentwicklungen, gründlich zu beseitigen, andererseits hatte China die imperialistische Verhaltensweisen der „Jakobsfraktion" zur Genüge kennengelernt, vor allem im Opiumkrieg und beim Boxeraufstand. Eine kommunistische Revolution unter Anlehnung an die Sowjetunion sollte dem „Westen" den Beginn einer Einbindung Chinas in die „Jakobsfraktion" vortäuschen.

Doch nun zu der genannten Landreform. Bei dieser wurde das Land zunächst einmal in Landgemeiden eingeteilt, der Kern der Gemeinden wurde ein Markt, die Grenzen der Gemeinden lagen im allgemeinen nicht mehr als 7 km vom Markt entfernt. Alle diese Gemeinden erhielten volle Selbstverwaltung, etwa so, wie das Freiherr vom Stein angestrebt hatte. Und das Ackerland? Es wurde entsozialisiert, wurde Eigenbesitz aber nicht Eigentum. Alle, wenn ich mich recht entsinne, 15 Jahre sollte das Land neu vergeben werden: wer sich in der Bearbeitung des Landes bewährt hatte, behielt den Besitz, bekam möglicherweise neuen dazu, wer sich nicht bewährt hatte, mußte Abstriche von seinem Besitz hinnehmen. Damit



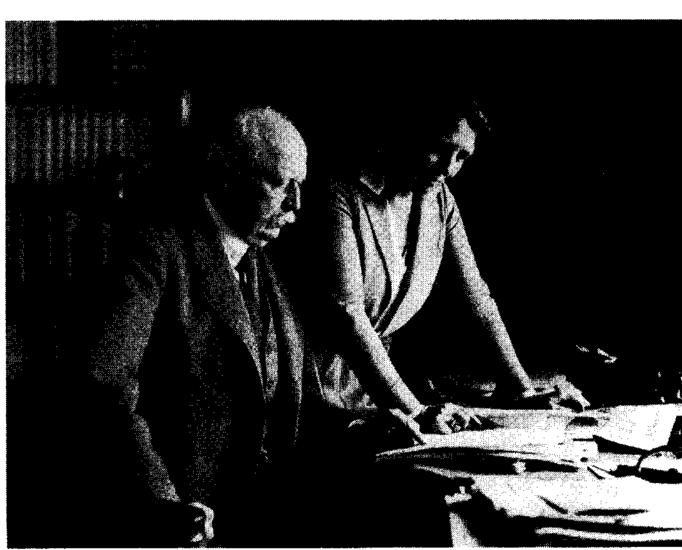


Abb. links: Chou En-lai – *Abb. rechts:* Erich und Mathilde Ludendorff

wurden fünf Grundforderungen der beiden Ludendorffs verwirklicht: **Politische Befreiung** durch *weitgehende Selbstverwaltung* der Gemeinden, **Befreiung der Bauern** aus Feudalismus und Zentralismus ebenso wie aus sozialistischer Planwirtschaft und kapitalistischer Marktausbeutung, **Befreiung des Bodens** vom Joch des Zinses, der Bodenspekulation und der Funktion als Handelsware, **Befreiung der Arbeit** durch Überwindung der Zins-, Plan- und Zentralismusknechtschaft und Orientierung auf eigene Leistung und Verantwortung. Und dann kam dazu noch die weitgehende Verwirklichung einer weiteren, der wichtigsten Forderung der beiden Ludendorffs: die **Befreiung von identitätszerstörenden „Fremdlehren"**, wie Marxismus-Leninismus, Christentum, Tibetanismus und die Wiedereinbettung des Volkes in *„artgemäße Religiösität, Gesittung und Kultur"*, hier, in China also, zunehmend, wenn auch noch nicht geschlossen und im Widerstreit mit kommunistischen und westlichen Elementen, eine neue und geläuterte Hinwendung zur alten Ahnenverehrung, zu Laotse, Konfuzius und anderen großen chinesischen Lehrern, zu den Traditionen chinesischer Musik, Dicht-, Bild- und Baukunst.

Die Landreform erfaßte etwa 80% der chinesischen Bevölkerung. **Also etwa ein Sechstel der Weltbevölkerung!! Der weltanschauliche Wandel erfaßte einen noch größeren Teil, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.**

Ich denke, es ist klar, warum ich die beiden Beispiele brachte. Das letztgenannte Beispiel, die Landreform, war das weitaus wichtigste. **Danach wurden also bei etwa einem Sechstel der Weltbevölkerung zentrale Ideen des vom Haus Ludendorff geführten Freiheitskampfes verwirklicht. Und der Ausgangspunkt waren einige Ratschläge und einige Bücher und Schriften, also etwas, das gemeinhin für weitgehend wirkungslos gehalten wird! Natürlich hätten die Ratschläge, Bücher und Schriften kaum etwas bewirkt, wären sie nicht im Einklang mit dem gestanden, was *notwendig* und *richtig* war und wären sie nicht zu einem Volk gelangt, dessen Führung das erkannte. Es war die „Allmacht der reinen, unantastbaren Idee"** (s.o.), **die zusammentraf mit Chinas Todesnot, und die sich auswirkte, weil einer, einer!, da war, der die Idee aufnahm, Chou En-lai, und ein Volk, das ihm zuhörte** (Chou En-lai hielt ständig Vorträge vor seinem Volk) **und ihm folgte** (hierbei, wie ich meine, in echt chinesischer Kampfesweise und klugerweise erst nach der Lösung der „Freundschaft mit der glorreichen Sowjetunion" und nach Erringung ausreichender innerer Stärke und äußerer Unabhängigkeit). **Und**

noch etwas ist klar: **Jene Landreform ist für die überstaatlichen Mächte weit gefährlicher, als jenes Deutschland, gegen das man zwei Weltkriege geführt hat, denn dies Deutschland lag auf der Schlachtbank, seelisch und körperlich weitgehend gefesselt in überstaatlichen Banden, vor allem mit dem Gift eines Jahrtausends Christentum in den Adern und es mußte in diesem Zustand um sein Leben und seine Freiheit kämpfen! Wie konnte es da siegen, es war sich zunächst ja kaum bewußt, um was es bei diesem Kampf wirklich ging, denn nur ein kleiner Teil des Volkes erkannte das Wesentliche, während der andere Teil, seelisch erfolgreich gelähmt, von diesem Erkennen kaum etwas wußte und wissen wollte. Bei diesen Kriegen ging es vor allem um die Furcht der überstaatlichen Mächte vor den ungeheuren philosophischen, moralischen und kulturellen Befreiungskräften, die sich im seelisch nicht ausreichend gelähmten Volkskern der Deutschen anschickten, die Fesseln zu sprengen, Kräfte, die in unserer kulturellen und genetischen Erbmasse, in den Erkenntnissen der Geistes- und Naturwissenschaften der letzten Jahrhunderte und vor allem in der idealistischen deutschen Philosophie von Kant über Schiller bis Dühring, Hartmann und schließlich Ludendorff wurzeln und deren Heranwachsen man schon weit über ein Jahrtausend lang instinktiv als Überwinder der eigenen imperialistischen Weltanschauung und des darin wurzelnden Machtstrebens ahnte und fürchtete und das man daher mit aller Kraft zu verhindern versuchte, durch Ausrottungsfeldzüge von außen, durch Wegschächtungen in ungezählten Glaubens- und Bürgerkriegen, bei Ketzer- und Hexenverfolgungen, zugleich durch geistige Versklavung und Korrumpierung mithilfe von Fremdlehren und damit verbundener Umerziehung, durch Kirchen- und Adelsdiktaturen, durch wirtschaftliche Unterjochung, durch Drogen (vor allem Alkohol und Nikotin). Und nun siegten diese erwachenden Kräfte, ohne daß es diesen Kräften gelang, eine große äußerlich sichtbare Macht in Deutschland selbst zu entfalten – in einem weit entfernten Land! Was für ein Lehrbeispiel! Und was vermag uns dieses Beispiel alles zu sagen! Und wie sehr sollte uns alle dieses Geschehen beflügeln, unsere Kräfte, vor allem unseren Überlebenswillen, unseren Freiheitswillen, unseren Stolz und Zorn und unsere strategischen Fähigkeiten von all jenen Fesseln zu befreien, die nicht nur die Fremden, sondern die meisten unter uns sich selbst anlegten durch Kleinmut, Schwermut und Verlust des Selbstvertrauens angesichts der furchtbaren Niederlagen der Vergangenheit und dem völligen Verratensein in der Gegenwart. Ja, und wie sehr sollte unsere Liebe dem chinesischen Volk gelten, wegen seiner Beharrlichkeit, seiner Weitsicht und seiner Liebe zur Weisheit und den Ahnen – und unserem eigenen Volk mit seiner gewaltigen Fähigkeit zu dulden, zu kämpfen und das Böse geistig zu überwinden.**

Doch wir haben keinen Grund dazu, uns selbst zu fesseln! Niemand zwingt uns, zusammen mit den Macht- und Lustbestrebten, den von Irrtum und Wahn Befangenen und den Ratlosen weiter auf dem falschen Pferd zu reiten. Das richtige Pferd ist da, längst da, dank allesbefreienden Erkenntnissen, es stampft unruhig mit den Hufen, es will endlich geritten sein! Wir müssen uns von den Sicht- und Handlungsweisen lösen, die bei uns üblich wurden, von jener Art, das Leben zu sehen und zu gestalten, wie dies vor allem von den Massenmedien, den Kirchen und den Bildungseinrichtungen propagiert, in den herrschenden Ideologien, im Umfeld unserer Justiz und unter den Zwängen einer von Geld- und Bodenzins, Börsen- und Währungsspekulation, Globalismus und Zentralismus zunehmend beherrschten Wirtschaft gedeiht. Das ist nicht einfach. Sicherlich. Aber den falschen Weg beibehalten, obwohl man den richtigen Weg weiß? Das kann doch niemand ernsthaft wollen! Und doch tun das die meisten!

Die vorstehenden Ausführungen waren bereits geschrieben, als die terroristischen Anschläge in den USA erfolgten. Ich hatte im **ID** schon vor Jahren prophezeit und verschiedene Indizien für die Wahrscheinlichkeit mitgeteilt, daß meine Ansicht zutrifft, nämlich, daß das „Jakobsimperium“[63] mit den USA an der Spitze versuchen werde, China militärisch einzukreisen, um es dann in einem großen Krieg zu zerschlagen. Die Sowjetunion wurde nachweisbar von den in ihr vorherrschenden jüdischen Kadern zum Zerfall gebracht, teilweise zerschlagen, im Inneren weitgehend dem Chaos, der russisch-jüdischen Mafia, jüdischen Großbanken und Konzernen, der „Demokratie“ und nach Außen einer weitgehenden Einbindung in den „Westen“ ausgeliefert. Diese Einbindung ist fast abgeschlossen. Nach den Anschlägen in den USA bekundete Putin seine politische und militärische Solidarität mit den USA bei deren „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“. Rußland ist vermutlich der künftige militärische Verbündete im Kampf gegen China. Hierbei muß man wissen, daß der harte Kern des militärisch-industriellen Komplexes in Rußland ununterbrochen aus den USA, so wie schon vor und im Zweiten Weltkrieg so auch danach und erst recht nach 1989, mit Geld, militärtechnischem Fachwissen und Ausrüstungsgegenständen am Leben erhalten und modernisiert wird. Der russische Geheimdienst arbeitet sogar mit dem amerikanischen und dem israelischen zusammen bei der Militär- und Industriespionage in Europa, vor allem in Deutschland. Gegenteilige Berichte dienen lediglich der Irreführung über die Ziele, die dahinter stehen. Es geht bei dem, was die USA mit ihren Verbündeten jetzt vorhaben, natürlich nicht um einen Kampf gegen den Terrorismus, **schließlich ist die USA und deren Umschweif im Terrorismus, sowohl im militärischen, als auch im wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Bereich führend.** Das zeigt nicht nur ihre maßgebliche Rolle bei der Herbeiführung des Zweiten Weltkriegs (siehe u.a. das bei uns erschienene Werk von Helmut Schröcke: *Kriegsursachen-Kriegsschuld*, sowie die sonstigen Titel zur Kriegsschuldfrage bei uns und die dort angeführte Literatur) und dann

[63] Siehe dazu weiter unten.

ihre Aktivitäten während des Krieges, die u.a. mit den Namen Hamburg und Dresden, Hiroshima und Nagasaki verbunden sind, und *nach* dem Zweiten Weltkrieg, in Zusammenarbeit mit den anderen Alliierten, bei der Ermordung von etwa 8-9 Millionen Deutschen (die Opfer von Flucht und Vertreibung nicht mitgezählt). Das zeigt auch die Rolle und das Verhalten der USA beim *Koreakrieg*, beim *Vietnamkrieg*, ihre teilweise verdeckte Beteiligung an den terroristischen Aktionen Israels, vor allem beim *Sinai-* und beim *Sechstagekrieg*, dann die verschiedenen Militäraktionen in Afrika und Asien, ihre Versuche zur Destabilisierung von *Afghanistan, Pakistan, Indien, Laos, Kambodscha, Thailand, Indonesien* und den *Philippinen* (die übrigens alle eine Art Gürtel im Westen, Süden und Osten von China bilden, während im Nordwesten und Norden Rußland und im Osten zusätzlich Taiwan, vielleicht auch Japan stehen), dann ihre Beteiligung am *irakisch-iranischen Krieg*, wo sie beiden Seiten Waffen lieferten, ihre Anzettelung der Kriege gegen den *Irak*, gegen *Serbien* und die bei allen diesen Aktivitäten gezeigte Brutalität im Umgang mit dem Gegner, die u. a. fast stets in Massenmorden gipfelten[64]. Die inzwischen erschienene umfangreiche Literatur zum 11. September 2001 läßt sogar vermuten, daß es sich bei den Terrorakten vom 11.9. um eine vom Mossad und dem CIA gesteuerte Aktion handelte. Aus der Vergangenheit wissen wir zweierlei: *Erstens* handelt Israel und die USA gemäß der Lehre von Machiavelli, daß die politische Führung eines Staates ihre eigene Opposition leiten muß. Bei den Aktivitäten der arabischen Terrororganisationen *Schwarzer September* (vom Mossad gegründet) und *Moslembruderschaft* (vom britischen Geheimdienst gegründet) sowie der *RAF* (unter Leitung des Mossad, wie Meinhof, Baader und Ensslin nach ihrer Inhaftierung in Stammheim in einem *Offenen Brief*, der im *Arbeiterkampf* des *Kommunistischen Bundes* erschien, offen bekundeten [kurz darauf waren sie alle tot – natürlich durch Selbstmord]). *Zweitens* pflegen die imperialistischen Staaten des Westens, vor allem die USA, Kriege immer durch selbst organisierte Provokationen herbeizuführen. Diesmal geht es darum, durch einen „Feldzug“, wie das Bush offen bezeichnete, jene Staaten, die vom Mossad und vom CIA geführte oder auch nicht geführte terroristische Netzwerke beherbergen, von ihrem Wesen als „Schurkenstaaten“ zu befreien, d. h. sie geistig, politisch und wirtschaftlich zu enthaupten und als militärische Aufmarschbasis gegen China und zugleich als Ausbeutungsobjekt zu gewinnen.

Im Grunde ahnt unsere so ungeheuer von Verantwortungs-, Rechts- und Freiheit*s c h e i n* bewußtsein erfüllte Anführerschaft, daß sie und ihr Umschweif irgendwie dem Abgrund zusteuern. Sie sitzen in einem riesigen Schiff, es reicht von einem Horizont zum anderen, überall tanzen Lichterketten und Lampions, Feuerwerksraketen zischen in den Himmel, manchmal krachen Explosionen und Maschinengewehre rattern, auf allen Decks ist ein Gedränge und Geflüchte von Menschen, viele halb oder ganz nackt, die meisten auf der Suche nach Nahrung, Spaß und Spiel, die anderen auf der Flucht, auf vielen tausend Segeln steht überall *Nützlichkeitsstreben, Lust- und Machtgier, Fiktionen, Dogmen, Brot und Spiele,* der Steven wird gebildet von einem bis in die nachtfinsteren Wolken ragenden goldenen Drachen mit dem Namen *Priesterreligionen* und einer langen grellroten Zunge, auf der *Scheinheiligkeit* steht und *Tod allen Anderen!*, auf dem Rumpf prangen die Namen *Seelenmanipulation, Zins, Allesvermischung, Korruption, Drogensucht, Herrschaft der Lüge und der Furcht, Krieg und Massenmord.* Weitere Namen sind unleserlich. Das Schiff wälzt sich auf schwarzen *Wahn- und Neurosenwogen* in einer immer schneller werdenden Strömung dahin, längst ohne Steuermann und Steuerruder, was aber fast niemand bemerkt, weil die meisten sich mit der Jagd nach Glück, Geld, Macht und Vergnügen befassen, andere sich betäubt auf dem Boden wälzen oder reglos in Ecken, eigenem und fremdem Kot, Eiter-, Blut- und Alkohollachen liegen. Der schwefelgelbe Nebel aus dem sich nähernden Abgrund wird immer dichter, er mischt sich mit dem Gifthauch der im Schiff sich mehrenden Leichen und Abfälle, alle Konturen verschwimmen, während Priester verzückt ihren Gott oder After beschwören, Weihrauchkessel schwingen, Spaß- und Rauschmittel verteilen oder Waffen, da an verschiedenen Stellen des Schiffs sich immer wieder Unzufriedene oder Leugner des offenkundig alleinseligmachenden Afters sammeln, die abgeschlachtet werden müssen. Voran schwankt ein halb mit Wasser, darin schwimmenden Bibeln, Kondomen und Unrat gefülltes Lotsenschiff mit seelischen Leichen als Lotsen, ihre Gesichter sind starr und blicklos, gedunsen, grell geschminkt und gezeichnet von träger Lust-, Macht- und Gewaltgier. Die Farbe des Namens auf dem Rumpf des Bootes ist weitgehend abgeblättert, darunter wird sichtbar *Jahwehs way of death.* Aber nicht alle Insassen des führerlos gewordenen, nur noch dahintreibenden Schiffs bilden sich ein, daß ihr Gefährt nicht in den Abgrund schwimmt, sondern bergauf, zu lichten Fortschrittshöhen, wenn sie sich und besonders ihre Supervernichtungswaffenfreunde mit eitel-auserwähltem, verächtlich herunterlappendem Lächeln gegenseitig an den Händen festhalten, lobhudeln, sich politische Korrektheit, Solidarität im Kampf für Demokratie oder was sonst als Dildo in Mode ist bescheinigen, Tränen des Mitleids für ihre Opfer vergießen, wie jetzt wieder nach den Terrorakten in den USA, und in EU, UNO, NATO und sonstigen Unionen, Bastionen, Bruderschaften, Beziehungszirkeln und heimlichen Stätten fröhlicher Unzucht zusammenketten.

Wir, die wir längst aus dem „Schiff des Untergangs“ ausgestiegen sind, sind jedoch guten Mutes. Überall dräut es. Immer mehr Menschen springen aus dem Schiff, versuchen ans rettende Ufer zu gelangen, vielen gelingt das, meist schickt man ihnen Rettungsboote und Flöße, manche ertrinken trotzdem. An den Ufern leben schon ganze Scharen. Sie gehen nicht mehr zu den Wahlen, wollen keine richtigen Kriege, auch keine Bürgerkriege mehr führen, treten aus Kirchen, Parteien und Gewerkschaf-

[64] Siehe u.a.: Noam Chomsky/Edward S. Herman: *Massaker im Namen der Freiheit*; Viöl 2006; Ramsay Clark. *Wüstensturm – US-Kriegsverbrechen am Golf*, Viöl 2003; beide Titel sind bei uns erschienen.

ten aus, gründen Selbsthilfegruppen für Lebens-, Gesundheits- und Rechtsschutz, für Familienförderung, Kultur, Volkstanz, Singen, Sprachpflege, sie treiben ihre Kinder nicht ab[65], sondern lieben sie, sie verlassen zunehmend die Städte, bauen eigene Häuser, ziehen sich in ihre Wohnungen, Häuser, Gärten, Nachbarschaften und Vereine: ihre kleinen Trutzburgen zurück[66], während sie sich in wachsendem Umfang freie eigene Gedanken machen, diese verbreiten, die in den Taschen geballten Fäuste immer öfter herausnehmen und ohne Gewaltanwendung irgendwo Hand anlegen, nämlich nicht mehr, um etwas niederzureißen oder gar zu zerstören, sondern um etwas aufzubauen oder auch zu verweigern (z.B. Steuerzahlungen und Wehrdienst). Aber irgendwie warten noch die meisten auf irgendetwas. Worauf? Warten sie auf das Durchstoßen des Betons des „Dunklen Imperiums", bewirkt durch eine neue, wenn auch kleine Elite? Es gibt ein Sprichwort: *„Wo die Not am größten, ist Gott* [die rettende seelische Kraft] *am nächsten."* Diese Kraft wächst immer mehr, sie wächst nicht im Lärm, sondern in der Stille, sie erzeugt immer stärkere Wandlungen im Verhalten eines wachsenden Kreises von Menschen, ein zunehmendes Aussteigen aus dem Schiff des Untergangs und dessen Regeln und Gewohnheiten, und sie ist grenzüberschreitend, macht nicht halt an den alten Grenzen zwischen den Mitgliedern von Kirchen, Sekten, Parteien, Ständen und Staaten, sondern sucht den moralisch Geläuterten, der die wichtigsten Grundentscheidungen auf weltanschaulichem und ethischem Gebiet konsequent bei sich selbst vollzieht.

Viele, die sich Sorgen um unser Volk machen, sehen die Dinge noch zu sehr aus der Perspektive früherer Traditionen, Strukturen, Machtverhältnisse. Sie sehen nicht das Wesentliche. Sie bejammern z. B. das ständige schlechte Abschneiden sogenannter nationaler Parteien, die Zerrissenheit und Uneinigkeit innerhalb und außerhalb dieser Parteien. Das ist weniger ein Zeichen von Schwäche, eher ein Zeichen wachsender Reife. Parteien sind Konstrukte auf dem „Schiff des Untergangs", alle, ohne Ausnahme. Sie sind weitgehend ungeeignet, den dringend erforderlichen weltanschaulichen, kulturellen, rechtlichen, wirtschaftlichen und ethnischen Wandel herbeizuführen, um so besser sind sie geeignet zur Entwicklung von autoritär-hierarchischen Strukturen, die für die Herrschafts- und Manipulationsstrukturen des „Dunklen Imperiums" typisch sind und die es ermöglichen, die Organisation zu unterwandern durch „feindliche Agenten", sie für Machtmißbrauch, Aktionismus u.a. m. einzusetzen. Ich verweise auf das Eingeständnis von herrschender Seite, daß in der NPD über 15% der Mitglieder für den Verfassungsschutz arbeiten. Und dazu kommen dann noch Mitarbeiter anderer „Dienste". Ich verweise ferner auf meine Ausführungen in Folge 2 von FREIHEIT UND RECHT, vor allem auf: „Absage an falsche politische Traditionen", „Rettung durch systemimmanente Politik?" „Von der Allmacht der reinen Idee." Wenn nach regierungsamtlicher Beurteilung angeblich über 20% der Menschen in unserem Land „rechts" eingestellt sind, aber kaum „rechts" wählen, ist das eher ein Zeichen für heranwachsende Reife als für Schwäche. Und gibt es nicht starke Ansätze von Vernunft, Verantwortung, selbständigem Denken außerhalb von „rechts"? Ist daher die Prozentangabe nicht bereits ein typisches, seelentotes Aus- und Eingrenzungskonstrukt seitens des „Dunklen Imperiums"?

Es gibt auch einen recht aussagekräftigen Widerspruch: Das herrschende System ist eindeutig auf Vernichtung programmiert. Und trotzdem gibt es stark gegenläufige Tendenzen. Diese erfolgen aber mehr „unterirdisch". Bezeichnend ist z. B., daß ich schon rund 50 Hausdurchsuchungen hatte und mehrere hundert Ermittlungsverfahren, doch keine hatte Erfolg, obwohl es doch leicht gewesen wäre, Beweise zu fälschen oder bei einer Durchsuchung irgendwo eine Waffe oder Rauschgift „aufzufinden". Zwar wurde bei der letzten Hausdurchsuchung ein riesiger Aufwand getrieben: 7 Staatsanwälte, 14 Polizeibeamte, 1 Beamter der Amtsverwaltung und bei meinem Sohn nochmals 5 Polizeibeamte. Eine Justizschau. Und was kam heraus? Am Schluß: nichts. Als eine Staatsanwältin im PC-Raum steht, in dem sich 5 Rechner befinden, erklärt sie mir gegenüber: *„Alle diese Rechner nehmen wir mit."* Ich erwiderte: *„Das kommt nicht infrage. Diese Rechner benötige ich für die Bestreitung meines Lebensunterhalts. Wollen Sie, daß ich meinen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten kann?" „Nein." „Also bleiben die Rechner da."* Etwas hilflos meinte sie: *„Ja."* In dem Prozeß habe ich bekanntlich obsiegt[67]. Das heißt, ich habe inzwischen weit über zweihundert kritische Titel über die Judenfrage, die Freimaurerei, die Kirchen, den Bolschewismus, die Kriegsschuldfrage, die Atomfrage u.a.m. veröffentlicht, habe z. T. äußerst gründliche und scharfe Analysen herausgebracht, habe erklärt und nachgewiesen, daß der Mosaismus und die Freimaurerei Vereinigungen darstellen, die nach Art. 9 II GG. aufgrund verfassungs- und strafgesetzwidriger, gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichteter Tätigkeiten als verboten anzusehen sind. Doch nichts geschieht. Jetzt erschien sogar das beschlagnahmte Buch erneut, mit einem eingehenden Prozeßbericht und mit freiwillig von mir durchgestrichenen Textstellen, die den gestrichenen Text jedoch lesbar lassen. Ich habe diese Streichungen im übrigen nur durchgeführt, weil ich nicht will, daß jene Stellen als *meine* Ansichten hingestellt

[65] Hier im Dorf, einem vor allem bäuerlich geprägten Dorf mit vielen Pendlern in die nächsten Orte, vor allem in die 22 km entfernte Kreisstadt Husum, liegt die Zahl der Jugendlichen bis 15 Jahre fast dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Eine einzige Ausländerfamilie lebte hier einige Jahre mit drei Kindern, es waren sehr nette Kinder, aber sie wurde hier nicht heimisch, sie zog wieder weg.

[66] Ein Beispiel unter tausenden: In unserer 7 km entfernten „Nachbarschaft", in Viöl, einem richtigen „Provinznest" mit 1.770 Einwohnern, gibt es einen Akkordeonklub, in dem über 120 Akkordeonspieler aktiv sind! Von so etwas erfährt man natürlich nichts aus der großen Presse.

[67] Siehe die Prozeßdokumentation und Kommentierung in: *Die Wahrheit macht uns frei*, FREIHEIT UND RECHT, Folge 8-11, 2005.

werden. Dafür hat kurz zuvor der (damalige) Sprecher der *Deutschen Rabbinerkonferenz*, Joël Berger, gegenüber einer meiner Stieftöchter erklärt: *„Ich warte auf die weltweite Mobilisierung und Generalisierung des Esausegens"* – also auf die Durchsetzung meiner weltanschaulichen und politischen Ziele (s.u.). Das sind doch Signale! Und keineswegs die einzigen. Die Dinge sind im Fluß! – Übrigens, um es nicht zu vergessen: Die Polizei benahm sich bei allen Hausdurchsuchungen vorbildlich. Gerade bei der Polizei hat die sog. „Umerziehung" wohl nicht das bewirkt, was man gern gehabt hätte. Und warum? Nun, das mögen sich die „Umerzieher" selbst beantworten. Auf jeden Fall sind meine Erfahrungen im grauen Norden der Republik alles andere als grau, sowohl mit der Polizei als auch – größtenteils – mit der Justiz. Was ist daraus zu schließen? Darüber bitte ich eingehend nachzudenken.

Einige Jahre zuvor, von 1976-1988, war ich zusammen mit Walther Soyka führend in der Antiatom-Bewegung tätig. Wir vertraten zeitweise fast eintausend Kläger in insgesamt fast 40 verwaltungsrechtlichen Gerichtsverfahren. Ab 1981 führte ich die Prozesse allein. Kurz zuvor hatte Minister Stoltenberg gegenüber der Presse erklärt, unsere „Massenverfahren" hätten rund 50 Milliarden DM „Investitionsstau" erzeugt. Später kam es noch zu viel größerem Stau. 1975 waren etwa 165 Atomreaktoren und 7 Wiederaufbereitungsanlagen geplant gewesen. Wären diese Pläne verwirklicht worden, wäre allein schon durch den Schadstoffausstoß im Normalbetrieb unser Volk und die Nachbarvölker, also der germanische Lebensraum, genetisch und sonstwie auf das Schwerste geschädigt und in kommenden Generationen durch die Langzeitwirkung radioaktiver Schadstoffe weitgehend ausgelöscht worden. Das war ja auch der Plan der jüdischen Forscher um Lewis L. Strauss und Edward Teller gewesen[68], der einmal während eines Besuchs in Deutschland höhnisch geäußert hatte, daß Atomreaktoren *„die Umwelt reinigen."* Damals widerfuhr mir sehr viel Widerstand, neben Hausdurchsuchungen und Hetzkampagnen auch mehrere Mordanschläge, darunter der Versuch, das Verlagsgebäude in die Luft zu sprengen, während ich mich mit einem meiner Söhne darin aufhielt. Ich entdeckte die Täter rechtzeitig, das war nachts, kurz vor 3 Uhr, ich vertrieb sie und entschärfte den Sprengsatz, bevor die Polizei eintraf. Später wurden die Täter verhaftet. Ihnen geschah nichts, denn sie arbeiteten, wie sich herausstellte, mit der Regierung zusammen[69]. Es gab also einen Klimawandel im Verhalten mir gegenüber. Zufall oder Symptom? Ich halte das nicht für Zufall, sondern für ein Anzeichen. Wofür?

Fast zur gleichen Zeit finde ich die Nachricht, daß die Priesterausbildung innerhalb der römisch-katholischen Kirche stark rückläufig ist, in der nächsten Generation wird sich die Anzahl um mehr als zwei Drittel verringern. Innerhalb von 40 Jahren soll die Zahl der Jesuiten sogar um über 90% geschrumpft sein. Viele Pfarreien in Österreich müssen auf polnische Priester zurückgreifen, weil es keine deutschen mehr gibt! Und die jüdische, in New York erscheinende Zeitschrift *Aufbau* berichtete unlängst, daß das Judentum in Deutschland ernsthaft in Gefahr wäre. Trotz des erheblichen Zustroms von Juden aus Rußland (wohl inzwischen mindestens das Vierfache der „Alteingesessenen") schwinde die *Jüdischkeit* unter den Juden, ständig gebe es Streitereien um Posten und Geld, der weitaus größte Teil gehe Mischehen ein, ähnlich wie in den USA und vielen anderen Ländern. Ja, und warum gehen so viele Juden Mischehen ein? Das war dort natürlich nicht zu lesen. Aber der Hauptgrund ist, daß Judesein trotz „Auserwähltheit" und trotz so vieler finanzieller und politischer Vorteile, trotz des Holocaustbonus immer weniger akzeptiert wird, den meisten jungen Juden ist ihr Judentum mehr oder weniger gleich, und weil sie nicht einfach austreten können wie Kirchenchristen aus ihrer Kirche, flüchten sie in eine nichtjüdische Ehe. Ich bin mir natürlich im klaren, was das heißt. Das deutet eine schwere Krise innerhalb des Judentums an, einen Kräfteschwund. Diese Entwicklung ist die Folge jeder imperialistischen Herrschaft: nach dem Sieg kommt der Verfall. Das habe ich bereits in meinem offenen Brief an die *Allgemeine jüdische Wochenzeiung* vom 28.4.1978[70] prophezeit. Der Zerfall wird noch erheblich zunehmen. Als Mensch, der für eine Erhaltung, Selbstbestimmung und kulturelle Entfaltung *jedes* Volkes eintritt, also auch des jüdischen Volkes, bedauere ich diese Entwicklung. Ich habe in meinem Brief auch die Wurzeln dieser Entwicklung genannt. Wenn sich die Juden aber nicht bereit finden, ihrem Auserwähltheitsdünkel, imperialistischem Wahn und einigem anderen abzusagen, werden sie in den nächsten 50-80 Jahren weitgehend untergehen, im Gegensatz zu den Deutschen. Ich bedauere das. Solange sich aber die überwiegende Mehrheit der Juden, die sich politisch betätigen, in die falsche Richtung bewegt, sich nämlich an einer imperialistischen Verschwörung gegen die Völker beteiligt, arbeitet sie aus *eigener* Kraft an ihrem Untergang. Den Ausweg habe ich aufgezeigt. Grob umrissen ist er im letzten Abschnitt dieser Schrift beschrieben.

Trotz aller Versuche, das Deutsche in den Seelen der Deutschen in imperialistische Ketten zu legen, zuerst durch die Christianisierung, dann durch deren Folgen in Gestalt von Fürstenherrschaft, Feudalismus und Ausrottung der Widerstrebenden in den Bauernkriegen, Religionskriegen, Kreuzzügen und jahrhundertelangen Ketzer- und Hexenverfolgungen, dann im Rahmen der weiteren imperialistischen Entwicklung in den Formen von Kapitalismus, Sozialismus, verschiedenen Diktaturen, mehreren Umstürzen, zwei Weltkriegen und schließlich durch den Versuch, die Deutschen in den *American way of life* einerseits und andererseits in die Auslöschungsrepublik „BRD" einzubetonieren – trotz dieser Entwicklung

---

[68] Siehe u.a.: Eustace Mullins/Roland Bohlinger: *Die Bankierverschwörung*, 1985, 3. ergänzte Auflage, S. 251 ff.

[69] Näheres in: Roland Bohlinger: *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte*, 2 Teile, Viöl 1994.

[70] Wiedergegeben in Friedrich Wichtl / Robert Schneider: *Weltfreimaurerei - Weltrevolution - Weltrepublik*, Viöl 1999, 17. Aufl., S. 386 ff.

lebt das Deutsche immer noch in Millionen Seelen. Meist still, zurückgezogen, stark eingeschränkt, leidend am Schicksal des Volkes. Aber in einer derzeit noch kleinen Zahl von Menschen reift eine unüberwindliche Kraft auf dem Feld des Geistes heran, gleich der sieghaften Kraftentfaltung in der g-moll Ouvertüre von Johann Sebastian Bach, die ich hörte, während ich dies schrieb. Ja. Der Deutsche Geist bereitet seine Rückkehr vor. Aber in gewandelter, von den falschen Traditionen und Giftstoffen aus mosaisch-christlicher Zeit befreiter und durch das Feuer des deutschen Schicksals gereifter und gestählter Kraft! Übrigens, ein guter Kenner Deutschlands und Europas, George Kennan (amerikanischer Diplomat und Historiker, 1982 Träger des *Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels*), hat das vor einigen Jahrzehnten schon vorausgesagt und behauptet, diese Entwicklung würde eines Tages nicht nur Deutschland, sondern die Welt befreien. Ob das tatsächlich eintrifft, hängt allein davon ab, welche Antwort wir auf das deutsche Schicksal geben. Eine der möglichen Antworten bietet diese Schrift.

Nachdem ich das geschrieben hatte, geschah vieles weitere im aufgezeigten Sinn. Ich schrieb hierzu in einem Rundbrief an einige Freunde:

„Als sich nach dem 11. September 2001 für kritische Beobachter rasch die Vermutung einstellte, daß die Terroranschläge an diesem Tag die Operation eines mächtigen und fähigen Geheimdienstes gewesen sein mußten, und dabei als möglich hingestellt wurde, daß diese Operation vom CIA, einem nahestehenden Geheimdienst und vielleicht auch vom Mossad stammen könnte, als sich dann vor allem im WELTNETZ (Internet) das Material immer mehr häufte, wobei sich darunter sicher auch irreführendes, erfundenes oder spinnertes befand und verschiedene Publikationen erschienen, die z. T. ebenfalls recht fragwürdige Inhalte boten, stellte ich zunächst die Frage, wie denn das anschließende Verhalten der US-Administration aussähe, ob das nicht den Schluß zulasse, daß die Anschläge – wie seinerzeit im Falle des Angriffs auf Pearl Harbor – mindestens sehr willkommen gewesen wären, um daran anschließend imperialistische Maßnahmen durchführen zu können, und zwar sowohl nach innen (Verschärfung der staatlichen Überwachungs-, Kontroll- und Gesinnungsverfolgungstätigkeiten) als nach außen (Propaganda-, Wirtschafts- und Militärkriegstätigkeiten). Noch später wurde ich von dem hereinkommenden Material und durch logische Betrachtung der sichtbaren Vorgänge davon überzeugt, daß es höchstwahrscheinlich eine Operation von „Diensten“ in den USA und anderswo gewesen sein dürfte. Diese Auffassung wurde bestätigt durch die Erklärung von Bush, daß es „Schurkenstaaten“ gäbe, die hinter dem internationalen Terrorismus stünden, und daß man diese mit einer Reihe von Kriegen („zur Bekämpfung des Terrorismus“) überziehen müßte. ***Ein Rechtsstaat kann verbrecherische Tätigkeiten von Einzelpersonen oder Gruppen, bei denen es zur Anwendung von Gewalt gegen unbeteiligte Dritte kommt, in rechtsförmiger Weise nur über Polizeiaktionen zwecks Ermittlung und Verhaftung und über Justizmaßnahmen zur Prüfung, Verurteilung und Inhaftierung bekämpfen.*** *Greift er zu militärischen Maßnahmen, durch die dann genauso wie beim Terrorismus unbeteiligte Dritte das Opfer von Gewaltanwendung werden, ja, unternimmt er sogar Flächenbombardements, die wahllos Schuldige und Unschuldige verletzen und töten,* ***dann stellt sein Vorgehen eine Steigerungsform von Terrorismus dar. In diesem Fall bekämpft er damit auch nicht den Terrorismus, sondern er praktiziert und fördert ihn. Und er muß sich die Frage gefallen lassen, ob es ihm tatsächlich um Rechtsstaatlichkeit und die Abwehr von Terror geht, oder nicht viel eher um die Rechtfertigung einer imperialistischen Kriegführung im Dienst von Herrschafts- und Raubinteressen.*** *Zunächst wurden als „Schurkenstaaten“ bezeichnet: Irak, Iran, Afghanistan, Nordkorea, Somalia u.a., nicht jedoch Israel oder jene Staaten, die das Embargo gegen den Irak seit etwa 10 Jahren praktizieren, darunter die BRD, wodurch mindestens ein Zehntel der irakischen Bevölkerung, vor allem der Nachwuchs, durch Hunger und Medikamentenmangel gemordet wurde. Nun, in der Liste der „Schurkenstaaten“ wirkte ein Land wie Nordkorea wie ein Fremdkörper. Außerdem muß der „internationale Terrorismus“ als recht bescheiden angesehen werden, klammert man Bürgerkriegsgebiete, in denen sich beide Seiten terrorisieren, und die Terrorakte von Oklahoma-City (1993) und vom 11. September 2001 aus. Ich zog aus der ganzen Entwicklung den Schluß, der meinen Voraussagen vor einigen Jahren entsprach, daß hier ein neuer Abschnitt in der Vorbereitung des Krieges gegen China erfolge. Als dann weitere Staaten, die China westlich vorgelagert sind, der USA militärische Stützpunkte einräumten und Israel sein Vorfeld, das palästinensische, zunehmend säuberte, wohl um die Okkupation des Landes bis zum Euphrat vorzubereiten, wie das seit 1948 offen erklärtes Ziel Israels ist („ein Israel vom Euphrat bis zum Nil“), wurden meine Vermutungen weiter bestätigt. Damals vermutete ich auch, daß Pakistan im Rahmen der immer deutlicher werdenden strategischen Konzeption des Vorgehens politisch oder militärisch umgedreht würde. Das ist inzwischen geschehen. Als strategische Schwäche für das ganze Projekt sah ich zunächst den Bereich des sibirischen Industrie- und Militärkomplexes an, zumindest so lange, solange vor allem Lebed dort das Sagen hatte. Lebed ist aber „zur rechten Zeit“, wie das unter Freimaurern gern heißt, gestorben, und zwar so, wie viele andere unerwünschte Persönlichkeiten vor ihm, nämlich durch einen Flugzeugabsturz. Großes Mißtrauen hatte ich auch von Anfang an wegen der Tatsache, daß der Westen immer noch und verstärkt, ähnlich wie vor dem Zweiten Weltkrieg, mit Rußland zusammenarbeitet, z. B. durch großzügige finanzielle Hilfen, die vor allem der Aufrechterhaltung der militärischen Schlagkraft Rußlands dienen, durch Kooperation des russischen Geheimdienstes mit dem CIA und dem Mossad, u.a. bei der Ausspionierung der deutschen Industrie und Militärtechnik, durch Einbindung Rußlands in die NATO u.v.a.m.*

Nun hatte ich aber von Anfang an die These vertreten, daß die USA und deren Verbündete zu schwach wären, um einen konventionellen Krieg gegen China und dessen Verbündete erfolgreich führen zu können. Daher vertrat ich schon sehr früh die weitere These, daß dann Atomwaffen zum Einsatz kämen. Allerdings meinte ich auch, daß dieser Einsatz das anglo-amerikanisch-israelische Imperium wahrscheinlich zum Einsturz bringen würde. Dann tauchte in einem Teil der US-Presse die Mitteilung auf, daß strategische Pläne des Pentagon publik geworden wären, in denen der Einsatz von atomaren „Klein"waffen [sog. Mini-Nukes] *im Kampf gegen die „Schurkenstaaten" als beschlossene Strategie ab dem Herbst 2002 behandelt würde. Bezeichnend war, daß nun plötzlich, ohne Herstellung einer erkennbaren Beziehung zum „internationalen Terrorismus", auch China als „Schurkenstaat" aufgeführt wurde. Zuvor hatte ich schon die Auffassung vertreten, daß nach Afghanistan ein weiteres militärisches Vorgehen erst nach einer neuerlichen „terroristischen Provokation" erfolgen würde. Ich wartete also auf diese Provokation. Da tauchte dann plötzlich in einer Washingtoner Tageszeitung die Nachricht auf, daß aus Geheimdienstkreisen verlaute, daß 'Al Kaida'* [d.h. Mossad und CIA?] *zum 4. Juli dieses Jahres (dem Unabhängigkeitstag der USA) einen vernichtenden Terroranschlag gegen das AKW 'Three Mile Island' vorbereite. Das war es, was zur Logik des Puzzles fehlte: ein Anschlag auf ein AKW mit Millionen von Opfern ist die geeignete Provokation für die vorgesehene Kriegführung mit atomaren „Klein"waffen. Den Rest zur „Überzeugung" der Massen in den „Gutmenschenstaaten" oder „Nicht-Schurkenstaaten" besorgen dann die Massenmedien in der bekannten Weise. Sogar einen an der Vorbereitung des Anschlags Beteiligten hat man schon festgenommen. Wer's glaubt. Wir leben im Zeitalter der Scheinheiligkeit und Lüge.*

Auch der Zweite Weltkrieg begann mit kleinen Kriegen. Zunächst mit kleinen militärischen Provokationen von polnischer Seite, geschürt vor allem von britischen Agenten und von Vertretern der römisch-katholischen Kirche. Daraus wurde dann der deutsch-polnische und kurz darauf der russisch-polnische Krieg. Der Krieg war zur Überraschung der wirklichen Kriegstreiber rasch zu Ende. Es entstand eine Kriegspause. Dann folgten weitere Kriege, die ebenfalls rasch zu Ende waren. Erst danach entstand ein richtiger Weltkrieg. So ähnlich wird es jetzt abermals gehen, wenn dem nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird.

Nachdem ich diesen Text abgeschlossen hatte, begann Israel wieder einmal Krieg zu führen. Mit der Schutzbehauptung, *ein* israelischer Soldat sei entführt worden, einer!!, ließ Israel an der Grenze zum Gazastreifen, laut Meldung im Fernsehen, rund 5.000 Panzer auffahren, mehr als fünfmal so viele, wie die Wehrmacht gegen Ende des II. Weltkrieges in der Ardennenschlacht einsetzte. Das sind im Durchschnitt 25 Panzer je qkm. Zweifellos eine angemessene Reaktion auf die Entführung einer einzigen Person und ein beredtes Zeugnis für die Moral der Führung und der Truppe. Ob der eine israelische Soldat tatsächlich entführt wurde, ist natürlich nicht bewiesen, es wird nur behauptet. Und der israelhörige Teil der Welt findet nichts dabei, wenn 5.000 Panzer in den winzigen Gazastreifen (202 qkm) eindringen. Und kurz darauf wurden angeblich noch zwei israelische Soldaten in den Libanon verschleppt, und so kann Israel auch noch prompt in den Libanon einmarschieren. Und das tat es dann auch in der üblichen größtmöglichen Brutalität. Vermutlich wird in den nächsten Tagen auch noch Syrien beschuldigt, an der Entführung beteiligt zu sein, damit Israel auch dort bomben kann. Die BRD bezahlt und die USA liefert. Es ist auch schon die Rede davon, daß die Raketen, die gegen Israel abgeschossen werden, aus dem Iran kommen. Klar, woher sonst. Vielleicht sind es auch Raketen aus israelischer Produktion. Hatten wir alles schon. Auf jeden Fall bekommt das Imperium auf diese Weise doch noch den Flächenbrand, der es Israel ermöglicht, bis zum Euphrat vorzumarschieren und den Iran zu enthaupten: Die modernste und beste U-Boot-Waffe, die Deutschland für Israel baute und dann verschenkte, steht ja schon lange in der Straße von Hormuz, bestückt mit zahlreichen Atomraketen, abschußbereit gegen den Iran. Israel meint, es könne sich alles erlauben, weil es angeblich die zweitstärkste Militärmacht nach den USA besitzt und hinter ihr als treue Verbündete noch die USA, Großbritannien und das „Tätervolk" stehen. Wenn es sich da nicht irrt. Die Kampfkraft des israelischen Militärs ähnelt zunehmend der eines Papiertigers. Aber der Tiger ist großmäulig und überheblich, er überschätzt sich. Blutrünstigkeit hält er für Schlagkraft, Massenmordwaffen machen ihn gefährlich im Angriff und in der drohenden Niederlage, seine Führungskraft und Kampfmoral möchte gern preußisch sein, sie studierten auch Scorzeny, das hat aber wenig geholfen.

Anm: Die „BRD" besitzt etwa tausend Leopardpanzer, davon sind nur etwa 300 einsatzbereit. Kürzlich verkaufte die „BRD" etwa die gleiche Zahl von Leopardpanzern zu weniger als einem Zehntel des Herstellungspreises. Auch das ist wieder typisch. Mein Gott, in was für einem „Staat" leben wir!

2.5. Mathilde Ludendorff: Der Siegeszug der Wahrheit

Mathilde Ludendorff schrieb in ihrem Aufsatz „Der Siegeszug der Wahrheit", daß sich die Wahrheit immer durchsetzt. Doch wie rasch sie sich durchsetzt, vor allem, ob sie sich so rechtzeitig durchsetzt, daß der Untergang unseres Volkes und anderer Völker durch Okkultwahn u.a.m. verhindert werden kann, das hängt kaum davon ab, wie sehr die Wahrheit bekämpft wird, sondern hauptsächlich davon, wie energisch wir uns für sie einsetzen und wie viele Menschen aus Wahnbetörung, Feigheit und Stumpfheit abseitsstehen. Sie schrieb:

„... *Eine Erkenntnis, die Wahrheit ist, also im Einklange mit der Tatsächlichkeit steht, hat sich noch niemals dazu geeignet, sich auf 'Gemeinden', 'Sekten', 'Konfessionen' einzuschränken. Sie verschmäht dies auch. Eine*

Wahrheit durchdringt, dank ihres eigenen Gehaltes, unaufhaltsam im Laufe der Geschlechter das eigene Volk und die Völker der Erde. Völlig gleich ist es für diese unerschütterliche, unaufhaltsame, allmähliche Durchdringung, was von Feinden der Wahrheit oder von stumpfen und wahnbetörten Seelen geschieht. Nur die Zeit, die es währt, bis die Wahrheit gesiegt hat, wird von ihnen bestimmt. Allerdings kann diese Zeitdauer sehr wohl darüber entscheiden, ob die Rettung des Volkes und der Völker durch die Wahrheit noch möglich ist! Alles Totschweigen, alles Verzerren und Verleumden, alle Gewalteingriffe bewirken diese Verzögerung aber weniger als das Abseitsstehen der Wahnbetörten, der Feigen und der Stumpfen. Denn in dem gleichen Maße als solche Eingriffe die Verbreitung der Wahrheit erschweren, vertieft dieses Treiben die Wirkung auf die Einzelnen, die die Wahrheit aufnehmen. Die lebendige Verbrennung des großen Philosophen Giordano Bruno, die die Priester Roms für den Sieg über seine Lehre hielten, hat zwar seine Weisheit zu weniger Menschen hindringen lassen als ohne diesen Eingriff, aber die Wirkung seiner Erkenntnis auf die wenigen, zu denen sie hindrang, war eine um so tiefere.

Eine Wahrheit, die enthüllt ist, zeigt uns also eine göttliche Durchdringungskraft, die unbekümmert ist um alle Fesseln, die Menschen ihr anlegen wollen. Während die hassenden Eiferer noch beraten und beschließen, durch welchen neuen Lug, durch welche neue Lästerung, durch welche Gewalteingriffe sie sie 'ausrotten' könnten, hat die Wahrheit sich an einen ganz anderen Ort hinbegeben und Aufnahme gefunden. Und dies alles ohne jedwede Hilfe einer 'Organisation', einer 'Gemeinde', einer 'Sekte'. Das kopernikanische Weltsystem, soweit es sich mit der Tatsächlichkeit deckt, drang aller Gewalt zum Trotze durch, niemals aber gab es eine 'kopernikanische Sekte', die diesen Sieg hätte erfechten müssen. Wenn sich 'Vereine' um den Namen und die Werke eines Philosophen sammelten, so hat sich noch stets bewahrheitet, daß die Wahrheit, die der Philosoph enthüllte, von vielen Mitgliedern solcher Vereine recht sehr mißverstanden wurde, während andererseits außerhalb dieser Vereine viele lebten, die die Wahrheit des Philosophen wirklich erfaßt hatten! Wer einmal eine Wahrheit erkannt hat, stellt sein Leben nach ihr ein, aber bedarf keiner Organisation. Wer aber die Wahrheit noch nicht voll erfaßt hat, kann durch irrige Begründungen dieser Wahrheit sich oft zwischen sie und die Menschen als Hindernis stellen, also das Gegenteil von dem tun, was er möchte ...

Die Wahrheit geht ihren Weg durch ihre eigene Kraft, die sie ihrem Einklange mit der Tatsächlichkeit dankt. Die bekämpfte, totgeschwiegene, verlästerte Wahrheit von gestern ist eine von vielen zugegebene 'Möglichkeit von heute und eine 'selbstverständliche Tatsache' von morgen. Wie aber eint sich diese Wirklichkeit in dem Rat, den ich einmal gab, daß wir 'ohne Hoffnung' für die Verbreitung der Wahrheit und für die Überwindung allen Okkultwahns im Volke wirken sollen? Nun, ich sagte ja, daß es vor allem von dem Verhalten der Stumpfen, der Gleichgültigen, der Feigen und der von dem Okkultwahn Betörten bestimmt wird, ob dieses Gestern, Heute und Morgen im Siegeszuge der Wahrheit Jahre oder Jahrzehnte oder Jahrhunderte dauert. Von unserem Wirken für die Aufklärung aber wird bestimmt, ob dieses Gestern, Heute oder Morgen kürzer währt. Niemand von uns kann es also wissen, ob die Wahrheit rechtzeitig siegt, ob der drohende Untergang durch Okkultwahn in unserem Volke und den übrigen Völkern der Erde noch verhütet werden kann. Hegen wir in diesem ernsten Ringen Hoffnungen, weil wir von dem Wunsche beseelt sind, die Wahrheit möge noch rechtzeitig siegen, nun, so ist es unvermeidlich, daß Zeiten kommen, in denen wieder die Hoffnung sinkt und tiefe Niedergeschlagenheit Platz greifen müßte. Auf und nieder würde die Seele schwanken zwischen Hoffnung und Niedergeschlagenheit, und damit würden wir selbst zum Hindernis eines rechtzeitigen Sieges. Nur ein stets sich gleichbleibender, stählerner Wille zum restlosen Dienste an der Wahrheit, ohne jedwede Hoffnungen und Niedergeschlagenheiten, ist dieses Ringens würdig und macht uns hierzu wirklich fähig ...“

(Mathilde Ludendorff: „Der Siegeszug der Wahrheit“, in: *Am Heiligen Quell,* 20.1.1937.)

2.6. Kein Grund für kleinmütige Verzweiflung

Mir schrieb ein Leser:

„Die Basis der Philosophie von Mathilde Ludendorff erlaubt es, in den meisten Lebensbereichen positiv Einfluß zu nehmen, was in einer breiten Öffentlichkeit Zustimmung finden wird.

Schwieriger wird es dann, wenn Sie in Ihrem starken Selbstbewußtsein an die Mitglieder der Bundesregierung mit Appellen und Konzepten zur Rettung der Staatsfinanzen und Volkswirtschaft herantreten, in Ihrer Meinung, jene hart gesottenen Politiker würden sich von Ihnen belehren lassen. Was erwarten Sie von einem fremd gesteuerten Staatsgebilde BRD, das Sie selbst einer Systemkritik unterziehen?“

Wir sollten uns bemühen, konstruktiver zu denken und zu handeln. Die Menschen sind nicht einander gleich, sie unterscheiden sich oft ganz erheblich. Das gilt auch für Politiker. Und es sind nicht alles Schafe, die wie Schafe aussehen und wie Schafe blöken. Natürlich weiß ich, daß die meisten Bundestagsabgeordneten vom Wesen heutiger Wirtschaft wenig Ahnung haben. Selbst bei den Haushaltsdebatten fehlen die meisten. Doch es genügt, wenn *ein* Politiker mit Einfluß einige der Vorschläge aufgreift und in den Entscheidungsfluß einbringt. Und wenn viele mit konstruktiven Vorschlägen kommen, wer weiß da so genau, was dann die Folge sein wird?

Es ist sicher richtig, daß unser Staat erheblich „fremdgesteuert“ ist. Nun, umso mehr Grund gibt es, hier einzugreifen. Erst recht, da jene Gruppen, die „fremdsteuern“, zunehmend sich bewußt werden, daß es so, wie derzeit, nicht noch lange weitergehen kann. Sie wähnten vor einiger Zeit noch, zu steuern, während sie doch schon längst irgendwie am Haken der falschen Strukturen hingen und

diesen verhaftet, im wahrsten Sinne des Wortes, dem Abgrund entgegenruderten, Strukturen, die sie und ihre Väter und Vorväter aus Sendungs- und Machtwahn geschaffen haben, wie Zinseszins, Bodenwucher, betrügerische Geldschöpfung der Banken, Aktien- und Währungsspekulation, verschränkt mit Wahnreligionen und -ideologien, Seelenmißbrauch, Angsterzeugung und Lustversklavung (siehe die Nachweise in meinem Buch *Die geheime Verführung* und in der dort genannten Literatur), um nur die bedeutendsten der falschen Strukturen zu nennen. Inzwischen setzt sich auch in diesen Gruppen zunehmend die Erkenntnis durch, daß der Weg, auf dem sie sich befinden, über kurz oder lang in eine Katastrophe führt. Aber sie sind ratlos. Trotz ihrer übergroßen Macht wissen sie nicht den Ausweg. Noch nicht. Das gibt einer ihrer Anführer, der jüdische Börsenspekulant George Soros, offen zu. Was also soll geschehen? Abwarten? Sich dem Fatalismus ergeben? Den Kopf in den Sand stecken? Sich betäuben? Klagelieder anstimmen? Sich über die anderen beschweren? Auf ein Wunder hoffen? Von heilsamem Zusammenbruch und Umsturz träumen? Nichts von alledem. Das ist das Verhalten von Kaninchen beim Anblick einer Schlange. Sicher, es gibt Entwicklungen, deren Ergebnisse nicht aufzuhalten sind. Aber wer weiß schon vorher, ob es sich hier um eine solche Entwicklung handelt? Und wer weiß schon vorher, ob eine negative Entwicklung in sich geschlossen bleibt und nicht, was sehr häufig geschieht, sich spaltet oder gar kontraproduktiv auswirkt, eine Gegen- oder gar Überströmung herausfordert? Ist nicht die ganze menschliche Geschichte von derlei Entwicklungen, von Wellenbewegungen, Abspaltungen, Umschichtungen, Gegenentwicklungen, Neuerungen gekennzeichnet? Es gibt nie nur eine einzige Kraft. Warum also weiter auf dem falschen Pferd sitzenbleiben, wenn das richtige bekannt ist, vielleicht schon längst über die Weide galoppiert? *Habe den Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen*, hieß es einst bei den Aufklärern. Ich füge hinzu: habe den Mut, den Freiheits-, Rechts-, Wahrheits- und Schönheitswillen in den Menschen zu mobilisieren, ihren Stolz, ihre Sehnsucht nach heiler Heimat, sinnvoller Ordnung und sicherer Geborgenheit, und habe dabei den Mut, die Sprache, das Wissen, die Gefühle als Waffe zu benutzen, doch stets ohne jeden Mißbrauch, ohne Abirren vom „rechten Pfad“, denn der Weg der reinen, unantastbaren Idee kann ungeheure Kräfte entfalten, gerade in Zeiten der „Todesnot“.

1972 veröffentlichte ich erstmals die Schrift *Volksschöpfung - Ziel, Weg und Mittel einer freiheitlich-völkischen, rechtsstaatlichen und kulturellen Höherentwicklung.* Die Schrift enthielt ein „strategisches Beispiel“, wie ich das damals nannte, und zwar bezüglich der Art, wie nach meiner Meinung eine ökologisch richtig und von kapitalistischen oder sozialistischen Marktbedingungen weitgehend unabhängig arbeitende Landwirtschaft verwirklicht werden könnte. Damals gab es nur 3 Ökobauern in Schleswig-Holstein. Ich gründete eine kleine Arbeitsgruppe zur Förderung des *„Lebenden Landbaus“*, wie ich das damals nannte. Dieser Begriff stammte von Henning Fikentscher, der damals eine Zeit lang bei uns wohnte. Einer in der Arbeitsgruppe, ein Bauernsohn, fing an, den Bauernhof des Vaters umzustellen. Wir, das heißt meine damals sieben-, bald darauf achtköpfige Familie, begann, im Jahr etwa 20-25 Sack Getreide, dazu Kartoffeln und Möhren, einzulagern und für die Ernährung der Familie zu verarbeiten. Wir fanden Gleichgesinnte, darunter einen Lehrer an der Landwirtschaftsschule in B., der später der stellvertretende Schulleiter wurde und dessen Frau bereits einige Erfahrungen im ökologischen Gartenbau besaß und angefangen hatte, diese in Schulungen weiterzugeben; dann kam der Schulleiter der Sonderschule in B. dazu, der bald darauf eine Einkaufsgenossenschaft, so eine Art Bioladen, gründete. Dann stieß ein Bäcker in B. zu uns. Andernorts kam es zu ähnlichen Entwicklungen. Heute wirtschaften in Schleswig Holstein fast 3% der Bauern als sogenannte Biobauern, im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern sind es sogar über 8%. – Die Schrift erlebte mehrere Auflagen. Insgesamt wurden etwa 25.000 Stück gedruckt. Kaum ein Zehntel davon wurde im Kreis der Kunden meiner damals noch in den Anfängen steckenden Versandbuchhandlung verkauft, der Rest wurde von interessierten Zeitschriften vertrieben. Einer der Leser der Schrift war Farmer in den USA. Er regte eine große Gruppe weiterer Farmer an, einen Modellversuch in der von mir vorgeschlagenen Richtung vorzunehmen. Er hatte damit großen Erfolg. Man berichtete mir, daß er deswegen schließlich von Clinton ausgezeichnet wurde, und dies wiederum führte dazu, daß er von Jelzin aufgefordert wurde, einen ähnlichen Modellversuch bei Moskau zu organisieren.

Ein weiteres Beispiel: 1976 gründeten Walther Soyka und ich das erste private Lebensschutz-Institut in der sog. BRD, das *Institut für biologische Sicherheit*. Zugleich begannen wir unter Führung von Walther Soyka, ab 1981 dann unter meiner Führung, gegen einige, dann bald fast alle Atomanlagen im Land zu klagen sowie, zwecks einer möglichst breiten Mobilisierung des Rechts- und Selbsterhaltungswillens, möglichst viele Kläger zu gewinnen. Es kam schließlich zu einer Klägerbewegung mit fast tausend Klägern. Daneben gab es noch einige von uns unabhängig tätige Kläger, darunter Harm Menkens. Vier Jahre später behauptete Stoltenberg, unsere „Massenverfahren“ hätten bereits 50 Milliarden DM Investitionsstau erzeugt. Unsere Klagen gingen weiter, der Stau wurde noch viel größer. Unsere Prozesse und die der anderen trugen zur Mobilisierung und Stählung des Selbsterhaltungs- und Rechtswillens, des Erkenntniswillens und der Wissensverbreitung innerhalb und außerhalb der „Antiatombewegung“ und der Entwicklung und Ausbreitung unerbittlicher Folgerichtigkeit auf ethischem Gebiet erheblich bei, sie hatten nicht nur „im Volk“, sondern auch in den politischen und wirtschaftlichen Führungskreisen ganz erhebliche Auswirkungen. Dazu kamen persönliche Gespräche mit maßgebenden Politikern, Juristen und Wirtschaftsleuten. Die zahlreichen Protestdemonstrationen und publizistischen Aufklärungsaktionen, dazu die Unbeugsamkeit vieler Kläger, die sich weigerten, Gerichtskosten aus den Prozessen zu bezahlen, und deshalb bereit waren, in Beugehaft zu gehen (womit Walther Soyka anfing und worüber die Presse immer wieder berichtete), taten ein übriges. Waren 1975 noch über 150 Atomreaktoren und über ein halbes Dutzend Wiederaufbereitungsanlagen geplant – also praktisch so eine Art garantierte Ver-

nichtung Mitteleuropas und dessen Umgebung ohne Krieg, sei es durch den „Normalbetrieb", durch zahllose kleinere und größere „Störfälle" oder durch Großunfälle wie in Tschernobyl, in Sibirien und anderswo – so kam es danach nur noch zu einer geringen Ausweitung des Kraftwerkbaus und zum Scheitern aller Pläne für den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen.

In meinem Aufsatz: DIE WAHRHEIT SETZT SICH IMMER MEHR DURCH, den Sie in diesem Heft finden, bringe ich ein weiteres Beispiel dafür, wie das Wirken ganz kleiner Gruppen, grundlegende, sogar die Zukunft der Welt bewegende Änderungen herbeiführen können.

Ich weiß, das ist nicht einfach. Sicherlich. Aber den falschen Weg beibehalten, obwohl man den richtigen weiß? Das kann doch niemand ernsthaft wollen! Und doch tun das die meisten! Warum?

Daraus folgt: wir müssen über den gemüts- und willenskranken Zustand nachdenken, der die meisten unter uns fesselt, und wir müssen diesen Zustand überwinden.

2.7. ZWEI ZEILEN DER BIBEL RETTEN DIE VÖLKER

Die Überschrift für diesen Text wählte Mathilde Ludendorff für einen Artikel, der in der Tendenz in die gleiche Richtung geht, wie der folgende Text. Der Artikel wird anschließend zitiert.

Für die *Bibelgläubigen* – also für einen erheblichen Teil der Menschheit, darunter sind politisch, wirtschaftlich und medial führende Kreise – besitzt der sogenannte *Jakobsegen,* ausgesprochen im *Alten Testament,* und zwar im 1. Buch Moses, Kapitel 27, eine *zentrale,* ja *richtungsweisende* Bedeutung. Neben diesem Jakobsegen steht, in unmittelbarem Zusammenhang, der sogenannte **Esausegen.** Aus *jahwistischer* Sicht, also **aus der Sicht der Lehre des Jahwismus** – der Lehre Jahwehs, der Lehre des Gottes der Bibelgläubigen – ist der Verfasser dieser Zeilen ein führender Vertreter des *„Esausegen-Konzepts"*. Das ist von ganz erheblicher Bedeutung:

> Nach der Lehre des Jahwismus hat sich Jakob durch List den *Erstgeburtssegen* seines Vaters Isaak, den sogenannten *Jakobsegen,* der eigentlich seinem Bruder Esau zustand, erschlichen und dadurch den Anspruch auf Macht über Esau erlangt: auf imperialistische Macht über „den Anderen", auf Weltherrschaft. Esau war dadurch dazu verurteilt, fortan seinem Bruder Jakob zu dienen. Andererseits bekam Esau von seinem Vater Isaak im Rahmen einer anderen Segenerteilung das *Recht zugesprochen,* eines Tages *das Joch seines Bruders Jakob* vom Hals zu reißen, *um auch Herr zu sein.*

Einer meiner Leser, der sich als Christologe bezeichnet, sich aber als scharfer Gegner des Jahwismus versteht, beschwerte sich über meinen Text zum Thema „Esausegen", den ich an anderer Stelle in einer ähnlichen Fassung wie hier veröffentlicht hatte. Er wäre nicht bereit, sich einem jahwistischen oder mosaistisch-jüdischen Segen zu *unterwerfen.* Recht hat er, aber er hatte mich nicht richtig verstanden. Ich unterwerfe mich keinem *Segen,* möge er lauten, wie er wolle. Ich vertrete eine Wertordnung. Wie diese lautet, steht in diesem Heft wenige Seiten zuvor, unter Ziffer 2.3. Nach dieser Wertordnung hat

> **jedes Volk das Recht auf Selbsterhaltung und freie Selbstentfaltung im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen, sozialen, nichtimperialistischen, dem Frieden und der Verständigung zwischen den Völkern dienenden und ökologisch orientierten Rechtsordnung.**

Ich denke, die *Zielsetzung* ist hiermit genügend klar umrissen. Wer Genaueres wissen will, der lese in diesem Heft die Abschnitte 2.1. bis 2.3. In den Rahmen dieser Zielsetzung gehört der sog. Esausegen. Das heißt, dieser Segen steht nicht *über* meiner Wertordnung, sondern *in* ihr. Und was bedeutet das im Einzelnen?

JAKOB steht im engeren Sinne für die *mosaischgläubigen Juden* und im weiteren Sinne für alle den mosaisch Gläubigen beigesellten, ethnisch dem Judentum nicht angehörenden *Bibelgläubigen.* ESAU steht hingegen für die „Anderen", im engeren Sinne für alle nicht mosaisch Gläubigen, im weiteren Sinne für alle nicht bibelgläubigen Nichtjuden. Hierbei gilt für alle Bibelgläubigen, insbesondere für die mosaisch Gläubigen, daß sich sowohl im *Jakobsegen* als auch im *Esausegen* der **zentrale, die Geschichte der Menschheit bestimmende Wille ihres Gottes Jahweh** äußert. Wer möchte da behaupten, daß diese Tatsache nicht von größtem Einfluß auf die Richtung des politischen Denkens, Wollens und Handelns der Bibelgläubigen ist? Beschäftigen wir uns daher noch etwas weiter damit:

Der ESAUSEGEN beinhaltet *nicht,* daß Esau lediglich das Joch seines Bruders abreißen und dann vielleicht zur Abwechslung Jakob unters Joch beugen darf, sondern er enthält mehr, viel mehr. Die Verwirklichung des Esausegens soll nämlich etwas *wesentlich anderes* herbeiführen: **Freiheit, Gleichberechtigung und Frieden für beide Brüder bzw. deren Nachkommen, beide die Erde bevölkernden „Gruppen" sollen nun Herren sein, Herren ihrer selbst, ausgestattet mit gleichen Rechten und Pflichten und somit wirklich frei und ohne Joch.** Nur in diesem Sinne, d. h. im Dienst des Ziels der *Gleichberechtigung* und der *Selbsterhaltung und Selbstenfaltung* sowie der gegenseitigen *Achtung und Rechtswahrung* für *alle,* ist es auch möglich, daß Esau die Folgen heilen kann, die Jakob mit dem Beschreiten des von ihm eingeschlagenen Wegs erzeugte, den man in richtiger Ausdeutung dieser Symbolgeschichte als imperialistischen Weg bezeichnen kann. *Gewalt* darf Esau hierbei *nicht* anwenden, außer natürlich in Fällen unmittelbarer Notwehr, wo andere Mittel der Abwehr nicht mehr möglich sind. Denn durch einen Weg der Gewalt würde er sich nur auf den bisherigen Weg Jakobs begeben, der zumindest als Irrweg, unter ethischen Gesichtspunkten als verbrecherischer Weg, anzusehen ist. Das heißt: **auch in der Bibel, der ideologischen Hauptquelle der mosaistischen und christlichen Priesterkasten, wird der Weg Jakobs zumindest als Irrweg gewertet, denn sonst enthielte der Esausegen nicht**

die Verheißung, daß dereinst die Folgen des Jakobsegens, also die auf Betrug, Unterjochung und Gewalt gegründeten Folgen, überwunden würden. Das bedeutet aber zugleich, daß das „Esausegen-Konzept" nicht nur das – an sich selbstverständliche, aber auch vom Jahwismus ausdrücklich anerkannte – *Recht auf Selbsterhaltung und Selbstbefreiung* Esaus enthält, sondern auch die *Pflicht*, Jakob zu *helfen*, den Weg der Befreiung und ethischen Läuterung und damit der ERLÖSUNG mitzugehen. **Das eine geht nicht ohne das andere, weder weltanschaulich noch moralisch noch politisch.** Das bedeutet aber auch, daß Jakob, nachdem begonnen wurde, das „Esausegen-Konzept" zu verwirklichen, **Esau nicht in seinem Bemühen um Heilung hindern darf,** will er im Rahmen des von seiner Religion bestimmten Konzepts bleiben und der Erlösung, nämlich der eigenen Befreiung vom falschen Konzept, teilhaftig werden. Oder mit anderen Worten: Es erfolgt aus bibelgläubiger, insbesondere mosaistischer Sicht das Hervortreten des *messianischen Konzepts* aus dem Raum *des Glaubens und der Hoffnung auf etwas Zukünftiges* in den Raum der *aktuellen Politik*. Aus dieser Sicht wäre eine Behinderung oder gar Verhinderung dieses Hervortretens gleichbedeutend mit einem *grundsätzlichen Bruch des Bundes mit Jahweh und die Verhinderung der Ankunft des Messias*. Das aber würde, auch wieder nach jahwistischer Lehre, die **Verfluchung und Vernichtung durch Jahweh** nach sich ziehen. **Daraus folgt, daß es für die Bibelgläubigen im Willen Jahwehs, im Sinne der „Heils-Logik" ihrer Religion liegt, daß sich der Esausegen als der letztlich stärkere Segen erweist.** Und zugleich heißt das, daß derjenige, der den *„Esausegen mobilisiert"*, wie das einmal in der *Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung* hieß, nach dem Willen Jahwehs **unangetastet bleiben muß** – solange er als Esau auftritt, sich also an die Regeln hält, nämlich ohne Gewalt, ohne Unterdrückung und ohne Hetze für die allgemeine Befreiung und Gleichberechtigung wirkt.

Mit anderen Worten: auch wenn ich kein Anhänger des Mosaismus bin, entspricht der sog. Esausegen voll und ganz der von mir vertretenen Wertordnung. Das heißt: wenn ich davon spreche, daß der sog. Esausegen zu mobilisieren ist, dann mobilisiere ich den Kernpunkt der von mir vertretenen Wertordnung, der bei den Bibelgläubigen als sog. Esausegen bezeichnet wird. Hier ist die Brücke zum Verständnis und zur Zusammenarbeit zwischen den sonst vielfach gegensätzlichen Lagern und es ist die strategische Ebene für den Kampf um die Zukunft.

Den meisten Menschen ist dieser Sachverhalt unbekannt. Die Führer der Religionen, die sich auf die Bibel stützen, nähren diese Unkenntnis. Warum, liegt auf der Hand. Eine offene Diskussion über den Esausegen würde die imperialistischen Bestrebungen innerhalb der Priesterkasten dieser Religionen stören. Diese Bestrebungen haben zwar ihr Fundament in der mosaistischen Religion, ihre Träger müßten also ein Interesse daran haben, ihre wichtigste Religionsurkunde korrekt auszulegen. Doch es entwickelte sich längst eine Eigendynamik. Für die meisten Anhänger wurden die Bestrebungen zum Selbstzweck, dienen sie der Befriedigung persönlicher Machtgier. Daher würde eine solche Diskussion diese Bestrebungen im religiösen Kern infragestellen, also schwächen, während sie jene Kreise innerhalb und außerhalb dieser Priesterkasten fördern würde, die an einer Heilung der Welt, an einer Befreiung vom Imperialismus wirklich interessiert sind.

Eine Verwirklichung des „Esausegen-Konzepts" steht – im Gegensatz zu vielen anderen Inhalten der Bibel – *im Einklang mit der Weltanschauung des Verfassers.* Diese Weltanschauung fußt vor allem auf den philosophischen Erkenntnissen von Mathilde Ludendorff, daneben auf denen von Nicolai Hartmann, Friedrich Schiller, Wilhelm von Humboldt, Eugen Dühring und anderen Vertretern des „deutschen Idealismus", außerdem auf Erkenntnissen aus Geschichts- und Naturwissenschaft, Psychologie und Verhaltenslehre.

Beim Streben nach Erfüllung dessen, was einerseits im Esausegen für die *Bibelgläubigen* eindeutig **von Gott Jahweh selbst konzipiert** ist und andererseits nach der *Weltanschauung des Verfassers* als **allgemeingültige moralische und politische Grundnorm** anzusehen ist, steht der Verfasser in einem *Recht* und in einer *Pflicht.* Nach seiner Weltanschauung führt die Beschreitung des imperialistischen Weges in letzter Konsequenz zum Untergang des menschlichen Lebens in seiner positiven Form, nämlich in jener Form, die vor allem durch das Streben nach Freiheit, Würde, Güte, Liebe, Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit gekennzeichnet ist. Für diese Weltanschauung gibt es *keinerlei Recht* auf Beschreitung des falschen Wegs: des imperialistischen Wegs, des Wegs der Manipulation, Kontrolle und Ausbeutung des Menschen, des Wegs zur Errichtung einer Gewalt- und Willkürherrschaft. Für sie gibt es nur ein Recht auf Befreiung vom falschen Weg, ein Recht, das zugleich sich als Pflicht darstellt, als Pflicht, eine freiheitlich-volksherrschaftliche, leben-, frieden-, umwelt- und heimatschützende Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, die als Schutzgebiet für den Einzelnen und die Gruppe, aber auch als Hort dient, in der die ethnische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Höherentwicklung zu gedeihen vermag.[71]

Es ist klar, daß eine Befreiung, die nicht gewaltsam erfolgen und daher nur auf geistigem Gebiet vorangetrieben und sicher gegründet werden kann, hauptsächlich mit den Mitteln des Vorbilds, der Einsicht, der Hilfe zur Selbsterkenntnis, dann der Erziehung, der Wissenschaft und Kunst, der Aufklärung sowie der Mobilisierung des Stolzes und des Selbsterhaltungs-, Freiheits-, Rechts-, Wahrheits- und Schönheitswillens herbeigeführt werden muß und auch nur so herbeigeführt werden kann.

Die „Jakobfraktion" wird vor allem vom Mosaismus gebildet. Dieser ist sozusagen der Kopf. Zur Fraktion gehören außerdem das aus dem Mosaismus hervorgegangene Christentum sowie, etwas entfernter, die dritte jahwistische oder abrahamitische Religion, der Islam. Weiterhin gehören dazu die aus dem Mosaismus, Christentum und Islam hervorgegangenen Kader- und Hilfsorganisationen, wie z. B. der B'nai-B'rith-Orden, die Freimaurerei, der

---

[71] Näheres hierzu steht vor allem in meinem *Gutachten zur Frage der Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben,* Viöl 1995; siehe außerdem die Schrift: *Antiimperialistische Sprengsätze in der Holocaust-Debatte,* Viöl 1998, 2. Aufl..

Jesuitenorden, der Thuleorden. Schließlich gehören dazu verschiedene Ableger, wie der Marxismus und die verschiedenen Erscheinungsformen des Sozialismus und Kapitalismus, außerdem der Faschismus und bis zu einem gewissen Grade auch Teile des Nationalsozialismus. Sie alle bilden in ihrer Grundstruktur eine Einheit. Sie alle fußen auf Sendungsreligionen oder -ideologien mit mehr oder weniger stark entwickelten Wahnideen, stellen Alleinherrschaftsansprüche, sind autoritär-hierarchisch organisiert, setzen Geheimorganisationen ein, wenden Suggestionen, Verängstigungen, Gehirnwäsche und andere Methoden zur seelischen Manipulation und Abrichtung ein, und sie verfolgen Andersdenkende nicht selten bis hin zu deren Ermordung. Das alles entspricht dem „Jakobsegenkonzept", es sind Entwicklungen im Geiste oder aus dem Nährboden dieses Konzepts. Das „Esausegenkonzept" ist völlig anders.

Personen und Gruppen, die zur „Jakobfraktion" gehören, können sich nicht auf den Esausegen berufen oder ihn „mobilisieren", es sei denn, sie verlassen die Fraktion und gesellen sich zur anderen Fraktion. Die Hinwendung zur „Esaufraktion" erfolgt aber nicht nur durch Aufgabe jeglicher Mitgliedschaft in Vereinigungen der „Jakobfraktion", sondern vor allem durch völlige Absage an jede Art von imperialistischem, autoritär-hierarchischem, Willkür und Gewalt anwendendem Verhalten. Auch jeder, der von vornherein, durch Abstammung und Erziehung, nicht zum Anhänger irgendeiner Strömung oder Gruppe innerhalb der „Jakobfraktion" wurde, kann nur Mitglied der „Esaufraktion" sein, wenn er die gleiche Absage vollzogen hat, d. h., wenn er anderen Menschen nicht mit Unterdrückung, Willkür, Hetze und Gewalt entgegentritt.

Natürlich gibt es Anhänger und Gegner imperialistischen Verhaltens, seitdem es in Gesellschaft lebende Menschen gibt. Aber erst mit der Entstehung und Ausbreitung der im Vorderen Orient entstandenen drei abrahamitischen Religionen kam es im Verlauf von mehr als zwei Jahrtausenden zu einer weltweiten Ausbreitung imperialistischen Verhaltens und zu einer damit verbundenen Bedrohung der gesamten Menschheit auf allen Lebensgebieten. Gegner dieser Entwicklung bedurften natürlich niemals irgendeines Segens oder Rechtstitels, um zur Abwehr legitimiert zu sein. Da seit 1945 imperialistische Herrschaftsformen weltweit vorherrschen und die „Jakobfraktion" innerhalb der imperialistischen Gesamtströmung dominiert und über Waffen verfügt, mit denen die ganze Erde verwüstet werden kann, gilt nunmehr für die „Jakobfraktion" die *Legitimierung der antiimperialistischen Abwehr durch den Esausegen* als vollzogen, d.h.: spätestens jetzt darf auch **nach dem Willen Jahwehs das Joch Jakobs abgerissen werden.** Das aber bedeutet, daß Jakob den Esau – solange Esau sich an die Regeln hält, d.h. nicht Unterdrückung, Hetze und Gewalt anwendet – nicht mehr mit Gewalt daran hindern darf, das Joch abzureißen. Das bedeutet außerdem, daß nicht nur die Mitglieder der „Esaufraktion", sondern auch **alle minderjährigen Kinder von Anhängern der „Jakobfraktion" und sämtliche Angehörige noch nicht geborener Generationen,** da sie sich alle noch nicht frei entscheiden konnten, zu welcher Fraktion sie gehören wollen, **unter dem Schutz des Esausegens stehen, also nicht mehr Opfer imperialistischer Gewalt werden dürfen.** Der Einzelne verliert diesen Schutz nur dann, wenn er in mündigem Zustand durch Anwendung von Unterdrückung, Hetze und Gewalt den Schutzbezirk verläßt.

Diese grundlegende Änderung der Lage aus der Sicht der „Jakobfraktion" gilt es den Mitgliedern dieser Fraktion vor Augen zu führen. Nicht, um sie zu manipulieren oder gar zu zerstören, sondern, um sie zu öffnen für die Befreiung, die auch ihnen gilt.

+

Mathilde Ludendorff berichtete in einem Schreiben vom 28.8.1952 an die Zeitschrift *Der Weg* (Buenos Aires):

„Den vier Jahren Spruchkammerverfolgung gingen eineinhalb Jahre voraus, in denen ich von allen möglichen Sektionen der Demokratie der USA vernommen wurde, während die Security Police gar manches Mal mit dem Auto schon vor der Tür stand, um mich nötigenfalls abzuführen. So kam denn auch einmal ein Mann, dem der Haß gegen mich nur so aus den Augen sprühte und der mit Hilfe eines sehr starken Stimmaufwandes hoffte, mich verängstigen zu können. *'Wollen Sie alles verantworten, was Sie in der Zeitschrift* Am Heiligen Quell *veröffentlicht haben?'* fragte er drohend. *'Natürlich, es steht ja auch mein Name dabei.'* – Darauf wurden mir Stellen aus Artikeln vorgelesen, die offenbar als ein großes Verbrechen angesehen wurden, und als ich dabei völlig ruhig blieb, kam die Frage nicht gesprochen, sondern geschrien: *'Wissen Sie denn gar nicht, was Ihnen bevorsteht?'* – *'O doch, ich habe ja schon ein ganzes Jahr hindurch den herrlichen Freiheitsgeist der Demokratie der USA kennengelernt und weiß recht wohl, was mir bevorsteht, aber ich begreife Sie überhaupt nicht.'* – *'Was fällt Ihnen ein?'* – *'Ja, möchten Sie nicht hören, weshalb Sie mir so unbegreiflich sind? Wenn ich mich nicht sehr irre, sind Sie doch Jude. Und ich möchte darauf wetten, daß Sie orthodoxer Jude sind, deshalb begreife ich gar nicht, warum Sie so mit mir verfahren! Sie wissen doch so gut wie ich, daß Isaak, der von Ihrem Gott Jahweh selbst vor dem Opfertode behütet wurde, in allen seinen Worten so maßgebend und unantastbar ist wie Ihr Gott Jahweh selbst.'* – Der Gesichtsausdruck veränderte sich schon ein wenig. – *'Sie wissen auch, daß sein Sohn Jakob, der sich durch eine List den Segen für Esau erschlich, das jüdische Volk bedeutet. Der Segen, der Jakob den Tau des Himmels, die Fettigkeit der Erde, Korn und Wein die Fülle verheißt und ihm zusagt, daß die Völker ihm dienen müssen und ihm zu Füßen fallen müssen, wird von allen orthodoxen Juden mit Freuden begrüßt und mit Eifer zur Erfüllung geführt. Niemals wird irgendein orthodoxer Jude, also niemals werden auch Sie selbst diesen, die Weltherrschaft verheißenden Segen Jahwehs durch Isaak vergessen!'* – Haß und Groll sind aus dem Gesicht verschwunden und Spannung, was nun noch von mir gesagt wird, liegt auf den Zügen. – *'Gern aber vergessen alle orthodoxen Juden und auch Sie in dieser Stunde den zweiten Segen, den Jahweh durch den Mund Isaaks nun dem Esau gibt, nachdem er die List erkannt hat. Esau ist alles nichtjüdische Volk, das wissen Sie! Und Sie wissen auch, daß in Ihrer Thora im 1. Buch Moses 27, Vers 39 und 40 zu lesen steht: 'Da antwortete*

Isaak, sein Vater, und sprach zu ihm: Siehe da, Du wirst keine fette Wohnung haben auf Erden und der Tau des Himmels von oben her ist Dir fern. Deines Schwertes wirst Du Dich nähren und Du wirst Deinem Bruder dienen. Und es wird geschehen, daß Du Dich aufraffst und sein Joch von Deinem Halse reißen wirst und auch Herr bist.' – Und nun kommen Sie als orthodoxer Jude und wagen es, mir zu drohen und Strafen in Aussicht zu stellen für das, was ich gesprochen und geschrieben habe? Mein Mann und ich haben in der Judenfrage nie ein Wort geschrieben oder gesprochen, das etwas anderes gewesen wäre als das Abschütteln des Joches Jakobs von unserem Halse, mit dem Ziele auch Herr zu sein. Wer also erfüllt denn hier die Verheißung, die Jahweh durch Isaak gibt? Nun, ich denke doch, der Esau in Gestalt meines verstorbenen Mannes und ich! Und wer wagt es, Ihrem Gotte Jahweh zuwiderzuhandeln?'

Das Gesicht mir gegenüber ist weiß. Der Jude erhebt sich, spricht mit der Stimme bebend die Worte: *'Ich danke sehr'*, verbeugt sich und verläßt rückwärtsgehend den Raum.

Dieser kleine Vorfall ist nur einer von sehr vielen Erfahrungen in dieser Richtung während 32 Jahren. Zweierlei möchte er denen, die die Gefahr überwinden wollen, an die Seele legen. Einmal, daß sie den zusammengetragenen Wahrheitsbeweis [gemeint ist der Wahrheitsbeweis in der Judenfrage, der in ihren Spruchkammerverfahren vorgelegt worden war] gründlich aufnehmen und verwerten. Und zum anderen, daß sie sich tief einprägen: **Nur der Kampf hier wird zum Ziele führen, der gerade den orthodoxen Juden als von ihrem Gotte Jahweh selbst verheißener Kampf erscheinen muß, ein Ringen um die Freiheit aller nichtjüdischen Völker, der niemals über das Ziel hinausschießt, der niemals etwas anderes ist als das in ernster Moral verwirklichte Abschütteln des Joches Jakobs von dem Halse und der Wunsch aller Völker, selbst auch Herr zu sein.**

Es lebe die Freiheit aller Völker!

Dr. Mathilde Ludendorff"

3. ERGÄNZENDE MATERIALIEN FÜR DIE BEGRÜNDUNG

ERSTER TEIL (FORTSETZUNG IN FOLGENDEN HEFTEN)

Die vorstehenden Ausführungen in Abschnitt C waren genaugenommen ein Einschub. Ein großer Teil meiner Stammleser kennt wahrscheinlich den größten Teil dieser Ausführungen. Da aber die vorliegende Schrift nicht nur die Stammleser, sondern einen sehr viel größeren Kreis von Lesern erreichen wird, ist der Einschub notwendig. Denn er soll jedem Leser den *weltanschaulichen, ethischen und politischen Kontext* bekanntgeben, in den die Steuerverweigerung eingebettet ist, um Mißverständnissen über Ziele und Beweggründe vorzubeugen. Damit zeigen diese Ausführungen zugleich, in welche weltanschauliche, kulturelle und politische Richtung mein Streben geht.

Es folgt nun der Unterabschnitt: ERGÄNZENDE MATERIALIEN. Dieser Abschnitt ist ein Torso: Es fehlte der Platz, um das gesamte vorhandene Material in seiner Gänze wiedergeben zu können. Unsere Druck- und Heftstraße kann nämlich nur unter erheblichem Mehraufwand Hefte mit mehr als 80 Seiten herstellen. Außerdem umfaßt das gesamte, als Ergänzung in Frage kommende Material mehrere hundert Seiten. Es sind daher ohnehin einige Sonderhefte nötig, um auch nur das Wichtigste zu veröffentlichen. Vor allem aber sollte die Breitenwirkung des Heftes nicht durch eine zu große Fülle an Material beeinträchtigt werden.

Zunächst folgt ein Artikel von Gerrit Ullrich, in dem gezeigt wird, daß die Westalliierten 1944 Rechtsvorschriften für die zu okkupierenden deutschen Gebiete erlassen haben, die gemäß Art. 139 des Grundgesetzes und dem von uns auf S. 10 ff. analysierten Vertrag zwischen der Bundesregierung und den „Drei Mächten" auch noch heute gelten, und zwar Rechtsvorschriften, die **im Ergebnis jegliches Vermögen eines Deutschen völlig ungeschützt und der freien Willkür der westalliierten Kriegsverursacher und -gewinnler zur Verfügung stellen**. Ein Mitarbeiter hat mir die gesetzliche Grundlage beschafft. Das war nicht einfach. Es gab zwar viele Nachweise im *Weltnetz*, aber bei den angeblichen Fundorten fehlten jeweils die Gesetze. Schließlich fand er sie. Sie umfassen viele Seiten, daher ist es aus dem bereits genannten Platzmangel leider nicht möglich, neben dem Artikel von Ullrich auch noch ein Faksimile dieser Gesetze wiederzugeben. Wir bringen in Kürze die gesamte Dokumentation als Sonderheft heraus. Für dieses Heft ist jedenfalls die Tatsache von Bedeutung, daß **diese Gesetze auch heute noch gelten und damit als weiterer Beweis anzusehen sind für den fremdherrschaftlichen, volksfeindlichen Charakter der sog. Bundesrepublik**.

Als zweite wichtige Information bringen wir Auszüge eines Interviews von Leuren Moret in der Wochenzeitung *Zeit-Fragen* vom 7.10.2006. Danach soll die im ersten und noch mehr im zweiten Irakkrieg sowie im Serbienkrieg benutzte **Urankernmunition die gesamte Lebewelt der Erde schwerstens verseucht haben.** Derzeit lasse ich recherchieren, ob die Aussagen in dem Interview einigermaßen den Tatsachen entsprechen. In diesem Fall wäre die Führung der BRD eindeutig an **schwersten Völkermordmaßnahmen beteiligt** gewesen, da sie im ersten Irakkrieg durch dessen hauptsächliche Finanzierung und im Serbienkrieg durch Bundeswehreinsätze jeweils [im juristischen Sinne] als *Beteiligte* einzustufen ist. Im übrigen war die Führung der Bundesrepublik im Zusammenhang mit den Irakkriegen auch dadurch an Völkermordmaßnahmen beteiligt, daß sie das völlig ungerechtfertigte Lebensmittel- und Medikamentenembargo gegen den Irak mittrug. Durch dieses sind vermutlich über eine Million Iraker ums Leben gekommen, eine noch viel größere Zahl wurde schwerwiegend krank oder genetisch geschädigt.

Liebe KZ-Insassen

G. Ullrich

Vielleicht werden Sie sich erstaunt fragen, wer denn hier wohl angesprochen sein mag. Demnach gilt es dies zuerst zu klären.

Dazu müssen wir die Einstiegsfrage noch etwas ergänzen: Was ist die BRD, eine Abkürzung der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland", denn nun tatsächlich? Als mögliche Antworten auf diese Frage bieten sich drei Alternativen an: Ein Staat, eine kapitalistische Aktiengesellschaft oder ein Arbeits- oder Konzentrationslager (KZ)?

Ein Staat setzt voraus, daß es da eine Gemeinschaft gleichartiger Menschen gibt, die sich nach ihrer Kultur und ihrem Rechtsempfinden sowohl zur inneren Verwaltung, als auch zum Schutz und zur Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen nach außen, eine daran angepaßte Organisation schafft, bzw. sich selbst organisiert. Wer die Entstehungs- und die darauf folgende Entwicklungsgeschichte der BRD betrachtet, wird feststellen müssen, daß die BRD weder aus dem Willen des deutschen Volkes entstanden ist, auch sein Rechtsempfinden nicht berücksichtigt wurde, noch daß von ihr die Interessen des deutschen Volkes vertreten sind, und sie erst recht nicht zu seinem Schutz angelegt ist. Für die, welche es nie gelernt oder aber wieder vergessen haben, hier kurz die Eckwerte zur Entstehungsgeschichte der BRD:

Mit dem 18. September 1944, als der erste Soldat der Kriegsgegner des Deutschen Reiches dessen Boden betrat, verkündeten diese Mächte für alle von ihnen eroberten und besetzten Gebiete neue Rechtsvorschriften. Diese Rechtsvorschriften wurden nach der siegreichen Eroberung und Besetzung des Deutschen Reiches in den dann gebildeten sogenannten westlichen Besatzungszonen zum einzig geltenden Recht. Das deutsche Volk, ***gegen*** welches in den folgenden vier Jahren diese Rechtsvorschriften zur Anwendung gebracht wurden, hatte bei deren Gestaltung keinerlei Mitsprache.

In diesen, auf die Kapitulation der deutschen Wehrmacht folgenden vier Jahren teilten die westlichen Besatzungsmächte den von ihnen beherrschten Teil des Deutschen Reiches in sogenannte Länder - später als Bundesländer bezeichnet - und setzten in jedem davon eine ihnen genehme Landesregierung ein. Im Jahre 1948 legten die Westalliierten den versammelten Vertretern dieser Länder in Frankfurt die sogenannten „Frankfurter Dokumente" vor, in denen die Grundzüge des von ihnen künftig zu beschließenden Grundgesetzes vorgegeben waren. Nachdem die eingesetzten Landesvertreter diese Vorlagen in den sogenannten „Koblenzer Beschlüssen" akzeptiert hatten, folgte eine mehrmonatige Beratung, als deren Resultat das Grundgesetz gilt. Am 23. Mai 1949 wurde von allen Ländervertretern (mit Ausnahme Bayerns) ihr nun ausformuliertes Werk, das Grundgesetz, verabschiedet. Dieser Akt gilt als die Gründungsstunde der Bundesrepublik Deutschland, kurz BRD.

Schon aus diesem Ablauf wird deutlich, daß es sich bei der BRD nicht um einen Staat handeln kann, denn die, welche den Inhalt eines jeden Staates ausmachen, die Angehörigen des Volkes, waren zu keinem Zeitpunkt an der Schaffung oder Gestaltung dieser Organisation beteiligt. Genausowenig wie das Volk selbst wurden auch dessen Rechtsempfinden, Schutzbedürfnis und Kultur in der geschaffen Rechtsgrundlage berücksichtigt.

Wenn die BRD also kein Staat ist, auch wenn alle zugelassenen Medien die Existenz eines solchen vorgaukeln, so bleibt die Frage, was ist sie dann? Die Antwort ist letztlich eine Antwort des Standpunktes. Der Unterschied des zu wählenden Standpunkts liegt darin, ob der Blick von außen oder von innen auf die BRD gerichtet wird.

Von außen, aus der Sicht derer, welche der BRD ihre Rechtsvorschriften vorgegeben haben und die sich selbst nach diesen Rechtsvorschriften zum Eigentümer der und zum höchsten Richter über die BRD gesetzt haben, kann das gesamte Gebilde als eine große, aus verwaltungstechnischen Gründen vielfach unterstrukturierte, kapitalistische Aktiengesellschaft betrachtet werden. Danach ist das, was einstmals das deutsche Volk war, zum Personal einer Kapitalgesellschaft ein- oder auch herabgestuft.

Was aber ist die BRD, wenn man sie von innen, aus Sicht des personalisierten Volkes, betrachtet?

Nun, die BRD ist nichts anderes als ein Arbeitslager von Menschen, die nicht nur kein Eigentum, sondern letztlich auch keinerlei Recht haben. Damit aber bildet die Gesamtheit der sogenannten „staatlichen Behörden" und aller ihnen nahestehenden Organisationen nicht anders als die Kapo-Struktur der internen Lagerverwaltung. Solche Arbeitslager werden nach politisch correctem Sprachgebrauch als Konzentrationslager, abgekürzt KZ, bezeichnet. Die BRD ist ein von den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschaffenes Arbeits- bzw. Konzentrationslager! Alles andere ist nackte Heuchelei. Aber nicht nur alles andere, auch jeder Auftritt und jede andere Darstellung der BRD ist das Gleiche. Folglich ist die Heuchelei, der damit verbundene Betrug und die einhergehende Fälschung allumfassend! Im Ergebnis führt diese Mischung dazu - und das kann jeder, der sich innerhalb des Lagers befindet, tagtäglich erleben -, daß fast jeder Deutsche mit jedem Tag mehr, den er in der Obhut des Lagers verbringt, zu einer vielfach schizophrenen, geistig völlig zerrütteten Kreatur wird.

Wie geschickt die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, in der Folge auftretend als Eigentümer allen Vermögens dessen, ***was sie mit diesem Krieg erbeutet haben,*** nicht nur die Lagerinsassen, sondern letztlich die gesamte Welt über den von ihnen tatsächlich geschaffenen Zustand täuschten, das zeigt nichts deutlicher als der ominöse Artikel 139 des Grundgesetzes. Dieser bringt in aller Deutlichkeit den eigentlichen Wert des Grundgesetzes zum Ausdruck. Der Artikel 139 des Grundgesetzes lautet:

(Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften)

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt. ➪

Dieser Artikel besagt nun nichts anderes, als daß die Rechtsvorschriften, welche von den westlichen Siegermächten mit dem 18. September 1944 für das gesamte von ihnen eroberte und besetzte Gebiet erlassen wurden, von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt werden, also weiterhin bestehen, Gültig- und Wirksamkeit haben. Mit anderen Worten: die Grundlage aller Rechte im Arbeitslager BRD bilden diese Rechtsvorschriften, die aus Täuschungszwecken auch als „Entnazifizierungsvorschriften" bezeichnet werden.

Von diesem Gesetzeswerk, welches die alliierten Truppen im Dienste der anglo-amerikanischen Plutokraten dem militärisch besiegten deutschen Volk bescherten und das zumindest 171 Einzelgesetze enthält, die allgemein aber weitgehendst unbekannt sind, reicht die Kenntnis von zwei Einzelgesetzen völlig aus, um den Geist und Zweck des Gesamtwerkes zu erkennen. Dies sind die Gesetze Nr. 2 und Nr. 52.

Mit Ersteren, wird alles Eigentum deutscher Regierungen, Einwohner und Staatsangehöriger beschlagnahmt, wogegen mit Letzterem, dem Gesetz Nr. 52, jeder Deutsche gleichzeitig rechtlos gestellt wird, d.h., er ist der beliebigen Willkür der Alliierten ausgeliefert. ***In solch einem Falle ist die Aufgabe der BRD-Richter und -Gerichte darauf beschränkt, Rechtliches oder Sachliches zu konstruieren, um die vorgegebene Willkürentscheidung durchzusetzen, sie aber nicht als solche erkennbar werden zu lassen.***

Besonders beachtlich ist die juristische Geschicklichkeit, mit der in dem Gesetzeswerk versucht wird, die mit ihm tatsächlich verfolgte Absicht verborgen zu halten. Diese Tarnung ist dermaßen gestaltet, daß man eine „Allgemeine Vorschrift Nr. 1" eingefügt hat, in der festgehalten ist, daß die „Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen" einzig auf die darin aufgezählten Personen und zumeist nationalsozialistischen Organisationen beschränkt ist. Aber bereits aus dem Zusammenwirken der Gesetze Nr. 2 und Nr. 52 zeigt sich, daß diese Einschränkung nur zur Täuschung eingefügt wurde. Denn auch für alles andere Vermögen eines jeden Deutschen fehlt jeglicher rechtliche Schutz, wie dies im Gesetz Nr. 2 festgeschrieben ist. ***Im Ergebnis ist damit jegliches Vermögen eines Deutschen völlig ungeschützt und steht der freien Willkür der Kriegsverursacher und -gewinnler beliebig zur Verfügung.*** Das Zusammenspiel der beiden Gesetze Nr. 2 und Nr. 52 bildet nicht nur die Grundlage für viele aberwitzige Gerichtsentscheidungen der BRD-Justiz, sondern aus ihnen erklärt sich auch die zu allen BRD-Zeiten betriebene, in der Zeit nach 1990 ins Phantastische gesteigerte ***Plünderung und Eigentumsverschiebung an die anglo-amerikanischen Plutokraten,*** deren Zynismus so weit geht, in der Form von Banken oder Fonds als sogenannte „Investoren" aufzutreten.

Wenn sich während der nunmehr fast 62-jährigen KZ-Knechtschaft des deutschen Volkes deutsche Politiker so sehr für Aufrichtung der EU und die Auflösung der BRD einsetzen, so könnte diesen (wenn auch sicherlich nicht allen) zumindest zugute gehalten werden, daß sie sich - ganz gleich wie die künftige EU-Organisation auch gestaltet sein mag - für die Beendigung des deutschen KZ-Daseins einsetzen. Frei nach dem Motto: schlimmer und erniedrigender kann es nicht mehr werden. Aber selbst hier, wenn wir solches Wollen bei diesen Leuten einmal unterstellen wollen, hat man die Rechnung - wiedereinmal - ohne den Wirt gemacht, und dies nicht nur deshalb, weil auch alle „Fluchtversuche" in die EU immer mit den KZ-Eigentümern abzustimmen waren, womit auch diese Schritte letztlich in deren Interesse erfolgten. Denn denen, die Imperien über Völker gründen, die seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden, ihrem Räubertrieb frönen, wobei sie vor keiner noch so großen Zahl von Opfern, Brutalitäten und Vergewaltigungen zurückschreckten, steht ein politisches Wissen zur Verfügung, von dem ein deutscher Politiker noch nicht einmal zu träumen wagt. Denn der von der Räuberhorde der Plutokraten, deren Kinderstube im angeblich bronzezeitlichen (mittels eines hölzernen Pferdes! untergegangenen) Troja stand, verfolgte Plan geht nicht dahin, dem deutschen Volk die Pforten des KZ in einen freiheitliche EU zu öffnen, sondern das mit der EU verfolgte Ziel ist im Kern nichts anderes, als ein Expansion des KZ's BRD. Nicht mehr nur ein Teil des ehemaligen Gebietes des Deutschen Reiches wird dann ein KZ-Arbeitslager sein, sondern ganz Europa und - mit diesem zeitlich gleichgeschaltet - die gesamte Welt wird in ein riesiges Konzentrationslager zum Wohle seiner plutokratischen Eigentümer verwandelt.

Damit nun sollte zumindest jeder Lagerinsasse in der Lage sein, die Machenschaften - auch als Politik bezeichnet-, wie sie innerhalb des Konzentrationslagers von den Lagereigentümern und deren internem Bundes-Kapo-Regime und dessen in Form von Blockwartorganisationen unterstrukturierten Länderregierungen, -Parlamenten und -behörden betrieben werden, einzuschätzen und damit letztlich auch nachvollziehen zu können.

Liebe KZ-Insassen und auch ihr künftigen -Anwärter, man könnte meinen, daß es längst schon nichts mehr gibt, was Ihr zu verlieren hättet. Alle materiellen Werte und alle sich darauf stützende Macht ist vergeben, beschlagnahmt, ergaunert und fest in plutokratischen Händen. Diese Macht zu gewinnen, um sie dann in andere Hände zu legen, kann nicht unser erstrebenswertes Ziel sein. Es kann nur gelten, dieser Macht ihren Einfluß und ihre Herrschaft über uns zu nehmen. Dies aber setzt eine stärkere Macht voraus.

Die stärkste überhaupt nur denkbare Macht liegt nun einmal naturbedingt in jedem von uns selbst. Sie einzusetzen, unseren Geist und unsere Seele in unseren eigenen Dienst für den Menschen und eine menschliche Zukunft zu stellen, was aber immer die persönliche Freiheit bedingt, ist nicht nur das einzige, sondern ist auch das von allen Plutokraten und ihrem dienstbaren Lumpenproletariat gefürchtetste Gegenmittel gegen deren Diktatur und Gewaltherrschaft.

Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit sind seelische Werte, die jeder von uns in sich selbst trägt und nur dort auch verwirklichen kann.

(aus: *Der Reichsbote*, 2006, Nr. 5/6, S. 13/14)

Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach
CH-8044 Zürich
Tel. +41 44-350 65 50
Fax +41 44-350 65 51

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

07. Oktober 2006

Es droht ein weltweiter atomarer Holocaust

Interview mit Leuren Moret, Geowissenschafterin

zf. Leuren Moret ist eine Geowissenschafterin, die nahezu rund um die Uhr daran arbeitet, Bürger, Medien, Mitglieder von Parlamenten und Kongressen und andere Verantwortliche über Radioaktivität und deren Auswirkungen aufzuklären. Sie wurde zu einer aufklärenden Kritikerin im Jahr 1991, als sie noch am Livermore Nuclear Weapons Lab tätig war und Zeugin von arglistigem Betrug im Zusammenhang mit dem Yucca Mountain Project wurde. Gegenwärtig arbeitet sie als unabhängige Wissenschafterin im Rahmen der Bürgerbewegung und als Spezialistin für Radioaktivität für Gemeinden in der ganzen Welt. Sie erstellte Beiträge für die UN-Untersuchungskommission, die sich mit der Untersuchung von abgereichertem Uran befasste. Vor dem Internationalen Tribunal zu Kriegsverbrechen in Afghanistan in Japan 2003 machte sie eine umfangreiche Aussage zum Einsatz von Uranwaffen und deren Auswirkungen. Ebenso referierte sie 2003 an der World Depleted Uranium Weapons Conference in Hamburg.

Iconoclast: Was sind die neuesten Entwicklungen, die Belastung der amerikanischen Streitkräfte durch Depleted Uranium zu verringern?
Leuren Moret: Eine junge Veteranin namens Melissa Sterry aus dem Bundesstaat Connecticut hat eine Gesetzesvorlage in ihrem Bundesstaat eingebracht, die unabhängige Testuntersuchungen für Kriegsveteranen aus Afghanistan und aus dem Golf-Krieg bis zurück ins Jahr 2001 fordert. Sie sagte, dass sie diese Initiative unternommen hat, weil sie krank ist, ihre Freunde tot sind und sie diese Lage auf ihren Einsatz im Krieg von 2003 zurückführt.
Ich habe diese Initiative weiterverfolgt und bin mit Melissa Sterry im Kontakt. Im Mai 2005 hat sie zweimal in einer Anhörung bei den Vereinten Nationen eine Aussage gemacht. Ich fragte sie: «Warum sollen wir diese Initiative nicht in ganz Amerika in allen Bundesstaaten in die Gesetzgebung einbringen, weil sie doch die Öffentlichkeit informiert und die lokalen Medien über sie berichten?» Die Vereinigten Staaten haben ihre Verantwortlichkeit auf internationaler und nationaler Ebene abgeblockt. Es existiert eine totale Verschleierung genauso wie bei Agent Orange, den Atomveteranen und MKULTRA – den Gedankenkontrollexperimenten der CIA.

Grösste Tragödie der Menschheitsgeschichte

Hier geht es wieder um ähnliche Vorgänge, aber das Problem ist viel, viel schlimmer, weil die genetische Zukunft all jener, die verseucht sind, betroffen ist.
Riesige Regionen in der Welt wie auch die Atmosphäre sind mit abgereichertem Uran verseucht. Sie haben soviel davon eingesetzt. Die Menge der radioaktiven Atome, die in die Atmosphäre freigesetzt wurden, ist nach Berechnungen eines japanischen Professors mit 400 000 Nagasaki-Bomben vergleichbar. Und das ist eine untere Schätzung.
Ich war in Lousiania in diesem April 2005. Ich war eingeladen, an der University of New Orleans während dreier Tage zu sprechen. Einer der Veteranen lud mich ein, an ihrer Kundgebung und Demonstration vom 19. April durch die Stadt von New Orleans teilzunehmen. Er hat die Connecticut-Gesetzesinitiative geradewegs in die Gesetzgebung seines Bundesstaates eingebracht und fand zwei Abgeordnete, die sie unterstützten. Er sagte ihnen: «Nehmt die Vorlage ohne den Namen ‹Connecticut› und schreibt einfach ‹Louisiana› hinein.» Sie glauben es nicht, die Vorlage wurde mit 101 zu 0 im Louisiana House angenommen.
Ich möchte, dass Sie darüber schreiben, weil wir diese DU-Testing-Vorlage auch in Texas haben wollen. Nevada wird sie ebenfalls vorlegen. Der Kongressabgeordnete Jim McDermott wird sie in die Legislative des Staates Washington einbringen. Wir wollen den Gouverneur von Montana ebenfalls dazubringen, weil er der erste Gouverneur war, der die Rückkehr der Nationalgarde forderte. Ich denke, dass die Hälfte von ihnen zurück sind. Er sagte: «Ich brauche sie hier im Staat.»
Das Problem des abgereicherten Urans ist wirklich, wirklich, wirklich, wirklich so schrecklich. Ich glaube nicht, dass es eine grössere Tragödie in der Geschichte der Menschheit gibt als die, die sie gemacht haben.

Globale radioaktive Verseuchung

Existiert durch das abgereicherte Uran, das dort in Übersee in den Waffen eingesetzt wurde, über die Luftübertragung eine Gefahr für uns hierzulande?
Die Atmosphäre ist global mit abgereichertem Uran verseucht. Es vermischt sich komplett innerhalb eines Jahres. Ich bin Expertin für atmosphärischen Staub. Ich bin Geowissenschafterin, Geologin, und das war mein Studien- und Forschungsschwerpunkt. Es ist wirklich ein faszinierendes Thema. Wir haben riesige Staubstürme, die Millionen Quadratkilometer umfassen und Millionen Tonnen von Staub und Sand jedes Jahr um die Welt transportieren. Es gibt mehrere Hauptzentren dieser Staubstürme: Eines ist die Wüste Gobi in China, wo die Chinesen in der Vergangenheit ihre Atomwaffentests in der Atmosphäre gemacht haben, so dass dort alles mit Radioaktivität verstrahlt ist und dass von dort die strahlenden Partikel nach Japan transportiert werden, und von dort geht der Sturm über den Pazifik hinüber und lädt in den USA und Nordamerika all den Sand und Staub ab. Der Staub enthält radioaktive Isotope, Russ, Pestizide, Chemikalien, Umweltschmutz – alles ist enthalten –, Pilze, Bakterien, Viren.
Die Wüste Sahara ist ein weiteres riesiges Staubzentrum. Von dort geht der Staub über ganz Europa und über den Atlantik, die Karibischen Inseln und die ganze Ostküste hoch. Natürlich haben Sie den Staub in Texas mit den Hurrikans. Alle diese Verteilungen haben ihren Ursprung in der Sahara-Wüste.
Die dritte Region ist im Westen der Vereinigten Staaten, wo das Testzentrum in Nevada liegt. Wir haben dort 1200 Atomwaffentests gemacht, so dass all die Radioaktivität, die schon da ist – was schlimm genug ist –, weltweit eine globale Krebsepidemie seit 1945 verursacht hat. Jene Verstrahlung war äquivalent zu 40 000 Nagasaki-Bomben. Heute reden wir über ein Zehnfaches mehr.
Im April 2003 hat die WHO die Erwartung geäussert, dass ein Anstieg der globalen Krebsraten um 50% bis zum Jahr 2020 zu erwarten ist.
Die Kindersterblichkeit steigt überall auf der Welt. Das ist ein Anzeichen für das Niveau der radioaktiven Verschmutzung. Nachdem die USA und die Sowjetunion den Vertrag über einen teilweisen Atomwaffenteststopp im Jahr 1963 unterzeichneten, fiel die Kindersterblichkeitsrate wieder, was normal war. Heute steigt die Rate wieder. Verursacher ist die globale Verschmutzung mit Radioaktiviät.

Krebs, Hirnschäden, Missbildungen ...

Einer unserer Korrespondenten schickte mir eine Fotoserie über den Al-Asad-Staubsturm im Irak vom 28. April 2005.
Das ist der Staub, von dem ich rede.

Auf dem Bild sieht man eine gigantische Wand aus Sand.
Ich habe 16 Bilder dieses Sturms. Sie sind veröffentlicht, zusammen mit Photos von irakischen Ärzten mit den Kindern von Menschen, die an Krebs und Leukämie erkrankt sind. So, was dachten Sie über diesen Sandsturm?

Ich dachte, dass es sehr dramatisch ist.
Der Sturm wirbelt die ganze Radioaktivität auf, aber das sind jetzt die grösseren Partikel. Das abgereicherte Uran verbrennt bei sehr hohen Temperaturen. Es ist ein pyroforisches Metall, was bedeutet, dass es brennt. Die Patronen und die Grosskalibergeschosse sind bereits erhitzt, wenn sie aus dem Abschussrohr herauskommen, weil sie sich bereits durch die Reibung im Lauf entzünden. Siebzig Prozent des abgereicherten Uranmetalls wird zu feinstem Metallstaub. Es handelt sich genau genommen um eine radioaktive Gaswaffe und ein Flächenverseuchungsmittel.
Ich werde Ihnen per E-Mail den Hinweis auf ein 1943 verfasstes Memo an General Leslie Grove im Rahmen des Manhattan Project senden. Es ist der Entwurf für die Entwicklung von abgereichertem Uran. Sie haben damals die Atombomben abgeworfen, aber sie verwendeten nicht die Uranwaffen, weil sie sie für zu schrecklich hielten.
Ich war in ganz Japan mit einem Kinderarzt aus Basra unterwegs, einem Krebsexperten. Diese armen Ärzte – ihre Familien sterben an Krebs. Er hat im Moment 10 Familienmitglieder mit Krebs in Behandlung, und das rührt nur vom ersten Irak-Krieg her. Sie haben viel, viel mehr im Jahr 2003 eingesetzt. Überall im ganzen Land.

Was können die Soldaten erwarten, wenn sie heimkommen?
Wenn sie in Bradley-Kampffahrzeugen waren, kommen sie mit Dickdarmkrebs vom Sitzen auf den Munitionskisten nach Hause. Die jungen Frauen berichten schreckliche Probleme mit Endometriosis, einer Fehlfunktion der Gebärmutterschleimhaut. Und die Frauen bluten, bluten und bluten. Einige von ihnen haben Gebärmutterkrebs – 18 und 19 und 20 Jahre alt. Die Armee wird diese Krankheiten noch nicht einmal diagnostizieren. Sie schicken sie direkt wieder auf das Schlachtfeld zurück. Sie werden sie weder behandeln noch untersuchen. Eine Gruppe von 20 Soldaten drang 2003 von Kuwait bis Bagdad vor. Acht von den 20 Soldaten haben bösartige Erkrankungen.

Hat die Belastung durch abgereichertes Uran Auswirkungen auf die psychische Verfassung, wenn sie nach Hause kommen?
Abgereichertes Uran sind diese kleinsten Partikel, die bei sehr hohen Temparaturen entstehen. Darunter sind Uranoxide, die nicht löslich in Flüssigkeiten sind. Sie sind mindestens 100mal kleiner als ein weisses Blutkörperchen. Wenn die Soldaten einatmen, nehmen sie diese Partikel auf. Die Partikel gehen in die Nase und gelangen durch den Riechapparat ins Gehirn. Dort beeinträchtigen sie die kognitiven Fähigkeiten, die Gedankenprozesse. Das Kontrollzentrum für Gefühlsabläufe im Gehirn wird beschädigt. Vier Soldaten aus Fort Bragg kamen aus Afghanistan zurück; innerhalb von zwei Monaten hatten sie ihre Frauen ermordet. Das ist teilweise durch Hirnschäden bedingt, die durch radioaktive Partikel entstehen.
Da gab es eine Gruppe von Soldaten aus dem ersten Golf-Krieg, die mit DU in ihrer Ausrüstung, in ihrer Kleidung, in ihren Körpern, in ihren Samen zurückkamen, und sie hatten normale Babys, bevor sie in den Krieg zogen. Sie kamen zurück, und die Veterans Administration machte eine Untersuchung. Bei 67% von 251 Veteranen aus dem ersten Golf-Krieg hatten die Babys schwere Geburtsschäden. Sie hatten keine Gehirne, keine Arme oder Beine, Organe fehlten. Sie wurden ohne Augen geboren. Sie hatten schreckliche Blutkrankheiten. Es ist furchtbar. Wenn Sie das sehen möchten: «Life Magazine» hat ein Foto-Essay gemacht, das immer noch im Internet ist. Es heisst «Die winzigen Opfer des Desert Storm» («The Tiny Victims of Desert Storm»). Das sollten Sie sich anschauen – oh mein Gott –, Babys, die nach dem Golf-Krieg geboren wurden und die mit ihren gesund geborenen Brüdern und Schwestern spielen. Im Grunde genommen ist es wie Crack-Rauchen, nur dass sie radioaktives Crack rauchen. Es geht direkt in die Blutbahn. Es wird in den gesamten Körper transportiert, in die Knochen, ins Knochenmark, ins Gehirn. Es geht in den Fötus. Es ist ein Körpergift und ein radiologisches Gift.

Es tötet alle lebenden Systeme

Was ist mit den Leuten in den USA, die sich hier aufhalten? Sie sagen, dass DU vermischt und weltweit verteilt wird.
Ja, es vermischt sich weltweit. Wir bekommen Passivrauch. Das ist der Passivraucheffekt. Man kennt das, wenn sich Menschen in einem Raum mit Rauchern aufhalten. Sie atmen diesen Passivrauch ein, und das tun wir auch.

Wird dieser Passivrauch dichter, während wir hier sprechen?
Ja, die Konzentration der DU-Partikel in der Atmosphäre steigt überall auf dem Globus an. Es gab Anzeichen, dass die USA [...] den Iran zum Teufel bomben würden. Wir beobachten die Munitionsfabriken der US-Armee. Sie haben riesige Bestellungen für diese grossen Bunker-Buster-Bomben mit 5000 Pfund abgereichertem Uran im Sprengkopf.

Dann ist die Prognose für Amerika nicht wirklich gut?
Nein, sie ist echt schlecht.

Und wenn das dann weitergeht?
Es wird die gesamte Weltbevölkerung töten. Das macht es bereits, und es betrifft nicht nur die Menschen. Es betrifft alle lebenden Systeme. Die Pflanzen, die Tiere, die Bakterien. Es betrifft alles.

Also, wenn die Dinge, die wir essen, DU enthalten, dann nehmen wir das in unser System auf, und damit verschmutzen wir die Ozeane, und das kann dann das gesamte Meeresleben betreffen.
Ja, es ist in der Luft, im Wasser und im Boden. Die Halbwertszeit von DU, Uran 238, ist 4,5 Milliarden Jahre, das ist das Alter der Erde.

Atmosphäre dauerhaft verseucht

Mit dem Schaden, der bis zu diesem Zeitpunkt angerichtet wurde – gibt es ein Zurück? Können wir es nicht aufräumen?
Es gibt keine Möglichkeit, es aufzuräumen. Diese winzigen Partikel schweben rund um die Erde. Immer noch schweben Plutonium und Uran von den Bombentests rund um die Erde. Diese Partikel sind so winzig, dass die Moleküle, die mit ihnen zusammenstossen, sie in der Luft fliegen lassen. Daher sind die einzigen Wege für sie, um aus der Atmosphäre herauszukommen, Regen, Schnee, Nebel und Schadstoffwolken, die sie aus der Luft herausziehen und sie in der Umwelt absetzen. Die Oberfläche dieser Partikel wird durch die Feuchtigkeit in der Luft nass. Sie kommen herunter und landen auf Material und haften an ihm wie Klebstoff. Man kann diese Partikel von etwas, woran sie haften, niemals mehr wegbekommen. Haben Sie jemals einen Wassertropfen auf den Objektträger eines Mikroskops getan und danach einen anderen Tropfen darauf gelegt? Können sie diese Tropfen wieder voneinander trennen?

Nein.
Okay, dasselbe geschieht mit radioaktiven Partikeln. Wenn sie einmal aus der Atmosphäre entfernt werden, haften sie an jeder Oberfläche, auf der sie landen. Auf irgendeine Weise werden sie aus dem Kreislauf in der Atmosphäre entfernt. Man kann sie nicht abwaschen. Wenn es länger regnet oder wenn sie in einem Bach sind, wissen Sie, wenn sie an einem Felsen oder an

Steinen in einem Bach haften, werden sie nicht weggewaschen. Sie haben nicht gewusst, dass es so schlimm ist; nicht wahr?

Nein. Ich wusste, dass es schlimm ist, aber ich dachte, es wäre ziemlich isoliert.
Nein. Was jetzt drüben im Irak ist, ist in ungefähr fünf Tagen hier drüben. Ich weiss nicht, ob Sie Tschernobyl verfolgt haben. Diese grosse radioaktive Blase ging rund um die Welt, aber das hier ist Staub. Es wird zu einem Teil des atmosphärischen Staubs. Wie der Staubsturm, den Sie auf diesem Photo sahen, kommt es überallhin.

Ist es in den oberen oder in den unteren Schichten der Atmosphäre?
Es ist im unteren Orbitalraum. Als ihre Verwendung zu Ende ging, wurde die Raumkapsel Mir zurück auf die Erde gebracht. Es gab auf der Mir einen kleinen Zwischenraum, der Elektronen auf der Aussenseite des Raumschiffs abschirmte und es vor der radioaktiven Strahlung der Sonne schützte, weil die Elektronik sehr anfällig auf radioaktive Strahlung ist. Man analysierte die Oberfläche dieses Weltraumnetzes und fand Uran und Uranzerfallsprodukte, von denen sie sagten, sie kämen von atmosphärischen Atombombentests oder von verbrannten Raumfahrzeugen mit nuklearem Material oder Atomreaktoren an Bord. Uran kann ebenso von Supernovas kommen, aber sie dachten, dass die wahrscheinlichsten Quellen die atmosphärischen Atombombentests und das nukleare Material sind, das wir in den Weltraum geschickt haben.

DU-Einsätze seit 1973

Also im Grunde genommen sagen Sie, dass wir einen Atomkrieg führen.
Jawohl, genau das ist es. Wir haben seit 1991 vier Atomkriege geführt. Jawohl, das sind Atomkriege. DU ist eine Atomwaffe.

Was muss vom Standpunkt eines Wissenschafters aus geschehen, um das zu korrigieren?
Nun, wir müssen dessen Nutzung stoppen. Wir haben eine internationale Bewegung aufgebaut, um die Nutzung, die Herstellung, die Lagerung, den Verkauf und den Einsatz von DU-Waffen zu stoppen.

Enthält die Munition, die wir an andere Länder verkaufen, abgereichertes Uran?
Das ist so. Im Jahr 1968 tauchte das erste DU-Waffensystem, für das wir ein Patent fanden, im US-Patentamt auf. Es war für die Navy bestimmt. Es war eine Art Gatling-Geschütz-Waffensystem, das man auf Schiffe montierte. Es feuert schnell etwa 2500 Kugeln pro Minute ab. Heute sind es mehr als 3000. Sie haben das Design verbessert. Im Jahr 1973 gaben wir dann DU-Waffensysteme an die Israeli weiter und überwachten deren Verwendung. Sie setzten sie im Yom-Kippur-Krieg ein und löschten die Araber in fünf Tagen vollständig aus. Danach war die Sache angelaufen. Das war die erste konkrete Vorführung dieses neuen Waffensystems auf dem Schlachtfeld. Hughes Aircraft entwickelte das Vollsystem für die Navy. Das ist das Gatling-Geschütz-System. Sie verwenden es noch immer. Es wurde im Jahr 1974 produziert und getestet. Innerhalb von sechs Monaten hat die US-Regierung das DU-Waffensystem an 12 juristische Personen verkauft, einschliesslich vieler Zweige des US-Militärs und anderer Länder. Wir haben DU-Waffensysteme an – wir wissen es nicht ganz exakt – an etwa 12 bis 17 Länder verkauft. Die gute Nachricht ist, dass ein derartig effektives Waffensystem normalerweise mittlerweile an 80, 100 oder 120 Länder verkauft worden wäre. Aber wegen der radiologischen, biologischen und Umwelt-Risiken hatten die Länder nicht nur Angst, es zu kaufen, sondern jene, die es kauften, haben auch Angst, es zu verwenden. Die einzigen Länder, von denen wir wissen, dass sie DU verwendet haben, sind Grossbritannien, die USA und Israel. Die Vereinten Nationen haben im Jahr 1996 eine Resolution verabschiedet, dass DU-Waffen Massenvernichtungswaffen sind und gemäss Völkerecht und allen internationalen Abkommen illegal sind.

Deutsche schicken «Euro-Brüder» ins Verderben

Im Jahr 2001 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution über DU. Die Nato-Streitkräfte gingen 1998 und 1999 nach Jugoslawien und flogen 39 000 Bombeneinsätze und bombten Jugoslawien in radioaktive Trümmer. Deutschland und die USA verdienten am meisten Geld an der Zerstörung Jugoslawiens, und sie sorgten dafür, dass die Friedenstruppen aus jenen Ländern wie Italien und Portugal, die nichts über die DU-Waffen wussten, in die am meisten verseuchten Regionen Jugoslawiens geschickt wurden. Die Deutschen und die Amerikaner sandten ihre eigenen Truppen nicht in diese Gebiete. Sie waren in den am wenigsten kontaminierten Gebieten. Diese armen Soldaten aus den anderen Ländern kamen zurück und starben innerhalb weniger Tage, Wochen oder Monate. Die Eltern in Portugal und Italien sind wütend. Sie wandten sich ans Parlament und an die Medien. Es gab eine gewaltige Medienflut mit Artikeln über DU.
Wegen der Nato-Invasion in Jugoslawien war die Katze aus dem Sack. Die Katze war aus dem Sack, aber japanische Truppen wurden nach Somawa geschickt. Es handelt sich um Selbstverteidigungskräfte. Somawa war das am meisten verseuchte Gebiet, wo die schwersten Kämpfe im Irak stattfanden. Wir können damit rechnen, dass diese Soldaten krank, wirklich krank sind.

(Auszug. Vollständiger Abdruck des Interviews mit wissenschaftlichem Kommentar in einem Sonderheft.)

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 1 · Freie Republik Uhlenhof · Nachdruck

Die Freie Republik Uhlenhof und das fremdgesteuerte Staatsgebilde unter dem Namen BRD

Grundsätzliches über die *Freie Republik Uhlenhof* als freier Bestandteil des 1871 wiedergegründeten und rechtlich fortbestehenden *Deutschen Reiches*

sowie über die Frage, inwieweit und warum die Regierung der BRD im Jahre 1990 mit den drei westlichen Siegermächten vereinbart hat, daß die BRD wie bisher auch für alle Zukunft den Status eines Vasallenstaats einnimmt, in dem die westlichen Siegermächte auf gesetzgeberischem, gerichtlichem und administrativem Gebiet maßgebend sind

Verlag für ganzheitliche Forschung
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 2 · Freie Republik Uhlenhof · Nachdruck

Fundamente für den Freiheitskampf

Grunderkenntnisse und Grundentscheidungen für den Freiheitskampf

zur Überwindung imperialistischer Priester-, Funktionärs- und Hochfinanzkasten, deren Ideologien und Praktiken,

zur Selbsterhaltung und Selbstentfaltung des Einzelnen und der Völker auf dem Boden einer kulturellen Höherentwicklung sowie einer freiheitlich-demokratisch-sozialen, volks-, heimat- und naturverbundenen, nichtimperialistischen Weltanschauung und darauf fußender Rechtsstaatlichkeit, Friedfertigkeit und Zusammenarbeit in und zwischen den Völkern

Verlag für ganzheitliche Forschung
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 3/4 · Freie Republik Uhlenhof · Nachdruck 2002

Zentrale Wurzeln des Terrors

Die geistige Grundlage des Mosaismus und des Christentums liefert die zentralen Wurzeln

für die Entwicklung und Rechtfertigung von Auserwähltheitswahn, Weltherrschaftsstreben, Massen- und Völkermord, Gewaltherrschaft, Glaubensverfolgung, Ausbeutung und Rassismus innerhalb des mosaisch-christlichen Herrschaftsbereichs

Dokumentation

Verlag für ganzheitliche Forschung
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 5 · Freie Republik Uhlenhof · Sonderheft, November 2002

Denkschrift

auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts und des im *Alten Testament* verkündeten *Jakob- und Esausegens*

im Dienst der Umkehr und Versöhnung, im Dienst eines konstruktiven Friedensprozesses im Nahen Osten und überall anderswo sowie im Dienst der Überwindung des Imperialismus in jeglicher Form

gerichtet an die Regierung des Staates Israel und die Abgeordneten der Knesset, an den israelischen Botschafter in Berlin, den Zentralrat der Juden in Deutschland sowie verschiedene Führer des mosaisch-gläubigen Judentums in und außerhalb Deutschlands,

an Papst Johannes Paul II., außerdem an die Regierung der USA und den Botschafter der USA in Berlin, an die Regierung der Bundesrepublik, die Regierungen von China, Nordkorea, Indien, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Libanon, Libyen und Ägypten, an die Vertreter sämtlicher ausländischer Staaten in der BRD, an verschiedene Presseorgane, Vereinigungen und wichtige Persönlichkeiten.

überreicht durch

Roland Bohlinger
Vorsitzender des Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands
Geschäftsstelle: Freie Republik Uhlenhof

Verlag für ganzheitliche Forschung

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 6/7 · Freie Republik Uhlenhof · November 2003

Thesen, Ziele, Forderungen

Zur weltanschaulichen Grundlage einer sittlichen Politik Die „Bundesrepublik" als Vasallen- und Feindstaat
Ziele und Forderungen für die Entwicklung eines neuen Volks- und Staatswesens

Verfaßt als Rede für die Protestkundgebung der Gründungsinitiative der *Deutschen Nationalversammlung* vor dem Reichstagsgebäude in Berlin am Reformationstag, dem 31.10.2003.

Dazu verschiedene Anlagen.

Verlag für ganzheitliche Forschung

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 8-11 · Freie Republik Uhlenhof · Juli 2005

Die Wahrheit macht uns frei

Der Prozeß gegen Roland und Dietrich Bohlinger wegen Nachdruck des Buches *Jüdischer Imperialismus*

Dazu u.a. zwei WAHRHEITSBEWEISE:

1. Der Volksverhetzungsparagraph (§ 130 StGB) dient als zentrales Mittel, um eine Auflösung des Deutschen Volkes mit Hilfe einer als-ob-demokratischen Diktatur herbeizuführen.
2. Die mosaistisch-jüdische Bewegung bildet eine nach Artikel 9 II GG. verbotene imperialistische Vereinigung, die von den heutigen Machthabern beschützt und gefördert wird.



Institut für ganzheitliche Forschung

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 12-15 · Freie Republik Uhlenhof · Juli 2006

Roland Bohlinger

Das Ende der Verschwörung gegen Deutschland

durch Enthüllung ihres Wesens und ihrer Geheimnisse und Zertrümmerung der geistigen Grundlagen der bestehenden Fremdherrschaft



- Band 1

Institut für ganzheitliche Forschung
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

Folge 16-17 · Freie Republik Uhlenhof · August 2006

Roland Bohlinger / Alexander Reinach

Die Weltenwende hat längst begonnen

Die Revolutionierung Chinas, das Haus Ludendorff und die Folgen

Es wird Zeit, bisher weitgehend Verborgenes zu enthüllen

Verlag für ganzheitliche Forschung
Freie Republik Uhlenhof

DEUTSCHE FREIHEIT
Nachrichten und Hintergrundinformationen

Folge 1 · Freie Republik Uhlenhof · 1.10.2005

Aus dem Inhalt

Großes Entsetzen – Die Wahrheit setzt sich immer mehr durch
Mathilde Ludendorff: Der Siegeszug der Wahrheit
Das Ziel: Eroberung der Informationshoheit
Freiheit durch Kultur
Die mosaisch-jüdische Lobby auf dem Weltkriegspfad
Die Bürger der USA im Griff des Finsteren Imperiums
Elie Wiesel über die Legitimität des Abschlachtens
Judentum – Erpressung der Vollkommenheit
Eugen Dühring – der gute Europäer
Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört
Die Hand der überstaatlichen Mächte
Noch eine gegen uns gerichtete Völkermordmaßnahme
Churchill bereitete 1944 die Ausrottung aller Deutschen vor
Kein Grund für kleinmütige Verzweiflung



Institut für ganzheitliche Forschung

VERLAGSAUSLIEFERUNG BOHLINGER

FREIE REPUBLIK UHLENHOF – Post: D-25884 Viöl, Postf. 1 – Ruf: 04843-1049 Fernbild: 04843-1087

AUSWAHL aus der Liste der bei uns lieferbaren Bücher. *Neue Preisliste vom 1.7.2011*

Bestellungen: Bitte gewünschte Titel in dieser Liste ankreuzen. Wenn Sie ohne diese Liste bei uns bestellen: Möglichst angeben: Kurztitel und Bestellnummer. Die Bestellnummer befindet sich am Schluß der Titelangaben.
Nachlässe: **Buchhändler** erhalten als Nachlaß bei Einzelbestellungen: 35%. Bei Bestellungen von mehr als einem Titel (auch gemischt) erhalten Buchhändler: 40%. **Versandbuchhandlungen** erhalten grundsätzlich 45 %, es sei denn, es wird öfters bestellt, dann kann als Regelnachlaß 50% vereinbart werden.
Partiebestellungen: Grundsätzlich erhalten **Buchhändler und Privatbesteller** bei Bestellung von 10 Exemplaren eines Titels *zusätzlich und kostenlos ein weiteres Exemplar* (sog. Partieexemplar).
Ausgenommen von Nachlässen: Titel mit AV oder RAV vor der Bestellnummer, diese stammen aus **Fremdverlagen.**
Lieferung von „Remittenden“: Remittenden sind guterhaltene, leicht beschädigte Bücher aus Rücksendungen: Soweit vorhanden, liefern wir auf Wunsch und bei bei einem Bestellwert von mindestens 30 € mit 40% Nachlaß.
Bei sofortiger Bezahlung 3% Skonto. Ansonsten ist die Rechnung nach 14 Tagen ohne Abzug fällig.
Achtung: Alle **Faksimiledrucke** (meist mit **F.** oder **Faks.** gekennzeichnet) sowie **Titel aus fremden Verlagen** (mit AV oder RAV vor der Bestellnummer) dienen ausschließlich Forschungs- und Dokumentationszwecken. Sie stimmen nur eingeschränkt mit den Auffassungen des Hauses Bohlinger überein. **Die Auffassungen von Roland Bohlinger ergeben sich a u s s c h l i e ß l i c h aus dessen selbst verfaßten Veröffentlichungen.**

___ St. Bohlinger, R.: **Spitzbubengeschichten.** Analysen, Satiren u. a. Unkorrektheiten. 350 S., € 25,90 (001)
___ St. Bohlinger, R.: **Spitzbubengeschichten.** Auszüge auf CD, vorgetragen v. Verfasser. In Kürze. € 19,90 (CD001)
___ St. Bohlinger, R.: **Gutachten zur Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatl. Gemeinschaftsleben,** 24 S., A4, € 4,80 (002)
___ St. E. Jaeckel / R. Bohlinger: **Der Überfall auf den Gleiwitzer Sender.** Eine Erfindung? 64 S., € 6,50 (003)
___ St. Pastenaci: **Die beiden Weltmächte.** Rom und Germanien. 115 S., Faks., kt., € 9,60 (004)
___ St. Grenfell, Russel: **Bedingungsloser Haß gegen Deutschland?**, 229 S., Faks., kart., € 15,90 (005)
___ St. Herda: **Die Schuld der Anderen.** Über etwas, das es offenkundig nicht gibt. 186 S., F., kt. € 14,80 (006)
___ St. Bohlinger: **Gutachten zur Frage d. Echtheit d. sog. Wannsee-Protokolls ...,** DinA4, 166 S., € 24,80 (007)
___ St. Bley u.a.: **Revolutionen der Weltgeschichte I und II,** illustr., **geb.**zusammen € 46,00 (009a+b)
___ St. Bohlinger: **Ist die Freimaurerei eine nach Art 9 II GG verbotene Vereinigung?** Was sonst. € 6,50 (010)
___ St. Hasselbacher: **Volksverrat der Feldlogen im Weltkriege,** 240 S., Faks., kt., illustr., € 19,80 (011)
___ St. Heise: **Ententefreimaurerei und Weltkrieg.** Tödl. Tempelbaumeister, 408 S., 4. Aufl., F., kt., € 29,80 (012)
___ St. Lück: **Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens,** 472 S., Faks., kt., € 29,80 (013)
___ St. Lützeler: **Hinter den Kulissen der Weltgeschichte.** Fülle an Informationen. Bd. 2, Faks., kt., € 19,90 (014b)
___ St. Lützeler: **Hinter den Kulissen der Weltgeschichte.** Ebenfalls viel Inform., Bd. 3, F., kt., € 22,50 (014c)
___ St. Ehlers: **Freimaurer arbeiten für Roosevelt.** Die Anständigen am Werk. 70 S, Faks., kt. € 7,50 (015)
___ St. Reinhard: **Nikolai Hartmann - Mathilde Ludendorff.** Ein philos. Vergleich. 87 S., kt., € 9,80 (016)
___ St. Riegelmann: **Die europäischen Dynastien in ihrem Verhältnis zur Freimaurerei,** € 29,80 (017)
___ St. Pauler: **Geheimschlüssel zur Weltpolitik.** Ein Blick ins Schaltgetriebe. 134 S., Faks., kt., € 12,60 (018)
___ St. Hasselbacher: **Entlarvte Freimaurerei,** Bd. 1-3 vergr., Neuaufl. in einem Band geplant (19a). Bd. 4: siehe (331)
___ St. Moltke: **Die dtsch. Tragödie an der Marne.** Hochverrat seitens der „Anständigen“. 64 S., F., € 5,50 (022)
___ St. Heike: **Das Deutschtum in Polen 1918-1939.** Eine Geschichte vom guten Nachbarn. 296 S., kt. € 24,90 (023)
___ St. Wolf, H: **Geschichte der katholischen Staatsidee.** Von den Heilsbringern. 230 S., Faks., € 19,80 (024)
___ St. Thiel: **Priester-Vergötzung und Volksgemeinschaft.** Von anderen „Anständigen“. 84 S., F., € 7,10 (025)
___ St. Kammeier, W.: **Die Fälschung der deutschen Geschichte I.** Die Fälschungen der Romkirche im Dienst der ersten großen Umerziehung und Umwertung. Wichtige Nachträge R. Bohlinger u. W. Zarnack. Ein Standardwerk, das inzwischen immer mehr anerkannt wird, auch im Ausland. 12. Auflage. 440 S., geb., € 32,00 (027)
___ St. Kammeier, W.: **Der zweite große Angriff** (Die Fälschung der dt. Geschichte II), 407 S., gb., € 29,80 (026)
___ St. Kammeier, W.: **Die Fälschung der Geschichte des Urchristentums,** 380 S.,geb., € 24,50 (028)
___ St. Utley, Freda: **Kostspielige Rache.** Das Imperium im Niedergang. 363 S., kt. € 25,50 (029)
___ St. Bohlinger: **Verfassungshüter oder Tyrannenknechte? I+II**, 96 + 32 S., Großf., € 19,80 (BNr. 032/033)
___ St. Schröcke: **Germanen-Slawen.** Gemeinsame Wurzeln. Ein revolut. Werk. 470 S., geb., illustr., € 34,20 (034)
___ St. Auswärt. Amt 1939-43, **Weißbücher I-VIII,** 8 Bände, 1.726 S., kt., € 127,80 (035-42)
___ St. Passarge: **Das Judentum als landschaftskundlich-ethnologisches Problem,** Faks. € 29,10 (043)

___ St. Baschwitz: **Der Massenwahn.** Ursache u. Heilung des Deutschenhasses. 385 S., kt. Faks., € 28,10 (044)
___ St. Othegraven: **Litanei des Weißen Mannes.** D. jüd.-christl. Völkermord a. d. Indianern. 190 S., gb. 18,60 (046)
___ St. Simanowitsch: **Der Zar, der Zauberer u. d. Juden.** Jüd. Autor enthüllt bzgl. Rasputin. 294 S., € 18,40 (046)
___ St. Itzinger: **Not und Kampf deutscher Bauern (Bauernkriege).** Ein Lehrstück. 48 S., geh., € 4,00 (047)
___ St. Luft: **Die Verchristung der Deutschen,** Der erste Hauptkrieg gegen die Dt. 86 S., Faks., € 6,50 (048)
___ St. Hasselbacher, F.: **Frankreichs Totentanz um die Menschenrechte,** 278 S., Faks., € 21,90 (049)
___ St. Luft: **Die Franken u. d. Christentum.** Vom Wesen des Feindes. Ergänzung zu Nr. 048. 51 S., € 5,60 (050)
___ St. Rehwaldt: **Vom Dach der Welt.** Über Wesen und Wirken einer anderen Priestermacht. 60 S., € 6,20 (051)
___ St. Pastenaci: **Das viertausendjährige Reich der Deutschen,** 350 S., Faks. € 24,40 (052)
___ St. Beyer: **Das Schicksal der Polen.** Keine Hoffnung für Polen? 191 S., Faks., kt. € 14,10 (054)
___ St. Leers: **Odal.** Eine Geschichte des Bauerntums. 759 S., 2 Bände, Faks., kt. € 39,40. (055a + 055b)
___ St. Beißwenger: **Freie, sittlich gestaltete Wirtschaft,** 296 S., € 28,40 (056) Standardwerk. (vergr., Neuaufl. in K.)
___ St. von Oertzen: **Das ist Polen.** Eine kritische Analyse der polit. Kräfte. 242 S., Faks., kt. € 17,80 (057)
___ St. Mullins/Roland Bohlinger: **Die Bankierverschwörung.** Gesamtaufl.: 30.000. 272 S., kt, € 19,70 (058)
___ St. Gürtler: **Dt. Freimaurer im Dienste napoleonischer Politik.** Hintergrundanalyse. 184 S., € 15,30 (059)
___ St. Löhde: **Ein Kaiserschwindel der 'hohen' Politik.** Roms Machtpolitik in Mexiko, 418 S., Faks., € 29,80 (060)
___ St. Löhde: **Das päpstliche Rom u. d. Deutsche Reich.** Roms Machtpolitik in Deutschl., 261 S., F., € 19,30 (061)
___ St. Krebs, Pierre u. a.: **Mut zur Identität.** Versuch einer Annäherung an das Problem. 380 S., € 28,50 (062)
___ St. Ballensiefen: **Juden in Frankreich.** Versuch einer Hintergrundanalyse. 150 S., Faks., kt. € 12,70 (063)
___ St. Aldag: **Der Jahwismus erobert England.** Zur Entstehung des imperialistischen und plutokratischen Lenk- und Völkervernichtungssystems im britischen Weltreich. 328 S., Faks., kt., € 23,90 (064)
___ St. Busch, Wilhelm: **Ich besah mir diese Geister.** Busch als krit. Satiriker. 215 S., kt., Faks., € 17,80 (067)
___ St. Bohlinger: **Die dt. Ostgebiete aus histor.-polit. u. völkerrechtl. Sicht.** 54.000 Auflage. 136 S., € 9,80 (068)
___ St. Günther: **Deutsches Kriegertum im Wandel der Geschichte,** 220 S., Faks. € 16,30 (070)
___ St. Bohlinger: **Die geheime Verführung.** Zum Forschungsstand über Seelenmanipulation. 324 S., € 25,90 (071)
___ St. Schönberg: **40 + 4 Jahre BRD.** Karikaturen und Texte dazu. 294 S., ill., Großformat, kt. € 27,60 (072)
___ St. Autant-Lara: **Das Boot sinkt.** Ein frz. Autor über den kulturellen Absturz in Frkr. 112 S., € 9,80 (073)
___ St. Bohlinger Gunn-Heide: **Scherenschnitt-Postkarten,** 10 schöne Scherenschnittkarten. € 5,10 (074)
___ St. Rehwaldt, Hermann: **Die "kommende Religion" - Okkultwahn ...,** 48 S., kt., Faks., € 6,00 (075)
___ St. Ludendorff, E.: **Die überstaatl. Mächte im letzten Jahre des Weltkrieges,** 26 S., kt., € 3,90 (Nr. 076)
___ St. Senger: **Mord an Apollo.** Demaskierung der Zerstörer des Schönen. 224 S., kt., € 18,20 (078)
___ St. Melichar: **Musik in der Zwangsjacke.** Scharfe Kritik am musikal. Modernismus. 284 S., kt. € 19,40 (079)
___ St. Sargant: **Die Seelenwäscher.** Über Forschungen zur Seelenmanipulation. 284 S., ill., € 22,90 (080)
___ St. Miedbrodt: **Die Narren des Kaganowitsch.** Zum Hintergrund hinter Stalin. 416 S., Faks., € 24,50 (081)
___ St. Ludendorff: **Vernichtung d. Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse,** 118 S., € 10,80 (082)
___ St. Bohlinger: **Art. 9 II GG. und die Errichtung eines Plutoniumstaates.** 64 S., kt. € 6,80 (083)
___ St. Bohlinger: **Der Mülheim-Kärlich-Prozeß.** Dokumentation ü. Anti-Atomprozeß, 1490 S., € 35,80 (088)
___ St. Schäfer: **War Deutschld. 1914 gerüstet, "ein unterjochtes Europa zu beherrschen"?**, 24 S., € 3,50 (090)
___ St. Erler: **Der Einfluß überstaatl. Mächte auf die Kriegs- und Völkerbundpolitik W. Wilsons,** € 4,50 (091)
___ St. Südd. Monatshefte: **Das französ. Schulbuch von heute.** Betr. Hetze gg. Deutschl. 24 S., F., € 3,50 (092)
___ St. Bohlinger: **Patriotismus, Ausländerpolitik u. d. antidt. Zielsetzung der polit. Führung,** € 4,90 (094)
___ St. Herse: **Die Schlacht der Weißen Schiffe.** Historischer Roman. 344 S., Faks., kt. € 24,00 (095)
___ St. Ludendorff, E.: **Auf dem Weg zur Feldherrnhalle,** 156 S., Faks., kt., € 13,70 (099)
___ St. Löhde: **Der Papst amüsiert sich.** Eine andere Seite in der Geschichte der Päpste. 172 S., € 15,70 (100)
___ St. Ebray: **Der unsaubere Frieden.** Versailles – Zum Vernichtungskrieg gegen Dt.. 415 S., € 28,00 (101)
___ St. Strasser u.a.: **Die deutsche Bartholomäusnacht 1934.** Eine Dokumentation, 318 S., kt., € 19,90 (102)
___ St. Volck: **Rebellen.** Zur Geschichte d. Widerstands gg. Staatsterror 1930-32 in Norddeutschl. 465 S., € 28,00 (103)
___ St. Bohlinger: **Nietzsches Erkrankung u. die überstaatl. Mächte.** Fr. Nietzsche: **Der Antichrist,** € 14,70 (110)
___ St. **Die Deutschen in Frankr. (1871-1873) / Die Franzosen in Dtschl. (1918 u. danach)**, 40 S., € 3,90 (111)
___ St. Bohlinger: **Der Dt. Bundestag erteilt Tötungslizenzen.** Zur Ideologie der Abtreibung. 24 S., € 3,50, (112)
___ St. Gallinger: **Gegenrechnung.** Die Verbrechen an dt. Kriegsgefangenen im 1. Weltkrieg, 100 S., F., € 8,60 (114)
___ St. Kuckei/Wilh. Petersen: **Sven Norman er reitet.** Nordländ. Gedichte u. Balladen. 240 S., ill., gb. € 19,30 (115)
___ St. Bohlinger: **Stellungnahme zur Neufassung des § 130 StGB - oder vom Zwierecht ...,** 16 S., € 2,50 (118)
___ St. Rauschning: **D. Entdeutschung Westpreußens u. Posens,** Polens ethn. Säuberungspolitik. 408 S., € 29,00 (119)
___ St. Stülpnagel, O. von: **Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen,** 476 S., Faks., € 28,90 (123)
___ St. Schulte: **Frankreich und Deutschland.** Tragische Bruderkämpfe. 364 S., kt., € 24,50 (BNr. 125)
___ St. Lück: **Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen.** Ostdt. Tragik. 162 S., F., € 12,60 (126) z.vergr.

___ St. Heyck: **Der Große Kurfürst von Brandenburg.** Berühmtes Buch. 432 S., Faks., kt. € 24,90 (127)
___ St. Grimm: **Frankreich am Rhein.** Fortsetzung des Krieges gg. Dtschl. nach 1918. 214 S., kt., € 14,30 (128)
___ St. Iring/Dietrich: **Nie wieder Habsburg!** Habsburg im Dienste Roms gegen Dtschland. 64 S., F., € 5,50 (129)
___ St. Besser: **Forschungen über die geheime Leitung der Revolution von 1848,** 62 S., € 6,80 (130)
___ St. Herse: **Wahr dich Garde ...** Histor. Roman über den Freiheitskampf der Dithmarscher. € 19,90 (131)
___ St. Herse: **Zur Raa fuhr auf ein roter Schild.** Histor. Roman über einen frk. Freiheitskampf. 340 S., € 19,90 (132)
___ St. Ludendorff, Erich: **Wie der Weltkrieg 1914 „gemacht" wurde**, 48 S., Faks., geh., € 4,80 (134)
___ St. Frank (Hg.): **Forschungen über das Judentum.** Standardwerk. Faks., 8 Bde. € 153,40 (136-143)
___ St. Kugler, Franz/Adolf Menzel: **Geschichte Friedrichs des Großen,** 535 S., illustr., kt., Faks., € 31,90 (144)
___ St. Steding: **Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur**, 772 S., kt., Faks., € 44,00 (148)
___ St. Panizza: **Deutsche Thesen gegen den Papst und seine Dunkelmänner,** 214 S., kt., Fks., € 14,20 (149)
___ St. Pastenaci: **Der Herzog und die Könige.** Histor. Roman um Widukind, Karl u. Göttrik. 280 S., € 22,40 (150)
___ St. Eibicht (Hg.): **Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,** 660 S., kt., € 30,20 (151) vergr.
___ St. Jendryschik/Bohlinger: **Zgoda** - Eines von über tausend jüd.-poln. KL gegen Deutsche. 184 S., € 15,20 (152)
___ St. Fuchs: **Selbstzeugnisse poln. Eroberungswillens.** Polen wollte ab 1919 Krieg gg. D. 216 S., € 16,80 (154)
___ St. Gieren: **Der freimaurerische Kriegsverrat 1806.** Hintergrundanalyse. 260 S., Faks., kt., € 19,40 (158)
___ St. Thiel, R.: **Preußische Soldaten.** Lebensbilder. 500 S., illustr., Faks., kt., € 30,20 (159)
___ St. Wichtl/Schneider/Bohlinger: **Weltfreimaurerei - Weltrevolution - Weltrepublik.** 408 S., € 29,00 (163)
___ St. Rossberg: **Freimaurerei und Politik im Zeitalter der französischen Revolution.** 256 S., F., € 19,40 (165)
___ St. Chassard: **Levinas** - Ein berühmter aber rassistischer jüdischer Philosoph. 110 S., kt., € 12,70 (174)
___ St. Eliahu ben Elieser: **Jüdisches Volk, antworte!** Ein völk. Jüdischer Denker. 333 S., F., kt., € 23,50 (175)
___ St. Ludendorff, E.: **Tannenberg.** Eine Analyse der Schlacht. 144 S., Faks., kt., illustr., € 11,70 (176)
___ St. Ludendorff, E. u. M.: **Das Geheimnis der Jesuitenmacht ...** Standardwerk, 192 S., F., kt., € 17,20 (177)
___ St. Gerlach: **Über den Einfluß jüd. Kreise in der österr. Sozialdemokratie,** 202 S., Faks., € 17,20 (179)
___ St. Müller: **Angeklagt - das deutsche Volk.** Argumente und Dokumente. 274 S., kt., € 22,00 (180)
___ St. Euler/Grundmann: **Das religiöse Gesicht d. Judentums.** Sehr krit. aus ev.-kirchl. Sicht. 176 S., € 16,40 (181)
___ St. Spengler,Oswald: **Neubau des Reiches.** Berühmtes Werk Spenglers, 104 S., Faks., kt., € 9,10 (182)
___ St. Blessinger, Karl: **Judentum und Musik.** Eine Untersuchung. 156 S., Faks., kt., € 14,20 (183)
___ St. Schiller, Fr.: **Die Sendung Moses.** Kritische Schrift des Dichters. 24 S., Faks., kt., € 3,50 (184)
___ St. Schneider: **Wesen und Wirken der Freimaurerei.** Ein ehem. Frm. berichtet. 24 S., Faks., € 3,50 (185)
___ St. Griese, Franz: **Ein Priester ruft: Los von Rom und Christo!,** 90 S., Faks., kt., € 8,60 (186) z. Zt. vergr.
___ St. **Am Heiligen Quell ...,** 4-10. Jahr in Halbjahresbänden, durchschnittl. 550 S., F., je Bd. € 36,80 (187a-k)
___ St. Lenz, Friedrich: **Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht,** 106 S., Faks., kt., € 15,20 (188)
___ St. Bohlinger, R.: **Antiimperialist. Sprengsätze in der Holocaust-Debatte,** 124 S., DIN A4, € 14,80 (189)
___ St. **Weltkampf - Die Judenfrage in Geschichte u. Gegenw.,** 11 Bde., A4, 1941-44, F., € 134,60 (190-199, 199a)
___ St. Wolf: **Angewandte Kirchengeschichte.** Krit. Blicke auf d. Wesen d. röm. Kirche. 456 S.,F., € 30,20 (200)
___ St. Schmich, O.K.: **Hünen.** Entdeckung eines vergessenen dt. Stammvolks. 350 S., geb., illustr., € 29,60 (201)
___ St. Ludendorff, M.: **Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller**, 210 S., € 19,90 (202)
___ St. Ludendorff, E. u. M.: **Die Judenmacht , Ihr Wesen und Ende,** 456 S., € 35,30 (203) [zur Zeit vergriffen]
___ St. Ludendorff, Mathilde: **Hinter den Kulissen des Bismarckreiches.** 32 S., kt. Faks., € 3,50 (204)
___ St. Beumelburg: **Preußische Novelle.** Eine Novelle aus der Zeit des 7-jähr. Kriegs. 123 S., Faks., € 9,80 (205)
___ St. Roth, Armin: **Rom - wie es ist - nicht wie es scheint**. Enthüllungen. 90 S., Faks., kt., € 8,60 (206)
___ St. Bohlinger, R., **Vom warmen Holocaust-Plätzchen.** Zum Nachdenken. DIN A4, 24 S., geh., € 5,50 (207)
___ St. Bohlinger, R.: **Erfolgreiche Abwehr.** Das Scheitern eines Knebelungsversuchs. A4, 76 S., € 15,10 (208)
___ St. **Amtliches Material zum Massenmord von Winniza.** Eine gescheiterte Lüge. 282 S.,F.., € 24,50 (209)
___ St. Rullmann/Wild: **Der Fall Demjanjuk.** Analyse eines Komplotts im Umfeld Treblinka. 280 S., € 16,40 (211)
___ St. Ludendorff, E.: **Kriegshetze und Völkermorden in den letzten 150 Jahren**, 184 S., Faks., € 16,20 (212)
___ St. Ludendorff, E.: **Der Totale Krieg.** Kommende große Kriege sind totale Kriege, 120 S., F., € 11,20 (213)
___ St. Nicolai: **Geheime Mächte.** Internat. Spionage u. ihre Bekämpfung im I. Weltk., 184 S., F., € 16,70 (214)
___ St. Ponsonby: **Lügen in Kriegszeiten.** Das berühmte Buch über Kriegspropaganda. 216 S., F., € 18,90 (215)
___ St. Matthießen, W.: **Israels Ritualmord a. d. Völkern.** Eine Analyse mos. Dokumente. 80 S., F., € 9,80 (216)
___ St. Strunk, J.: **Zu Juda und Rom - Tibet.** Über eine weitere imperialistische Priesterkaste. 70 S., F.., € 7,50 (217)
___ St. Ludendorff, E.: **Hitlers Verrat der Deutschen an den römischen Papst,** 19 S., F., € 3,50 (218) z.Zt.vergr.
___ St. Miller: **Im Zeichen des Kreuzes.** Weltweit Völkerzerstörung unter dem Kreuz. 156 S., F.., € 12,70 (219)
___ St. Ludendorff, Mathilde: **Mozarts Leben und gewaltsamer Tod,** 226 S., kt., Faks., € 19,80 (220)
___ St. Schilling, H.: **Haithabu - ein germanisches Troja.** Eine andere Sicht über H. 254 S., Faks., € 19,40 (221)
___ St. Rehwaldt, Hermann: **Geheimbünde in Afrika.** Immer dasselbe Hauptthema. 68 S., kt., Faks., € 8,50 (222)

___ St. Rehwaldt, H.: **Die Kriegshetzer von heute.** Antideutsche Kriegshetze 1938. 38 S., geh., Faks., € 3,90 (223)
___ St. Ludendorff, Math. (Hg.): **Sieg eines Enthüllers von Bibelfälschungen,** 70 S., kt., Faks., € 6,50 (224)
___ St. Vietz: **Verrat an Europa.** Zurichtung d. Tschechoslow. 1919-39 als antidt. Kriegsmacht. 191 S., € 15,10 (225)
___ St. Frank: **Geheimnisvolle Querverbindungen über Deutschl.** (in d. Weimarer Republ.). 64 S., € 6,80 (226)
___ St. Kernholt: **Vom Ghetto zur Macht.** Zur Machteroberung mosaistischer Kader. 320 S., kt., F., € 24,90 (227)
___ St. Bohlinger, R.: **Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Verfassungsschutz,** 17 S., € 3,00 (228)
___ St. Papst Leo XIII.: **Brief über die Freimaurerei und ihr Treiben.** Sehr interessant. 14 S., Faks., € 3,00 (229)
___ St. Schneider, Robert: **Das politische Wirken der Freimaurerei, von 1870 bis heute,** 24 S., F., € 3,50 (230)
___ St. **Friedrich d. Gr. auf Seiten Ludendorffs.** Versuch eines Vergleichs. 74 S., kt., Faks., € 9,50 (231)
___ St. Zarnow: **Der 9. November 1918** - Die Tragödie eines großen Volkes. (Vom Dolchstoß). 152 S., F., € 14,70 (232)
___ St. Zarnow: **Verbündet – Verraten!** Der Verrat Habsburg an Deutschland 1914-18, 294 S., ill., € 22,30 (233)
___ St. Kopperschmidt: **Jesuiten arbeiten.** Aus der Gesch. d. Jesuitenordens in Dtschl. 115 S., € 10,60 (234)
___ St. Schwartz–Bostunitsch: **Die Freimaurerei,** Ihr Ursprung, Ihre Geheimnisse, Ihr Wirken, 344 S., € 25,50 (235)
___ St. Schröcke, H.: **Kriegsursachen-Kriegsschuld,** 330 S., geb., 5. Aufl., € 18,90 (236). Günstige Staffelpreise!
___ St. Rein, A.: **Warum führt England Krieg?** Zum Eintritt Englands in den II. Weltkrieg, 48 S., F., € 4,90 (237)
___ St. Engelhardt: **Weltmachtpläne.** Zur Entstehung der sog. Zionist. Protokolle, 104 S., F.., 3. Aufl., € 9,60 (238)
___ St. Bayer: **Lösung des Rätsels der jesuitischen Sphinx.** Über die Societas Jesu. 286 S., F., € 24,50 (239)
___ St. Fikentscher, H.: **Zur Ermordung Friedrich Schillers.** Im Kern unwiderlegbar. 340 S., ill.., € 27,50 (240)
___ St. Dühring, E.: **Die Größen der modernen Literatur I,** Unübliche Literaturkritik! 323 S., gb., F., € 23,50 (241)
___ St. Dühring, E.: **Die Größen der modernen Literatur II,** Fortsetzung. 502 S., geb., Faks., € 29,60 (242)
___ St. Seraphim: **Das Judentum im osteurop. Raum.** Sehr genaue wiss. Analyse. 770 S., 196 Abb., gb., € 43,50 (243)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Gescheiterter Verleumdungskrieg.** Die Vermaskung des Vernichtungskrieges gegen das Dt. Volk u.a. durch totale Hetze gegen die Wehrmacht. Standardwerk, 386 S., DIN A4, zahlr. Abb., € 33,20 (244)
___ St. Bohlinger, R.: **Die Freie Republik Uhlenhof u. d. BRD,** FREIHEIT UND RECHT I, 32 S., A4, geh., € 6,40 (245)
___ St. Zarnow: **Gefesselte Justiz** (auch die Weimarer Republik eine *als-ob-Demokratie*), 188 S., F., € 13,70 (246)
___ St. Ludendorff, M.: **General und Kardinal,** Erich Ludendorff über Nuntius Pacelli ...., 64 S., F., € 5,50 (247)
___ St. Piebrock, Heinrich: **Hermann der Cherusker - Der Befreier Deutschlands,** 36 S., kt., € 3,60 (248)
___ St. Bohlinger R.: **Offener Brief a.d. Mitglieder des Dt. Bundestags** (>über Wirtschaft), 8 S., DIN A4, € 2,50 (249)
___ St. Matthießen: **Der Schlüssel z. Kirchenmacht.** Ein Blick ins Schaltgetriebe d. röm. Kirche. 74 S., F., € 9,10 (250)
___ St. Albrecht: **Der verratene Sozialismus.** Furchtbare Enthüllungen ü. d. Bolschewism. 640 S., gb., ill., F., € 38,20 (251)
___ St. Prothmann: **Glaubens-Strafrecht oder Seelen-Schutz?** Profunde jur.-phil. Argumentation. 188 S., F., € 16,00 (252)
___ St. Löhde, W. : **Kreml und Vatikan** - Ein Kampf um die Macht durch fünf Jahrhunderte, 381 S., € 28,00 (253)
___ St. Fikentscher: **Prof. Dr. Morell** - Ein jüd. Arzt hinter Hitler steuert u. mordet aus d. Hintergrund. 60 S., € 7,50 (254)
___ St. Bohlinger: **Fundamente für den Freiheitskampf** (FREIHEIT U. RECHT II), 52 S., A4, geh., € 7,60 (255)
___ St. E. v. Salomon: **Das Buch vom dt. Freikorpskämpfer.** Standardwerk, A4, gb., 520 S., zahlr. Abb., € 45,00 (257)
___ St. **Sigilla Veri.** 9bändiges Lexikon z. Judenfrage. 600 S. je Bd., Lexikonformat, geb., € 42,00 (259-267) Bisher Bd.1-7 erschienen. Eine riesige Fundgrube an detaillierten Informationen. Einmalig in seiner Art.
___ St. Madison Grant, **Der Untergang der großen Rasse.** Zu pessimistische Analyse 194 S., F., € 16,80 (268)
___ St. Neckel, Prof. Dr. Gustav: **Liebe und Ehe bei den vorchristlichen Germanen,** 54 S., Faks., € 5,80 (269)
___ St. Kummer, Prof. Dr. Bernhard, u.a.: **Der nordische Mensch der Wikingerzeit,** 100 S., Faks., kt., € 8,80 (270)
___ St. Bohlinger: **Zentrale Wurzeln d. Terrors.** FREIHEIT U. RECHT III (Bibel-Dokumente), DIN A 4, € 13,00 (271)
___ St. Bischoff: **Entmachtung d. Hochfinanz.** Standardwerk! 410 S., € 24,80 (Nr. 272). [Staffelpreise! z.B.: 10 St. 105 €]
___ St. Stoddard, Lothrop: **Der Kulturumsturz** - Die Drohung von unten. 212 S., geb., Faks. von 1925, € 19,80 (273)
___ St. Fehst: **Bolschewismus und Judentum.** Mosaist. Kader an führender Stelle. 167 S., F., ill., € 14,80 (274)
___ St. Neckel, G.: **Das Schwert der Kirche und der germanische Widerstand,** 114 S., Faks., kt., € 10,90 (275)
___ St. Günther, H. F. K.: **Rassenkunde des jüdischen Volkes.** Umstritten. 352 S., ill., F., gb., € 26,80 (276)
___ St. Günther: **Rassenkunde des deutschen Volkes.** Ebenfalls umstritten. 510 S., ill., F., kt., € 29,00 (277)
___ St. Ford, Henry: **Der internationale Jude.** Forschungsgruppe i. A. des Automobilkönigs über die sog. Judenfrage. Unter massivem Druck zurückgezogen. Dann wieder Bekenntnis dazu. Ungekürzt. 370 S., F., kt., € 28,40 (278)
___ St. Hauptmann, Hans: **Bolschewismus in der Bibel.** Überraschende Analysen. 118 S., F., € 10,60 (279)
___ St. Clauß, L. F.: **Von Seele und Antlitz der Rassen- und Völker,** 190 S., Faks., reich illustr., geb., 17,90 (280)
___ St. **Am rauhen Stein,** Leitfaden f. Freimaurerlehrlinge, Handschrift für Brr. Freimaurer, 80 S., € 6,60 (281)
___ St. Schmick: **Alter Wein in neuen Schläuchen.** Über die 2. Antiwehrmachtsausstellung, 262 S., ill., € 19,00 (282)
___ St. Bohlinger: **Denkschrift.** FREIHEIT U. RECHT. Standardwerk über „Jakob- u. Esausegen", Din A4, € 12,00 (283)
___ St. **Zucht und Sitte,** 5 Bde., DIN A4, 100 S., Kunstdruck, z. T. vierfarb. Illustr., gb., ästhetisch., F., je Bd. € 26,80 (284-288)
___ St. Nicosia, F.: **Hitler u. der Zionismus** - Zur Zusammenarbeit zw. NS u. Zionismus, 412 S., gb., € 28,80 (289)
___ St. Stingl/Preradovich: **„Gott segne den Führer".** Die Kirchen segnen den NS. 398 S., gb., Abb., € 25,00 (290)

Fortsetzung der Liste am Schluß des Heftes

___ St. Bernetti, U.: **Schwarzbuch BRD, Band 1,** Das deutsche Grundgesetz ..., 180 S., kt., € 17,50 (291)
___ St. Beckh, Rolf: **Der Islam und die überstaatlichen Mächte.** 24 S., Faks., geh., € 2,80 (BNr. 292)
___ St. Kummer: **Der Machtkampf zw. Volk, König u. Kirche im alten Norden,** 404 S., Faks., € 29,80 (293)
___ St. Zorn, Rudolf: **Die Als-ob-Demokratie.** Bayer. Staatsminister krit. über Demokratie in BRD 48 S., € 4,80 (294)
___ St. Beißwenger: **Das Joch „Jakobs"** - oder Kapitalismus einmal anders gesehen, 32 S., geh., € 3,90 (295)
___ St. Clark, Ramsay: **Wüstensturm - US-Kriegsverbrechen am Golf.** Ehemaliger Justizminister der USA demaskiert die Völkermord- und Raubpolitik der USA gegenüber dem Irak. 316 S., kt., € 24,00 (296)
___ St. Freund, W.: **„Höre Israel!" - Studien zur modernen Judenfrage.** 328 S., Faks., kt., € 24,00 (297)
___ St. Ziegler, W.: **Versailles - die Geschichte eines mißglückten Friedens.** 274 S., Faks., kt., € 22,00 (298)
___ St. Seeger: **Der Krieg d. unsichtbaren Fronten.** Vom imperial. Kriegsrecht der Juden, 399 S., F., € 29,00 (299)
___ St. Siemens: **Grundzüge d. Vererbungslehre, Rassenhygiene u. Bevölkerungspolitik,** 148 S., € 11,80 (300)
___ St. Piebrock: **Hermann Löns** - Dichter der Heide und deutscher Art. 38 S., geh., € 4,00 (301)
___ St. Schriften d. Reichsinstituts...: Frank/Koch/Stapel/Fester, **Schriften zur Judenfrage,** 200 S., € 16,50 (303)
___ St. **Reich und Reichsfeinde,** 4 Bände, zahlr. Untersuchungen, 192-252 S., F., kt., je **€ 17,80** (304-307)
___ St. Seeger, E.: **Evangelische Dogmatik und Judentum.** Ein Blick nach innen. 109 S., F., € 10,80 (308)
___ St. Bohlinger, R.: **Thesen, Ziele, Forderungen.** FREIHEIT UND RECHT, Folge 6/7, 68 S., DIN A4, € 12,80 (309)
___ St. Groenbech, Wilhelm: **Kultur und Religion der Germanen.** 680 S., geb., Faks., € 39,80 (310)
___ St. Seeger: **Das Dt. Geschichtsbilderbuch.** Gutes Buch f. Jugend u. Eltern. 110 S., 16,8x24,8, gb., ill., F., € 22,80 (311)
___ St. Perrot: **Bismarck und die Juden.** Viele wichtige u. überraschende Erkenntnisse! 288 S., F., € 21,00 (312)
___ St. Wahrmund, A.: **Das Gesetz des Nomadentums.** Berühmt aber einseitig. 174 S., Faks., kt., € 11,80 (313)
___ St. Friedrich der Große: **Ausgewählte Werke,** Band 1, 340 S., Faks., ili., geb., € 23,80 (314) Band 2: Nr. 347.
___ St. Ludendorff, M.: **Lessings Geisteskampf und Lebensschicksal.** Sehr lesenswert! 240 S., F., € 16,80 (315)
___ St. Friedrich der Große: **Theologische Streitschriften und Satiren.** 158 S., geb., € 15,80 (318)
___ St. Ludendorff, E.: **Weltkrieg droht auf deutschem Boden!** Die große Warnung! 93 S., kt., Abb., F., € 9,60 (319)
___ St. Ludendorff, E.: **Schändliche Geheimnisse der Hochgrade.** Über Freimaurerei. 21 S., geh., Faks., € 3,50 (320)
___ St. Ludendorff, E.: **Des Volkes Schicksal in christlichen Bildwerken,** 12 S., geh., Faks., € 2,20 (321)
___ St. Rehwaldt, H.: **Der Kollektivstaat - das Ziel d. Mosaismus u. d. röm. Kirche,** 42 S., geh., Fks., € 4,80 (322)
___ St. Bock, Johann A.: **Die Einheit von Glaube, Blut und Recht,** 56 S., geh., Faks., € 5,80 (323)
___ St. Engelkes, G.: **Der Adlerflug** - Schöne Erzählung betr. d. Zeit des Großen Kurfürsten, 24 S., Faks., € 3,80 (324)
___ St. Klemke, Helmut: **Geiseln der Rache,** 10 Jahre in mitteldt. Todeslagern, 568 S., ill., geb., € 24,90 (AV326)
___ St. Rassinier, P.: **Die Juden u. das Dritte Reich** [Was ist Wahrheit], 284 S., ill., kt., € 19,90 **z. Zt.** vergr. (327)
___ St. Fasolt, Walter: **Die Grundlagen des Talmud,** 196 S., kt., Faks., € 13,80 (BNr. 329)
___ St. Pfeffer: **England,** Vormacht der kapitalistischen Weltordnung und des Vernichtungskampfes gegen eine preussisch-deutsche Ordnung, 208 S., kt., Faks. € 17,40 (330)
___ St. Hasselbacher: **Entlarvte Freimaurerei IV - Der Generalstabsplan der mosaistisch-jüdischen und freimaurerischen Weltherrschaftsbestrebungen,** Band 4, 350 S., Faks., kt. € 24,80 (331)
___ St. Ludendorff, E. u. M. /E. Meinecke: **Die machtvolle Religiosität des Deutschen Volkes vor 1945,** Dokumente zur deutschen Religions- und Geistesgeschichte 1933–1945. Wesentl. Werk! 350 S., geb., illustr., € 28,80 (332)
___ St. Bartels, Adolf: **Lessing und die Juden.** Zu Unrecht sehr angefeindeter Autor? 264 S., Faks., € 19,60 (333)
___ St. Steele, E. J.: **Ungerechtigkeit für alle.** Die USA verfällt zusehends. Aufschlußreich! 24 S., geh., € 3,80 (334)

Die philosophischen Werke von Mathilde Ludendorff:

___ St. Ludendorff, M.: **Vom wahren Leben,** kt. 24,50
___ St. Ludendorff, M.: **Triumph des Unsterblichkeitswillens.** Grundwerk. 328 S., kt. € 19,50 (AV335)*+
___ St. Ludendorff, M.: **Triumph des Unsterblichkeitswillens.** Grundwerk. 320 S., **geb.** € 24,50 (AV335a)*+
___ St. Ludendorff, M.: **Schöpfungsgeschichte,** 160 S., geb., Abb., € 17,00 (AV336)*
___ St. Ludendorff, M.: **Des Menschen Seele,** 302 S., geb., € 34,00 (AV337)*
___ St. Ludendorff, M.: **Selbstschöpfung,** 285 S., geb., € 24,00 (AV338)*
___ St. Ludendorff, M.: **Des Kindes Seele und der Eltern Amt,** 475 S., geb., € 31,00 (AV339)
___ St. Ludendorff, M.: **Die Volksseele und ihre Machtgestalter,** 516 S., geb., € 31,00 (AV340)
___ St. Ludendorff, M.: **Das Gottlied der Völker,** 462 S., geb., € 36,00 (AV341)
___ St. Ludendorff, M.: **Das Hohe Lied der göttlichen Wahlkraft, 284 S., geb. € 26,00 (AV342)**
___ St. Ludendorff, M.: **In den Gefilden der Gottoffenbarung, 370 S.,** geb., **€ 26,00 (AV343)**
___ St. Ludendorff, M.: **Der Mensch, das große Wagnis der Schöpfung,** 281 S., geb., **€ 26,00 (AV344)**
___ St. Ludendorff, M.: **Unnahbarkeit des Vollendeten,** 300 S., geb., € 26,00 (AV345)
___ St. Ludendorff, M.: **Von der Herrlichkeit des Schöpfungsziels, 380 S.,** geb., **€ 31,00 (AV346) +**

* gibt es auch in Englisch + gibt es in Antiqua

___ St. Friedrich der Große: **Ausgewählte Werke,** Band II, 320 S., gebunden, illustr., Faks., € 23,80 (347)
___ St. Pastenaci, Kurt: **Volksgeschichte der Germanen,** 358 S., gebunden, Faks., reich illustr., € 24,80 (348)
___ St. Blunck, Hans F.: **König Geiserich.** Histor. Roman über den Vandalenzug. 400 S., geb., Faks., € 26,80 (349)
___ St. Wirsing, G.: **Der maßlose Kontinent.** Der Aufstieg der Plutokratie in den USA. 473 S., Faks., € 26,50 (351)
___ St. Ludendorff, M.: **Induziertes Irresein durch Occultlehren.** Grundlegende Analyse. 160 S., F., € 12,00 (AV352)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Die Geheimnisse der Weisen von Zion.** Die Veröffentlichung von G. z. Beek und die jüdische Gegenschrift von Benjamin Segel, 473 S., kt., € 28,00 **(IF1)** (353)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Der Berner Prozeß.** Eine Dokumentation. Das Gutachten von A. Fleichhauer u. die Veröffentlichungen von Vász, v. Engelhardt, des *Weltdienstes*, 730 S., kt., zahlr. Abb., F., € 43,00 **(IF2)** (354)
___ St. Bley, W. (Hg.): **Der Bolschewismus.** Seine Entstehung, seine Auswirkungen und die führende Rolle jüdisch-mosaistischer Kader, 404 S., illustr., Faks., geb., € 29,00 **(IF3)** (355)
___ St. Feistel-Rohmeder, Bettina: **Im Terror des Kunstbolschewismus,** 222 S., kt., Faks., € 19,80 (356)
___ St. Dall, C.: **Amerikas Kriegspolitik.** Enthüllungen des Schwiegersohns von Roosevelt. 284 S., € 19,80 (357)
___ St. Knyphausen, A: **Finnlands Freiheitskampf** - Die Verteidigung Europas ..., 196 S. F., kt., € 17,80 (358)
___ St. Wittek, E.: **Der Marsch nach Lowitsch** - Verfolgung d. Deutschen in Polen 1939, 104 S., F., € 9,80 (359)
___ St. Grimpen, A./Kloth E.: **Judentum und Sozialdemokratie.** Ketzereien. 104 S., Faks., kt., € 9,80 (360)
___ St. Jason, A.: **Der Film unter jüdischer Herrschaft.** Enthüllungen. 12 S., Faks., geh., € 2,90 (361)
___ St. Friese, U./Sachse, G.: **Der 8. Mai 1945 in Geschichte und Gegenwart,** 88 S., geh., € 8,80 (362)
___ St. Frenssen, Gustav: **Recht ~~oder Unrecht~~ - mein Land!** Eine andere Sicht der Dinge. 56 S., Faks. € 5,80 (363)
___ St. Petersen, J./Levy, L.: **Der brennende Dornbusch** - Echtes Protokoll eines Weisen v. Zion, 32 S. € 4,20 (364)
___ St. Bohlinger, R./Stegerwald, B.: **Die Politische Justiz stolpert über sich selbst ...,** 40 S., geh., € 4,60 (365)
___ St. Schiller, Fr.: **Geschichte des Dreißigjährigen Krieges** (1618-1648), geb., F., illustr., 366 S., € 26,80 (366)
___ St. Bohlinger: **Die Wahrheit macht uns frei,** FREIHEIT U. RECHT, Folge 8-11. Bericht über den vom Verfasser gewonnenen Prozeß wegen Nachdruck d. Buches *Jüdischer Imperialismus*. 212 S., DIN A 4., € 26,80 (367)
___ St. Solper, Gustav: **Die deutsche Wirklichkeit.** Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, 383 S., € 26,00 (368)
___ St. Morel (jüd. -brit. Autor): **Das Gift, das zerstört.** [Untertitel:] Die Mär von d. dt. Kriegsanschlag 1914, € 6,80 (369)
___ St. Bardèche, M.: **Die Politik der Zerstörung.** Nürnberg. Die Wölfe ohne Schafspelz. 108 S., € 11,00 (371)
___ St. Barkas, J. H.: **Wahrheit ans Licht.** Geld - Macht - Politik - Gesundheit - Natur. 248 S., geb., € 17,00 (AV372)
___ St. Eggers, K. (Hg.): **Ich hab's gewagt! Hutten ruft Deutschland.** Huttens Gedichte u. Rufe, 80 S., € 6,80 (373)
___ St. Hasselbacher, Fr.: **Hochverrat der Feldlogen im Weltkriege.** 76 S. DIN A4, zahlr. Abb., kt., € 12,80 (374)
___ St. Clauß, L. F.: **Die nordische Seele.** Rassenpsychologie ohne Rassismus. 94 S., 24 Bildseiten, geb. € 13,80 (375)
___ St. Clauß, Ludwig F.: **Rasse und Seele.** Eine andere Sicht der Dinge. 198 S., 118 Abb., geb., € 19,80 (376)
___ St. Blunck, Hans F.: **Märchen,** 431 S., 100 vierfarb. Aquarelle von Koser-Michaëls, geb., € 34,00 (377)
___ St. Schultz, E./Jünger, Friedrich G.: **Das Gesicht der Demokratie,** Texte u. zahlr. Bilder, geb., € 22,00 (378)
___ St. Bohlinger, R.: **Der Dolch des Mörders im Gewande des Rechts.** Standardwerk. Ist der § 130 StGB Ausdruck des Willens des Gesetzgebers u. der dahinter stehenden Kräfte, das Ende des Dt. Volkes herbeizuführen? 60 S., Format A4, Abb., € 15,50 (379). Staffelpreise wie bei *Steuerverweigerung* (siehe Nr.437)!
___ St. Schwartz-Bostunitsch, Prof. Dr. Gregor/Bohlinger: **Mosaistisch-jüdischer Imperialismus.** Standardwerk. Mit 300 S. Bericht über den vergeblichen Kampf gegen das Buch nach § 130 StGB. 920 S., ill., geb., € 49,00 (380)
___ St. Hackert, W./Bohlinger R.: **Bombenholocaust,** DIN A4. etwa 300 S., illustr., € 32,00 (381)[in Vorbereitung]
___ St. Ruchti, Jacob: **Zur Geschichte des Kriegsausbruches 1914.** Schweizer (jüd.?) Autor. 48 S., F., € 4,50 (383)
___ St. Rose, F.: **Jüd. Enthüllungen.** Eine Dokumentation über Anderssein und Herrschaft, 304 S., € 22,00 (384)
___ St. Welt-Dienst: **D. Beitrag d. Judentums z. Entwickl. eines plutokr. Staates in Engl.,** 22 S. A4, € 4,50 (385)
___ St. Hasselbacher: **Weltmacht -** Verzeichnis v. über 450 Organisationen d. Weltjudentums, 32 S. A4, € 5,50 (386)
___ St. Wieland, Constantin: **Die Ohrenbeicht.** Ein Herrschaftsmittel übelster Art. 32 S., geh., Faks., € 3,90 (387)
___ St. Ludendorff, Mathilde: **Der Trug der Astrologie.** Gegen Okkultwahn. 18 S., geh., Faks., € 2,50 (388)
___ St. Halow, J.: **Siegerjustiz in Dachau** - Die US-Schauprozesse, 320 S., kt., zahlr. Abb., € 26,80 (AV389)
___ St. Freyenwald: **Jüdische Bekenntnisse und Selbstzeugnisse.** Standardwerk. 373 S., Faks., € 25,80 (AV391)
___ St. Bülow, W. von: **Die Geheimsprache der deutschen Märchen,** 107 S., Faks., ill., kt., € 9,95 (AV392)
___ St. Reinsch, Hans H.: **Kolumbus entlarvt!** 53 S., Faks., illustr., geh., € 5,90 (AV393)
___ St. Rose, A. W.: **Rom mordet!** Mordet Seelen, Menschen, Völker, 46 S., Faks., geh., € 4,95 (AV394)
___ St. Marx, Karl: **Karl Marx zur Judenfrage,** 49 S., Faks., geh., € 4,95 (AV395)
___ St. Rassinier, Paul: **Das Drama der Juden Europas,** 272 S., 1 Abb., Faks., kt., € 22,80 (AV396)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Der Wahrheitsbeweis,** Band V/3, **Die „Protokolle" und die Weltpolitik.** Dokumentation. Inhalt: A. Rosenberg: *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüd. Weltpolitik.* Krit. jüdische Gegenschrift von Iwan Heilbut: *Die öffentlichen Verleumder*, 190 S., Faks., kt., € 19,80 (397) **(IF4)**

___ St. Grenfell, R.: **Das Ende einer Epoche.** Das brit. Weltreich zerfällt durch innere Fäulnis und durch die Folgen des Kampfes gegen Deutschland und Japan. Wer also hat gesiegt? 280 S., Faks., Abb., € 19,80 (398)
___ St. Ludendorff, M.: **Erlösung von Jesu Christo**. Sehr gründliche Kritik am Christentum. 315 S., € 22,00 (AV399)
___ St. Ludendorff, M.: **Lebenserinnerungen,** 6 Bände, Hln., illustr., je Bd. € 24,00, Bd. 2: € 36,00 (AV400-405)
___ St. Ludendorff, Erich: **Meine Lebenserinnerungen,** 3 Bände, Ln, illustr., je Band € 31,00 (AV406-408)
___ St. Nobel, A.: **Mord in der Politik.** Gründlich und sehr aufschlußreich. 293 S., Faks., kt., € 22,00 (409)
___ St. Rassinier, Paul: **Die Lüge des Odysseus,** 244 S., kt., € 19,00 (410)
___ St. Rassinier, Paul: **Was nun, Odysseus?,** 104 S., kt., € 12,90 (411)
___ St. Freundeskreis Roland Bohlinger: **Der Freiheit eine Gasse,** 32 S., kt., illustr., € 3,80 (412)
___ St. Franz, Günther: **Der deutsche Bauernkrieg.** Ein histor. Lehrbeispiel. 330 S., Faks., illustr., € 25,00 (413)
___ St. Müller-Eberhardt, W.: **Die Tragödie Tirpitz**. z. T. Hintergrundanalyse. 254 S., Faks., € 22,00 (414)
___ St. Bohlinger, R.: **DEUTSCHE FREIHEIT,** Nr. 1, 76 S., DIN A4, geh., € 15,00 (BNr. 415)
___ St. Bohlinger, R.: **Das Ende der Verschwörung gegen Deutschland,** FREIHEIT UND RECHT, Folge 12-15. Revolutionäre Argumentationen kennzeichnen diese Veröffentlichung. 178 S., Din A4, € 24,80 (416)
___ St. Heise, K.: **Entente-Freimaurerei und Weltkrieg.** Sehr aufschlußreich! 417 S., F., Abb., € 27,80 (417)
___ St. Junius alter: **Die Alleinschuld der Entente am Weltkrieg,** 40 S., geh., Faks., € 4,00 (418)
___ St. Luft, R.: **Die Goten unter dem Kreuz.** Vom tragischen Schicksal eines großen Volkes. 55 S., F., € 5,80 (419)
___ St. Chomsky, N./E. S. Herman: **Massaker im Namen der Freiheit.** Zwei krit. jüd. Autoren. 81 S., € 8,80 (420)
___ St. Trachtenberg, Jakov: **Die Greuelpropaganda ist Lügenpropaganda.** Führende dt. Juden wenden sich gegen die neue antideutsche Greuelpropaganda, die 1933 begann. Sehr aufschlußreich! 144 S., F., € 12,80 (421)
___ St. Rogge: **Hitlers Versuche zur Verständigung mit England,** Totgeschwiegenes. 96 S., F., € 8,80 (422)
___ St. Wellinghusen: **Hitlers Rompolitik - Drohender Weltkrieg auf deutschem Boden,** 44 S., Faks., € 4,50 (423)
___ St. Schwarzburg, E.: **Jüdische Kriegshetze in den USA zw. 1933 u. 1944,** 40 S., Faks., € 4,30 (424)
___ St. Douglas, G.: **Geheimakte Gestapo-Müller.** Aufschlußreich. 384 S., geb., € 27,80 (AV425)
___ St. Koerbel-Habsheim, Willi: **Erlebter Faschismus,** 400 S., geb., illustr., € 19,95 (AV430)
___ St. Kurowski, F.: **So war der Zweite Weltkrieg.** 1941 - der Weg z. Weltkrieg, 292 S., geb., ill., € 22,90 (AV431)
___ St. Heddesheimer, D.: **Der erste Holocaust.** Erstaunliche Vorläufer auf Propagandaebene. 170 S., € 17,00 (AV434)
___ St. Schmahl. u. a.: **Deutsches Land** - Das Buch v. Volk u. Heimat, Bd. 1, Großform., gb., 200 Abb., € 37,00 (436)
___ St. Bohlinger, R.: **Steuerverweigerung.** Die letzte ethische Konsequenz. Verweigerung nicht nur wegen fehlender Legitimation, sondern wegen weitgehender Steuerfinanzierung von Straftaten gegen das Deutsche Volk. 77 S., DIN A4, € 16,00 (437). Staffelpreise: *1 Ex. 16 €, 5 Ex. 30 €, 10 Ex. 50 €, 20 Ex. 80 €, 100 Ex. 280 €.*
___ St. Pastenaci: **Das Licht aus dem Norden.** Kam „das Licht" vor allem aus dem Norden? 86 S., ill., F., € 9,80 (439)
___ St. Eggers, Kurt: **Rom gegen Reich** - Ein Kapitel deutscher Geschichte um Bismarck, 112 S., F., € 9,80 (440)
___ St. Wahl, Prof. Dr. : **Zum Kenntnisstand i. d. Kriegsschuldfrage gegen Ende der WRep.,** 88 S., F., € 8,50 (441)
___ St. Libertas-Kolleg. **Samiels siebtes Opfer - oder die Hinrichtung des Iran,** 120 S., mit Abb., kt. € 15,80 (442)
___ St. Wirth, Prof. Dr. H.: **Gutachten** zur Schrift v. Prothmann: Judentum u. Antisemitismus, 40 S, A4, € 7,80 (443)
___ St. Louis Nizer: **Was sollen wir mit Deutschland machen?** Deutsch u. engl. Original. 404 S., kt., € 29,80 (444)
___ St. Bohlinger, R.: **Das Geheimnis „Israels".** Die „Erwählung" eines sakralen Vergewaltigungsbundes. € 6,80 (445)
___ St. Ludendorff, M.: **Angeklagt wegen Religionsvergehens.** Vergebliche Verfolgung. 64 S., Faks., € 6,80 (446)
___ St. Löns, H.: **Die Rote Beeke.** Karls Massenmord an der sächs. Führungsschicht. 16 S., ill., Faks., € 3,00 (447)
___ St. Kummer, Prof. Dr. B.: **Brünhild und Ragnarök,** Untersuchung ü. d. sog. Glaubenswechsel, 64 S., € 6,80 (448)
___ St. Dwinger: **Der Tod in Polen.** Massenmord an d. Deutschen vor u. zu Beginn des 2. Wkr., 174 S., € 15,80 (449)
___ St. Six, F. A.: **Der Volksverrat von Freimaurerei und Christentum,** 108 S., kart., Faks., € 9,80 (450)
___ St. Schilling: **Widukind.** Historie ü. einen unserer größten Freiheitskämpfer, 222 S., zahlr. Abb., F., € 17,00 (451)
___ St. Friedrich d. Gr.: **Der Antimachiavell.** Ein totgeschwiegenes revolut. Werk! Neusatz, 40 S., geh. € 4,80 (452)
___ St. Freund, W.: **Die großen Unbekannten des Imperialismus der USA,** 536 S.+12 S. Abb., kt., F., € 39,00 (453)
___ St. Frank: **Händler und Soldaten** – Frankreich u. d. Judenfrage i. d. „Affäre Dreyfus"; 286 S., F., € 22,80 (454)
___ St. Eggers, Kurt: **Der Scheiterhaufen** – Worte großer Ketzer. 107 S., kt., Faks., 9,80 € (455)
___ St. Wolf: **Weltgeschichte der Lüge.** Vom Wirken der „Gutmenschen" aller Zeiten, 470 S., F., € 35,80 (456)
___ St. Kopp/Schulte: **Der Westfälische Frieden,** Vernichtungsfrieden nach Vernichtungskrieg, 218 S., € 22,00 (457)
___ St. Barenyi, Olga: **Prager Totentanz** - Tschech. Massenmorde an Deutschen. 320 S., Faks., € 26,80 (458)
___ St. Manon: **Hitler u. Nietzsche in Jerusalem,** Schizophrenes im Verhältnis NS-Zionismus, 260 S., € 28,80 (459)
___ St. Linden/Ludendorff: **Martin Luther u. das Judentum/Die Verfälschung seiner Reformation und sein Tod „zur rechten Zeit".** Luther ein Opfer seiner mosaist. Feinde. 305 S., Faks., kt., illustr. € 24,80 (460)
___ St. **Tannenberg-Jahrweiser,** Bände 1932-1934, nachfolgende Bde. in Kürze, ca. 290 S., illustr., € 23,80 (461)
___ **ID - Inform. u. Dokumentationsdienst,** je Band über 200 S., € 18,00. Bisher erschienen: **28 Bände.** Geplant: **ID-Ausgabe auf DVD, digitalisiert, mit Volltextsuche.** Lieferung d. Bände: ....

Übersicht über die Ausgaben des Magazins FREIHEIT UND RECHT

___ St. Bohlinger: **Die Freie Republik Uhlenhof u. d. BRD,** FREIHEIT U. RECHT 1, *32 S., DIN A4, geh., € 6,40* (245)
___ St. Bohlinger: **Fundamente für den Freiheitskampf,** FREIHEIT U. RECHT 2, *52 S., DIN A4, geh., € 7,60* (255)
___ St. Bohlinger: **Zentrale Wurzeln d. Terrors.** FREIHEIT U. RECHT 3/4 (Bibel-Dokumente), *DIN A 4, € 13,00* (271)
___ St. Bohlinger: **Denkschrift.** FREIHEIT U. RECHT 5. Standardwerk über „Jakob- u. Esausegen", *64 S., € 12,00* (283)
___ St. Bohlinger: **Thesen, Ziele, Forderungen.** FREIHEIT UND RECHT, Folge 6/7, *68 S., DIN A4, € 12,80* (309)
___ St. Bohlinger: **Die Wahrheit macht uns frei,** FREIHEIT U. RECHT, Folge 8-11. Bericht über den vom Verfasser gewonnenen Prozeß wegen Nachdruck d. Buches *Jüdischer Imperialismus. 212 S., DIN A 4., € 26,80* (367)
___ St. Bohlinger: **Das Ende der Verschwörung gegen Deutschland,** FREIHEIT UND RECHT, Folge 12-15. Revolutionäre Argumentationen kennzeichnen diese Veröffentlichung. *178 S., Din A4, € 24,80* (416)
___ St. Bohlinger: **Der Dolch des Mörders im Gewande des Rechts.** FREIHEIT U. RECHT, F. 19. Ist der § 130 StGB Ausdruck des Willens des Gesetzgebers u. der dahinter stehenden Kräfte, das Ende des Dt. Volkes herbeizuführen? *60 S., DIN A4, Abb., € 15,50* (379). Staffelpreise wie bei Nr. 437!
___ St. Bohlinger, R.: **Steuerverweigerung.** Die letzte ethische Konsequenz. Verweigerung nicht nur wegen fehlender Legitimation, sondern wegen weitgehender Steuerfinanzierung von Straftaten geg. d. Deutsche Volk. FREIHEIT U. RECHT, Folge 18, *77 S., € 16,00* (437). *1 Ex. 16 €, 5 Ex. 30 €, 10 Ex. 50 €, 20 Ex. 80 €, 100 Ex. 280 €.*

Neuerscheinungen

___ St. Fröhner, H.: **Die Jahrhundertlüge.** Umfassender Nachweis des westlich-imperialistischen Ausbeutungs- u. Vasallenstaatssystems der sog. BRD. Sachlich-vernichtende Kritik! *164 S., DIN A4, illustr., 25,80 €.* (HS-1013)
___ St. Fröhner, H.: **Nacht.** *356 S., DIN A5, 28,00 €* (HS-1027)
___ St. Mathilde Ludendorff u.a.: **Ein kampfreiches Leben für das unsterbliche Volk** - Gedenkschrift zum 75. Geburtstag des Feldherrn Erich Ludendorff, *40 S., kt., Abb., 5,00 €* (HS-1016)
___ St. Roland Bohlinger: **Verfassungsentwurf für einen freiheitlich-rechtsstaatlichen, nichtimperialistischen Deutschen Volksstaat.** *40 S., kt., Abb., 6,00 €* (HS-1017)
___ St. Gregor Schwartz-Bostunitsch/Roland Bohlinger: **Jüdisch-mosaistischer Imperialismus.** Standardwerk. Mit 300 S. Bericht von R. Bohlinger über den vergeblichen Kampf gegen das Buch, u.a. auch zum Thema, ob die mosaistische Bewegung eine verbotene, verfassungs- und strafgesetzwidrige, gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Vereinigung ist. *920 S., ill. geb. 49,00 €* (Nr. 380 bzw. (HS-1018)
___ St. Johann Andreas Eisenmenger: **Entdecktes Judentum.** Bd.1 und 2. Der Verfasser war ein überaus gebildeter Prof. der orientalischen Schriften in Heidelberg. Sein Werk wurde ungeheuer angefeindet, schließlich konnte er das Werk mithilfe König Friedrich I. von Preußen drucken lassen. Das Werk ist kaum noch zu erhalten. Im Original kostet es tausende von Euro. Wir liefern das Werk als vollständigen, mängelbehafteten Scan, PDF-Datei, Umfang über 2142 S., Großformat, 899 MB zum Preis von 25 Euro. **DVD.** (HS-1028)
___ St. Douglas Reed: **Streit um Zion.** Berühmtes Werk. Lieferbar vorerst nur auf CD. *Preis 15,00 €* (HS-1019) GEPLANT ist Lieferung als Buch. 25,00 € (HS-1020)
___ St. Prof. Dr. G. Ruhland: **System der politischen Oekonomie.** Berühmtes Werk, das im Auftrag Bismarcks in jahrelangen Forschungen erarbeitet worden ist. Es sollten die Ursachen des immer wiederkehrenden Problems des Zusammenbruchs von Völkern untersucht werden. 3 Bände auf einer **CD.** Preis 30 € . (HS-1024)
___ St. **Brief an den Zentralrat d. J. wegen Verletzung des Esausegens**. Ungekürzt. *4 Seiten 2,00 €* (HS-1025)
___ St. Ankündigung: Bohlinger/Hackert, **Bombenholocaust.** Nachweis von über 500 000 Toten in Dresden/Das System des Leugnens und Fälschens/Bilder. *DIN A4, etwa 300 S., zahlr. Abb., 39,00 €* (HS-1026)

St. Bohlinger: Zeitschrift **WELTENWENDE**, *80 S., DIN A4, geh., illustr., € 14,80* (HS-1028) Mit vielen revolutionären Texten, die Sie in anderen Zeitschriften kaum zu lesen bekommen.

___ St. Bohlinger: Ausführlichere Liste der Bücher des *Verlags für ganzheitliche Forschung* u. d. Nebenverlage.
___ St. Liste von CDs mit Büchern und Schriften in elektronischer Form als pdf-Datei (271 CDs)
___ St. Liste von lieferbaren wissenschaftlichen Schriftenreihen des Uwe Berg-Verlags (HS-1701 bis 1796)
___ St. Liste der etwa 100 lieferbaren Ostara-Hefte des ariosophisch-okkulten Jörg Lanz (von Liebenfels)
___ St. Liste kritischer, wissenschaftl. Literatur aus anderen Verlagen, z. T. mit Buchbesprechungen

---

Besteller: .... Anschrift: ....